

**Haushaltssatzung
2016
und
6. Fortschreibung
Haushaltssicherungskonzept
2010 – 2017**

Band I und II



Stadt Eschweiler

Band I Haushaltssatzung und sonstige Eckdaten	Seite
• Inhaltsverzeichnis	
• Haushaltssatzung	1 - 19
• Vorbericht	20 - 50
• 6. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2017	51 - 65
<u>Anlagen zum Haushaltssicherungskonzept</u>	
• Freiwillige ergebniswirksame Leistungen	66 - 87
• Personalwirtschaftskonzept	88 - 122
• Anlagen zum Haushaltsplan	123
• Schlussbilanz zum 31.12.2013	124
• Schlussbilanz zum 31.12.2014	125
• Stellenplan	126 - 137
• Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten	138
• Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen	139
• Zuwendungen an Fraktionen	140 - 147
• NKF-Nutzungstabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler	148 - 157
• Mehrheitsbeteiligungen	158
Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler, AöR	159 - 168
Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG Eschweiler	169 - 174
Strukturförderung Eschweiler Verwaltungs GmbH Eschweiler	175 - 176
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	177 - 187
Gewerbe-Technologie-Center Eschweiler GmbH	188 - 195
Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH	196 - 203

Band II Gesamtpläne und Produkt-Teilpläne

• Inhaltsverzeichnis	
• Gesamtergebnisplan	1
• Gesamtfinanzplan	2
• Teilpläne nach Produktbereichen	3 - 35
• Teilpläne nach Produkten	36 - 502
• Investitionsübersicht	503 - 517

Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV. NRW, S. 496), hat der Rat der Stadt Eschweiler mit Beschluss vom 15.12.2015 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Eschweiler voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	150.421.650 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	159.857.800 €

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	143.337.250 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	147.370.100 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	9.124.200 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	17.822.600 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	8.698.400 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	4.171.500 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme **für Investitionen** erforderlich ist, wird auf **8.248.400 €** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **3.408.000 €** festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der **allgemeinen Rücklage** aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf **9.436.150 €** festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der **Kredite**, die **zur Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **100.000.000 €** festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze** für die **Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	310 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	520 v.H.
2.	Gewerbsteuer auf	490 v.H.

Da eine besondere Hebesatzsatzung erlassen wird, haben die Steuersätze nur deklaratorischen Charakter.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2017 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

Im Stellenplan sind verschiedene Stellen als „künftig wegfallend“ (kw) oder als „künftig umzuwandeln“ (ku) ausgewiesen.

Hieraus ergeben sich nachstehende Rechtsfolgen:

Kw-Vermerk: Die Stelle kommt bei dem Ausscheiden des Stelleninhabers in Fortfall.

Ku-Vermerk: Die Stelle ist nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers in eine Planstelle einer niedrigeren Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe umzuwandeln.

§ 9

1. Budgetbildung

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden Erträge/ Einzahlungen und Aufwendungen/ Auszahlungen zu Budgets verbunden (Anlage 1 zur Haushaltssatzung). Innerhalb der Budgets werden Erträge und Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit zusammengefasst.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen/-auszahlungen, die Produkte der kostenrechnenden Einrichtungen sowie die bilanziellen Abschreibungen werden jeweils zu separaten Budgets zusammengefasst.

In den Budgets sind die Summe der Erträge/ Einzahlungen und die Summe der Aufwendungen/ Auszahlungen für die Haushaltsausführung verbindlich. Erzielte Mehrerträge während der Haushaltsausführungsphase sind grundsätzlich zur Haushaltskonsolidierung und somit zur Reduzierung der negativen Jahresabschlussergebnisse einzusetzen. Hiervon ausgenommen sind zweckgebundene Erträge (Anlage 2 zur Haushaltssatzung).

Bei vorliegender Zweckbindung erhöhen Mehrerträge/ -einzahlungen die Ermächtigung für die entsprechenden Aufwendungen/ Auszahlungen.

Bei Mindererträgen/ -einzahlungen vermindern sich die entsprechenden Ermächtigungen für Aufwendungen/ Auszahlungen.

Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen, für die Zuschüsse des Bundes, des Landes, der StädteRegion oder sonstiger Dritter zur Finanzierung haushaltsrechtlich vorgesehen sind, dürfen erst nach Vorliegen der jeweiligen Bewilligungsbescheide, Abschluss von Vereinbarungen oder nach Bewilligung eines förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmenbeginns in Anspruch genommen werden.

Unter die Budgets gemäß Anlage 1 werden ebenfalls Budgets für Investitionstätigkeit gebildet. Hierunter fallen die jeweiligen Investitionsnummern. Innerhalb der Investitionsbudgets werden die Einzahlungen und Auszahlungen zusammengefasst.

Die vorgenannten Regelungen gelten für Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen unterhalb der vom Rat festgelegten Wertgrenze.

Von den Regelungen sind ausgenommen:

- Aufwendungen/ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen
- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten
- Sonstige kalkulatorische Aufwendungen und Erträge

2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall den jeweiligen Ansatz um mehr als 50.000 Euro überschreiten. Sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

Die Entscheidung über die Leistung nicht erheblicher über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen wird bis zu einem Betrag von 25.000 Euro dem Verantwortlichen für die Finanzbuchhaltung übertragen; darüber hinaus entscheidet der Kämmerer bis zu einem Betrag von 50.000 Euro. Nicht erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind dem Rat vierteljährlich zur Kenntnis zu bringen.

Die vorstehenden Regelungen gelten für über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** im Sinne des § 85 Abs. GO NRW entsprechend.

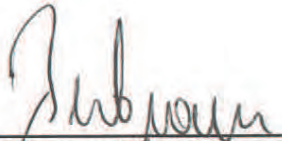
Mehraufwendungen und -auszahlungen, die den Haushalt nicht belasten (durchlaufende Gelder, Verrechnungsbuchungen o.ä.) sowie Jahresabschlussbuchungen einschließlich der Zuführungen zu Gebührenausgleichsrücklagen fallen nicht unter diese Regelungen.

3. Nachtragssatzung

Eine Nachtragssatzung ist unverzüglich zu erlassen, wenn

- a) der planmäßig ermittelte Jahresfehlbetrag des Ergebnisplanes im lfd. Haushaltsjahr um mehr als 5 % der Gesamtaufwendungen des Ergebnisplanes überschritten wird.
- b) bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Haushaltspositionen im Einzelfall 2 % der Gesamtaufwendungen des Ergebnisplanes des laufenden Haushaltsjahres übersteigen. Das gleiche gilt für Mehrauszahlungen in Bezug auf die Gesamtauszahlungen des Finanzplanes.
- c) Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen den Gesamtbetrag von 1.000.000 € übersteigen.

Eschweiler, 15.12.2015


Bürgermeister


Ratsmitglied


Schriftführer

Anlage 1 zur Haushaltssatzung 2016 der Stadt Eschweiler

Übersicht Budgetbildung

Budget 01 – Politische Gremien/ Verwaltungsführung

Budgetverantwortung: Herr Rehahn

Produkte: 01 111 01 01 – Politische Gremien
 01 111 01 02 – Verwaltungsführung

Budget 01.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 01.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 02 – Gleichstellung

Budgetverantwortung: Frau Harzheim

Produkt: 01 111 01 03 – Gleichstellung von Frau und Mann

Budget 02.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 02.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 03 – Personalrat

Budgetverantwortung: Frau Hunscheidt-Fink

Produkt: 01 111 01 04 – Beschäftigtenvertretung

Budget 03.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 03.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 04 – Rechnungsprüfung

Budgetverantwortung: Herr Breuer

Produkt: 01 111 05 01 – Rechnungsprüfung

Budget 04.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 04.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 05 – Organisation und Wahlen

Budgetverantwortung: Herr Rehahn

Produkte: 01 111 06 01 – Zentrale Servicedienste für den allgemeinen Dienstbetrieb der
Gesamtverwaltung
01 111 07 01 – Öffentlichkeitsarbeit
01 111 10 01 – Organisationsangelegenheiten
01 111 10 02 – EDV-Dienste und Datentechnik
02 121 14 01 – Wahlen
02 121 14 02 – Statistik

Budget 05.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen sowie den Positionen des Budgets 23.

Folgendes Produktsachkonto wird ebenfalls innerhalb des Budgets 05.1 bewirtschaftet:

155730102 – 46510000 (Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen)

Budget 05.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 05.2 bewirtschaftet:

021261501 – 52112100 (Unterhaltung Netztechnik)

042710101 – 52112100 (Unterhaltung Netztechnik)

105210401 – 52550000 (Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens)

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 05.2 ausgeschlossen:

011110601 – 52350000 (Erstattungen von Aufwendungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen)

Budget 06 - Personal

Budgetverantwortung: Herr Rehahn

Produkte: 01 111 08 01 – Personaldienste
01 111 08 02 – Betriebliche Gesundheitsberatung

Budget 06.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen, den Positionen des Budgets 23 sowie des nachfolgend aufgelisteten Produktsachkontos:
011110801 – 54120800 (Aufwendungen für Fortbildung NKF)

Budget 06.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.
Folgendes Produktsachkonto wird ebenfalls innerhalb des Budgets 06.2 bewirtschaftet:
095110201 – 52910110 (Aufwendungen für Vermessungsdienstleistungen)

Budget 07 – Finanzmanagement und Rechnungswesen

Budgetverantwortung: Frau Merx

Produkte: 01 111 09 01 – Finanzmanagement
 01 111 09 03 – Zahlungsabwicklung
 01 111 09 05 – Vollstreckung
 01 111 09 06 – Steuern und sonstige Abgaben

Budget 07.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen, den Positionen des Budgets 23 sowie des nachfolgend aufgelisteten Produktsachkontos:
011110905 – 54160800 (Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung)

Budget 07.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 08 –Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Tourismus

Budgetverantwortung: Herr Kamp

Produkte: 01 111 12 02 – Grundstücks- und Gebäudeverwaltung
 15 571 01 01 – Wirtschaftsförderung
 15 575 01 01 – Tourismus und Freizeit

Budget 08.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.
Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 08.1 bewirtschaftet:
135550101 – 44110600 (Jagdpacht)
115380201 – 55180000 (Zinsaufwendungen KV Verkeskopf (Kanal))
125410101 – 55180000 (Zinsaufwendungen KV Verkeskopf (Straße))
115380201 – 78520000 – IV08KAN001 (Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen)
115380201 – 78590000 – IV08AIB089 (Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Budget 08.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 08.2 ausgeschlossen:

011111202 – 52419580 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten Festhallen)

Budget 09 – Recht und Versicherungen

Budgetverantwortung: Frau Breil

Produkt: 01 111 11 01 – Rechts- und Versicherungsangelegenheiten

Budget 09.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 09.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 10 – Ordnung

Budgetverantwortung: Herr Müller

Produkte: 02 122 01 01 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung
02 122 02 01 – Gewerbeangelegenheiten
02 122 07 01 – Verkehrsangelegenheiten und Parkraumbewirtschaftung
02 122 10 01 – Einwohnerangelegenheiten
02 122 10 02 – Personenstandswesen
02 126 15 01 – Brandschutz/ Brandbekämpfung
02 126 15 02 – Abwehr von Großschadensereignissen/ Katastrophenschutz

Budget 10.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen der vorstehenden Produkte mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 10.2

Dieses Budget umfasst für die vorgenannten Produkte die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten sind von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 10.2 ausgeschlossen:

021261501 – 52112100 (Unterhaltung Netztechnik)
021261501 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)

Budget 10.3

Produkt: 02 127 17 07 – Kranken- und Rettungstransportdienst

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des vorstehenden Produktes mit Ausnahme der Positionen des Budgets 23.

Budget 11 – Schulen

Budgetverantwortung: Frau Seeger

Produkte: 03 211 01 01 Grundschulen
 03 212 01 01 Hauptschulen
 03 215 01 01 Realschule
 03 217 01 01 Gymnasium
 03 218 01 01 Gesamtschule
 03 221 01 01 Willi – Fährmann – Schule
 03 241 01 01 Schülerbeförderung
 03 242 01 01 Fördermaßnahmen für Schüler
 03 243 01 01 Sonstige schulische Aufgaben

Budget 11.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 11.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten sind von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 11.2 ausgeschlossen:

032110101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032110101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032120101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032120101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032150101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032150101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032170101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032170101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032180101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032180101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032210101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
032210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
032430101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 12 –Kultur

Budgetverantwortung: Frau Seeger

Produkte: 04 263 01 01 Musikschule
 04 272 01 01 Bibliothek
 04 281 01 01 Kulturveranstaltungen und -förderungen

Budget 12.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 12.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Budget 13 –Sport

Budgetverantwortung: Frau Seeger

Produkte: 08 421 01 01 – Förderung des Sports
08 424 01 01 - Sportstätten
08 424 01 02 - Öffentliche Bäder

Budget 13.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen, den Positionen des Budgets 23 sowie des nachfolgend aufgelisteten Produktsachkontos:

084240102 – 44872100 (Erstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 13.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 13.2 ausgeschlossen:

084210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 14 – VHS

Budgetverantwortung: Frau Hannemann

Produkt: 04 271 01 01 VHS

Budget 14.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 14.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 14.2 ausgeschlossen:

042710101 – 52112100 (Unterhaltung Netztechnik)

Budget 15– Soziales

Budgetverantwortung: Herr Rombach

Produkte: 05 311 01 02 – Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen
05 313 01 01 – Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
05 351 01 01 – Sonstige soziale Angelegenheiten
05 351 01 02 – Unterstützende Seniorenarbeit
10 522 01 01 – Subjektbezogene Förderung für Wohnraum
10 522 01 02 – Wohnraumsicherung und –versorgung
10 522 01 03 – Hilfen bei Wohnproblemen

Budget 15.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 15.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 15.2 ausgeschlossen:

053510102 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)

Budget 16– Jugend

Budgetverantwortung: Herr Termath

Produkte: 05 341 01 01 - Unterhaltsvorschussleistungen (Budget 16.1 und 16.2)
 06 361 01 01 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
 06 362 01 01 – Kinder- und Jugendarbeit
 06 363 01 01 – Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Budget 16.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereichs mit Ausnahme der Positionen 13 „Sach- und Dienstleistungen“ und 15 „Transferaufwendungen“ sowie den Positionen des Budgets 23.

Budget 16.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten sind von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 16.2 ausgeschlossen:

063610101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

063620101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 17 – Bauverwaltung

Budgetverantwortung: Herr Gühsgen

Produkte: 01 111 06 02 – Zentrale Beschaffungen und Vergaben für die Gesamtverwaltung
 01 111 12 01 – Infrastrukturelles/ kaufmännisches Gebäudemanagement

Budget 17.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 17.1 bewirtschaftet:

011110905 – 54160800 (Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung)

135550101 – 43211600 (Entgelte f. die Benutzung von Grillplätzen / Grillhütten)

125410101 – 45620000 (Säumniszuschläge)

125410101 – 37400402 – diverse Investitionsnummern (Zugang Gebuchte Erschließungsbeiträge)

125410101 – 37400302 – diverse Investitionsnummern (Zugang gebuchte KAG Beiträge)

Budget 17.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto wird ebenfalls innerhalb des Budgets 17.2 bewirtschaftet:

155730101 – 52416600 (Grundbesitzabgaben Blaustein-See)

Budget 18 – Hochbau/ Gebäudewirtschaft

Budgetverantwortung: Herr Gühsgen

Produkte: 01 111 12 03 - Technisches Gebäudemanagement
15 573 01 01 - Blaustein-See

Budget 18.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 18.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 18.2 ausgeschlossen:

155730101 – 52416600 (Grundbesitzabgaben Blaustein-See)

Budget 19 – Planung und Vermessung

Budgetverantwortung: Herr Dr. Hartlich

Produkte: 09 511 01 01 – Räumliche Planung und Entwicklung
09 511 02 01 – Vermessung und Erfassung von Geobasisdaten
10 521 01 01 – Grundstücksbezogene Basisinformationen
10 521 01 02 – Grundstücksordnung und -wertermittlung
15 573 01 03 – Inland

Budget 19.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen der vorstehenden Produkte mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Budget 19.2

Dieses Budget umfasst für die vorstehenden Produkte die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 19.2 ausgeschlossen:

095110201 – 52910110 (Aufwendungen für Vermessungsdienstleistungen)

Budget 19.3

Produkte: 11 537 01 01 – Abfallwirtschaft
11 538 02 01 – Entwässerung und Abwasserbeseitigung
12 545 01 01 – Straßenreinigung und Winterdienst

Jeweils sämtliche Ergebnisplanpositionen der vorstehenden Produkte mit Ausnahme der Positionen des Budgets 23 bilden ein Budget.

Budget 20 – Bauordnung und Umwelt

Budgetverantwortung: Herr Jopke

Produkte: 10 521 04 01 – Maßnahmen der Bauaufsicht
10 523 01 01 – Denkmalschutz und Denkmalpflege
14 561 01 03 – Schutz vor atlastenbedingten Gefahren

Budget 20.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen der vorstehenden Produkte mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Folgendes Produktsachkonto wird ebenfalls innerhalb des Budgets 20.1 bewirtschaftet:

125460101 – 37400002 – IV00STR001 (Zugang Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten)

Budget 20.2

Dieses Budget umfasst für die vorstehenden Produkte die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgendes Produktsachkonto ist von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets 20.2 ausgeschlossen:

105210401 – 52550000 (Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens)

Budget 20.3

Produkt: 13 553 01 01 – Friedhöfe

Jeweils sämtliche Ergebnisplanpositionen des vorstehenden Produktes mit Ausnahme der Positionen des Budgets 23 bilden ein Budget.

Budget 21 – Tiefbau und Grünflächen

Budgetverantwortung - Herr Dr. Hartlich

Produkte: 12 541 01 01 – Gemeindestraßen
12 541 01 02 – Verkehrliche Planung
12 541 01 03 – Verkehrsanlagen
12 542 01 01 – Kreisstraßen
12 543 01 03 – Landesstraßen
12 544 01 04 – Bundesstraßen
12 546 01 01 – Parkplätze / Parkhäuser
13 551 01 01 – Öffentliches Grün
13 554 01 01 – Natur und Landschaft
13 555 01 01 – Wald, Forstwirtschaft
13 552 01 01 – Wasser und Wasserbau
14 561 01 01 – Umweltschutz

Budget 21.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen, den Positionen des Budgets 23 sowie der nachfolgend aufgelisteten Produktsachkonten:

- 125410101 – 45620000 (Säumniszuschläge)
- 125410101 – 55180000 (Zinsaufwendungen KV Verkeskopf (Straße))
- 125410101 – 37400402 – diverse Investitionsnummern (Zugang gebuchte Erschließungsbeiträge)
- 125410101 – 37400302 – diverse Investitionsnummern (Zugang gebuchte KAG Beiträge)
- 125460101 – 37400002 – IV00STR001 (Zugang Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten)
- 135550101 – 43211600 (Entgelte für die Benutzung von Grillplätzen / Grillhütten)
- 135550101 – 44110600 (Jagdpacht)

Budget 21.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 21.2 bewirtschaftet:

- 011111202 – 52419580 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten Festhallen)
- 021261501 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032110101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032120101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032150101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032170101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032180101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 032210101 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)
- 053510102 – 52419600 (Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten)

Budget 22 – Finanzwirtschaft

Budgetverantwortung – Frau Merx

- Produkte:
- 11 530 01 01 – Energie- und Wasserversorgung
 - 15 573 01 02 – Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen
 - 16 611 01 01 – Allgemeine Finanzwirtschaft
 - 17 700 01 01 – Stiftungen

Budget 22.1

Dieses Budget umfasst die Sachkonten zu sämtlichen Ergebnisplanpositionen des betreffenden Bereiches mit Ausnahme der Position 13 Sach- und Dienstleistungen und den Positionen des Budgets 23.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 22.1 bewirtschaftet:

- 011110801 – 54120800 (Aufwendungen für Fortbildung NKF)
- 084240102 – 46140000 (Zinserträge v. sonstigen öffentl. Bereich)
- 084240102 – 44872100 (Erstattung für die Benutzung der Bäder)

Budget 22.2

Dieses Budget umfasst für den Bereich die Sachkonten der Ergebnisplanposition 13 (Sach- und Dienstleistungen). Die jeweiligen Unterbudgets für die Sach- und Dienstleistungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Folgende Produktsachkonten werden ebenfalls innerhalb des Budgets 22.2 bewirtschaftet:

- 032110101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032120101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032150101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032170101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032180101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 032430101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 063610101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
- 063620101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)

084210101 – 52340100 (Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder)
011110601 – 52350000 (Erstattungen von Aufwendungen von verbundenen Unternehmen,
Beteiligungen und Sondervermögen)

Budget 23 – Personal- und Versorgungsaufwendungen

Budgetverantwortung – Herr Rehahn

Dieses Budget umfasst die Produktsachkonten der Kontengruppen 50 und 51 sowie das Sachkonto 52911500 (Verwaltungskostenanteil RVK).
Die Produktsachkonten der Kontenart 5019 sind von der Deckungsfähigkeit innerhalb des Budgets ausgeschlossen.

Budget 24 – Bilanzielle Abschreibungen

Budgetverantwortung – Frau Merx

Dieses Budget umfasst sämtliche Produktsachkonten der Kontengruppe 57.

Anlage 2 zur Haushaltssatzung 2016 der Stadt Eschweiler

Zweckbindung von Erträgen und Einzahlungen nach § 22 Abs. 3 GemHVO

Bei folgenden Konten werden die jeweiligen Erträge und Einzahlungen für zweckgebunden zu den entsprechenden Aufwendungen und Auszahlungen erklärt:

01 111 11 01 Rechts- und Versicherungsangelegenheiten

4487 1100	6487 1100	Erstattung Ausgleich Abgeltung Bagatellschäden
5441 3000	7441 3000	Aufwendungen Schadensfälle

01 111 12 01 Infrastrukturelles/ kaufmännisches Gebäudemanagement

4487 2400	6487 2400	Rückerstattungen EWW
5241 0100	7241 0100	Beleuchtung und Strom
5241 0200	7241 0200	Heizung
5241 0300	7241 0300	Wasserversorgung
5241 0700	7241 0700	Stromversorgung Straßenbeleuchtung
5241 0900	7241 0900	Heizzentrale Rathaus
5241 2100	7241 2100	Strom Bäder
5241 2200	7241 2200	Heizung Bäder
5241 2300	7241 2300	Wasserverbrauch Bäder
5241 3200	7241 3200	Heizung Festhallen

01 111 12 03 Technisches Gebäudemanagement

4488 0000	6488 0000	Erstattungen übrige Bereiche
5241 9220	7241 9220	Unterhaltung allgemeines Grundvermögen
5241 9240	7241 9240	Unterhaltung Rathaus
5241 9250	7241 9250	Unterhaltung Feuer- und Rettungswache, Feuerwehrgerätehäuser
5241 9270	7241 9270	Unterhaltung Grundschulen
5241 9280	7241 9280	Unterhaltung Hauptschulen
5241 9290	7241 9290	Unterhaltung Realschule
5241 9300	7241 9300	Unterhaltung Gesamtschule
5241 9310	7241 9310	Unterhaltung Gymnasium
5241 9320	7241 9320	Unterhaltung Willi-Fährmann-Schule
5241 9330	7241 9330	Unterhaltung Kultureinrichtungen
5241 9340	7241 9340	Unterhaltung Volkshochschule
5241 9350	7241 9350	Unterhaltung Asyl- und Aussiedlerheime
5241 9360	7241 9360	Unterhaltung Altentagesstätten
5241 9370	7241 9370	Unterhaltung Kinder- und Jugendeinrichtungen
5241 9380	7241 9380	Unterhaltung Bäder
5241 9390	7241 9390	Unterhaltung Festhallen
5241 9410	7241 9410	Unterhaltung Hauptbahnhof
5241 9430	7241 9430	Unterhaltung Märkte und Kirmessen
5241 9440	7241 9440	Unterhaltung GeTeCe
5241 9450	7241 9450	Unterhaltung forstwirtschaftliche Unternehmen
5241 9460	7241 9460	Unterhaltung Sporthallen
5241 9470	7241 9470	Unterhaltung Seezentrum
5242 1600	7242 1600	Unterhaltung Sportstätten
5242 1620	7242 1620	Unterhaltung Leichenhallen

02 122 10 02 Personenstandswesen

4291 1000	6291 1000	Sonstiger Transferertrag Trauungen im Zisterzienserinnenkloster St. Jöris
5291 0000	7291 0000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen
4488 1900	6488 1900	Erstattung Familienstammbücher
5431 0000	7431 0000	Geschäftsaufwendungen

02 126 15 01 Brandschutz/ Brandbekämpfung

4321 0400	6321 0400	Teilnehmerentgelte
5416 0810	7416 0810	Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung

03 211 01 01 Grundschulen

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht
4141 0200	6141 0200	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für offene Ganztagschulen
5019 0000	7019 0000	Aufwendungen sonstige Beschäftigte
4321 2500	6321 2500	Elternbeiträge Offene Ganztagschule
5019 0000	7019 0000	Aufwendungen sonstige Beschäftigte

03 212 01 01 Hauptschulen

4141 0300	6141 0300	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Landesprogramm Geld oder Stelle
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht
4421 0400	6421 0400	Rückerstattung Kochunterrichtsmaterial (Tischgelder)
5281 0900	7281 0900	Material hauswirtschaftlicher Unterricht

03 215 01 01 Realschule

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht
4421 0400	6421 0400	Rückerstattung Kochunterrichtsmaterial (Tischgelder)
5281 0900	7281 0900	Material hauswirtschaftlicher Unterricht

03 217 01 01 Gymnasium

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5019 0200	7019 0200	Honorare Betreuung Schüler nach Unterricht

03 218 01 01 Gesamtschule

4421 0400	6421 0400	Rückerstattung Kochunterrichtsmaterial (Tischgelder)
5281 0900	7281 0900	Material hauswirtschaftlicher Unterricht

03 221 01 01 Schule für Lernbehinderte

4421 0400	6421 0400	Rückerstattung Kochunterrichtsmaterial (Tischgelder)
5281 0900	7281 0900	Material hauswirtschaftlicher Unterricht

03 243 01 01 Sonstige schulische Aufgaben

4141 3500	6141 3500	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Landesprogramm Alle Kinder essen mit
5339 0700	7339 0700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz
4142 0300	6142 0300	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden
5291 0000	7291 0000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen
5339 0700	7339 0700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz
4148 0100	6148 0100	Spenden von übrigen Bereichen
5339 0100	7339 0100	Verwendung Spenden für soziale Zwecke
4421 0300	6421 0300	Abgabe von Verpflegung
5291 1400	7291 1400	Verpflegung durch Dritte
4481 0000	6481 0000	Erstattung vom Land
5412 0100	7412 0100	Aufwendungen Aus- und Fortbildung

04 263 01 01 Musikschule

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5284 0300	7284 0300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 € netto
4321 3200	6321 3200	Unterrichtsentgelt für musikalische Früherziehung
5019 2100	7019 2100	Dozenten honorare

04 272 01 01 Bibliothek

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5401 0000	7401 0000	Sonstige ordentliche Aufwendungen
4321 2600	6321 2600	Benutzungsgebühren auswärtiger Leihverkehr
5238 0000	7238 0000	Erstattungen übrige Bereiche
4488 0000	6488 0000	Erstattungen übrige Bereiche
5281 2200	7281 2200	Büchereiausstattung
4488 2400	6488 2400	Wertersatz nicht zurückgebrachter Bücher
5281 2200	7281 2200	Büchereiausstattung

04 281 01 01 Kulturveranstaltungen und -förderungen

4321 0100	6321 0100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
5281 1100	7281 1100	Aufwendungen Veranstaltungen
4487 0300	6487 0300	Erstattung Versicherungsbeiträge
5441 2000	7441 2000	Versicherungen

05 351 01 01 Sonstige soziale Angelegenheiten

4481 0900	6481 0900	Erstattung Land Schwangerschaftskonfliktberatung
-----------	-----------	--

05 313 01 01 Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

4140 0200	6140 0200	Erträge Dienstleistungen Förderprogramm Xenos-Zirquel
5291 0130	7291 0130	Aufwendungen Dienstleistungen Förderprogramm Xenos-Zirquel
4144 0000	6144 0000	Zuweisungen des sonstigen öffentlichen Bereiches
5311 8350	7311 8350	Zuschüsse Förderprogramme und Projekte
4481 0100	6481 0100	Erstattung vom Land Leistungspauschale FlüAG
5338 0400	7338 0400	Sach- und Geldleistungen gemäß § 3 AsylbLG

06 361 01 01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5311 9100	7311 9100	Zuweisungen und Zuschüsse U3-Förderung
4141 0010	6141 0010	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Kindertagespflege
5332 0100	7332 0100	Tagespflege gemäß § 23 SGB VIII
4141 3000	6141 3000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Betriebskosten Kindergarten
5311 8180	7311 8180	Betriebskostenzuschüsse freie Träger Kindertagesstätten
5311 8230	7311 8230	Weiterleitung Landeszuschüsse Familienzentren
5311 8340	7311 8340	Betriebskostenzuschüsse an die AÖR-Kindergärten
4141 3100	6141 3100	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Sprachförderkurse Kindergärten
5311 8240	7311 8240	Weiterleitung Landeszuschüsse Sprachförderung
4141 3400	6141 3400	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Familienzentren
5311 8230	7311 8230	Weiterleitung Landeszuschüsse Familienzentren
4142 0300	6142 0300	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden
5339 0700	7339 0700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz
4211 0310	6211 0310	Elternbeiträge gemäß § 23 SGB VIII
5332 0100	7332 0100	Tagespflege gemäß § 23 SGB VIII
4321 2400	6321 2400	Elternbeiträge Kindergärten freie Träger
5311 8180	7311 8180	Betriebskostenzuschüsse freie Träger Kindertagesstätten
4321 2410	6321 2410	Elternbeiträge städtische Kindergärten
5311 8340	7311 8340	Betriebskostenzuschüsse AÖR-Kindergärten

06 362 01 01 Kinder- und Jugendarbeit

4141 0400	6141 0400	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Jugendtreff CheckIn
5311 8290	7311 8290	Weiterleitung Landeszuschüsse Jugendfreizeitheime freier Träger
4141 0500	6141 0500	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für Jugendfreizeitheime freier Träger
5311 8290	7311 8290	Weiterleitung Landeszuschüsse Jugendfreizeitheime freier Träger

06 363 01 01 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke
5311 9000	7311 9000	Zuwendungen und Zuschüsse an sonstige öffentliche Bereiche für laufende Zwecke
4148 0100	6148 0100	Spenden von übrigen Bereichen
5281 1900	7281 1900	Sonstige Sachleistungen Projekte
4221 1201	6221 1201	Kostenbeiträge unbegleitete minderjährige Flüchtling
4482 1101	6482 1101	Erstattung Jugendhilfeträger unbegleitete minderjährige Flüchtling
5332 0800	7332 0800	Aufwendungen unbegleitete minderjährige Flüchtling

08 424 01 02 Öffentliche Bäder

4487 2100	6487 2100	Erstattung Benutzung Bäder
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 211 01 01 - Grundschulen)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 212 01 01 - Hauptschulen)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 215 01 01 - Realschule)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 217 01 01 - Gymnasium)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 218 01 01 - Gesamtschule)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 221 01 01 - Willi Fähmann Schule)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 03 243 01 01 - Sonstige schulische Aufgaben)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 06 361 01 01 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 06 362 01 01 - Kinder- und Jugendarbeit)
5234 0100	7234 0100	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Produkt 08 421 01 01 - Förderung des Sports)
4651 1010	6651 1010	Gewinnanteile und Dividende WBE GmbH
4651 1020	6651 1020	Gewinnanteile und Dividende EWV GmbH
4651 1030	6651 1030	Gewinnanteile und Dividende städtisches Wasserwerk
4651 1040	6651 1040	Gewinnanteile und Dividende RWE AG
4651 2000	6651 2000	Dividende Wohnungsgenossenschaft Eschweiler eG
4651 3000	6651 3000	Anteiliger Bilanzgewinn Sparkasse Aachen
5441 1010	7441 1010	Kapitalertragsteuern

09 511 01 01 Räumliche Planung und Entwicklung

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
4148 0000	6148 0000	Zuweisungen von übrigen Bereichen (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
5291 0000	7291 0000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
4141 2760	6141 2760	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für nördliche Innenstadt
5291 0840	7291 0840	Nördliche Innenstadt

09 511 02 01 Vermessung und Erfassung von Geobasisdaten

4461 0000	6461 0000	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte
5291 0000	7291 0000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen

10 522 01 01 Subjektbezogene Förderung für Wohnraum

4487 0000	6487 0000	Erstattung private Unternehmen
5311 8000	7311 8000	Zuwendungen und Zuschüsse an übrige Bereiche für laufende Zwecke

10 523 01 01 Denkmalschutz und Denkmalpflege

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
5311 8000	7311 8000	Zuwendungen und Zuschüsse an übrige Bereiche für laufende Zwecke

11 538 02 01 Entwässerung und Abwasserbeseitigung

4321 1210	6321 1210	Gebühren Kanalhausanschlüsse
5235 0100	7235 0100	Kostenerstattung Kanalhausanschlüsse

12 541 01 01 Gemeindestraßen

4148 0000	6148 0000	Zuweisungen von übrigen Bereichen
5242 0100	7242 0100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze (Bushaltestellen)

13 551 01 01 Öffentliches Grün

4141 0000	6141 0000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für laufende Zwecke (in Höhe der Mittel für KWK-Kommune)
5215 9670	7215 9670	Instandhaltung sonstige Grünflächen und Aufbauten

13 554 01 01 Natur und Landschaft

4142 0300	6142 0300	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden
5242 0170	7242 0170	Unterhaltung Reitwege
4487 2900	6487 2900	Erstattungen Ausgleichsmaßnahmen allgemein
5241 9650	7241 9650	Ausgleichsmaßnahmen

15 573 01 02 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen

4651 1010	6651 1010	Gewinnanteile und Dividende WBE GmbH
4651 1020	6651 1020	Gewinnanteile und Dividende EWV GmbH
4651 1030	6651 1030	Gewinnanteile und Dividende städtisches Wasserwerk
4651 1040	6651 1040	Gewinnanteile und Dividende RWE AG
4651 2000	6651 2000	Dividende Wohnungsgenossenschaft Eschweiler eG
4651 3000	6651 3000	Anteiliger Bilanzgewinn Sparkasse Aachen
4651 4000	6651 4000	Erstattung Kapitalertragsteuer
4651 5000	6651 5000	Dividende Raiffeisenbank Eschweiler eG
5441 1010	7441 1010	Kapitalertragsteuern

16 611 01 01 Allgemeine Finanzwirtschaft

4013 0000	6013 0000	Gewerbsteuer
5341 0000	7341 0000	Gewerbsteuerumlage
5342 0000	7342 0000	Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit
4521 2000	6521 2000	Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO
5401 1000	7401 1000	Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO

17 700 01 01 Stiftung

4617 0100	6617 0100	Zinserträge Johanna-Neuman-Stiftung
5401 0100	7401 0100	Ertragsverwendung Peter-Lersch-Stiftung
4617 0200	6617 0200	Zinserträge Peter-Lersch-Stiftung
5401 0100	7401 0100	Ertragsverwendung Peter-Lersch-Stiftung
4617 0300	6617 0300	Zinserträge Pacht Liesenstiftung
5401 0200	7401 0200	Ertragsverwendung Liesenstiftung

**Haushaltssatzung
2016
und
6. Fortschreibung
Haushaltssicherungskonzept
2010 – 2017**

Vorbericht



Stadt Eschweiler

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines.....	22
2	Darstellung der Ausgangssituation	22
3	Erläuterungen zu den Werten der Schlussbilanz 2014.....	25
3.1	Vermögensstruktur der Jahresabschlussbilanz (Aktivseite)	25
3.1.1	Anlagevermögen	25
3.1.2	Umlaufvermögen	26
3.1.3	Aktive Rechnungsabgrenzung	27
3.2	Vermögensstruktur der Jahresabschlussbilanz (Passivseite).....	27
3.2.1	Eigenkapital.....	27
3.2.2	Sonderposten	28
3.2.3	Rückstellungen.....	28
3.2.4	Verbindlichkeiten	29
3.2.5	Passive Rechnungsabgrenzung	29
4	Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals	30
5	Haushaltsausgleich.....	30
6	Ergebnisplan.....	31
6.1	Allgemeines.....	31
6.2.1	Steuern und ähnliche Abgaben.....	33
6.2.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen.....	35
6.2.3	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	36
6.2.4	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	37
6.2.5	Sonstige ordentliche Erträge.....	38
6.3	Aufwendungen.....	39
6.3.1	Personalaufwendungen	40
6.3.2	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41
6.3.3	Bilanzielle Abschreibungen.....	42
6.3.4	Transferaufwendungen.....	42
6.4	Kennzahlen zu den Erträgen und Aufwendungen.....	44
7	Bedeutende Investitionsmaßnahmen.....	46
8	Schuldenstand/ pro-Kopfverschuldung	47
9	Liquide Mittel	48
10	Entwicklung des Eigenkapitals/ der Rücklagen	48
11	Risikoberichterstattung	50

1 Allgemeines

Gemäß § 1 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) ist dem Haushaltsplan u.a. ein Vorbericht beizufügen. Nach § 7 GemHVO NRW soll der Vorbericht einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplanes geben.

Damit stellt der Vorbericht eine bedeutende Informationsquelle für die politischen Gremien, die Öffentlichkeit sowie für die Aufsichtsbehörde zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gemeinde dar. Im Vorbericht sind die Ertrags-, Vermögens-, Schulden- und Finanzsituation sowie die wesentlichen Ziele der Gemeinde darzustellen und zu erläutern. Der zeitliche Rahmen des Vorberichts beschränkt sich dabei nicht nur auf das Haushaltsjahr, sondern erstreckt sich auch auf die Entwicklung in den Folgejahren.

Der Vorbericht enthält Erläuterungen zu den Eckdaten des Haushaltsplans sowie zu deren Planungsgrundlagen und stellt Zusammenhänge und Wechselbeziehungen dar. Insbesondere sind die Rahmenbedingungen und die Risiken der Haushaltsplanung sowie ggf. im Haushaltsjahr entstehende Verpflichtungen, die sich auch auf Folgejahre auswirken, darzustellen und zu erläutern. Darüber hinaus sind die grundsätzlichen haushaltswirtschaftlichen Ziele anzugeben, die die Gemeinde mit den Feststellungen des Haushaltsplanes verfolgt.

Der Vorbericht soll es ermöglichen, sich ein Gesamtbild über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu machen und in der Folge Rückschlüsse auf die zukünftigen Handlungs- und Gestaltungsspielräume zulassen. Aus diesem Grunde werden die Eckdaten textlich und tabellarisch mit folgenden Informationen wiedergegeben und erläutert

- die wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen (Ergebnisplan),
- die wesentlichen Einzahlungs- und Auszahlungspositionen (Finanzplan),
- bedeutende Investitionsmaßnahmen,
- die Entwicklung der Vermögens- und Schuldensituation einschließlich der Entwicklung des Haushaltsausgleichs und des Eigenkapitals sowie
- die Entwicklung der Liquiditätssituation unter Einbeziehung von Investitions- und Liquiditätssicherungskrediten.

2 Darstellung der Ausgangssituation

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für das Haushaltsjahr 2010 ergab sich für die Stadt Eschweiler nach den gesetzlichen Vorschriften zum dritten Mal die Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. In 2010 war erstmals der Tatbestand des § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW erfüllt, da in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren (2010/ 2011) geplant war, den Ansatz der Allgemeine Rücklage jeweils um mehr als 1/20 zu verringern.

Die vom Rat der Stadt Eschweiler in seiner Sitzung am 30.06.2010 beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit ihren Anlagen sowie das HSK 2010-2013 wurden der Aufsichtsbehörde gemäß § 75 Abs. 4 sowie § 76 Abs. 2 GO NRW zur Genehmigung vorgelegt.

Mit Verfügung vom 10.11.2010 wurde seitens der Aufsichtsbehörde mitgeteilt, dass zur Genehmigungsfähigkeit des HSK weitere Konkretisierungen erforderlich sind. Aus zeitlichen Gründen wurde mit der Kommunalaufsicht vereinbart, diese Konkretisierungen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2011 vorzunehmen.

Wenngleich durch die fehlende Haushaltsgenehmigung der Aufsichtsbehörde das Stamm-Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2010-2016 keine Bestandskraft erlangte, wurde in 2010 der Grundstein für die Haushaltskonsolidierung bis einschließlich 2016 gelegt.

Die im Stadtrat am 04.05.2011 beschlossene Haushaltssatzung 2011 einschließlich der 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes genehmigte der Städtereionsrat der StädteRegion Aachen als untere staatliche Verwaltungsbehörde mit Verfügung vom 22.11.2011. Die verfügbaren Auflagen und Hinweise wurden vom Rat mit Beitrittsbeschluss vom 30.11.2011 sanktioniert. Zur zeitlichen Darstellung des Haushaltsausgleiches konnte der zwischenzeitlich auf 10 Jahre ausgeweitete Konsolidierungszeitraum in Anspruch genommen und schließlich für das Haushaltsjahr 2016 dokumentiert werden.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 mit ihren Anlagen sowie die 2. Fortschreibung des HSK 2010-2016 wurde vom Rat der Stadt Eschweiler in seiner Sitzung am 28.03.2012 beschlossen und anschließend der Aufsichtsbehörde gemäß § 75 Abs. 4 i.V.m. § 76 Abs. 2 GO NRW zur Genehmigung vorgelegt.

Dabei konnte die zur Genehmigung vorgelegte Satzung die Mehraufwendungen, die sich aus den Tarifvereinbarungen 2012 ergeben haben, noch nicht berücksichtigen. Hierzu war im Rahmen des Genehmigungsverfahrens noch weiteres Konsolidierungspotenzial aufzuzeigen, ohne dabei die Zielsetzung, im Haushaltsjahr 2016 den Haushaltsausgleich zu erreichen, zu gefährden.

Dieser zusätzliche Kraftakt ist letztlich auch gelungen, sodass nach entsprechender Berichterstattung die Kommunalaufsicht die Haushaltssatzung 2012 sowie die 2. Fortschreibung des HSK am 22.06.2012 genehmigte.

Die Beschlussfassung des Stadtrates über die Haushaltssatzung 2013 erfolgte am 19.12.2012. Über den Finanzplanungszeitraum hinweg ergibt sich nach dieser Planung insgesamt eine kontinuierliche Absenkung der geplanten Fehlbedarfe (2013 bis 2015). Der Ergebnisplan schließt im letzten Jahr der mittelfristigen Planung (2016) gemäß § 84 GO NRW mit einem Jahresüberschuss von 339.250 € ab.

Während bei der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes keinerlei Steuererhöhungen in Betracht gezogen wurden, konnte der Haushaltsausgleich im Rahmen der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bei weiterer stringenter Fortführung des Konsolidierungsprozesses nur unter Berücksichtigung von Hebesatzerhöhungen der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer realistisch dargestellt werden. Dies erklärte sich hauptsächlich durch die Notwendigkeit, der Höhe nach nicht zu realisierende Konsolidierungspotenziale im Bereich der Transferaufwendungen anderweitig zu kompensieren. Die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2013 sowie der 3. Fortschreibung des HSK 2010-2016 erfolgte mit Verfügung vom 04.03.2013.

Die Haushaltssatzung 2014 mit ihren Anlagen sowie die 4. Fortschreibung des HSK schließt im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnisplanung mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.308.950 € ab. Dabei sind die bereits im Rahmen der 3. HSK-Fortschreibung beschlossenen weiteren Erhöhungen des Hebesatzes der Grundsteuer B sowie die Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer in 2015 berücksichtigt worden.

Insbesondere die Kostenentwicklung im Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, auch als Folge der zusätzlich geschaffenen Kinderbetreuungsplätze sowie die Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept fortgeschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen machten deutlich, dass die Zielerreichung des Haushaltsausgleiches nur mit äußerster Disziplin gelingt.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2014 sowie der 4. Fortschreibung des HSK 2010-2016 erfolgte mit Verfügung vom 17.03.2014.

Der aufgestellte Haushalt 2015 mit der 5. Fortschreibung HSK wies ab 2016 eine ausgeglichene Ergebnisplanung aus. Im Rahmen der Aufstellung waren hier –im Vergleich zur Finanzplanung der 4. Fortschreibung- erhebliche negative Einflussfaktoren zusätzlich zu kompensieren. Neben einem Einbruch der Schlüsselzuweisungen blieb die aktuelle Entwicklung der Erträge aus Gewerbesteuer wesentlich hinter den bisherigen Erwartungen zurück. Auch hier war der Ausgangswert als Grundlage für die Finanzplanung 2015 entsprechend anzupassen. Zu verzeichnende Aufwandssteigerungen im Bereich der Personal- und Transferaufwendungen führten zu weiteren Haushaltsverschlechterungen. Allein die, auf Grundlage des vom Städteregionsrat mit Schreiben vom 01.09.2014 eingeleiteten Benehmensherstellungsverfahrens, ermittelten Ansätze zur Allgemeinen Regionsumlage führten im Vergleich zur 4. Fortschreibung HSK in den Jahren 2015 bis 2017 zu Mehraufwendungen in Höhe von rd. 7,44 Mio. Euro.

Der aufgestellte Haushalt 2016 mit der 6. Fortschreibung HSK weist einen Fehlbedarf von 9.436.150 € aus. Der ursprünglich vorgesehene Haushaltsausgleich für 2016 kann nicht erreicht werden. Ursächlich hierfür sind ausschließlich erhebliche Gewerbesteuernachzahlungen in 2015.

Bedingt durch die Finanzierungssystematik des Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG NW - wirkt sich die im Jahr 2015 - und zwar im Referenzzeitraum 01.07.2014 - 30.06.2015 für das GFG 2016 - geflossene Gewerbesteuernachzahlung insbesondere auf die Schlüsselzuweisungen des Landes NW an die Stadt aus.

Von der erhaltenen Gewerbesteuernachzahlung und der sich daraus ergebenden höheren Steuerkraft sind in 2016 unmittelbar die in der nachfolgenden Übersicht aufgeführten Sachkonten betroffen. Zum Vergleich wurde für diese Sachkonten auch der Ansatz ermittelt, welcher ohne eine Steuernachzahlung in 2016 zu veranschlagen wäre. Dabei wurden jeweils die aktuellen Orientierungsdaten sowie die Modellrechnung des Landes zum GFG 2016 vom 22.10.2015 berücksichtigt.

Produkt 166110101	Pos.	Ansatz	ohne Nachzahlung	Auswirkung
41110000 Schlüsselzuweisungen vom Land	02	19.409.000	30.030.000	-10.621.000
53720100 Allgemeine Städteregionsumlage	15	36.250.000	35.729.000	-521.000
53720200 Mehrbelastung ÖPNV	15	2.243.000	2.210.000	-33.000
Summe Auswirkung 2016				-11.175.000

Ohne diese Haushaltsverschlechterung in Höhe von 11.175.000 € als unmittelbare Auswirkung der Steuernachzahlung 2015 würde die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 einen Überschuss in Höhe von 1.738.850 € ausweisen.

Letztlich ist deutlich erkennbar, dass auch in den Folgejahren die Fortführung der strengen Haushaltsdisziplin sowie die konsequente Überprüfung sämtlicher Aufwendungen und Investitionen auf ihre zwingende Notwendigkeit unbedingt erforderlich bleiben.

3 Erläuterungen zu den Werten der Schlussbilanz 2014

Nach § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) muss der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln und ist zu erläutern.

Die Verwaltung hat den prüffähigen Entwurf des Jahresabschlusses 2014 zum Bilanzstichtag 31.12.2014 in die Sitzung des Stadtrates am 28.04.2015 eingebracht. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk abgeschlossen. Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgte in der Sitzung des Stadtrates am 15.12.2015. Für Einzelheiten wird auf den Jahresabschluss 2014 verwiesen.

3.1 Vermögensstruktur der Jahresabschlussbilanz (Aktivseite)

Auf der Aktivseite der Bilanz ist die kommunale Vermögensstruktur bzw. die Mittelverwendung aufgeteilt auf verschiedene Vermögensarten abgebildet.

3.1.1 Anlagevermögen

In der Jahresabschlussbilanz 2014 der Stadt Eschweiler stellt das Anlagevermögen mit einer Summe von insgesamt 421.005.494,14 € die größte Teilsumme der Bilanz dar. Entsprechend der gesetzlich vorgegebenen Bilanzstruktur unterteilt sich das Anlagevermögen in drei Blöcke:

	31.12.2013	31.12.2014
Immaterielle Vermögensgegenstände	141.310,34 €	143.744,42 €
Sachanlagen	369.208.152,42 €	364.150.655,51 €
Finanzanlagen	54.036.913,31 €	55.522.868,93 €
Summe Anlagevermögen	423.386.376,07 €	419.817.268,86 €

Die Erhöhung von 2013 zu 2014 im Bereich der **Immateriellen Vermögensgegenstände** ergibt sich aus der Beschaffung von Software und Lizenzen.

Die **Sachanlagen** umfassen zum 31.12.2014 83,87 % der gesamten Bilanzsumme (434.198.096,28 €), also des gesamten städtischen Vermögens. Dieser hohe Vermögenswert hat jedoch nur eine relative Aussagekraft, da er nur eingeschränkt veräußerbar ist. Demgegenüber belastet er mit den hieraus resultierenden Abschreibungen jedoch in voller Höhe die für den jährlichen Haushaltsausgleich maßgebliche Ergebnisrechnung.

Wesentliche Veränderungen im Bereich der Sachanlagen ergaben sich zum einen im Bereich unbebaute und bebaute Grundstücke, da dort eine Korrekturbuchung nach Abgleich der Anlagenbuchhaltung und der Finanzbuchhaltung stattgefunden hat. Zum anderen gab es im Bereich Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen einen Abgang von Sonderbauwerken.

Bei den **Finanzanlagen** handelt es sich im Wesentlichen um die Werte der städtischen Gesellschaften (verbundene Unternehmen wie z.B. die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH) und die Werte aus den sonstigen Beteiligungen/ Wertpapieren des Anlagevermögens/ Ausleihungen (wie z.B. Energie- und Wasserversorgung GmbH, Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH, RWE AG, RW Holding AG).

	31.12.2013	31.12.2014
Anteile an verbundenen Unternehmen	9.409.687,30 €	9.409.687,30 €
Beteiligungen	31.738.318,00 €	31.738.318,00 €
Sondervermögen	0,00 €	0,00 €
Wertpapiere des Anlagevermögens	11.684.245,67 €	12.134.245,67 €
Ausleihungen	1.204.662,34 €	2.240.617,96 €

Im Bereich der Anteile an verbundenen Unternehmen ergaben sich Zugänge i.H.v. 1,1 Mio. € aus Anteilszugängen der WBE GmbH, welche jedoch zugleich wieder abgeschrieben wurden. Weiter ergaben sich im Bereich der Ausleihungen Zugänge i.H.v. 1,1 Mio. €.

3.1.2 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen zum 31.12.2014 i.H.v. 9.434.824,77 € macht 2,17 % der Bilanzsumme aus. Im Einzelnen setzt es sich wie folgt zusammen:

	31.12.2013	31.12.2014
Vorräte	1.345.754,18 €	1.192.906,51 €
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	6.795.201,67 €	5.212.009,55 €
Privatrechtliche Forderungen	632.716,84 €	244.637,94 €
Sonstige Vermögensgegenstände	216.943,98 €	84.105,53 €
Liquide Mittel	2.633.396,13 €	3.125.217,83 €

Im Bereich der Forderungen wurden die gesamten Forderungen erfasst. Diese werden unterjährig ggfs. wertkorrigiert durch Niederschlagung oder Erlass. Am Ende eines Jahres sind dann noch weitere Wertberichtigungen vorzunehmen. Diese Wertberichtigung auf Forderungen erfolgt getrennt nach Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Danach waren zum Stichtag 31.12.2014 Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von insgesamt 2.277.881,05 € aufwandswirksam zu verbuchen. Unter Berücksichtigung der entsprechenden Wertberichtigungen zum Stichtag des Vorjahres i.H.v. 2.652.667,56 € ergibt sich eine ergebniswirksame Verbesserung i.H.v. 374.786,51 €.

3.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzung

Bei der aktiven Rechnungsabgrenzung handelt es sich im Wesentlichen um

- die Dienstbezüge der Beamten für Januar 2015
- die Versorgungskassenbeiträge der Beamten für Januar 2015 und
- die Abgrenzung von verschiedenen jahresübergreifenden Auszahlungen.

3.2 Vermögensstruktur der Jahresabschlussbilanz (Passivseite)

Die Passivseite der Bilanz zeigt auf, wie das kommunale Vermögen finanziert wurde. Im Vergleich zur Privatwirtschaft hat jedoch das Eigenkapital im NKF eine andere Bedeutung. Während im Bereich der Privatwirtschaft das Eigenkapital eines Unternehmens maßgeblich für die Kreditwürdigkeit dieses Unternehmens ist, wird das Eigenkapital im NKF durch die Aufsichtsbehörden für die Beurteilung des Haushaltsausgleichs und der Finanzlage einer Kommune herangezogen.

3.2.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital der Stadt Eschweiler beläuft sich zum Stand 31.12.2014 auf insgesamt 52.410.245,48 €. Es setzt sich aus den nachfolgenden drei Positionen zusammen:

	31.12.2013	31.12.2014
Allgemeine Rücklage	59.214.341,90 €	55.602.413,15 €
Ausgleichsrücklage	0,00 €	0,00 €
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	- 3.973.204,31 €	- 3.192.167,67 €

Die allgemeine Rücklage ist eine rechnerische Größe aus der Summe des gesamten Vermögens (AKTIVA) abzüglich des Fremdkapitals (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung); es handelt sich hierbei nicht um Finanzmittel bzw. Werte im Sinne der handelsrechtlichen Bilanz.

Bereits mit dem Jahresabschluss 2011 wurde die Ausgleichsrücklage vollständig aufgezehrt, sodass der Jahresfehlbetrag 2012 in Höhe von 21.888.238,40 € zu einer enormen Verringerung der Allgemeinen Rücklage führte. Auch der Jahresfehlbetrag 2013 (3.973.204,31 €) sowie der Jahresfehlbetrag 2014 (3.192.167,67 €) schmälern erneut die Allgemeine Rücklage.

3.2.2 Sonderposten

Die Sonderposten zum 31.12.2014 i.H.v. insgesamt 113.790.152,51 € unterteilen sich wie folgt:

	31.12.2013	31.12.2014
für Zuwendungen	90.748.599,26 €	86.779.664,76 €
für Beiträge	20.804.136,56 €	21.031.015,52 €
für den Gebührenaussgleich	1.196.017,99 €	1.393.739,39 €
Sonstige Sonderposten	3.159.311,91 €	4.585.732,84 €

Bei den Sonderposten handelt es sich im Wesentlichen um in der Vergangenheit erhaltene Zuweisungen und Beiträge für getätigte Investitionen. Nach der Systematik des NKF werden diese Sonderposten entsprechend der Nutzungszeit des damit finanzierten Investitionsgutes aufgelöst und mindern insofern die belastende Wirkung der Abschreibungen für das jeweilige Investitionsgut in der Ergebnisrechnung.

Bei den Beiträgen für den Gebührenaussgleich handelt es sich um in den Gebührenhaushalten in den vergangenen Jahren erwirtschaftete Überschüsse, die den Gebührenpflichtigen nach den Bestimmungen des Kommunalen Abgabengesetzes NRW wieder zugutekommen müssen.

In der Schlussbilanz 2014 beläuft sich der Anteil der Sonderposten an der Bilanzsumme auf 26,21 %.

3.2.3 Rückstellungen

Die Bildung von Rückstellungen ist ein wesentlicher Bestandteil des Ressourcenverbrauchskonzeptes im NKF. Rückstellungen werden gebildet für Verpflichtungen in der Zukunft, welche in den vergangenen Rechnungsperioden begründet sind und deren Eintritt dem Grunde nach zu erwarten ist, deren Höhe und Zeitpunkt der tatsächlichen Fälligkeit jedoch noch ungewiss sind. Hierdurch werden die Aufwendungen der Verursachungsperiode zugerechnet in der sie angefallen sind, obwohl die Leistung (Auszahlung) erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Es werden also die kommenden Ergebnisrechnungen nicht belastet, wobei jedoch zu beachten ist, dass in der Finanzplanung zukünftiger Jahre die entsprechende Liquidität bereitzustellen ist.

Die Schlussbilanz 2014 enthält folgende Rückstellungen mit einer Gesamtsumme von 77.281.996,93 €:

	31.12.2013	31.12.2014
Pensionsrückstellungen	60.191.450,00 €	60.873.020,00 €
Instandhaltungsrückstellungen	10.930.018,33 €	8.384.002,27 €
Sonstige Rückstellungen (§36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW)	6.038.400,86 €	8.024.974,66 €

Der Anteil der Rückstellungen an der Gesamtbilanzsumme beläuft sich auf 17,80 %. Bezüglich der Einzelerläuterung zu den Rückstellungen wird auf den Anhang zur Schlussbilanz verwiesen.

3.2.4 Verbindlichkeiten

Im Gegensatz zu den Rückstellungen, sind Verpflichtungen gegenüber Dritten, deren Grund und Höhe feststehen, in der Bilanz als Verbindlichkeiten auszuweisen. Die in der Schlussbilanz 2014 ausgewiesenen Verbindlichkeiten i.H.v. 179.902.484,86 € (41,43 % der Bilanzsumme) setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2013	31.12.2014
Anleihen	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	78.443.930,09 €	77.377.467,08 €
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	83.240.000,00 €	85.964.000,00 €
Verbindlichkeiten die Kreditaufnahmen gleichkommen	526.323,15 €	497.475,73 €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.800.159,09 €	4.204.483,97 €
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	3.145.884,77 €	4.551.004,21 €
Sonstige Verbindlichkeiten	6.421.679,89 €	7.308.053,87 €

3.2.5 Passive Rechnungsabgrenzung

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden in der Schlussbilanz eingegangene Einnahmen (Einzahlungen), soweit sie einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, angesetzt. Sie dienen der periodengerechten Abgrenzung des Ertrages. Hierunter zählen insbesondere Grabgebühren, die für die gesamte Ruhezeit im Voraus bezahlt werden. Sie sind mit ihrem Anteil jährlich ertragswirksam aufzulösen.

4 Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals

Der Eigenkapitalausstattung kommt eine besondere Bedeutung zu. Da das Eigenkapital auch Auswirkungen auf den Haushaltsausgleich hat und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung in den Haushaltsplan einbezogen wurde, ist die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals aufzuzeigen, wenn in der Haushaltssatzung eine Festsetzung nach § 78 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW enthalten ist.

Das Eigenkapital entwickelt sich entsprechend den Haushaltsansätzen wie folgt:

in T€	Allgemeine Rücklage	Sonder-rücklage	Ausgleichs-rücklage	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	Summe Eigenkapital
Ergebnis 2007	111.137	0	21.756	+ 944	133.837
Ergebnis 2008	115.886	0	21.756	- 11.761	125.881
Ergebnis 2009	113.984	0	9.995	- 4.814	119.165
Ergebnis 2010	113.793	0	5.181	- 952	118.022
Ergebnis 2011	114.337	0	4.229	- 23.019	95.547
Ergebnis 2012	82.352	0	0	- 21.888	60.464
Ergebnis 2013	59.214	0	0	- 3.973	55.241
Ergebnis 2014	55.602	0	0	- 3.192	52.410
Ansatz 2015	52.410	0	0	- 16.602	35.808
Ansatz 2016	35.808	0	0	- 9.436	26.372
Ansatz 2017	26.372	0	0	+ 1.417	27.789
Ansatz 2018	27.789	0	0	+ 2.385	30.174
Ansatz 2019	30.174	0	0	+ 4.795	34.969

5 Haushaltsausgleich

Die vorliegende Haushaltsplanung weist in der Zeitreihe bis 2019 folgende kalkulierte Jahresergebnisse aus:

2014	-	3.192.167,67 €
2015	-	16.602.100,00 €
2016	-	9.436.150,00 €
2017	+	1.417.400,00 €
2018	+	2.385.450,00 €
2019	+	4.795.400,00 €

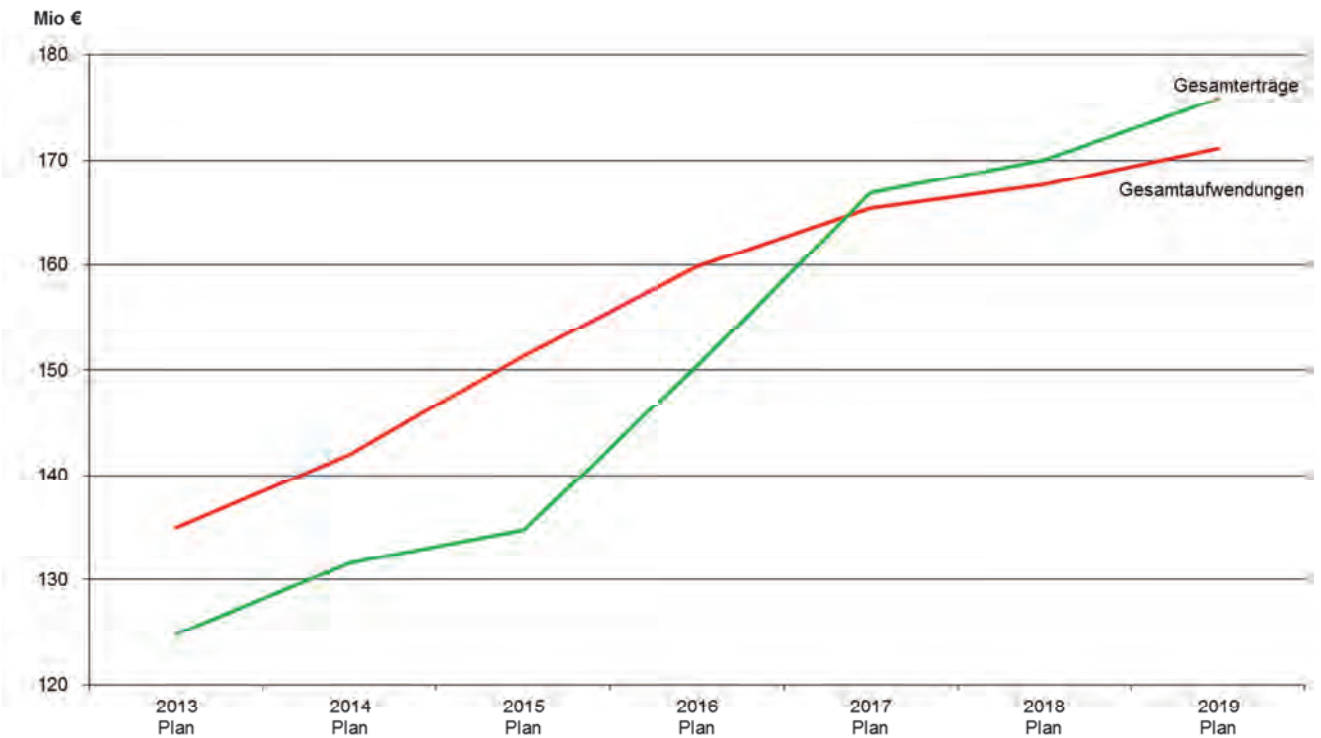
Inhaltlich wird weiter auf die Ausführungen im Rahmen der beigefügten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 – 2017 verwiesen.

6 Ergebnisplan

6.1 Allgemeines

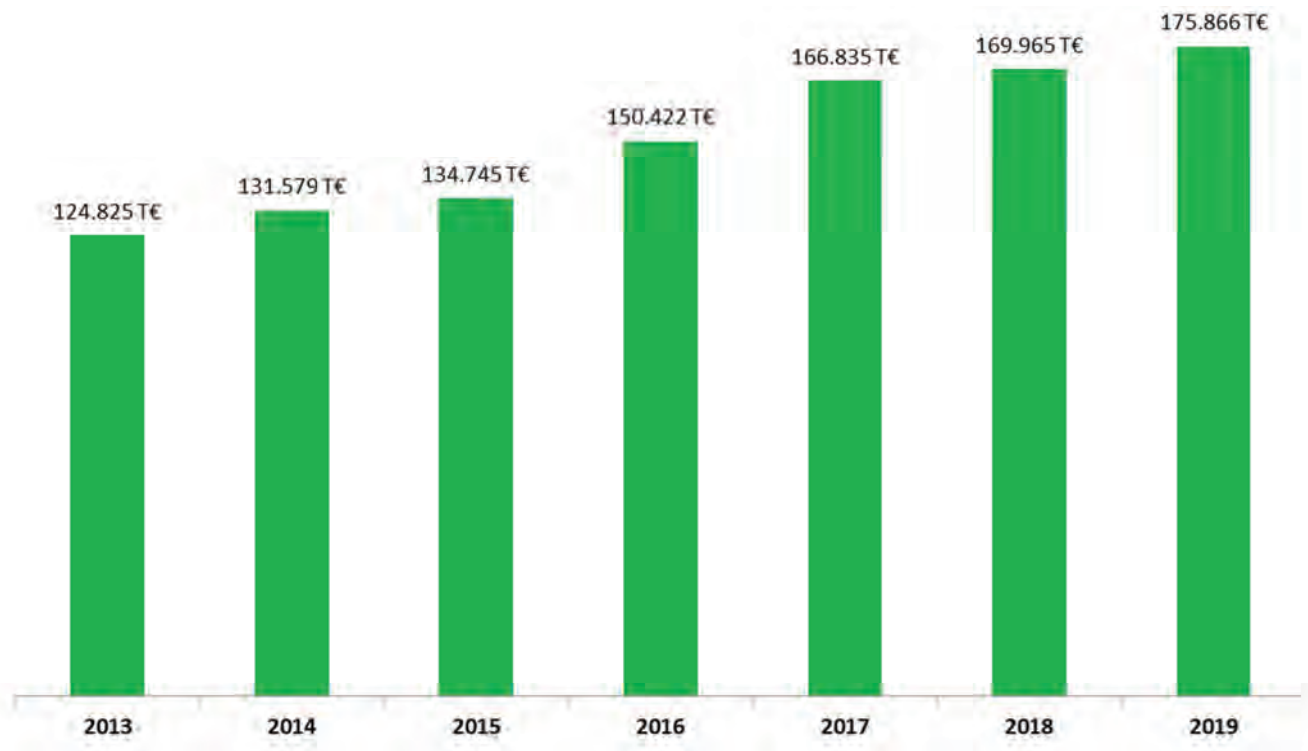
Im Ergebnisplan sind mindestens die in § 2 GemHVO NRW aufgeführten ordentlichen Erträge und Aufwendungen als einzelne Positionen auszuweisen.

Insgesamt stellt sich die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge wie folgt dar:



6.2 Erträge

Die im Haushaltsjahr 2016 und in der mittelfristigen Planung bis 2019 veranschlagten Erträge wurden unter Berücksichtigung der Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung nach § 77 Abs. 2 GO NRW ermittelt. Diese besagen, dass zunächst die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Finanzmittel aus speziellen Entgelten für seitens der Gemeinde erbrachte Leistungen und erst nachrangig durch die Erhebung von Steuern zu realisieren sind.



Insgesamt ergibt sich im Zeitraum von 2013 bis 2019 eine kontinuierliche Steigerung der Erträge. Diese positive Tendenz resultiert neben den steigenden Steuererträgen (s. 6.2.1) auch aus steigenden Schlüsselzuweisungen.

Nachfolgend werden die wesentlichen Erträge - gemessen an der Höhe des Gesamtvolumens - detaillierter aufgezeigt:

- Steuern und ähnliche Abgaben
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Sonstige ordentliche Erträge

6.2.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Bei diesen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer A und B, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Die 6. Fortschreibung beinhaltet die im Rahmen der 5. Fortschreibung für 2016 beschlossenen Hebesätze:

Grundsteuer B:	310 v.H.
Grundsteuer B:	520 v.H.
Gewerbesteuer:	490 v.H.

Die mittelfristige Planung erfolgte auf der Grundlage der mitgeteilten Orientierungsdaten.

Insgesamt beläuft sich der Ansatz der Realsteuern für das Haushaltsjahr 2016 auf 37.980.000 € und liegt damit rd. 3,34 Mio. € über dem Haushaltsansatz 2015. Die in der mittelfristigen Haushaltsplanung veranschlagten Ansätze bedingen die weitere Fortsetzung eines positiven Konjunkturverlaufes. Von wesentlicher Bedeutung ist - neben den Erträgen aus Gewerbesteuer - der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Das Aufkommen an der Einkommensteuer wird als so genannte Gemeinschaftsteuer auf die Gebietskörperschaften aufgeteilt. Bund und Länder erhalten jeweils 42,5 % des Steueraufkommens an der veranlagten Lohn- und Einkommensteuer. Auf die Gemeinden entfällt ein Anteil von 15 %. Der Ansatz des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer steigt gegenüber dem Ansatz 2015 um rd. 1,84 Mio. € auf 22,28 Mio. €.

Der Ansatz des Anteils an der Umsatzsteuer steigt um rd. 0,34 Mio. € auf 2,86 Mio. €. Die Werte der mittelfristigen Planung wurden für die Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten und auf Basis der Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung des Landes NRW berechnet.

Die Kommunen sollen ab dem Jahr 2018 im Rahmen der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Mrd. Euro/Jahr von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Der Verteilungsmodus der Entlastung auf die Länder bzw. innerhalb der Länder ist zurzeit noch nicht absehbar.

Im Vorgriff auf diese dauerhafte Entlastung ab 2018 wurde bereits ab dem Jahr 2015 mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde (sog. Zwischen-/Übergangsmilliarde) begonnen. Die Entlastungswirkung erfolgt jeweils hälftig über eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) sowie über eine Aufstockung des Gemeindeanteiles an der Umsatzsteuer. Für das Jahr 2016 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bis einschl. 2019 ist die Entlastung für die Stadt Eschweiler in einer Größenordnung von rd. 300.000 Euro/Jahr als Mehrertrag beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer berücksichtigt worden.

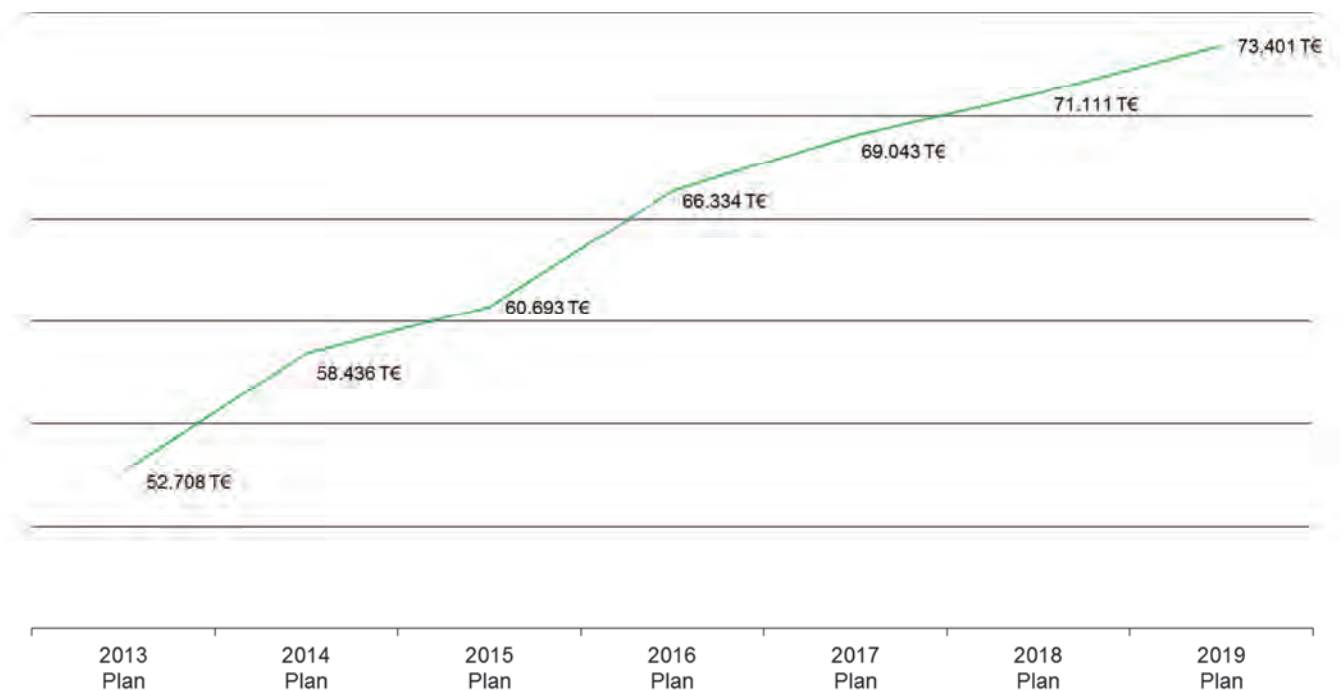
Die vorgenannte „Übergangsmilliarde“ wird im Jahr 2017 einmalig um weitere 1,5 Mrd. Euro Bundesentlastungsmittel aufgestockt, die im Verteilungsmodus ein Drittel (500 Mio. Euro) Beteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) zu zwei Drittel (1 Mrd. Euro) Erhöhung des Gemeindeanteiles an der Umsatzsteuer ihre Wirkung entfalten. Bei der Stadt Eschweiler führt diese einmalige Aufstockung zu einem Mehrertrag beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von rd. 600.000 Euro in 2017, der entsprechend in der Planung veranschlagt worden ist.

Sollte das angekündigte Bundesteilhabegesetz wie geplant ab dem Jahr 2018 in Kraft treten und die avisierte Entlastungswirkung für die Kommunen im Umfang von 5 Mrd. Euro entfalten, ist nach heutigem Kenntnisstand von einer Gesamtentlastung in Höhe von 1,5 Mio. Euro auszugehen.

Entsprechend der Erlasslage des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK NRW) vom 10.12.2014 zur Einplanung dieser Entlastung kann die über die „Übergangsmilliarde“ hinausgehende Bundesbeteiligung (= 4 Mrd. Euro) teilweise Berücksichtigung finden. Auf Grundlage der bisherigen Verteilungsstruktur dürfen 50 % des erhöhten kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer (= 1 Mrd. Euro) als Entlastungswirkung in 2018 und 2019 eingeplant werden (= rd. 600.000 Euro für die Stadt Eschweiler). Als Gesamtentlastung sind somit in den Jahren 2018 und 2019 beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer rd. 900.000 Euro veranschlagt worden. Die Herstellung des Haushaltsausgleiches in den Jahren 2018 und 2019 wäre auch ohne Einplanung der Entlastung möglich.

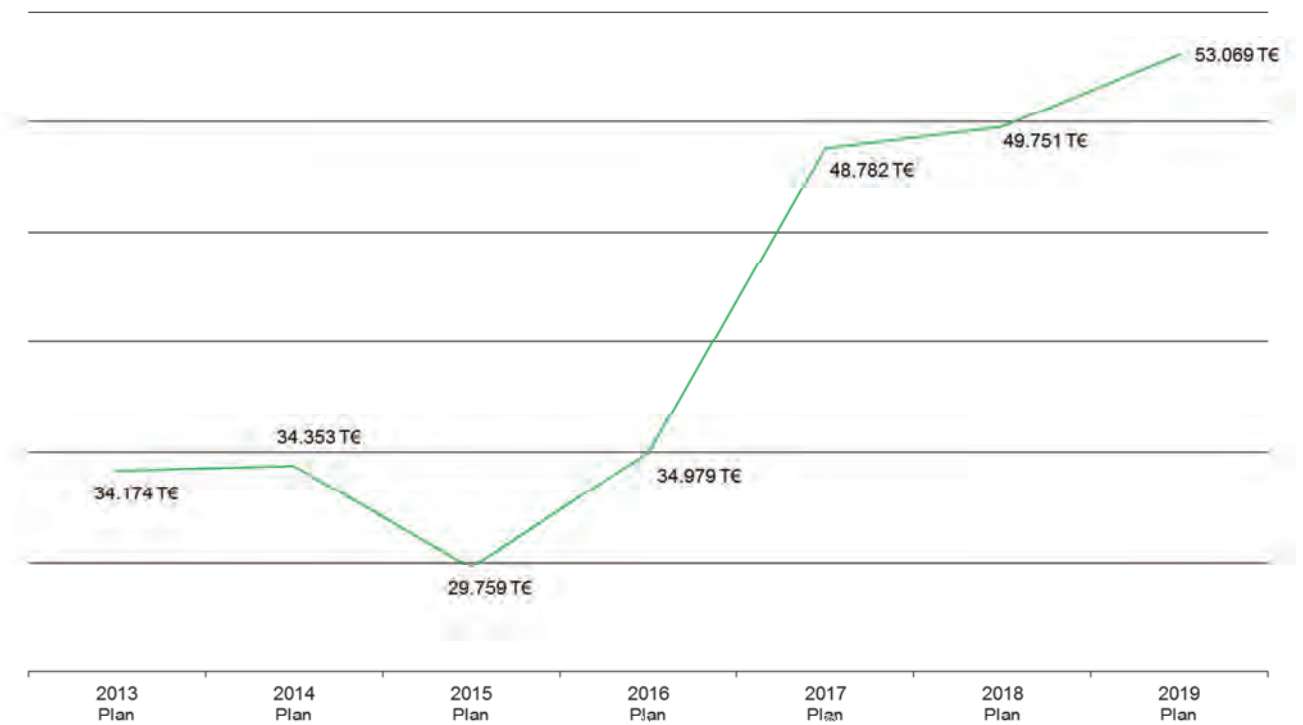
Gemeinden und kreisfreie Städte erhalten außerhalb des Steuerverbundes eine Kompensationsleistung aus dem Umsatzsteueranteil der Länder zum Ausgleich der Mehrbelastung, die ihnen durch die Mitfinanzierung des Kindergeldes entsteht. Im mittelfristigen Planungszeitraum ergeben nach den Orientierungsdaten jährliche Steigerungen von 2,6 %, 3,8 % sowie 3,1 %.

Die Entwicklung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben stellt sich wie folgt dar:



6.2.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

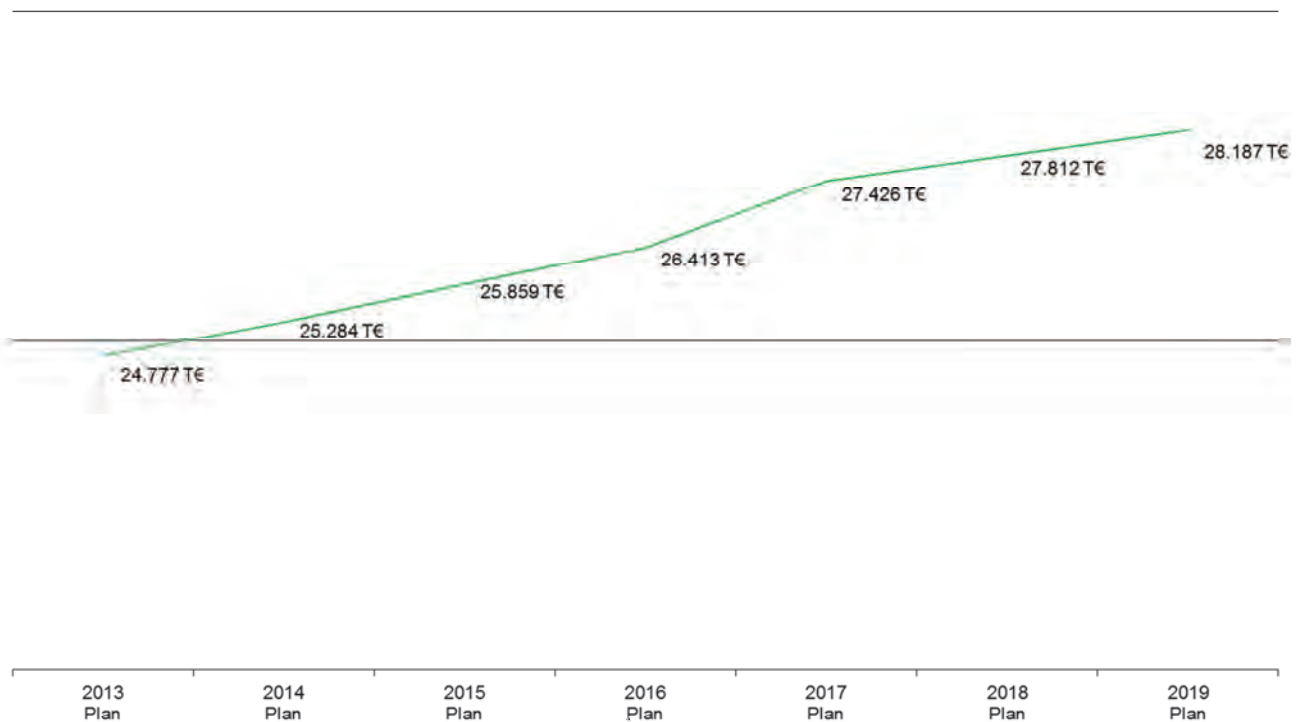
Neben projektbezogenen Zuweisungen zählen hierzu vor allem die Schlüsselzuweisungen vom Land. Der im Haushalt eingestellte Ansatz ergibt sich u.a. aus der Berücksichtigung der Orientierungsdaten, der aktuellen Entwicklung der Steuererträge sowie der Modellrechnung des Landes zum GFG 2016 vom 22.10.2015. Der erhebliche Einbruch beim Ansatz der Schlüsselzuweisungen in 2016 ist unmittelbare Auswirkung der erheblichen Steuernachzahlung aus 2015.



6.2.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Zur Finanzierung der städt. Leistungen werden in bestimmten Aufgabenbereichen Leistungsentgelte erhoben. Besonders hervorzuheben sind hier die klassischen kostenrechnenden Einrichtungen (Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Winterdienst, Rettungs- und Krankentransporte) die sich grundsätzlich kostendeckend über öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte finanzieren.

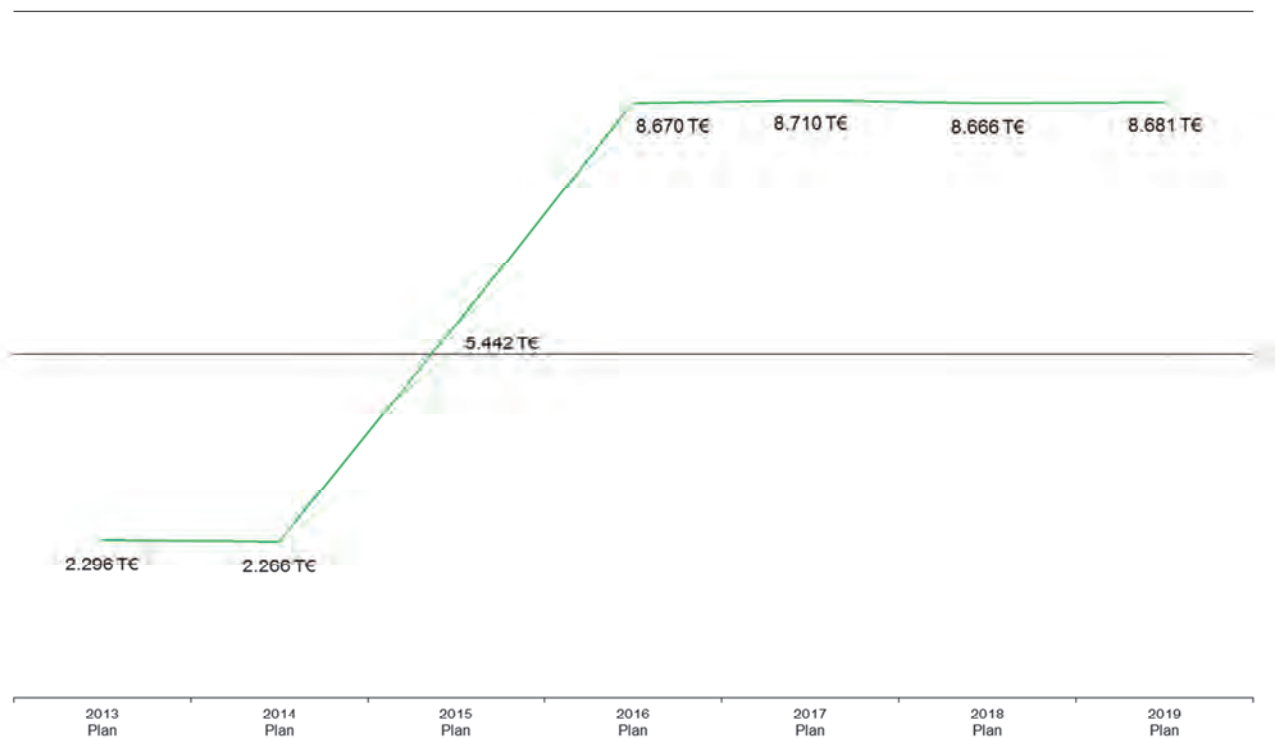
Die Entwicklung des Gebührenaufkommens ist grundsätzlich abhängig von der Kostenentwicklung in den einzelnen Einrichtungen. Die stetigen Steigerungen sind zum einen durch allgemeine Preisanpassungen und zum anderen aus den schwankenden Instandhaltungsaufwendungen im Abwasserbeseitigungsbereich geprägt. Insgesamt steigen die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte im Finanzplanungszeitraum 2016-2019 recht moderat.



6.2.4 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Im Vergleich zu 2015 steigen die Erträge im Bereich der Kostenerstattungen und Kostenumlagen um 3,29 Mio. € auf 8,67 Mio. €.

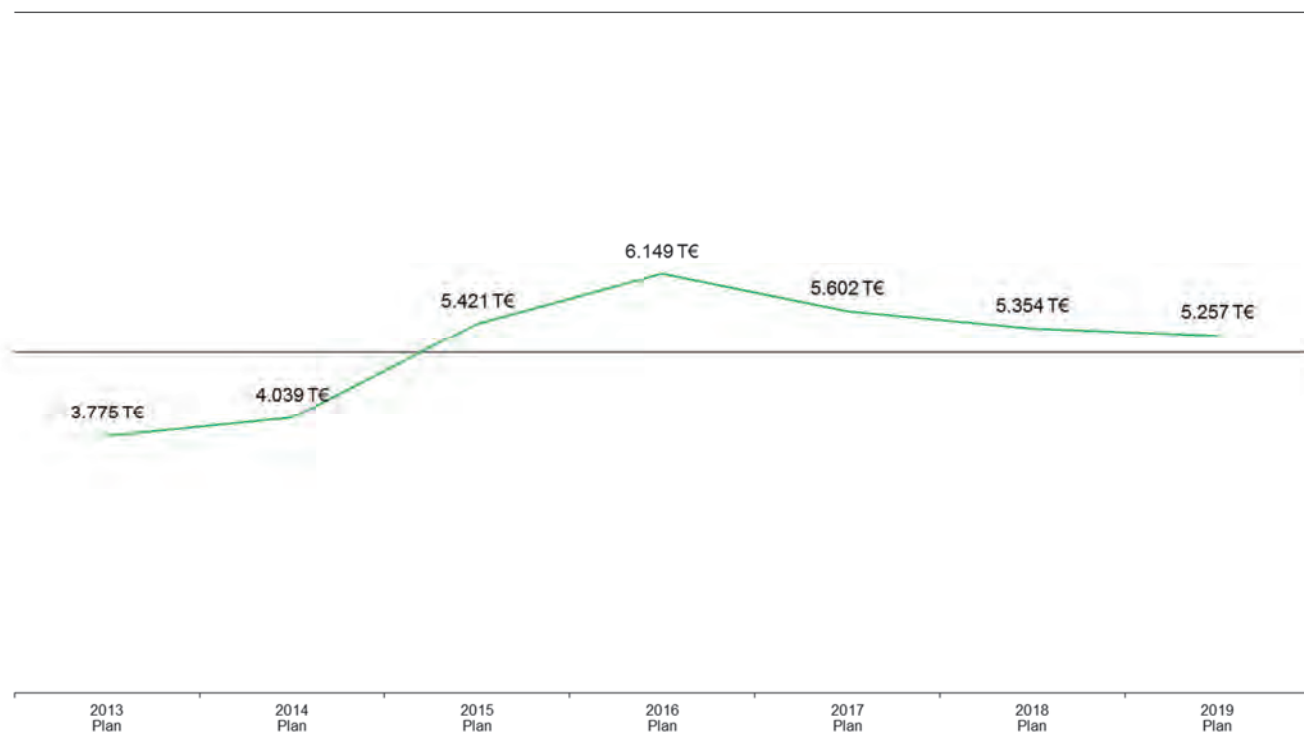
Die größten Einzelpositionen im o.g. Bereich sind die Erstattungen vom Land für Unterhaltssicherung und der Flüchtlingsaufnahme (FlüAG), Erstattungen vom Land für Unterhaltsvorschussleistungen, Kostenerstattungen Jugendhilfeträger (§§ 89 ff SGB VIII), Kostenerstattungen Jugendhilfeträger im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, Erstattungen der BKJ für die Inanspruchnahmen von Personalleistungen der Stadt und Erstattungen für die Benutzung der Bäder.



6.2.5 Sonstige ordentliche Erträge

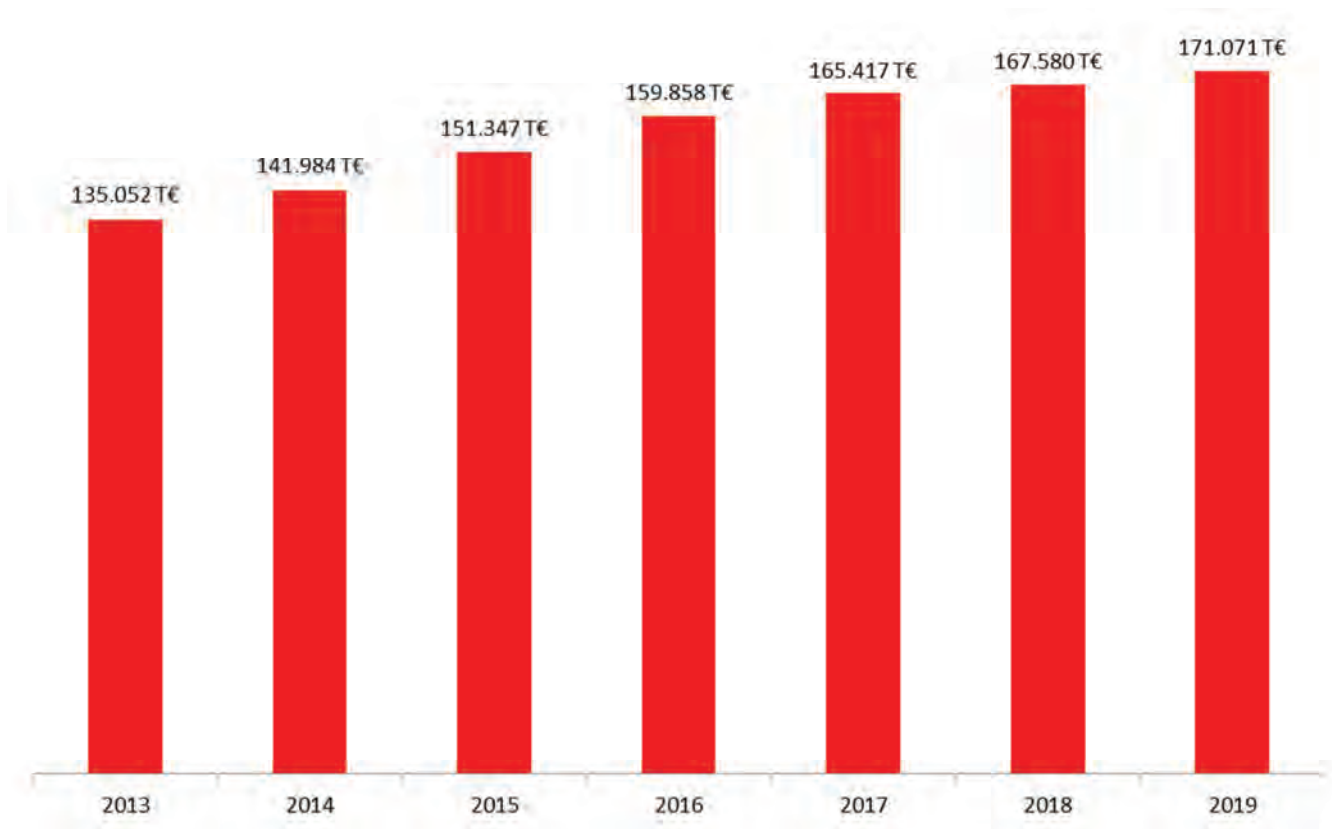
Im Planungszeitraum 2016-2019 bleiben die sonstigen ordentlichen Erträge nahezu konstant. Die größten Einzelpositionen stellen die Konzessionsabgaben dar.

Der Anstieg der sonstigen ordentlichen Erträge von 2013 bis 2015 beruht hauptsächlich auf Umsatzsteuererstattungen, Grundstücksverkäufen, gestiegenen Konzessionsabgaben und dem Abbau von Rückstellungen im Personalbereich.



6.3 Aufwendungen

Die Gesamtaufwendungen 2013 bis 2019 stellen sich wie folgt dar:



Die in 2016 zu verzeichnende Steigerung der Gesamtaufwendungen im Vergleich zu 2015 ist in den nachfolgenden Ausführungen zu den jeweiligen Aufwandarten erläutert.

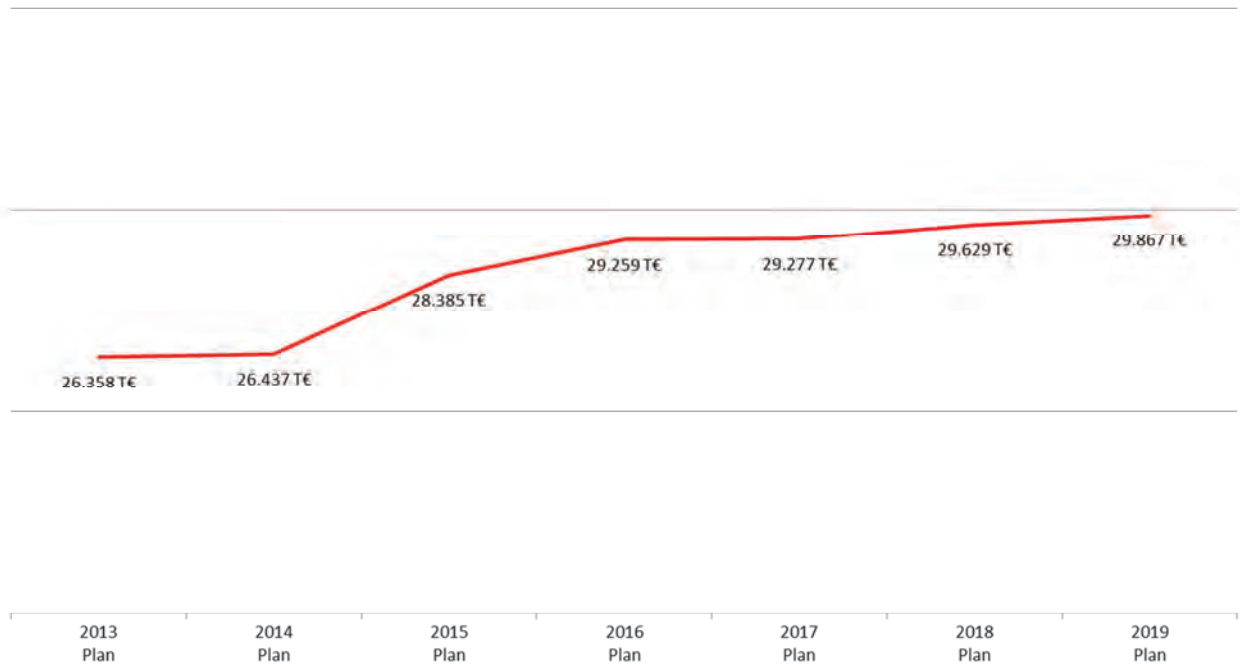
Die wesentlichen **Aufwendungen** werden für folgende Positionen ausgewiesen:

- Personalaufwendungen
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- Bilanzielle Abschreibungen
- Transferaufwendungen

6.3.1 Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen wurden auf Basis des tatsächlichen Personalbestandes im April/ Mai 2015 ermittelt. Für 2016 wurde eine fiktive Tarifierhöhung zum 01.03.2016 von 2,0 % eingeplant, ab 2017 ff. erfolgte eine weitere Fortschreibung entsprechend der Orientierungsdaten mit 1 % Tarifierhöhung. Im Beamtenbereich wurde eine Besoldungserhöhung von 2,3 % aufgrund des im Beschlussentwurf befindlichen Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/ 2016 eingeplant, ab 2017 ff. 1 % Besoldungserhöhung entsprechend der Orientierungsdaten.

Im Übrigen wird auf die Anlage 2 im HSK hingewiesen.



Ergänzend wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Stadt Eschweiler seit 2007 freiwillige Zuführungen in den Kommunalen Versorgungsrücklagen Fonds leistet. Unter Berücksichtigung des anhaltend niedrigen Zinsniveaus bei den Liquiditätssicherungskrediten beinhaltet auch der vorliegende Haushalt im Finanzplanungszeitraum entsprechende Zuführungen in Höhe von jährlich 450.000 Euro. Zur Sicherstellung der Finanzierung der künftigen Versorgungsbezüge wird von Seiten der Rheinischen Versorgungskassen nachdrücklich empfohlen, bisher angespartes Kapital im KVR-Fonds zu belassen und möglichst weiter freiwillig aufzustocken. Diese Empfehlung wird im Übrigen vom Ministerium für Inneres und Kommunales unterstützt.

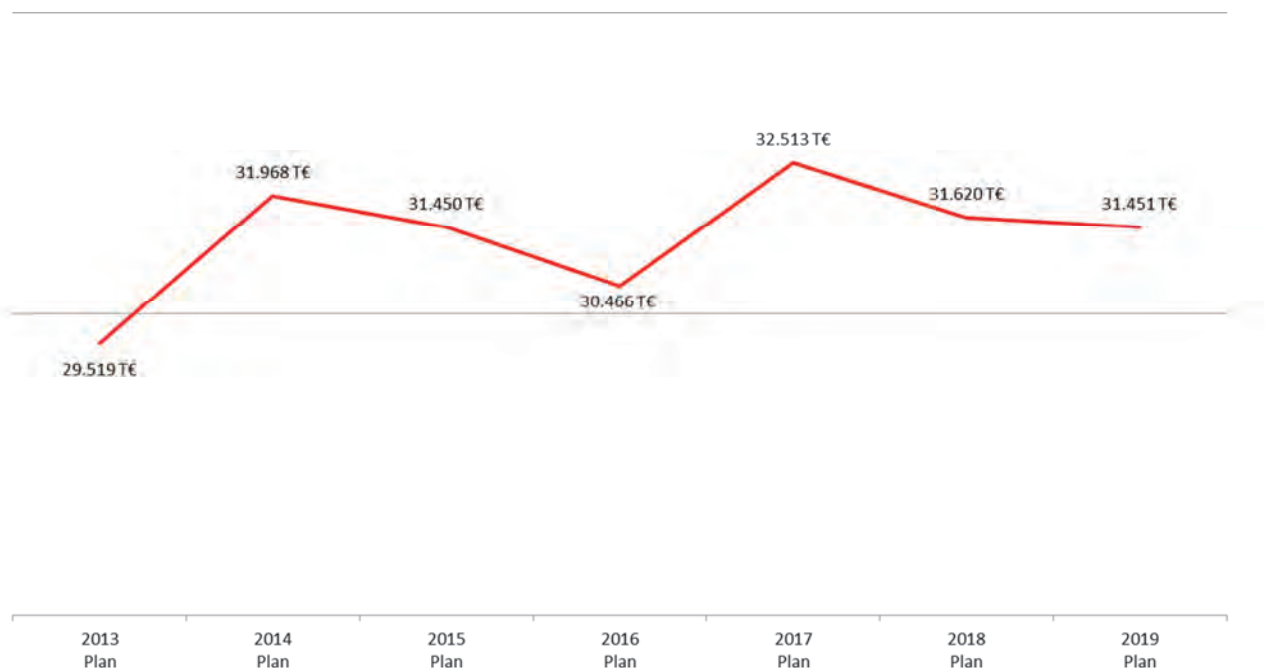
6.3.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden regelmäßig, sowohl bei den pflichtigen als auch bei den freiwilligen Aufgaben, auf mögliche Kosteneinsparungen hin überprüft. Bei diesen Überprüfungen werden auch organisatorische Veränderungen und Optimierungen des Anlagevermögens berücksichtigt.

Zu den Sach- und Dienstleistungen gehören die laufenden Kosten für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen, die Straßenbeleuchtung, die Bewirtschaftung der Grundstücke (Strom, Wasser), Haltung von Fahrzeugen, Lernmittel für Schüler, Schülerbeförderungskosten, Verwaltungs- und Betriebsaufwand, um nur einige Aufwandsarten beispielhaft aufzuführen.

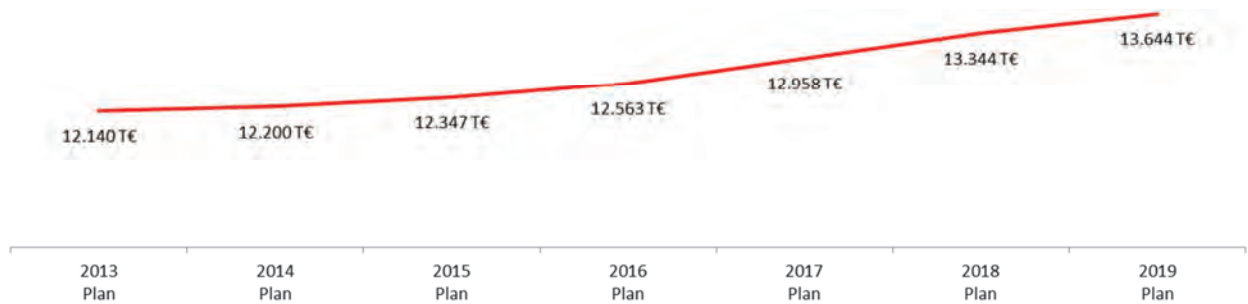
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für das Jahr 2016 sind mit rd. 30,47 Mio. € veranschlagt, dies ist eine Senkung in Höhe von rd. 0,98 Mio. € gegenüber dem Planansatz 2015.

An dieser Stelle wird auf die detaillierten Ausführungen zu den Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen der Einzelbeschlüsse zur HSK-Fortschreibung verwiesen.



6.3.3 Bilanzielle Abschreibungen

Die geplante Summe der Aufwendungen für Abschreibungen beläuft sich im Jahr 2016 auf insgesamt 12.562.800 €. Für die Jahre 2017 bis 2019 steigt dieser Betrag in Folge der durchgeführten Investitionsmaßnahmen stetig an (2019: 13.644.300 €). Der Belastungsanteil 2016 der Abschreibungen macht gemessen an der Summe der ordentlichen Aufwendungen einen Anteil von rd. 8,01 % aus.



6.3.4 Transferaufwendungen

Auch bei den pflichtigen Transferaufwendungen ist die Stadt unter Beachtung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bestrebt, alle Möglichkeiten einer Reduzierung auszuschöpfen.

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke werden ebenso wie vertraglich vereinbarte Zuschussregelungen mit dem Ziel einer Anpassung an die schwierigen Finanzverhältnisse kontinuierlich auf Konsolidierungspotenzial hin überprüft. Gleichzeitig werden durch eine aufgabengerechte und wirtschaftliche Organisation der Leistungsbearbeitung sowie ein wirtschaftliches Controlling der Abrechnung mit anderen oder übergeordneten Leistungsträgern deutlich stärkere Aufwandsteigerungen vermieden. Zur Bewältigung dieser Kontrollaufgaben ist im Jugendhilfebereich als aufwandstärkstes Aufgabenfeld bei den Transferaufwendungen eine personelle Aufstockung vorgenommen worden.

Die Transferaufwendungen stellen mit 77,62 Mio. € auch in 2016 die größte Aufwandsart dar. Neben der Allgemeinen Regionsumlage zählen hierzu z.B. auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit.

Die Ansätze der abzuführenden Regionsumlage basieren auf den in § 6 der Haushaltssatzung der StädteRegion Aachen für die Haushalte 2015/ 2016 mitgeteilten Werte. Der danach zugrunde gelegte Umlagesatz von 44,5560 % führt bei der Stadt Eschweiler bei angenommenen Umlagegrundlagen gemäß Modellrechnung des Landes zum GFG 2016 vom 22.10.2015 in 2016 zu einer zu zahlenden **Regionsumlage in Höhe von 36.250.000 €**. Gegenüber der im städt. Haushalt 2015 veranschlagten Umlage in Höhe von 33.924.000 € bedeutet dies eine Steigerung von rd. 2,33 Mio. €.

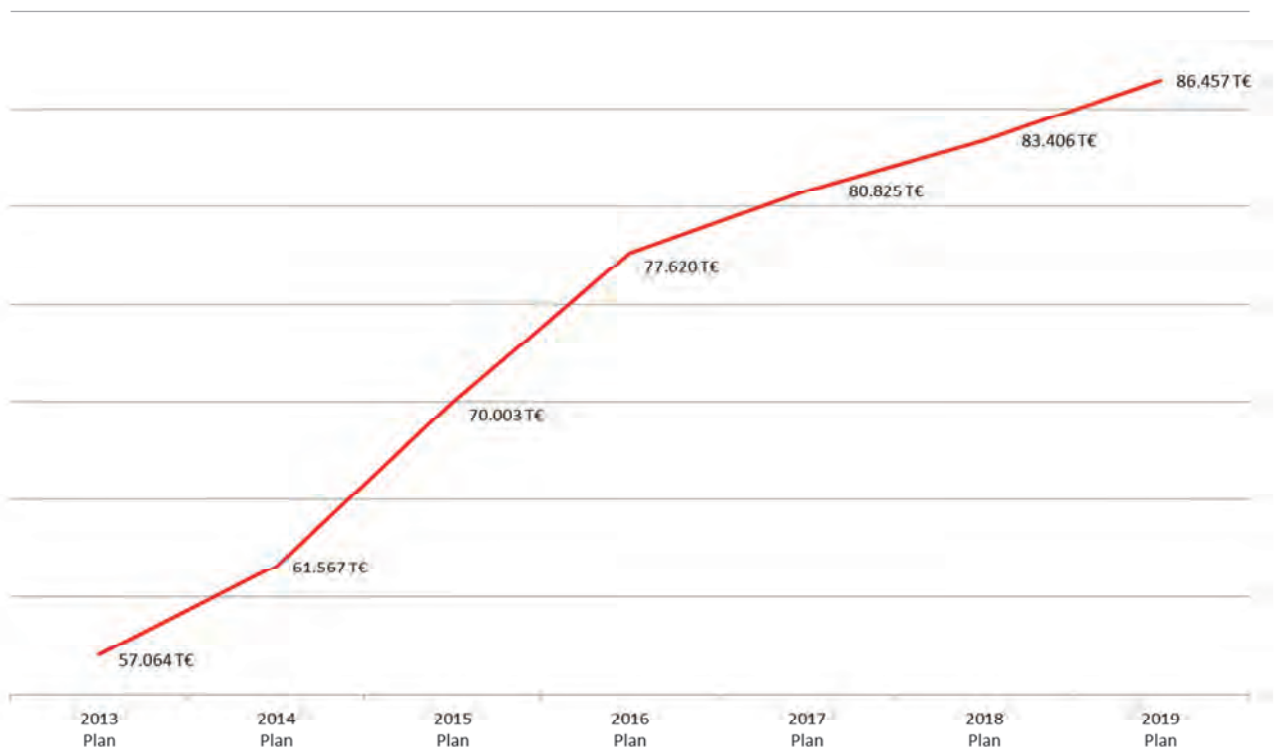
Darüber hinaus zahlt die Stadt eine **Regionsumlage-Mehrbelastung für die Kosten des ÖPNV (ÖPNV-Umlage) in der Größenordnung von 2.243.000 €**. Gegenüber dem Ansatz 2015 in Höhe von 2.099.000 € bedeutet dies eine Steigerung um rd. 144.000 €.

Insgesamt kommt auf die Stadt Eschweiler im Haushaltsjahr 2016 eine Gesamtmehrbelastung (Allgemeine Regionsumlage und ÖPNV-Umlage in Höhe von 2.470.000 € gegenüber den in der 5. Fortschreibung des HSK geplanten Ansätzen für 2015 zu.

Die mit dem Wirtschaftsplan der BKJ korrespondierende Position „Fehlbedarfsabdeckung“ wurde auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes 2016 der BKJ übernommen. Der im Jahresabschluss 2014 der BKJ ausgewiesene Überschuss von 266 T€, der sich mittlerweile zzgl. Gewinnvorträgen auf 688 T€ kumuliert hat, wird in 2016 und in der mittelfristigen Finanzplanung zur Reduzierung der Fehlbedarfsabdeckung in Anspruch genommen.

Zudem wirkt sich bei den Transferaufwendungen auch die Aufgabenübernahme der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge (UMF) sowie der Flüchtlingsaufnahme (FlüAG), wie bereits unter Punkt 6.2.4 aufgeführt, aus.

Die Transferaufwendungen steigen insgesamt kontinuierlich bis 2019 an (2019: 86,46 Mio. €).



6.4 Kennzahlen zu den Erträgen und Aufwendungen

Im Folgenden werden die wichtigsten Kennzahlen zum Ergebnisplan aufgeführt und erläutert.

1) Abschreibungsintensität = $\frac{\text{Bil. Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
8,78 %	8,32 %	8,01 %	7,97 %	8,10 %	8,11 %

Die Abschreibungsintensität gibt an, in welchem Umfang die Stadt Eschweiler durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

2) Abschreibungslastquote = $\frac{\text{Bil. Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten}}$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
258,04 %	260,15 %	253,88 %	257,55 %	261,15 %	262,90 %

Die Kennzahl Abschreibungslastquote zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr an. Die Kennzahl unterstützt die Bewertung der tatsächlichen Aufwendungen aus der Nutzung des vorhandenen Vermögens.

3) Zinslastquote = $\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
2,21 %	2,04 %	1,91 %	1,77 %	1,69 %	1,65 %

Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

4) Zinsdeckungsquote = $\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
2,41 %	2,31 %	2,05 %	1,77 %	1,67 %	1,61 %

Die Zinsdeckungsquote ist eine weitere Verhältniszahl und gibt an, in welchem Umfang die (ordentlichen) Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit von den Finanzaufwendungen aufgezehrt werden.

$$5) \text{ Zinssteuerquote} = \frac{\text{Zinsaufwendungen} \times 100}{\text{Steuererträge}}$$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
5,25 %	4,98 %	4,53 %	4,18 %	3,91 %	3,78 %

Die Zinssteuerquote ist eine zusätzliche Verhältniszahl und stellt wie die Zinsdeckungsquote ein Verhältnis zwischen den Zinsaufwendungen und den Erträgen her. Sie gibt aber durch den Bezug zu den Steuererträgen an, in welchem Umfang die kommunal beeinflussbaren Steuern zur „Deckung“ der Zinsaufwendungen aufgezehrt werden.

$$6) \text{ Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
27,01 %	22,79 %	23,86 %	29,93 %	29,95 %	30,85 %

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Stadt Eschweiler von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

$$7) \text{ Personalintensität I} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
19,03 %	19,14 %	18,65 %	18,01 %	17,98 %	17,75 %

Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

$$8) \text{ Personalintensität II} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
20,79 %	21,73 %	19,96 %	17,96 %	17,83 %	17,36 %

Die Personalintensität II gibt an, in welchem Umfang die ordentlichen Erträge von den Personalaufwendungen aufgezehrt werden. Die Personalintensität II setzt stärker auf eine wirtschaftliche Betrachtung als die Personalintensität I, da Aufwendungen ins Verhältnis zu den „erwirtschafteten“ Erträgen gesetzt werden. Es steht also – anders als bei der Personalintensität I – im interkommunalen Vergleich die Frage im Mittelpunkt, in welchem Umfang die Personalaufwendungen finanzierbar sind.

$$9) \text{ Sach- und Dienstleistungsintensität} = \frac{\text{Aufw. Für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
23,01 %	21,20 %	19,42 %	20,00 %	19,19 %	18,69 %

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

$$10) \text{ Transferaufwandsquote} = \frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
44,32 %	47,20 %	49,48 %	49,73 %	50,61 %	51,37 %

Die Transferaufwandsquote stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

$$11) \text{ Netto Steuerquote} = \frac{(\text{Steuererträge} - \text{GewSt. Umlage} - \text{Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit}) \times 100}{\text{Ordentliche Erträge} - \text{GewSt. Umlage} - \text{Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit}}$$

2014	2015	2016	2017	2018	2019
44,49 %	44,90 %	43,79 %	40,94 %	41,38 %	41,28 %

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter ist.

7 Bedeutende Investitionsmaßnahmen

Nach dem Gesamtfinanzplan betragen die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr 2016 rd. 17,82 Mio. €. Dem stehen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von rd. 9,12 Mio. € gegenüber.

Entsprechend der Ermittlung des Kreditbedarfs gem. § 86 GO NRW können die Differenzbeträge (nach Abzug der Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen) jeweils über Kredite abgedeckt werden.

Die größten Investitionen ab 2016 ff. stellen sich wie folgt dar:

Produktbereich 01: Innere Verwaltung

- Erwerb von Grund und Boden Ackerflächen
- Medienentwicklung Schulen
- Mehrzweckhalle Don-Bosco
- Kindergarten Dürwiß
- Erweiterung Feuerwehrhauptwache
- Feuerwehrgerätehaus Bohl
- Errichtung Obdachlosenunterkünfte

Produktbereich 02: Sicherheit und Ordnung

- Beschaffung Krankentransportwagen/ Rettungswagen
- Beschaffung Löschfahrzeuge
- Beschaffung Einsatzleitwagen
- Beschaffung Abrollbehälter „Sonderlöschmittel“
- Beschaffung Drehleiterwagen

Produktbereich 03: Schulen

- Neueinrichtung naturwissenschaftlicher Räume Gesamtschule
- Neueinrichtung Hauptschule Stadtmitte

Produktbereich 11: Ver- und Entsorgung (Kanalbaumaßnahmen)

- Erneuerung verschiedener Kanalhaltungen
- Akazienhain
- Jägerspfad
- Dreieckstraße/ Franz-Liszt-Straße
- Steinstraße/ Franz-Rüth-Straße
- Im Hag
- Jülicher Straße (Teilbereich)
- Wilhelminenstraße
- Talstraße

Produktbereich 12: Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV

- Erneuerung verschiedener Straßenbeleuchtungsanlagen
- Akazienhain/ Schlehdornweg
- Ringofengelände
- Steinstraße
- Umgestaltung des Marktplatzes einschließlich Marktstraße
- Im Hag
- Antoniusstraße
- Hompeschstraße
- Wilhelmstraße
- Wilhelminenstraße
- Jülicher Straße (Ortsdurchfahrt Dürwiß)

8 Schuldenstand/ pro-Kopfverschuldung

Verschuldung/ pro-Kopf-Verschuldung						
Schuldenstand per	Städtischer Haushalt	Kassen-/ Liquiditäts-sicherungs-kredite	Verschuldung insgesamt	statistische Einwohner-zahl (jeweils per 31.12.)	pro-Kopf-Verschuldung Städtischer Haushalt	pro-Kopf-Verschuldung insgesamt
31.12.2005	96.731.033,68 €	19.700.000,00 €	116.431.033,68 €	55.670	1.737,58 €	2.091,45 €
31.12.2006	90.747.236,35 €	23.500.000,00 €	114.247.236,35 €	55.646	1.630,80 €	2.053,11 €
31.12.2007	83.811.930,20 €	27.165.000,00 €	110.976.930,20 €	55.729	1.503,92 €	1.991,37 €
31.12.2008	82.037.400,84 €	44.750.000,00 €	126.787.400,84 €	55.533	1.477,27 €	2.283,10 €
31.12.2009	79.079.945,04 €	50.680.000,00 €	129.759.945,04 €	55.389	1.427,72 €	2.342,70 €
31.12.2010	77.383.811,55 €	47.115.000,00 €	124.498.811,55 €	55.443	1.395,74 €	2.245,53 €
31.12.2011	73.809.561,14 €	69.045.000,00 €	142.854.561,14 €	55.179	1.337,64 €	2.588,93 €
31.12.2012	75.502.612,36 €	87.530.000,00 €	163.032.612,36 €	55.479	1.360,92 €	2.938,64 €
31.12.2013	78.443.930,09 €	83.240.000,00 €	161.683.930,09 €	55.699	1.408,35 €	2.902,82 €
31.12.2014	77.377.467,08 €	85.964.000,00 €	163.341.467,08 €	55.699	1.389,21 €	2.932,57 €

9 Liquide Mittel

Die Zahlungsabwicklung verzeichnet zum Stand 01.01.2016 Liquiditätssicherungskredite in Höhe von 78,15 Mio. €. Die Liquiditätssicherungskredite stellen auch weiterhin den größten Teil der städtischen Verbindlichkeiten dar. Das vorliegende Zahlenwerk der Finanzplanung zeigt dazu nachfolgende weitere Entwicklung auf:

Liquiditätsplanung 2016 -2019				
	2016	2017	2018	2019
voraussichtlicher Anfangsbestand Liquiditätssicherungskredite	78.151.000	77.656.950	66.713.600	53.836.750
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.032.850	-8.659.550	-10.344.750	-13.233.200
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-4.526.900	-2.283.800	-2.532.100	-3.315.000
Endbestand Liquiditätssicherungskredite	77.656.950	66.713.600	53.836.750	37.288.550

Der vorstehenden Übersicht liegen die Planwerte bzw. die Werte der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsplanes 2016 zugrunde.

Wie zu erkennen, wird der in der Haushaltssatzung 2015 festgesetzte Höchstbetrag der Liquiditätssicherungskredite in Höhe von 105 Mio. Euro im gesamten Finanzplanungszeitraum wesentlich unterschritten und ermöglicht eine kontinuierliche Absenkung.

Für den Haushalt 2016 wird daher ein Höchstbetrag in Höhe von 100 Mio. Euro vorgesehen.

10 Entwicklung des Eigenkapitals/ der Rücklagen

Das Eigenkapital der Bilanz der Stadt Eschweiler setzt sich aus den Positionen Allgemeine Rücklage, Ausgleichsrücklage und Jahresüberschuss/ -fehlbetrag zusammen.

Die Allgemeine Rücklage ist eine rechnerische Größe aus der Summe des gesamten Vermögens (Aktiva) abzüglich des Fremdkapitals (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung).

Nachfolgend wird die Entwicklung des Eigenkapitals dargestellt:

Eigenkapital Eröffnungsbilanz per 01.01.2007		133.169.310,79
davon Ausgleichsrücklage		21.004.613,00
Jahresüberschuss 2007	+	944.460,98
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2007		133.837.003,73
davon Ausgleichsrücklage		21.755.956,00
Jahresfehlbetrag 2008	-	11.761.313,37
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2008		125.881.010,29
davon Ausgleichsrücklage		9.994.642,63
Jahresfehlbetrag 2009	-	4.814.430,76
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2009		119.164.933,69
davon Ausgleichsrücklage		5.180.211,87
Jahresfehlbetrag 2010	-	951.547,68
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2010		118.021.658,19
davon Ausgleichsrücklage		4.228.664,19
Jahresfehlbetrag 2011	-	23.019.048,99
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2011		95.547.318,12
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresfehlbetrag 2012	-	21.888.238,40
Abwertung RWE-Aktien	-	13.653.426,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2012		60.463.808,76
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresfehlbetrag 2013	-	3.973.204,31
Abwertung RWE-Aktien	-	1.412.634,00
Abgänge und Veräußerungen gem. § 43 (3) GemHVO	+	48.098,64
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2013		55.241.137,59
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresfehlbetrag 2014	-	3.192.167,67
Abgänge und Veräußerungen gem. § 43 (3) GemHVO	+	666.767,03
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2014		52.410.245,48
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2015 (PLAN)	-	16.602.100,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2015		35.808.145,48
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2016 (PLAN)	-	9.436.150,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2016		26.371.995,48
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2017 (PLAN)	+	1.417.400,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2017		27.789.395,48
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2018 (PLAN)	+	2.385.450,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2018		30.174.845,48
davon Ausgleichsrücklage		0,00
Jahresergebnis 2019 (PLAN)	+	4.795.400,00
Bestandsvortrag Eigenkapital 31.12.2019		34.970.245,48
davon Ausgleichsrücklage		0,00

Im Rahmen der Jahresabschlüsse 2012 und 2013 waren Wertberichtigungen der RWE-Aktien in Form von außerplanmäßigen Abschreibungen vorzunehmen. Diese wurden - entsprechend den gesetzlichen Vorschriften - direkt mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

11 Risikoberichterstattung

Als Risiko bezeichnet man die Möglichkeit, dass ungünstige Ereignisse eintreten, welche die Erreichung von Verwaltungszielen bzw. die Umsetzung der Verwaltungsstrategie beeinträchtigen. Zu den Aufgaben einer Verwaltung gehört es, ihre Risiken zu identifizieren, einzuschätzen und ggf. gegenzusteuern.

Im Rahmen der hierfür notwendigen Prozesse sollen aber auch Chancen erkannt und genutzt werden.

Letztlich sollte das systematische Risikomanagement als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als immanenter Bestandteil der Verwaltungsführung genutzt werden.

Die vorgesehene Dokumentation der Grundsätze des Risikomanagementsystems in einem Handbuch war aufgrund personeller Veränderungen bisher noch nicht leistbar.

Zu Risiken und Chancen bei den beteiligten Unternehmen wird auf die jeweiligen Ausführungen in den Anlagen zum Haushaltsplan verwiesen.

**Haushaltssatzung
2016
und
6. Fortschreibung
Haushaltssicherungskonzept
2010 – 2017**

Haushaltssicherungskonzept



Stadt Eschweiler

Inhaltsverzeichnis

1	Gesetzliche Grundlagen	53
2	Notwendigkeit zur Fortschreibung des HSK.....	54
2.1	Ausgangslage.....	54
2.2	Entwicklung des Haushaltes 2015	56
2.3	Grundsätzliche Feststellungen.....	57
2.3.1	Pflichtaufgaben.....	57
2.3.2	Freiwillige Aufgaben	57
2.3.3	Ermächtigungsübertragungen.....	58
3	Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen	58
3.1	Zeitlich gestaffeltes Einsparkonzept.....	58
3.1.1	Sach- und Dienstleistungen, u.a. auch Bauunterhaltung.....	58
3.1.2	Transferaufwendungen (Produktbereich 06).....	60
3.2	Freiwillige Leistungen	60
3.3	Personalrechtliche Maßnahmen	62
3.4	Hebesatzanpassungen im Bereich Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer	64

1 Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 75 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) haben die Gemeinden „ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist“.

Dies beinhaltet hauptsächlich das Erfordernis eines in Planung und Rechnung ausgeglichenen Haushalts gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW. Demnach ist der Haushalt ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Können die Aufwendungen allerdings nicht mehr durch die Erträge gedeckt werden, so entsteht ein Fehlbedarf. Dieser führt durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gemäß § 75 Abs. 3 GO NRW zu einem „fiktiven“ Haushaltsausgleich. Das gesetzliche Erfordernis eines ausgeglichenen Haushalts gilt somit als erfüllt.

Ist die Ausgleichsrücklage allerdings aufgezehrt und kommt es zu einer Verringerung der Allgemeinen Rücklage, so besteht bei Erreichung bestimmter Schwellenwerte die Pflicht, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Ziel ist es, einem Substanzverzehr (Verbrauch des Eigenkapitals) entgegen zu wirken und eine drohende Überschuldung der Gemeinde zu vermeiden.

Dabei ist es unerheblich, ob sich die Aufzehrung des Eigenkapitals im Planungsjahr vollzieht oder innerhalb der mittelfristigen Planung (§ 84 GO NRW).

§ 76 Abs. 1 GO NRW enthält die o.g. Schwellenwerte, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts führen. Demnach ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn sich die Allgemeine Rücklage innerhalb eines Haushaltsjahres um 1/4 verringert (§ 76 Abs. 1 Nr.1 GO NRW), die Allgemeine Rücklage in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren um mehr als 1/20 verringert werden soll (§ 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW) oder die Allgemeine Rücklage innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung aufgebraucht wird. Des Weiteren ist eine Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts unumgänglich, wenn in dem bestätigten Jahresabschluss die Voraussetzungen des § 76 Abs. 1 GO NRW vorliegen oder die Voraussetzungen des § 76 Abs. 1 GO NRW in den Planungsjahren der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung vorliegen.

Dies trägt dem Prinzip Rechnung, dass sowohl eine plötzliche hohe Verringerung des Eigenkapitals, als auch ein „schleichender“ Rückgang der Allgemeinen Rücklage Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich machen.

Des Weiteren erstreckt sich die Haushaltssicherung aber nicht nur auf die Ergebnisplanung und -rechnung und die Bilanz. Dadurch, dass § 75 Abs. 6 GO NRW verlangt, dass die Liquidität der Gemeinde einschließlich der Finanzierung der Investitionen sicherzustellen ist, ist auch die Finanzplanung und -rechnung für eine geordnete Haushaltswirtschaft zu beachten.

Die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts kann bereits im Zeitpunkt der Aufstellung der Haushaltssatzung entstehen, wenn im laufenden Jahr, für das zu planende Haushaltsjahr oder für eines der folgenden drei Planungsjahre ein negatives Jahresergebnis in einer Größenordnung oberhalb der Schwellenwerte geplant wird.

Die dadurch aufgezeigte rasante Verringerung des Eigenkapitals erfordert besonders schnell wirkende Konsolidierungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen, um eine drohende Überschuldung zu verhindern und die stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde sicher zu stellen.

Ziel des Haushaltssicherungskonzepts ist es, den Haushalt zum nächstmöglichen Zeitpunkt auszugleichen, um somit die stetige Aufgabenerfüllung sicherzustellen und dem Überschuldungsverbot der Gemeinde nachzukommen.

2 Notwendigkeit zur Fortschreibung des HSK

2.1 Ausgangslage

Die Stadt Eschweiler hat zum 01.01.2007 ihren Haushalt auf NKF umgestellt. Für die Bilanzierung der Jahresabschlüsse 2007 bis 2019 ergeben sich folgende Ergebnisse bzw. Prognosen:

Jahr	Ergebnis
2007 (IST-Ergebnis)	+ 944.460,98 €
2008 (IST-Ergebnis)	- 11.761.313,37 €
2009 (IST-Ergebnis)	- 4.814.430,76 €
2010 (IST-Ergebnis)	- 951.547,68 €
2011 (IST-Ergebnis)	- 23.019.048,99 €
2012 (IST-Ergebnis)	- 21.888.238,40 €
2013 (IST-Ergebnis)	- 3.973.204,31 €
2014 (IST-Ergebnis)	- 3.192.167,67 €
2015 (Planwert)	- 16.602.100,00 €
2016 (Planwert)	- 9.436.150,00 €
2017 (Planwert)	+ 1.417.400,00 €
2018 (Planwert)	+ 2.385.450,00 €
2019 (Planwert)	+ 4.795.400,00 €

Ein Haushalt gilt gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW als ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Gemäß diesen gesetzlichen Vorschriften gelten die Haushaltsjahre 2008 bis 2014 sowie die Planjahre 2015 und 2016 als nicht originär ausgeglichen.

Die Fehlbeträge der Haushaltsjahre 2008, 2009 und 2010 konnten gemäß § 75 Abs. 3 GO NRW über die Ausgleichsrücklage in Höhe von insgesamt 21,756 Mio. € aufgefangen werden und gelten damit als fiktiv ausgeglichen (§ 75 Abs. 2 Satz 3 GO NRW).

Für das Haushaltsjahr 2011 ergab sich im Vergleich zum geplanten Fehlbedarf (-24.744.260,00 €) eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 1.725.211,01 €. Für den Ausgleich des Fehlbetrages für das Haushaltsjahr 2011 i.H.v. -23.019.048,99 € war neben dem vollständigen Verzehr der Ausgleichsrücklage auch die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage erforderlich. Damit war für den Ausgleich der Fehlbeträge für das Haushaltsjahr

2012 bis 2014 die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage notwendig. Gleichzeitig sind zur Abdeckung der Fehlbedarfe im lfd. Haushaltsjahr 2015 sowie im Planjahr 2016 ebenfalls Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage unvermeidbar.

Um das strukturelle Defizit und dem damit einhergehenden Verzehr des Eigenkapitals entgegenzuwirken, ist die Fortsetzung des Konsolidierungsprozesses im Rahmen der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes geboten. Gem. § 76 Abs. 2 GO NRW kann ein Haushaltssicherungskonzept nur genehmigt werden, wenn spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO NRW wieder erreicht wird.

In der vorliegenden 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wird die bisherige Zielsetzung, den Haushaltsausgleich im Planungsjahr 2016 darzustellen, nicht erreicht, sondern vielmehr ein Fehlbedarf von 9.436.150,00 € ausgewiesen. Ursächlich hierfür sind ausschließlich erhebliche Gewerbesteuernachzahlungen in 2015.

Bedingt durch die Finanzierungssystematik des Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG NRW - wirkt sich die im Jahr 2015 - und zwar im Referenzzeitraum 01.07.2014 - 30.06.2015 für das GFG 2016 - geflossene Gewerbesteuernachzahlung insbesondere auf die Schlüsselzuweisungen des Landes NRW an die Stadt aus.

Von der erhaltenen Gewerbesteuernachzahlung und der sich daraus ergebenden höheren Steuerkraft sind in 2016 unmittelbar die in der nachfolgenden Übersicht aufgeführten Sachkonten betroffen. Zum Vergleich wurde für diese Sachkonten auch der Ansatz ermittelt, welcher ohne eine Steuernachzahlung in 2016 zu veranschlagen wäre. Dabei wurden jeweils die aktuellen Orientierungsdaten sowie die Modellrechnung des Landes zum GFG 2016 vom 22.10.2015 berücksichtigt.

Produkt 166110101	Pos.	Ansatz	ohne Nachzahlung	Auswirkung
41110000 Schlüsselzuweisungen vom Land	02	19.409.000	30.030.000	-10.621.000
53720100 Allgemeine Städteregionsumlage	15	36.250.000	35.729.000	-521.000
53720200 Mehrbelastung ÖPNV	15	2.243.000	2.210.000	-33.000
Summe Auswirkung 2016				-11.175.000

Ohne diese Haushaltsverschlechterung in Höhe von 11.175.000,00 Euro als unmittelbare Auswirkung der Steuernachzahlung 2015 würde die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 einen Überschuss in Höhe von 1.738.850,00 Euro ausweisen. (Vergleich Ergebnis 5. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2016: + 289.400,00 Euro).

Nach dem Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 07. März 2013 zu § 76 GO NRW ist eine Ausweitung des vom Rat der Stadt Eschweiler bereits in 2011 beschlossenen Konsolidierungszeitraumes 2010 bis 2016 grundsätzlich nicht möglich (kein Herausschieben des Endzeitpunktes). Bei nicht absehbaren und von der Kommune nicht zu beeinflussenden erheblichen Veränderungen der finanziellen Situation der Kommune kann eine Verlängerung des Zeitraumes von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigt werden.

Ein solcher Tatbestand ist - wie vorstehend ausgeführt - aus Sicht der Stadt Eschweiler gegeben. Insoweit wird mit der Vorlage des Haushaltes 2016 sowie der 6. Fortschreibung des HSK bei der Kommunalaufsicht eine Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes bis 2017 beantragt.

2.2 Entwicklung des Haushaltes 2015

Mit Verfügung vom 06.03.2015 wurde die Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2015 sowie die 5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes durch den Städteregionsrat genehmigt.

Mit Bekanntmachung vom 19.03.2015 wurde die Haushaltssatzung 2015 rückwirkend zum 01.01.2015 bestandskräftig. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgte die Bewirtschaftung gemäß § 82 Abs. 3 GO NRW. Dies bedeutet, dass neben den einschlägigen Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung weitere Restriktionen in der Personalbewirtschaftung sowie bei der Kreditgenehmigung zu beachten waren.

Bisher liegen keine Erkenntnisse über wesentliche negative Abweichungen vor, welche nicht im Rahmen der Haushaltsausführung durch Verbesserungen an anderer Stelle kompensiert werden können. Vielmehr ist aufgrund erheblicher Gewerbesteuernachzahlungen eine wesentliche Reduzierung des geplanten Fehlbedarfes zu erwarten.

Aufgrund eingeleiteter Rechtsbehelfe bzw. Klagen in Zusammenhang mit Gewerbesteuererlegungen wären seitens der Stadt Eschweiler im Falle des Obsiegens ggf. verzinste Gewerbesteuerrückzahlungen an Unternehmen zu leisten. Resultierend aus dem Vorsichtsprinzip beabsichtigt die Stadt diesen möglichen Rückzahlungsansprüchen durch die Bildung einer sogenannten „Drohverlustrückstellung“ in der Schlussbilanz 2015 zu begegnen. Das finanzielle Volumen dieser Rückstellung bemisst sich dabei u.a. danach, welche Erfolgsaussichten den Klagen beigemessen werden.

Die Stadt Eschweiler bemüht sich zur Zeit - auch in Kooperation mit anderen, in dieser Frage betroffenen Kommunen und unter Beteiligung gemeinsamer Interessenverbände - zu einer fachlich validen Einschätzung dieser Erfolgsaussichten zu kommen, die Maßstab für die notwendige finanzielle Vorsorge durch Bildung einer Rückstellung sein kann. Der hierfür erforderliche Rückstellungsaufwand würde dann ganz oder teilweise aus dem Gewerbesteuer- und Zinsmehrertrag dieses Jahres gedeckt.

Haushaltswirtschaftlich bedeuten die Zahlungen zunächst eine deutliche Verbesserung der städtischen Liquidität, d. h. die Inanspruchnahme der Kredite zur Liquiditätssicherung erfolgt auf merklich reduziertem Niveau.

Die Gewerbesteuernachzahlungen lösen im Haushaltsjahr 2015 zudem weitere aufwandswirksame Zahlungen sowohl für die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit als auch für die Gewerbesteuerumlage aus (jeweils rund 1 Mio. €).

Aktuell stellt sich die Entwicklung der wesentlichen Ertragsarten im Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft mit dem Stand 08.12.2015 wie folgt dar:

	Ansatz 2015	Bisheriges Ergebnis
Grundsteuer B	10.051.000,00	9.667.012,36
Gewerbsteuer	24.482.000,00	40.472.017,63
Gemeindeanteil Einkommenssteuer	20.439.000,00	15.683.180,30
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	2.515.000,00	2.088.191,36
Vergnügungssteuer	616.000,00	635.432,91
Familienleistungsausgleich	2.121.000,00	2.142.474,88
Schlüsselzuweisungen	16.208.350,00	16.208.386,89
Verzinsung Gewerbsteuer	200.000,00	7.629.085,50
<i>Verzinsung Gewerbsteuer - Erstattung -</i>	<i>- 40.000,00</i>	<i>- 993.195,01</i>

2.3 Grundsätzliche Feststellungen

2.3.1 Pflichtaufgaben

Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben sind Aufgaben, zu deren Wahrnehmung die Gemeinde durch Gesetz verpflichtet ist, bei denen sie aber die Art und Weise der Aufgabenwahrnehmung gestalten kann (z.B. die Aufgabenwahrnehmung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe).

Im Bereich der pflichtigen Aufgaben sind Konsolidierungspotentiale vorhanden, die in erster Linie durch die Reduzierung von Standards erreicht werden können, was zu einer Reduzierung der Aufwendungen für Pflichtaufgaben führt.

Im Rahmen der Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen „Zeitlich gestaffeltes Einsparkonzept bei den Sach- und Dienstleistungen“ werden zwangsläufig die pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben auf den Prüfstand gestellt und volumenmäßig insgesamt eine deutliche (Standard-) Reduzierung durchgeführt.

2.3.2 Freiwillige Aufgaben

Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben sind solche Aufgaben, zu deren Wahrnehmung die Gemeinde nicht gesetzlich verpflichtet ist. Bindet sich die Kommune durch Vertrag im Bereich der freiwilligen Aufgaben, ändert dies nicht den Aufgabencharakter.

Um freiwillige Leistungen handelt es sich im Bereich pflichtiger Aufgaben auch, wenn die Gemeinde teilweise oder völlig auf Gebührenerträge verzichtet oder Erstattungen, Zuschüsse und ähnliche Leistungen gewährt, die über den rechtlich festgelegten Rahmen hinaus gehen.

Auf die weiteren Ausführungen im Rahmen der 6. Fortschreibung des HSK (Ziffer 3.2) und den als Anlage 1 zum HSK beigefügten Katalog der ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen für die Planungsjahre 2016 bis 2019 wird hingewiesen.

2.3.3 Ermächtigungsübertragungen

Im Rahmen der Konsolidierung ist es erforderlich, von Ermächtigungsübertragungen möglichst gar nicht oder nur sehr zurückhaltend Gebrauch zu machen. Der Rat muss vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich schlechteren Finanzlage auch früher beabsichtigte und anfinanzierte Projekte, für die Ermächtigungsübertragungen vorgesehen sind, erneut auf den Prüfstand stellen. Ggf. ist auf eine weitere Realisierung zu verzichten oder es ist die Bildung selbständig nutzungsfähiger kleinerer Abschnitte vorzusehen und andere Abschnitte des Projektes sind zeitlich aufzuschieben.

Noch nicht begonnene Maßnahmen sind zurückzustellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht.

Sollen dennoch Ermächtigungen übertragen werden, so hat der Rat die ihm vorzulegende Liste der möglichen Ermächtigungsübertragungen kritisch zu überprüfen. Dieser Ratsbeschluss ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich vorzulegen. Dabei sind für jede Maßnahme der Rechtsgrund und die finanziellen Auswirkungen der Ermächtigungsübertragung darzustellen.

Die beantragten Ermächtigungsübertragungen für 2015 wurden unter Beachtung dieser Kriterien überprüft. Eine entsprechende Beschlussfassung erfolgte in der Sitzung des Stadtrates am 11.03.2015 (VV 067/15).

Eine Beschlussfassung über evtl. vorzunehmende Ermächtigungsübertragungen für 2016 ist für die erste Sitzung des Stadtrates in 2016 vorgesehen.

3 Darstellung der Konsolidierungsmaßnahmen

3.1 Zeitlich gestaffeltes Einsparkonzept

Zur Wiederherstellung einer geordneten Haushaltswirtschaft bedurfte es für die Haushaltsplanung 2010 eines einschneidenden Sanierungskonzeptes, welches die Handlungsfähigkeit der Stadt wiederherstellt.

Dieses Sanierungskonzept wurde für die Haushaltsplanungen 2011 bis 2013 fortgeschrieben.

Hierbei fokussierten sich die Einsparpotenziale auf die zeitlich gestaffelten Verminderungen der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie der Transferaufwendungen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

Da es sich bei dem Einsparprozess um ein mehrjähriges Verfahren handelt, wurde bzw. wird wie folgt verfahren:

3.1.1 Sach- und Dienstleistungen, u.a. auch Bauunterhaltung

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2016 sowie der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes sind die bisher festgesetzten Höchstbeträge bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für das Jahr 2016 weiter umzusetzen und im Rahmen der zu

beantragenden Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes auch für 2017 verbindlich festzuschreiben.

Wenngleich die beschlossenen Einsparquoten für Rat und Verwaltung einen enormen Kraftakt darstellen, verdeutlicht die nachfolgend aufgezeigte Entwicklung, dass die Konsolidierungsmaßnahme erfolgreich umgesetzt wird. Auf die darüber hinausgehende jeweilige Ergebnisverbesserung im Rahmen der Haushaltsausführung darf an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen werden.

Entwicklung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Obergrenzen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Grund HSK	33.237.050	30.561.850	30.466.450	30.012.250						
1. Fortschreibung HSK		32.231.200	28.752.300	27.518.550	27.284.300	27.034.300	26.784.300			
2. Fortschreibung HSK			31.020.750	29.160.300	28.162.050	27.998.550	27.998.550			
3. Fortschreibung HSK				29.519.050	28.721.950	28.249.700	27.948.250			
4. Fortschreibung HSK					31.967.700	29.512.850	29.145.650	29.144.450		
5. Fortschreibung HSK						31.449.900	29.608.100	29.648.500	30.858.500	
6. Fortschreibung HSK							30.465.750	32.512.500	31.619.500	31.451.400
Abweichung 5./ 6. Fortschreibung							857.650	2.864.000	761.000	
Ergebnisse:	29.854.252,93	32.287.570,15	29.901.491,29	29.700.404,26	30.377.186,69					

Die Abweichungen im Vergleich zur 5. HSK-Fortschreibung sind teilweise zu begründen mit

- Mehraufwendungen, denen entsprechende Erträge gegenüberstehen bzw.
- der zeitlichen Verschiebung von Maßnahmen.

Gegenüberstehende Erträge		Amt	Produkt	Sachkonto	2016	2017	2018	Bemerkung	
40	03 Schulen			5234 0100	2.050	0	0	Kostenerstattung Benutzung Bäder (Schulpauschale)	
				5281 0800	86.600	86.600	86.600	Schulausstattung (Schulpauschale)	
				5284 0300	85.450	20.900	0	Geräte, Ausstattung und Lizenzen unter 410 € (Schulpauschale)	
	03 243 01 01	5291 0000	314.000	314.000	0	Schulsozialarbeit (Gemäß Beitrittsbeschluss vom 11.03.2015 zur Haushaltssatzung 2015 Fortsetzung bis 2017)			
	50	10 522 01 03			5284 0300	21.000	21.000	21.000	Geräte, Ausstattung und Lizenzen unter 410 € (Deckung über FlüAG-Pauschale)
					60	01 111 12 03	5215 9310	0	175.500
	60				5215 9270	56.000	0	0	Instandhaltung Grundschule (Schulpauschale)
					5215 9280	30.000	0	0	Instandhaltung Gesamtschule (Schulpauschale)
					63	11 537 01 01	5235 0000	34.500	25.100
	66	11 538 02 01			5291 0010	107.600	107.600	107.600	Entsorgungskosten (Deckung durch Abfallgebühren)
					5233 0000	0	45.500	122.600	WVER-Umlage (Deckung durch Abwassergebühren)
					5235 0000	194.000	236.150	271.650	WBE-Pauschale (Deckung durch Abwassergebühren; allgemeine Preisanpassung)
					5235 0100	0	41.000	214.000	Zeitversetzte Deckung durch Gebühren Kanalhausanschlüsse
12	541 01 01			5291 1000	0	10.000	35.000	Gutachten (Deckung durch Abwassergebühren)	
				5242 0100	0	1.117.000	0	Schließung BÜ Jägerspfad (Deckung durch Zuweisungen des Landes und der Deutschen Bahn)	
				12 545 01 01	5235 0000	52.000	78.600	87.000	WBE-Pauschale (Deckung durch Straßenreinigungsgebühren; allgemeine Preisanpassung)
13	551 01 01	5235 0000	42.550	54.550	60.550	Preisanpassung WBE-Pauschale; zeitversetzte Deckung über Anpassung der Friedhofsgebührensatzung			
Summe:					1.025.750	2.333.500	1.016.900		
verbleibende Abweichung:					-168.100	530.500	-255.900		

Zeitliche Verschiebungen							Bemerkung
Amt	Produkt	Sachkonto	2016	2017	2018		
66	12 541 01 01	5242 0100	0	432.000	0		Verschiebung von 2015 nach 2017; barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen (90 % Förderung)
Summe:			0	432.000	0		
verbleibende Abweichung:			-168.100	98.500	-255.900		

Die Ansätze für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beinhalten zu dem insbesondere auch die nachfolgend aufgeführten Sachverhalte, welche bei der Haushaltsaufstellung 2015 nicht absehbar waren.

Mehraufwendungen							Bemerkung
Amt	Produkt	Sachkonto	2016	2017	2018		
10	01 111 10 02	5237 0000	250.000	250.000	250.000		Mehraufwendungen für eingesetzte EDV-Verfahren/ Upgrades
		5241 9420	30.000	75.000	75.000		Zusätzliche Leitungskosten/ Routerservice für geplante Netzanbindung Grundschulen
Summe:			280.000	325.000	325.000		

Beschlussfassung 2016

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen werden die Obergrenzen für das Haushaltsjahr 2016 für den Bereich der Sach- und Dienstleistungen im Rahmen der 6. Fortschreibung wie folgt verbindlich festgeschrieben:

2016:	30.465.750,00 €
2017:	32.512.500,00 €

Nur in begründeten Ausnahmefällen ist eine Überschreitung von einzelnen Sachkontenansätzen zulässig, sofern durch eine Deckungsmöglichkeit innerhalb des jeweiligen Budgets der Mehraufwand kompensiert werden kann.

3.1.2 Transferaufwendungen (Produktbereich 06)

Nach Durchführung einer Evaluierung des Aufgabenbereiches Transferaufwendungen im Bereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ im Rahmen eines externen wirkungsorientierten Controlling durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner war festzustellen, dass die kalkulierten Sparpotenziale mittelfristig nicht zu generieren sind.

Insoweit ist die Konsolidierungsmaßnahme Ziffer 3.1.2 im Rahmen der 3. HSK-Fortschreibung entfallen.

3.2 Freiwillige Leistungen

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Haushalt 2011 bzw. zur 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes war der Katalog der freiwilligen ergebniswirksamen Aufwendungen zu überarbeiten.

Neben den bereits vorgenommenen Zuordnungen zu den freiwilligen Aufwendungen waren nach Verfügung der Kommunalaufsicht insbesondere nachfolgende Leistungen grundsätzlich vollständig dem freiwilligen Leistungsbereich zuzuordnen:

Die Ergebnisse der Teilergebnispläne

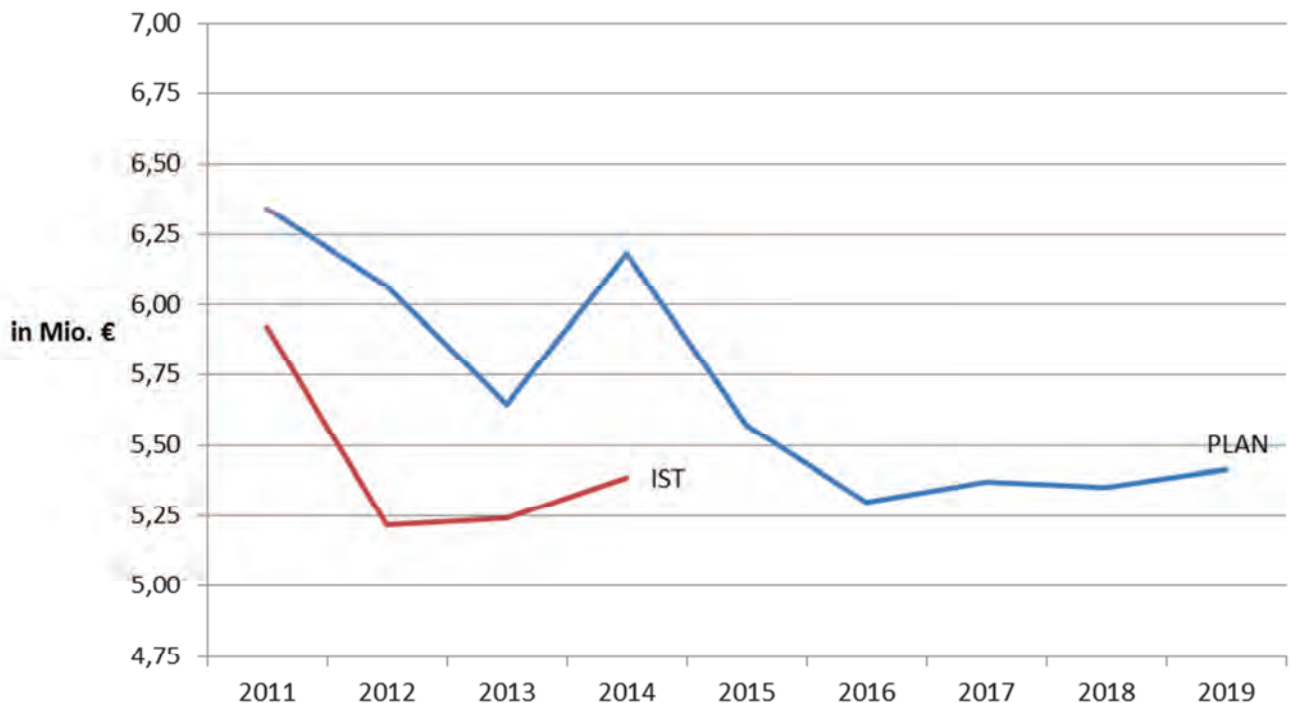
- 04 = Kultur und Wissenschaft (ohne VHS)
- 08 = Förderung des Sports
- 15 = Wirtschaft und Tourismus

Die Ergebnisse der Produkte

- 063620101 = Kinder- und Jugendförderung
- 125460101 = Parkplätze/ Parkhäuser
- 135510101 = Öffentliches Grün
- 135540101 = Natur und Landschaft

Dies bedeutet, dass neben den bisher schon enthaltenen Aufwendungen für die vorgenannten Bereiche insbesondere auch die veranschlagten Personalaufwendungen zu berücksichtigen sind.

Nach Überarbeitung des Kataloges für die Haushaltssatzung 2013 stellt sich die Entwicklung der freiwilligen Leistungen auf der Grundlage der Planung 2016 wie folgt dar:



Freiwillige Leistungen in pflichtigen Produkten

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
2.888.700,00	2.561.050,00	2.257.900,00	2.668.850,00	1.883.500,00	1.742.550,00	1.714.050,00	1.669.050,00	1.669.050,00

Freiwillige Produkte

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
3.453.750,00	3.507.600,00	3.386.600,00	3.515.050,00	3.692.350,00	3.555.600,00	3.656.350,00	3.680.800,00	3.747.900,00

Gesamtsummen

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
6.342.450,00	6.068.650,00	5.644.500,00	6.183.900,00	5.575.850,00	5.298.150,00	5.370.400,00	5.349.850,00	5.416.950,00

Die detaillierte Auflistung der freiwilligen Leistungen kann der Anlage 1 entnommen werden.

Gegenüberstellung und Entwicklung der freiwilligen Leistungen									
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Grund HSK	1.857.600	1.774.700	1.766.500						
1. Fortschreibung	1.867.350	1.715.750	1.720.750	1.720.250					
2. Fortschreibung	6.642.450	6.346.250	5.857.250	5.810.100	5.856.200	5.858.350			
3. Fortschreibung	6.642.450	6.091.950	5.658.900	5.506.050	5.523.200	5.517.450			
4. Fortschreibung	6.342.450	6.068.650	5.644.500	6.183.900	5.585.550	5.328.200	5.416.200		
5. Fortschreibung					5.575.850	5.239.700	5.298.900	5.369.450	
6. Fortschreibung						5.298.150	5.370.400	5.349.850	5.416.950
Ergebnisse:	5.924.109,68	5.217.487,65	5.242.566,03	5.384.630,35					
Entwicklung im Vergleich zur HSK-Vorgabe*	-418.340	-851.162	-401.934	-799.270		58.450	71.500	-19.600	

* Jahresergebnisse gerundet

Wie der vorstehenden Übersicht zu entnehmen, werden die jährlichen Planvorgaben im Rahmen der Haushaltsausführung deutlich unterschritten.

Im Vergleich zur 5. Fortschreibung weist die planmäßige Gesamtentwicklung der ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen eine minimale Steigerung von 58.450 Euro für 2016 aus. Diese Entwicklung begründet sich zum einem mit einem Mehraufwand von jährlich 40.000 Euro für die aus der Verkehrssicherungspflicht resultierenden, verpflichtenden Kontrollen von Kinderspiel- und Bolzplätzen sowie den entsprechenden Aufbauten, die sowohl quantitativ als auch qualitativ zugenommen haben. Des Weiteren waren die Erträge aus der Erstattung für die Benutzung von Bädern an die tatsächliche Entwicklung (rd. - 20.000 Euro/Jahr) anzupassen.

Diese Verschlechterungen konnten nicht durch Einsparungen an anderer Stelle vollständig kompensiert werden.

In 2017 wirkt sich zudem die Verschiebung der Maßnahme „Eisenbahnunterführung Stich“ mit 70.000 Euro aus, ohne dass hieraus eine tatsächliche Mehrbelastung des städt. Haushaltes resultiert.

Beschlussfassung 2016

In den Haushaltsjahren 2016 und 2017 sind die ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen weiter restriktiv zu bewirtschaften.

3.3 Personalrechtliche Maßnahmen

Die Personalaufwendungen sind eine der höchsten Aufwandpositionen in den kommunalen Haushalten, welche auch weitere Sachaufwendungen verursachen. Aufgrund ihrer Größen-dimension stellen die Personalaufwendungen – wie auch dem zwischenzeitlich Außer-Kraft getretenem IM-Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ zu entnehmen war, eine wichtige Komponente als Daueraufgabe zur Haushaltskonsolidierungen dar.

Auf Grund der prekären Haushaltslage der Stadt Eschweiler (verstärkt durch die mit dem Tarifabschluss 2012 verbundenen Mehrkosten) wurde in der 448. Sitzung des Verwaltungsvorstandes am 03.04.2012 eine Einstellungs- und Wieder-besetzungssperre beschlossen. Ab diesem Zeitpunkt wird jede einzelne Stelle bezogen auf ihre Notwendigkeit hin sensibel

betrachtet, ggf. verwaltungsinterne Verschiebungen geprüft. Über Ausnahmen von der Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre entscheidet der Verwaltungsvorstand.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2013 ein Einsparpotenzial für die Jahre 2014 bis 2016 in Höhe von insgesamt 1.034.700 € ermittelt, das erreicht wird, wenn Stellen in diesen Jahren nach Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers nicht wiederbesetzt werden. Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2016 wurde das Einsparpotenzial auf 500.000 € festgelegt, das entsprechend auch für die Folgejahre mit einer Erhöhung von 1 % p.a. gemäß Orientierungsdaten kalkuliert wurde. Berücksichtigt wurde bei der Ermittlung des Einsparpotenzials, dass Nachbesetzungen in Teilbereichen zur Erfüllung von Pflichtaufgaben erforderlich sind (u.a. Feuerwehr, Jugendamt), wobei über Umstrukturierungsmaßnahmen, zeitversetzte Wiederbesetzungen bzw. Nachbesetzungen aus dem eigenen Personalbestand (z.B. durch Übernahme von Anwärtern und Auszubildenden) eine Kosteneinsparung insgesamt erzielt werden kann. Dieses Einsparpotenzial wurde aber beeinträchtigt durch zwingend erforderliche Personalmaßnahmen, wie u.a. Aufstockungen im Bereich des Jugendamtes (zusätzliche Stellen für die Unterbringung/Versorgung/Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge im Allgemeinen Sozialen Dienst und auf Grund der Errichtung zusätzlicher Kindertagesstätten in der wirtschaftlichen Jugendhilfe), im Bereich der Feuerwehr (Anhebung der Sollstärke), für die Abwicklung der Fassadensanierung des Rathauses, beim Ordnungsamt die Einstellung von Überwachungskräften zur Kompensation weggefallener Dienstleistungen einer Sicherheitsfirma, Beschäftigung einer Fachkraft zur sachgerechten Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel, Arbeitszeitaufstockung in Folge der Erweiterung der Willi-Fährmann-Schule auf einen Teilstandort in Stolberg sowie Mehrkosten, die auf Besoldungs- und Tarifierhöhungen, erhöhtem Bedarf im Bereich „Beamtenversorgung“ und „Beihilfen“, Umsetzung der Vorschrift II der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), Neuregelung des betriebsärztlichen Dienstes etc. zurückzuführen sind.

Es sollte bei alledem auch nicht unbeachtet bleiben, dass gerade der öffentliche Dienst vor immer neue Herausforderungen gestellt wird und auch hierfür die personellen Ressourcen sicherzustellen sind. Als ein Beispiel können hierfür die in der Vergangenheit durchgeführten notwendigen Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der U 3 – Betreuung angeführt werden. Mit der Zuständigkeitsübertragung für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge sowie der Flüchtlingszunahme im Allgemeinen haben sich bereits neue Handlungsfelder ergeben, die personelle Ressourcen fordern, um ihre Umsetzbarkeit zu gewährleisten.

Nähere Einzelheiten sind dem als Anlage 2 beigefügten, fortgeschriebenen Personalwirtschaftskonzept zu entnehmen. Die im Konzept angesprochenen Werte zu Personal und Kosten ergeben sich für 2016 aus den festgelegten Werten in der Haushaltssatzung bzw. aus dem Stellenplan. Die im Personalwirtschaftskonzept beleuchteten Maßnahmen beziehen sich neben der Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre unter anderem auf die ständige kritische Überprüfung der Notwendigkeit der Aufgabenerfüllung als Stadt bzw. die Überprüfung der Standards, die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit bzw. Neuorganisation von Dienststellen, die unterrangige Wiederbesetzung, der Vorzugsweise internen vor der externen Stellenbesetzung und auf sonstige Personalmaßnahmen.

Beschlussfassung 2016

Die Verwaltung wird beauftragt, das ermittelte Einsparpotenzial aus der seit dem 03.04.2012 bestehenden Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre in Höhe von insgesamt 500.000 € für das Jahr 2016 umzusetzen. Darüber hinausgehende Konsolidierungspotenziale aus den Festsetzungen im Personalwirtschaftskonzept sind weiter fortzuführen.

3.4 Hebesatzanpassungen im Bereich Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer

Die seinerzeit prognostizierte Einsparquote von durchschnittlich 1,5 Mio. € in den Jahren 2014 bis 2016 bei den Transferaufwendungen im Produktbereich 06 ist nicht zu realisieren.

Zur Zielerreichung des im HSK am Ende des Planungszeitraums ausgewiesenen Haushaltsausgleichs wurde daher im Rahmen der 3. HSK-Fortschreibung die nachfolgend aufgeführte Erhöhung der Realsteuerhebesätze als Ersatzkonsolidierung in das Konzept eingestellt.

Verlauf zur Erhöhung der Grundsteuer B:

2013 - Erhöhung des Hebesatzes von 413 v.H. auf 450 v.H.

2014 - Beibehaltung des in 2013 erhöhten Hebesatzes von 450 v.H.

2015 - Erhöhung des Hebesatzes von 450 v.H. auf 490 v.H.

2016 - Erhöhung des Hebesatzes von 490 v.H. auf 520 v.H.

Verlauf zur Erhöhung der Gewerbesteuer:

2015 - Erhöhung des Hebesatzes von 430 v.H. auf 460 v.H.

2016 - Erhöhung des Hebesatzes von 460 v.H. auf 490 v.H.

Auf diese Ersatzkonsolidierung kann auch im Rahmen der 6. Fortschreibung des HSK nicht verzichtet werden.

Zur Zielerreichung, den Haushaltsausgleich ab 2017 darzustellen, schlägt die Verwaltung daher folgende Anpassung der Hebesätze vor:

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Grundsteuer A	270	290	310	310	310	310
Grundsteuer B	450	490	520	520	520	520
Gewerbesteuer	430	460	490	490	490	490

Der nachfolgenden Übersicht ist zu entnehmen, dass auch mit der für 2016 vorgeschlagenen Erhöhung der Hebesteuersätze das Hebesatzniveau der Stadt Eschweiler im Vergleich zum 2015er Hebesatzniveau der anderen Kommunen aus der Region noch im Mittelfeld liegen würde. Bereits angekündigte bzw. wahrscheinliche Hebesatzerhöhungen der anderen Kommunen im Haushaltsjahr 2016 sind dabei noch nicht berücksichtigt.

	Hebesatz Grundsteuer A (Haushaltsjahr 2015)
Stolberg	495%
Würselen	437%
Alsdorf	437%
Düren	370%
Aldenhoven	339%
Herzogenrath	325%
Eschweiler (Plan 2016)	310%
Jülich	310%
Aachen	305%
Baesweiler	250%
Langerwehe	240%

	Hebesatz Grundsteuer B (Haushaltsjahr 2015)
Aldenhoven	635%
Stolberg	595%
Düren	590%
Würselen	575%
Alsdorf	575%
Jülich	550%
Aachen	525%
Eschweiler (Plan 2016)	520%
Herzogenrath	510%
Baesweiler	430%
Langerwehe	413%

	Hebesatz Gewerbsteuer (Haushaltsjahr 2015)
Jülich	530%
Stolberg	495%
Würselen	495%
Alsdorf	495%
Eschweiler (Plan 2016)	490%
Herzogenrath	485%
Aachen	475%
Düren	450%
Aldenhoven	450%
Baesweiler	420%
Langerwehe	413%

Beschlussfassung 2016

Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2016 die

- Grundsteuer A von 290 v.H. auf 310 v.H.
- Grundsteuer B von 490 v.H. auf 520 v.H.
- Gewerbesteuer von 460 v.H. auf 490 v.H.

anzuheben.

Anlage 1

zum Haushaltssicherungskonzept

Freiwillige ergebniswirksame Leistungen

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
01 111 01 01 Politische Gremien										
52810000	Aufwendungen für Sachleistungen	Bewirtung bei Sitzungen der politischen Gremien	7.248,18	7.168,31	7.913,72	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00
01 111 01 02 Verwaltungsführung										
54910000	Verfüungsmittel	Verfüungsmittel des Bürgermeisters	3.799,28	3.796,08	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Fachverband Kämmerer	18,00	18,00	18,00	50,00	200,00	200,00	200,00	200,00
01 111 05 01 Rechnungsprüfung										
54990200	Mitgliedsbeiträge	Beitrag Vereinigung Leiter Prüfungssämter	15,00	15,00	15,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
01 111 06 01 Zentrale Servicedienste für den allgemeinen Dienstbetrieb der Gesamtverwaltung										
54220000	Mieten und Pachten	Miete Kaffeeautomat	990,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Eifelverein	30,00	30,00	30,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
01 111 08 01 Personaldienste										
50195060	Betriebliches Vorschlagswesen	Betriebliches Vorschlagswesen; ab 2015 bei 011111001	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54140000	Aufwendungen für Beschäftigtenbetreuung und Dienstjubiläen	Ehrungen/ Gemeinschaftspflege	3.720,38	2.813,72	4.939,34	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Kommunaler Arbeitgeberverband (KAV)	2.325,00	2.790,00	2.475,00	2.800,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
01 111 09 03 Zahlungsabwicklung										
54990200	Mitgliedsbeiträge	Beitrag Fachverband kommunaler Kassenverwalter	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
01 111 10 01 Organisationsangelegenheiten										
50195060	Betriebliches Vorschlagswesen	Betriebliches Vorschlagswesen; bis 2014 bei 011110801	0,00	0,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
54220200	Mieten und Pachten	Mietkosten für Mitarbeiterstellplätze im Parkhaus; für MA auf den Außenstellplätzen müssen für die Dauer der Fassadensanierung (2013 - Herbst 2016) zusätzliche Parkplätze angemietet werden.	4.712,40	9.674,70	16.707,60	18.800,00	15.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	KGST, Volksheimstättenwerk, Regio AC e.V. (bis 2012) ohne Städte- und Gemeindebund NRW (rd. 21 T€)	9.345,78	3.240,23	3.240,23	4.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
01 111 10 02 EDV-Dienste und Datentechnik										
54120300	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung EDV	Mitarbeiterschulungen, Fachveranstaltungen, Workshops	29.951,51	11.476,42	10.111,80	20.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Fördermitgliedschaft, Freifunk	0,00	0,00	0,00	0,00	500,00	500,00	500,00	500,00
01 111 11 01 Rechts- und Versicherungsangelegenheiten										
54990200	Mitgliedsbeiträge	Beitrag für die Schiedsleute	480,00	529,00	529,00	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00
01 111 12 01 Infrastrukturelles/ kaufmännisches Gebäudemanagement										
52410530	Reinigung öffentlicher WC-Anlage		19.487,88	20.062,26	18.029,26	25.000,00	28.000,00	28.000,00	28.000,00	28.000,00
52412100	Strom Bäder		132.346,50	147.093,91	161.144,81	140.000,00	160.000,00	160.000,00	160.000,00	160.000,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52412200	Heizung Bäder	Energieeinsparung nach Erneuerung der Filtertechnik in 2014	293.043,78	286.305,80	269.071,93	315.000,00	290.000,00	290.000,00	290.000,00	290.000,00
52412300	Wasserverbrauch Bäder	Energieeinsparung nach Erneuerung der Filtertechnik in 2014	33.675,19	51.222,48	47.232,63	37.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00
52413200	Heizung Festhallen		60.068,01	58.147,72	57.176,42	74.000,00	70.000,00	70.000,00	70.000,00	70.000,00
52415200	Grundbesitzabgaben Kulturzentrum Talbahnhof*		4.960,30	5.333,65	4.701,54	5.300,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00
52416200	Grundbesitzabgaben Bäder*	Einsparung aufgrund geringerer Wasserverbräuche nach Erneuerung der Filtertechnik in 2014; Auswirkung bei Abwasser erst in 2016	82.623,26	85.978,39	72.383,57	84.000,00	75.000,00	75.000,00	75.000,00	75.000,00
52416300	Grundbesitzabgaben Festhallen*		25.081,92	25.598,30	25.106,94	29.000,00	28.000,00	28.000,00	28.000,00	28.000,00
52416400	Grundbesitzabgaben Sportstätten*		81.913,28	73.343,40	67.906,03	80.000,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00
52419040	Gebäudeversicherung Sportstätten*		35.620,83	36.263,33	37.129,39	20.500,00	17.500,00	17.500,00	17.500,00	17.500,00
52419050	Gebäudeversicherung Bäder*		26.610,89	27.098,75	27.709,44	16.000,00	17.500,00	17.500,00	17.500,00	17.500,00
52419150	Gebäudevers. Kulturzentrum Talbahnhof		4.336,16	4.414,96	4.516,51	3.000,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
52419190	Gebäudeversicherung Blaustein-See*		3.511,47	3.574,99	5.094,27	3.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
52520820	Unterhaltung bew. VM Sporthallen; A 60	u.a. auch schul. Nutzung Dürwiß, Ost, Kaiser- und Jahnstr.	1.092,67	156,10	81,87	1.000,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52520830	Unterhaltung bew. VM Sportpark am See; A 60		125,26	0,00	0,00	500,00	200,00	200,00	200,00	200,00
54160711	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung Großsportanlage Dürwiß A 60		0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
54160850	Dienst- und Schutzkleidung Sporthallen	u.a. auch schul. Nutzung Dürwiß, Ost, Kaiser- und Jahnstr.	57,87	0,00	0,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
54230200	Leasing / Lichtcontracting Sporthalle Kaiserstr.	u.a. auch schul. Nutzung	10.901,04	10.901,04	10.901,04	16.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54230700	Leasing / Lichtcontracting Sporthalle Eichendorffstr.	u.a. auch schul. Nutzung	10.976,04	10.976,04	12.167,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
01 111 12 02	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung									
52114100/	Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten Festhallen	Pflegevertrag, Deponiekosten	3.374,80	2.891,20	3.274,65	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
52419580	Aufwendungen für Werbung u. Öffentlichkeitsarbeit		1.232,36	0,00	4.501,77	4.000,00	3.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
52840000	Geräte, Ausstattung unter 60 €	ab 2015 bei 52840300 Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €	824,01	583,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €	Mehrbedarf aufgrund Neuverpachtung der Festhallen ab 2016	0,00	95,08	15,45	4.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52911000	Gutachten	Kosten für Wertermittlung und	79,98	4.919,30	16.070,34	8.000,00	9.900,00	9.900,00	9.900,00	9.900,00
53118160	Investitionsfördermaßn. Solaranlagen	2013/2014 siehe Produkt 10 522 01 01	1.400,00	0,00	0,00	1.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag Dränverband	369,30	184,65	184,65	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
54221300	Mieten und Pachten Sportstätten		5,96	5,11	5,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
01 111 12 03 Technisches Gebäudemanagement										
52110110/ 52419200	Sanierungsmaßnahmen zur Senkung von Energieverbräuchen	Ausführung von Maßnahmen in städtischen Gebäuden, die sich durch Energieeinsparungen amortisieren.	210.700,04	120.429,35	149.950,37	160.000,00	75.000,00	75.000,00	100.000,00	100.000,00
52111000/ 52419330	Unterhaltung Kultureinrichtungen	Talbahnhof	9.283,61	9.127,17	6.886,39	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
52111300/ 52419360	Unterhaltung Altentagesstätten		10.038,17	5.336,92	20.886,22	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52111400/ 52419370	Unterhaltung Kinder- und Jugendeinrichtungen	2 Spiel- und Lernstuben, Verkehrskindergarten	866,30	579,01	5.153,93	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52111500/ 52421600	Unterhaltung Sportstätten		88.461,35	40.398,99	66.363,74	60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00
52111600/ 52419380	Unterhaltung Bäder	Erneuerung Filtertechnik im Hallenbad Jahnstraße in 2014; dadurch resultierende Kosteneinsparungen siehe Produkt 011111201	137.557,34	198.999,84	125.829,10	130.000,00	130.000,00	130.000,00	130.000,00	130.000,00
52111700/ 52419390	Unterhaltung Festhallen		106.184,40	95.732,71	36.055,79	65.000,00	65.000,00	65.000,00	65.000,00	65.000,00
52112300/ 52419430	Unterhaltung Märkte/ Kirmessen	ab 2016 Sanierung Trafostationen Marktplatz	50,94	0,00	3.452,80	500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00
52112700/ 52419470	Unterhaltung Seezentrum		0,00	6.066,08	17.211,53	6.500,00	6.500,00	6.500,00	6.500,00	6.500,00
52112600/ 52419460	Unterhaltung Sporthallen	u.a. auch schul. Nutzung Dürwiß, Ost, Kaiser- und Jahnstr.	56.989,45	31.476,78	46.756,17	60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00
02 122 01 01 Allgemeine Sicherheit und Ordnung										
53118000	Zuweisungen u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	Städtischer Zuschuss zu den Bewirtschaftungskosten Tierheim Aachen	14.735,16	17.570,59	21.446,46	21.500,00	22.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
02 122 10 01 Einwohnerangelegenheiten										
52830100	Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentation, Geschenke	Ehrengaben, Altersjubiläen	1.243,49	1.256,60	1.037,20	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
02 122 10 02 Personenstandswesen										
52830100	Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentation, Geschenke	Ehrengaben, Altersjubiläen	5.583,84	6.288,56	4.774,85	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Fachverband deutscher Standesbeamten	180,00	180,00	180,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
02 126 15 01 Brandschutz/ Brandbekämpfung										
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	Gestaltung und Durchführung der Feierlichkeiten zum 125-jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Eschweiler in 2014	0,00	0,00	577,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	Zuschuss Feuerwehr	0,00	0,00	2.526,51	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche		5.000,00	5.000,00	10.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
02 126 15 02 Abwehr von Großschadensereignissen/ Katastrophenschutz			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss Hilfsorganisationen	2.500,00	2.323,60	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
03 211 01 01 Grundschulen										
53118190	Zuschuss für Vormittagsbetreuung (Eigenanteil Stadt)	Zuschuss für Vormittagsbetreuung	140.000,00	130.000,00	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag Deutsches Jugendherbergswerk, Verkehrswacht	0,00	150,00	150,00	150,00	400,00	400,00	400,00	400,00
03 212 01 01 Hauptschulen										
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag an das Deutsche Jugendherbergswerk	0,00	30,00	30,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
03 215 01 01 Realschule										
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54220000	Mieten und Pachten	Anmietung Räumlichkeiten für Abschlussfeier	275,00	335,00	225,00	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
03 217 01 01 Gymnasium										
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag an das Deutsche Jugendherbergswerk; ANTalve e.V.; Rhein. Direktorenvereinigung	30,00	95,00	70,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
03 218 01 01 Gesamtschule										
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	100,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54220000	Mieten und Pachten	Übernahme der anfallenden Mietkosten für die Durchführung der Abschlussfeier der 10. Jahrgangsstufe sowie des Abiturjahrganges (Abschlussball)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
03 221 01 01 Willi Fähmann Schule										
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschuss an die Schülermitverwaltung	100,00	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag Deutsches Jugendherbergswerk	30,00	30,00	30,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
03 243 01 01 Sonstige schulische Aufgaben										
52550000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	Jugendverkehrsschule, Reparaturarbeiten an den vorhandenen Fahrrädern	0,00	420,53	0,00	450,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	Verbrauchsmaterialien für den Betrieb der Jugendverkehrsschule	0,00	291,20	0,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Zuschüsse an Schulen zur Durchführung von Projekten "gegen Rechts" gem. Ratsbeschluss	2.000,00	660,00	2.000,00	2.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118320	Zuschuss Schulbücher Hartz IV	Übernahme der Schulbücher für SGB II- und SGB XII-Empfänger, Asylbewerber sowie Pflegekinder	7.483,78	10.884,08	6.930,70	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Mitgliedsbeitrag Fernuniversität; ANTalive e. V.; Verkehrswacht Monschau	110,00	107,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
04 271 01 01	VHS									
54990200	Mitgliedsbeiträge	Landesverband VHS	2.753,39	2.751,19	4.128,97	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00
05 313 01 01	Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte									
41440000	Zuweisungen vom sonst. öffentlichen Bereich	Projekt INTERREG IV	0,00	0,00	0,00	-67.500,00	-150.000,00	0,00	0,00	0,00
53114000	Aufwendungen f. Zuweisungen an den sonst. öff. Ber	Projekt MINT	0,00	0,00	0,00	67.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Umsetzung Ingegrationskonzept (BKJ-Rucksack-Projekt)	3.800,00	3.052,00	2.975,81	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
53118350	Förderprogramm INTERREG IV	Projekt INTERREG IV	0,00	0,00	0,00	0,00	150.000,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Verein für Sozialplanung e. V. (VSOP)	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
05 351 01 01	Sonstige soziale Angelegenheiten									
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	Nachbarschaftshilfe; Eschweiler Tafel e.V.; AWO Ov Eschweiler; Gemeinschaft der Gemeinden; AWO Dürwiß	17.399,58	9.464,85	25.335,50	22.850,00	22.850,00	22.850,00	22.850,00	22.850,00
53118090	Allgemeiner Zuschuss an freie Wohlfahrtsverbände	Sozialdienst Kath. Frauen e.V.; AWO Kreis Aachen-Land e.V.; Sozialverband Deutschland e.V.; Sozialverband Vdk; Sozialdienst kath. Männer e.V.; Paritätischer Landesverband; Evang. Kirchengemeinde; AWO OV Eschweiler; Blindenverein StädteRegion	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00	52.300,00
53118140	Zuschuss a.d. "Beratungsstelle für Familienplanung"	AWO Kreis Aachen-Land e.V.	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	75,80	75,80	75,80	100,00	350,00	350,00	350,00	350,00
05 351 01 02	Unterstützende Seniorenarbeit									
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	Reparatur Elektrogeräte im städt. Seniorenzentrum Marienstr. 7 und der städt. Seniorenstube	1.511,85	242,16	96,19	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	Einkauf v. Lebensmitteln, Deko, Getränke pp. für das städt. Seniorenzentrum Marienstr. 7 und die städt. Seniorenstube Quellstr. 42. Zuschuss f. Ausflug	1.498,39	1.758,03	2.101,37	2.450,00	2.450,00	2.450,00	2.450,00	2.450,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52840000	Geräte, Ausstattung unter 60 €	Elektrogeräte, Haushalt pp. (bis 2013)	129,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €	ab 2014 Zusammenfassung der SK 52840000 und 52840300	0,00	19,35	229,02	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00
52910000	Aufwendungen f. sonst. Dienstleistungen	Honorar Musiker bei Sonderveranstaltungen im städt. Seniorenzentrum Marienstr. 7	240,00	240,00	240,00	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
52910010	Aufwendungen für Entsorgung	Entsorgung Speiseabfälle; bis 2014 bei 54990900	0,00	0,00	329,39	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00
54210000	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	Die städt. Seniorenstube Quellstr. Wird ausschließlich von ehrenamtl. Kräften bewirtschaftet.	405,60	400,40	390,00	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
54310300	Zeitungen und Fachliteratur	Lesemappen und Tageszeitungen für das städt. Seniorenzentrum und die städt. Seniorenstube	1.174,20	1.257,72	1.292,60	1.350,00	1.350,00	1.350,00	1.350,00	1.350,00
54311500	GEMA-Gebühren	anlässlich der Tanzteeveranstaltungen im städt. Seniorenzentrum	756,01	788,19	456,46	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00
54990900	Sonstige Beiträge	Entsorgung Speiseabfälle; ab PLAN 2015 bei 52910010	535,24	545,54	41,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
06 361 01 01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege									
53118180	Betriebskostenzuschüsse an freie Träger KiGa - Eigentanteil-	Familienzentrum Wunderland (AWO); Familienzentrum im sozialen Brennpunkt	15.000,00	15.000,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118340	Betriebskostenzuschüsse an die AÖR - Eigenanteil -	BKJ Einrichtung Herz Jesu	10.000,00	10.000,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
06 363 01 01	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien									
41480100	Spenden von übrigen Bereichen	Spenden für Projekt "Flügeltschlag"	0,00	-1.050,00	-11.776,58	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
52811900	Sonstige Sachleistungen Projekte	Sachaufwendungen für Projekt gegen Kinderarmut "Flügeltschlag"; Projekt wird aus Spenden finanziert, ab 2014	0,00	0,00	10.516,38	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
09 511 01 01	Räumliche Planung und Entwicklung									
41410000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für lfd. Zwecke	EAA in Ergebnis 2013; KWK-Projekt in PLAN	0,00	-17.500,00	-5.100,00	-8.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41410800	Landeszuweisung für Soziale Stadt Eschweiler-Ost		-4.175,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41480000	Spenden von übrigen Bereichen	KWK-Projekt in PLAN 2014	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41420300	Zuweisungen von Gemeinden und GV	Cambio-Carsharing (Aufwand bei 53119000)	0,00	0,00	0,00	-15.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	Gutachten für die Bearbeitung der Bauleitpläne, Planungskosten, Erstellung von Entwicklungskonzeptionen (z.B. Energiekonzept, Zentrenkonzept, usw.), Architektenwettbewerb und Projekt "Faktor X", Ortsteilerneuerungsprojekte Nord-West und Weisweiler etc., Weiterführung des Projektes "Camp CO ₂ Zero" als Standort für regenerative Energien und Umweltschutz in Anwendung, Entwicklung und Demonstration sowie zusätzlich noch KWK-Projekt (allerdings 100 % Förderung)	93.107,61	193.936,08	79.515,04	50.000,00	50.000,00	50.000,00	50.000,00	50.000,00
52910800	Planungskosten Stadterneuerung	Planungskosten im Zusammenhang mit Maßnahmen der Stadterneuerung/nördliche Innenstadt etc.	10.118,00	65,70	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52910810	Demografische Entwicklung -Kosten für Planung pp.-		0,00	2.139,74	516,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52910820	Nachhaltige Stadtentwicklung Eschweiler 2030	Begleitung und Unterstützung des Strategieprojektes "Nachhaltige Stadtentwicklung Eschweiler 2030" - Mit Energie in die Zukunft	17.691,82	8.211,00	12.376,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	2010: Gestaltung privater Freiflächen der Strukturförderungsgesellschaft; 2011/2012: Stadteilerneuerung Eschweiler-Ost. Die Maßnahme wird zu 70 % bezuschusst	8.348,12	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118050	Zuschüsse an Verbände und Vereine	Citymanagement	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
53119000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke sonstige	Cambio-Carsharing (Ertrag bei 41420300)	0,00	0,00	0,00	15.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Citymanagement, Grünmetropole e.V.; Zukunftsinitiative Aachener Raum (bis 2013)	12.874,15	11.417,50	6.551,68	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
10 522 01 01 Subjektbezogene Förderung für Wohnraum										
44870000	Erstattungen von privaten Unternehmen	für Kto 53118000	-1.000,00	-1.000,00	-500,00	-2.500,00	-2.500,00	-2.500,00	-2.500,00	-2.500,00
53118000	Zuw.u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	Studentenförderung	500,00	500,00	500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
53118160	Investitionsfördermaßn. Solaranlagen	2011/2012 und ab 2015 siehe Produkt 01 111 12 02	0,00	1.400,00	1.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 523 01 01 Denkmalschutz und Denkmalpflege										
41410000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land für lfd. Zwecke	Aufwendungen bei SK 53118000	-10.000,00	0,00	-10.000,00	-10.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52811100	Aufwendungen für Veranstaltungen	Tag des offenen Denkmals	0,00	0,00	477,99	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00

**Freiwillige ergebniswirksame Leistungen
innerhalb pflichtiger Produkte**

		2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
53118000	Zuw.u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	20.000,00	2.325,00	23.516,45	20.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 537 01 01 Abfallwirtschaft									
52380100	Kostenerstattung an übrige Bereiche	51.750,00	47.899,98	47.900,00	47.900,00	47.900,00	47.900,00	47.900,00	47.900,00
11 538 02 01 Entwässerung und Abwasserbeseitigung									
54990200	Mitgliedsbeiträge	13.096,76	13.304,48	13.629,80	4.500,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00
12 541 01 01 Gemeindestraßen									
41480000	Spenden von übrigen Bereichen	0,00	0,00	0,00	-432.000,00	0,00	-400.000,00	0,00	0,00
52210000/ 52420000	Unterhaltung d. sonstigen unbeweglichen Vermögens	19.583,42	14.111,05	16.432,14	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
52420100	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	0,00	0,00	0,00	480.000,00	0,00	400.000,00	0,00	0,00
52410520	Sonderreinigung im Stadtgebiet	41.584,84	37.230,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 542 01 01 Kreisstraßen									
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	70.000,00	95.000,00	70.000,00	0,00	0,00
52910810	Demografische Entwicklung -Kosten für Planung pp.-	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 545 01 01 Straßenreinigung und Winterdienst									
52410520	Sonderreinigung im Stadtgebiet	23.892,46	22.344,43	26.375,53	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
13 553 01 01 Friedhöfe									
52811100	Aufwendungen für Veranstaltungen	2.976,08	1.865,22	2.901,41	2.200,00	3.000,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
53118000	Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	2.438,53	2.622,57	2.622,57	2.200,00	2.650,00	2.650,00	2.650,00	2.650,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	1.278,00	1.278,00	1.278,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00
Summe		2.115.051,89	2.026.616,89	1.931.583,49	1.883.500,00	1.742.550,00	1.714.050,00	1.669.050,00	1.669.050,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
01 111 07 01 Öffentlichkeitsarbeit										
44210200	Erträge aus Verkauf von Werbemitteln		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44881300	Sonstige Verwaltungseinnahmen		-3.832,43	-3.033,41	-1.319,79	-2.500,00	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00
50110000	Beamten Bezüge		21.626,88	17.948,88	21.677,04	18.150,00	10.850,00	10.950,00	11.050,00	11.150,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Besch.		1.767,25	1.286,92	1.457,81	1.450,00	750,00	750,00	750,00	750,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		6.752,38	5.212,33	10.403,45	9.150,00	4.600,00	4.600,00	4.600,00	4.600,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		1.995,93	1.482,54	1.876,54	1.850,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00
52370000	Erst. f. Aufwendungen von priv. Unternehmen		0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
52830100	Aufw. f. Gästebewirt., Repräsentation, Geschenke	Bewirtungskosten, Deko für repräsentative Veranstaltungen (Neujahr, Karneval, Volkstrauertag pp.)	5.582,45	5.410,80	5.662,38	6.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	Internetpräsentation der Stadt, Tourismuspräsentation pp.	5.645,58	2.040,57	1.055,30	5.000,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RVK		223,22	172,31	374,96	300,00	200,00	200,00	200,00	200,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		0,00	2.996,08	1.499,72	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
57312000	Abschreibung Forderung Erlass/faktischer Erlass		0,00	57,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04 263 01 01 Musikschule										
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke		-6.446,80	-5.402,25	-5.082,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00
41420300	Zuweisungen von Gemeinden und GV		-1.245,75	-1.212,75	-1.270,50	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00	-1.200,00
41480100	Spenden von übrigen Bereichen		-50,00	-400,00	-1.900,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41620000	Erträge aus der Aufw. von SoPo aus ZW vom Land		0,00	0,00	0,00	-100,00	-100,00	-100,00	-100,00	-100,00
43110100	Verwaltungsgebühren		0,00	0,00	-30,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43213200	Unterr.ent. f. musika. Früher. u. Ant. ausw. Schü.		-229.396,32	-223.342,21	-249.757,00	-230.000,00	-250.000,00	-250.000,00	-250.000,00	-250.000,00
43213300	Entgelte für die Ausleihe von Instrumenten		-534,00	-321,00	-58,00	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00
44210300	Abgabe von Verpflegung		0,00	0,00	-53,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattung übrige Bereiche		0,00	0,00	-555,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
45810000	Erträge Zuschreibung		0,00	0,00	-271,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		23.683,82	24.351,91	32.824,73	28.550,00	29.650,00	29.950,00	30.250,00	30.550,00
50192100	Dozentenonorare		255.876,51	256.826,85	247.037,22	252.000,00	252.000,00	252.000,00	252.000,00	252.000,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		1.825,78	1.877,41	2.541,38	2.200,00	2.300,00	2.350,00	2.400,00	2.450,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. Tarifi. Beschäftigten AGAnteil		4.782,00	4.855,36	6.530,40	5.550,00	5.800,00	5.850,00	5.900,00	5.950,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
50390000	gesetzl. Soz.Vers. Sonstige Beschäftigte AGAnteil		9.934,68	9.746,78	12.946,49	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
52310000	Kostenerstattung an Land		0,00	3.343,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens		84,10	775,22	698,90	700,00	800,00	800,00	800,00	800,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		0,00	296,85	556,90	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00
52910000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen		0,00	0,00	296,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54311500	GEMA-Gebühren		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54760000	Wertveränderung Forderung durch Niederschlagung		0,00	0,00	234,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		46,52	397,07	521,81	600,00	700,00	800,00	900,00	1.000,00
04 272 01 01 Bibliothek										
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke		-400,00	-7.769,29	-3.022,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43210100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-9.792,87	-9.747,43	-8.576,22	-11.000,00	-11.000,00	-11.000,00	-11.000,00	-11.000,00
43210200	Entgelte aus Veranstaltungen		0,00	0,00	0,00	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00	-500,00
43210400	Teilnehmerentgelte		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43212300	Gebühren für Hilfeleistungen		0,00	0,00	-399,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43212600	Benutzungsentgelte für auswärtigen Leihverkehr		-694,70	-710,50	-1.204,50	-700,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
44880000	Ersstattungen von übrigen Bereichen		-978,75	-756,64	-771,60	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
44882400	Wertersatz nicht zurückgebrachter Bücher		-4.003,20	-279,44	-1.864,56	-1.000,00	-1.500,00	-1.500,00	-1.500,00	-1.500,00
45620000	Säumniszuschläge		-10.319,07	-7.657,72	-7.347,93	-8.100,00	-8.100,00	-8.100,00	-8.100,00	-8.100,00
45810000	Erträge Zuschreibung		0,00	0,00	-432,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120000	Vergütung der tarifi. Beschäftigten		166.911,39	187.368,86	193.432,39	202.800,00	210.500,00	212.600,00	214.750,00	216.900,00
50120100	Zuführung Altersteilzeit Angest. Entgelt		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifi. Beschäftigten		12.816,41	14.252,05	14.467,14	15.700,00	16.300,00	16.450,00	16.600,00	16.750,00
50220100	Zuführung Altersteilzeit Vers.kassen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifi. Beschäftigten AGAnteil		33.590,17	37.178,01	38.520,34	39.400,00	41.000,00	41.400,00	41.800,00	42.200,00
50320100	Zuführung Altersteilzeit SV		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52380000	Erst. f. Aufwendungen von übrigen Bereichen	auswärtiger Leihverkehr	262,80	234,00	391,50	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52811100	Aufwendungen für Veranstaltungen	Sommerleseclub sowie diverse Sonderaktionen	2.349,30	3.857,26	4.112,32	5.000,00	6.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52812200	Bücherausstattung	Bücher, Zeitschriften, Tonträger, Einbandmaterialien	43.733,55	42.756,38	41.413,20	40.000,00	44.000,00	44.000,00	44.000,00	44.000,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		643,43	1.122,25	974,64	1.100,00	1.200,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		0,00	441,18	967,41	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54010000	Sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	10.527,55	6.366,92	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54210000	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätig		215,20	93,90	0,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		92,36	132,57	137,43	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
54310100	Büromaterial		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54990000	Übrige weitere sonstige ordentl. Aufwendungen		944,00	1.122,78	1.430,96	3.650,00	3.650,00	3.650,00	3.650,00	3.650,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	VBW e.V.	99,00	108,90	119,79	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		4.405,64	2.936,01	3.087,80	3.650,00	3.750,00	4.000,00	4.250,00	4.500,00
57312000	Abschreibung Forderung Erlass/faktischer Erlass		0,00	0,00	1.107,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04 281 01 01 Kulturveranstaltungen und -förderungen										
41420300	Zuweisungen von Gemeinden und GV		0,00	-3.750,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41680000	E.a.d. Aufw. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-255,57	-340,80	-340,77	-350,00	-350,00	-350,00	-350,00	-350,00
43210100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-1.315,00	0,00	-253,00	-500,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43210200	Entgelte aus Veranstaltungen		-572,00	-1.170,00	-247,00	-1.200,00	-1.300,00	-1.300,00	-1.300,00	-1.300,00
44110100	Mieten und Pachten		-16.218,52	-16.414,44	-16.659,45	-17.000,00	-16.500,00	-16.500,00	-16.500,00	-16.500,00
44870100	Rückvergütung aus Getränkebezug		-1.309,96	-3.909,54	-5.547,91	-3.500,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00	-5.500,00
44870300	Erstattung Versicherungsbeiträge		-326,18	0,00	0,00	-300,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattung von übrigen Bereichen		0,00	0,00	0,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		101.166,92	90.335,28	130.898,22	140.200,00	110.650,00	111.750,00	112.850,00	114.000,00
50192000	Honorar Kulturmanager		45.442,56	45.442,56	45.442,56	45.500,00	45.500,00	45.500,00	45.500,00	45.500,00
50192300	sonstige Honorarkräfte		1.120,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		7.473,89	7.032,74	10.198,84	10.850,00	8.600,00	8.700,00	8.800,00	8.900,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		14.063,74	17.815,55	25.977,15	21.450,00	21.550,00	21.750,00	21.950,00	22.150,00
52350000	Erst. f. Aufw. von verb. Untern., Bet. u. Sonderv.	Erstattungen an WBE und Fachfirmen für Arbeiten anlässlich Kulturveranstaltungen	3.951,71	162,76	0,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	Bühne GHS Stadtmitt	577,75	117,24	263,19	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00
52550500	Unterh.d.sonst.bewegl.Vm (Talbahnhof)		1.144,48	116,18	1.087,08	1.000,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
52811100	Aufwendungen für Veranstaltungen	Seebühne, Tag des Ehrenamtes	324,14	1.993,01	1.953,34	2.000,00	5.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
52811200	Aufwendungen für Städtepartnerschaften	2015: 25-jähriges Jubiläum mit Reigate & Banstead	3.563,13	39,50	0,00	10.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		0,00	36,90	0,00	1.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52911300	Aufwendungen für die Beauftragung von Fremdfirmen	Weihnachtsbeleuchtung	2.780,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118010	Zuschüsse anlässlich der Städtepartnerschaften	laufende Zuschüsse und 2015 25-jähriges Jubiläum mit Reigate & Banstead	5.100,00	5.100,00	5.100,00	10.000,00	5.100,00	5.100,00	5.100,00	5.100,00
53118020	Zuschüsse an Kunstvereine		2.045,00	2.045,00	2.045,00	2.050,00	2.050,00	2.050,00	2.050,00	2.050,00
53118030	Zuschuss an die "Städt. Musikgesellschaft"		5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00
53118040	Zuschuss an die "Kleinkunstinitiative Euregio e.V."		23.008,14	23.008,14	23.008,14	23.050,00	23.050,00	23.050,00	23.050,00	23.050,00
53118050	Zuschüsse an Verbände und Vereine	Karnevalskomitee, Bezirksverband Eschweiler	7.155,00	7.155,00	17.155,00	7.200,00	7.200,00	7.200,00	7.200,00	7.200,00
53118060	Zuschuss an den "Vabw"	durch Trägerschaftswechsel ab 2015 in der Städteregionsumlage	56.615,10	56.533,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118100	Zuschüsse an Vereine und Orchester		5.540,62	5.400,96	2.464,00	5.600,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
53118130	Zuschüsse für kulturelle Veranstaltungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54412000	Versicherungen	Versicherung für Städt. Kunstsammlung sowie Ausstellungsversicherungen	739,67	722,05	862,50	900,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00
54990200	Mitgliedsbeiträge		28.307,55	28.266,75	27.935,25	28.500,00	28.500,00	28.500,00	28.500,00	28.500,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen	Beitrag VaBW	2.323,44	3.219,82	2.151,76	6.150,00	5.050,00	5.150,00	5.250,00	5.350,00
06 362 01 01 Kinder- und Jugendförderung										
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke	Generation Jugend	0,00	-4.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41410400	ZW v. Land (Jugendtreff Checkin)	früher OASE	-34.015,00	-34.015,00	-34.016,00	-34.000,00	-34.000,00	-34.000,00	-34.000,00	-34.000,00
41410500	ZW v. Land -Jugendfreizeitheim		-39.446,00	-39.446,00	-39.445,00	-39.450,00	-39.450,00	-39.450,00	-39.450,00	-39.450,00
41480000	freier Träger-		0,00	0,00	-27.019,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41630000	Zuweisung von übrigen Bereichen		-554,93	-554,94	-554,96	-550,00	-550,00	-550,00	-550,00	-550,00
41680000	Ertr. aus d. Aufw. von SoPo auss ZW von Gem. u. GV		-4.278,65	-4.278,63	-4.278,64	-4.300,00	-4.300,00	-4.300,00	-4.300,00	-4.300,00
41690000	E. a. d. Aufw. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-1.166,60	-1.166,60	-1.166,60	-1.150,00	-1.150,00	-1.150,00	-1.150,00	-1.150,00
43210200	Entgelte aus Veranstaltungen		-4.752,50	-4.972,00	-5.090,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00
44110100	Mieten und Pachten	Jugendzeitplatz, Soccer-Anlage, Minigolf	-207,00	-403,20	-433,40	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
44210100	Erträge aus Verkauf		0,00	-130,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44870700	Versicherungsentschädigungen		0,00	-370,00	-527,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		0,00	-1.131,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44801000	Erstattung vom Bund (Bundesfreiwilligendienst)		-3.000,00	-1.250,00	-3.250,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00
50110000	Beamten Bezüge		0,00	2.448,31	10.198,26	10.050,00	20.100,00	20.300,00	20.500,00	20.700,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		322.077,75	320.732,37	297.978,01	331.800,00	261.300,00	263.900,00	266.550,00	269.200,00
50191100	Aufwendungen f. Bundesfreiwilligendienstler		6.687,46	3.267,35	7.717,68	7.500,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
50191200	Aufwendungen f. sonstige Beschäftigte (Honorare Mobile Jugendarbeit, CheckIn)		10.646,00	29.352,01	18.146,00	13.000,00	12.500,00	12.500,00	12.500,00	12.500,00
50191300	Aufwendungen f. sonstige Beschäftigte (Mobile Jugendarbeit)	Honorare	7.302,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50191400	Aufw.f.sonst.Beschäftigte(Spiel- u. Lernstube)		1.830,00	2.995,00	2.775,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tariff. Beschäftigten		24.800,37	24.724,40	23.009,15	25.700,00	20.250,00	20.450,00	20.650,00	20.850,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tariff. Beschäftigten		64.580,54	63.312,10	58.767,42	64.450,00	50.900,00	51.400,00	51.900,00	52.400,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte		0,00	175,54	685,85	800,00	1.400,00	1.400,00	1.400,00	1.400,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		0,00	710,99	4.894,44	5.100,00	8.550,00	8.550,00	8.550,00	8.550,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		0,00	202,23	882,84	1.000,00	2.200,00	2.200,00	2.200,00	2.200,00
52110100	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52340100	Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder		0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
52410000	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anl.		0,00	555,96	474,79	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52111400/ 52419370	Unterhaltung Kinder- und Jugendeinrichtungen		0,00	1.045,60	432,93	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52510000	Haltung von Fahrzeugen		6.897,56	5.413,36	3.728,56	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens		0,00	0,00	0,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen		812,56	1.091,04	1.596,55	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52811700	Sonstige Sachleistungen Spiel- und Lernstube		1.837,69	2.059,91	1.623,04	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
52811800	Sonstige Sachleistungen mobile Jugendarbeit		4.038,46	2.824,98	3.861,02	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
52811900	Sonstige Sachleistungen Oase		1.242,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52812000	Freizeitmaßnahmen Mobile Jugendarbeit		1.730,50	2.862,41	477,53	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52812100	Freizeitmaßnahmen Spiel- u. Lernstuben		1.200,00	1.700,00	2.400,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
52830100	Aufwendungen Gästebewirtung, Repräsentation, Geschenke		0,00	0,00	2.364,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		0,00	3.663,89	2.677,74	6.000,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen		6.854,26	11.445,62	24.739,45	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52910050	Honorare jugendkulturelle Veranstaltungen	Honorare, Gagen, Rock am Pool	4.470,00	2.550,00	1.420,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52910080	Aufw. f. Dienstleistg., Spiel- u. Lernstube		2.670,00	2.990,00	2.880,00	3.000,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
52910090	Aufw. f. Dienstleistg., Mobile Jugendarbeit		541,37	65,18	397,43	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		0,00	23,50	176,40	150,00	350,00	350,00	350,00	350,00
52918000	Besondere Jugendpflegerische Maßnahmen in Stadtteilen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53118070	Förderm. f. d Jugendverbandsarbeit gem. Richtlinien	Verbandsjugendarbeit Richtlinien	44.206,59	29.378,21	27.133,00	40.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
53118080	Zuschüsse z. d. Betriebskosten d. Jugendfreizeitheim		58.292,00	37.682,00	50.019,00	58.300,00	58.300,00	58.300,00	58.300,00	58.300,00
53118110	Kostenzuschuss an den Stadtjugendring	Verbandsjugendarbeit	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
53118290	Weiterleitung LZW für JFZe freier Träger		39.446,00	38.905,00	39.446,00	39.450,00	39.450,00	39.450,00	39.450,00	39.450,00
53310600	Maßnahm. d. Jugendsoz. arb. u. d. Kinder- u. Jugendschutze		362,95	2.261,92	2.465,15	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
53390200	Zusch. Ferien- u. Erholung sozialhilfebeziehl. Familien		4.221,63	1.119,30	1.254,79	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
53390700	Leistungen Bildung und Teilhabegesetz		0,00	0,00	112,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54200000	Aufwend. f.d. Inanspruchnahme v. Rechten u. Diensten		0,00	0,00	1.559,50	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
54220000	Mieten und Pachten		0,00	0,00	0,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		587,32	394,40	433,94	100,00	500,00	500,00	500,00	500,00
54310300	Zeitungen und Fachliteratur		125,40	357,56	0,00	350,00	350,00	350,00	350,00	350,00
54311400	Rundfunk- und Fernsehgebühren		0,00	0,00	89,85	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00
54311500	GEMA-Gebühren		0,00	0,00	559,84	400,00	600,00	600,00	600,00	600,00
54313100	Geschäftsaufwendungen Jugendtreff Checklin		595,88	517,75	402,70	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
54313200	Geschäftsaufwendungen Spiel- u. Lernstube		0,00	201,88	47,97	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
54990000	Übrige weitere sonstige ordentl. Aufwendungen		436,13	146,61	0,00	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		11.393,66	8.030,33	8.039,84	8.550,00	8.550,00	8.800,00	9.100,00	9.350,00
08 421 01 01 Förderung des Sports										
41610000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW v. Bund		-200,67	-200,67	-200,67	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
41690000	E.a.d. Auflf. v. SoPo aus ZW v. übrigen Bereichen		-1.811,56	-1.811,56	-1.811,56	-1.800,00	-1.800,00	-1.800,00	-1.800,00	-1.800,00
50110000	Beamten Bezüge		40.547,42	41.619,85	42.190,95	43.300,00	42.650,00	43.100,00	43.550,00	44.000,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		31.379,23	10.933,55	0,00	16.800,00	17.200,00	17.400,00	17.550,00	17.750,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		2.415,16	841,83	0,00	1.300,00	1.350,00	1.350,00	1.350,00	1.350,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		6.334,22	2.176,69	0,00	3.250,00	3.350,00	3.400,00	3.450,00	3.500,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte		3.313,35	2.984,12	2.837,40	3.500,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		12.659,77	12.086,36	20.248,67	21.850,00	18.150,00	18.200,00	18.200,00	18.200,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		3.742,09	3.437,71	3.652,39	4.350,00	4.650,00	4.650,00	4.650,00	4.650,00
52340100	Kostenerstattung für die Benutzung der Bäder		54.538,56	54.138,24	36.595,20	54.500,00	37.000,00	37.000,00	37.000,00	37.000,00
52910000	Aufwendungen sonstige Dienstleistungen	Aufstellung eines Sportstättenleitplanes	0,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00	0,00	0,00	0,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		418,50	399,55	729,80	700,00	750,00	750,00	750,00	750,00
53118050	Zuschüsse an Verbände und Vereine	Jugendförderung - Zuschüsse an Vereine	51.674,00	56.976,50	47.475,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00	57.000,00
53118170	Investitionsfördermaßn. Sportvereine		6.119,73	3.548,67	1.393,96	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
54990200	Mitgliedsbeiträge		55,00	55,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen	DFB-Minispielplatz	3.212,53	3.212,53	3.212,52	3.200,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00
57312000	Abschreibung Forderung Erläss/faktischer Erläss		0,00	0,00	258,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08 424 01 01 Sportstätten										
41610000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW v. Bund		-200,37	-190,36	-190,36	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land		-4.239,88	-13.295,66	-22.181,80	-13.300,00	-22.200,00	-22.200,00	-22.200,00	-22.200,00
41690000	E. a. d. Aufl. v. SoPo aus ZW v. übrigen Bereichen		-1.418,02	-4.254,06	-4.458,10	-4.250,00	-4.800,00	-4.800,00	-4.800,00	-4.800,00
43213400	Entgelte für Sportstättenbenutzung		-52.272,99	-51.016,97	-51.980,81	-70.000,00	-70.000,00	-70.000,00	-70.000,00	-70.000,00
44110700	Mieten und Pachten Sportstätten		-441,78	-368,15	-147,26	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
44870700	Versicherungsentschädigungen		0,00	0,00	-800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		-3.217,75	0,00	0,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		39.658,23	42.176,09	43.471,28	44.500,00	46.050,00	46.500,00	46.950,00	47.400,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		3.058,07	3.243,97	3.358,13	3.450,00	3.550,00	3.600,00	3.650,00	3.700,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		7.073,67	8.377,25	8.675,78	8.650,00	8.950,00	9.050,00	9.150,00	9.250,00
52115000/52419680	Unterhaltung Grünflächen durch Vereine		74.838,01	73.973,01	70.173,01	68.500,00	68.500,00	68.500,00	68.500,00	68.500,00
52115000/52421600	Unterhaltung Sportstätten		53.400,43	41.293,05	33.131,34	85.000,00	85.500,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00
52510000	Haltung von Fahrzeugen		4.662,63	4.945,79	5.732,59	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52510600	Treibstoffe (nur Kfz)		633,42	714,11	793,18	700,00	750,00	750,00	750,00	750,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	Regelwartung Sportgeräte alle 2 Jahre	5.596,80	16.832,32	2.406,55	20.000,00	6.000,00	20.000,00	6.000,00	20.000,00
52810100	Verbrauchsmaterial	Verbrauchsmittel, Kreide, Asche, sonstige Sachleistungen	2.986,27	2.812,31	2.883,84	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00
52810500	Treibstoffe (ohne Kfz)		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52811300	Sportausstattung		2.068,41	200,00	669,97	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		0,00	5.024,34	2.240,35	4.000,00	12.500,00	5.500,00	5.500,00	5.500,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen		449,60	89,25	216,90	400,00	400,00	400,00	400,00	400,00
52910010	Aufwendungen für Entsorgung		0,00	0,00	0,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
54160800	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung		251,17	65,56	288,44	350,00	350,00	350,00	350,00	350,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		0,00	0,00	15,18	100,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		19.941,88	33.008,50	42.808,83	47.350,00	46.950,00	47.350,00	47.750,00	48.150,00
57312000	Abschreibung Forderung Erlass/faktischer Erlass		0,00	0,00	1.212,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		435,78	751,13	631,96	800,00	700,00	700,00	700,00	700,00
08 424 01 02 Öffentliche Bäder										
41610000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW v. Bund		-3.693,66	-3.515,98	-3.202,61	-3.500,00	-3.200,00	-3.200,00	-3.200,00	-3.200,00
41620000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW vom Land		0,00	0,00	-699,19	0,00	-700,00	-700,00	-700,00	-700,00
41680000	E. a. d. Auflf. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
43210100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-296.411,52	-318.926,86	-237.655,91	-330.000,00	-330.000,00	-330.000,00	-330.000,00	-330.000,00
43213400	Entgelte für Sportstättenbenutzung		-8.924,18	-9.190,01	-8.799,50	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00
44110100	Mieten und Pachten		-16.164,34	-5.150,09	-11.333,41	-10.200,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00
44872100	Erstattung für die Benutzung der Bäder		-99.549,41	-96.823,55	-77.798,97	-104.950,00	-85.100,00	-85.100,00	-85.100,00	-85.100,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		-3.621,13	-2.184,65	0,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00
44880400	Ersatz von Fernsprechebühren, Kopierkosten u. a.		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44881000	Ersatzleistungen Schadensfälle		-58,83	-68,07	-58,03	-400,00	-400,00	-400,00	-400,00	-400,00
44881400	Ersatz von Fernsprecheinahmen		-114,00	-57,82	-37,42	-100,00	-100,00	-100,00	-100,00	-100,00
44881600	Erstattung MwSt von Schwimm-/Wassersport-Vereinen		-2.962,02	-2.962,03	-2.218,41	-3.100,00	-3.100,00	-3.100,00	-3.100,00	-3.100,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		534.254,92	564.130,17	569.074,95	576.600,00	584.850,00	590.700,00	596.600,00	602.550,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		39.438,19	42.019,94	41.581,07	44.700,00	45.350,00	45.800,00	46.250,00	46.700,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		104.789,52	103.701,52	110.226,07	112.000,00	113.900,00	115.050,00	116.200,00	117.350,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52410540	Reinigung Bäder		8.708,44	5.025,92	9.204,55	13.500,00	13.500,00	13.500,00	13.500,00	13.500,00
52550000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens		3.197,58	11.231,73	6.677,68	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52810100	Verbrauchsmaterial	Chemikalien, Verbrauchsmittel	21.296,97	26.217,69	26.414,14	28.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		294,25	57,13	104,45	2.000,00	600,00	600,00	600,00	600,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 €		0,00	1.612,06	2.974,12	5.000,00	5.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	Wasseruntersuchungen	7.637,21	8.185,48	7.948,06	11.000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00
54120100	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54160800	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung		744,65	1.210,15	1.307,79	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
54201000	Aufwendungen für Sonnenbank		578,05	435,50	421,56	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
54220900	Softwareaufwand		0,00	0,00	333,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54230000	Leasing		7.159,52	5.369,64	7.508,52	7.200,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		280,56	1.130,05	771,89	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
54310300	Zeitungen und Fachliteratur		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54311400	Rundfunk- und Fernsehgebühren		58,08	181,31	181,31	200,00	250,00	250,00	250,00	250,00
54990200	Mitgliedsbeiträge		350,00	350,00	294,12	350,00	550,00	550,00	550,00	550,00
57010000	Abschreibungen auf immaterielles Vermögen		431,67	1.295,00	1.295,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		12.710,40	11.721,19	13.263,65	14.400,00	15.550,00	16.000,00	16.450,00	16.900,00
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		779,68	250,76	488,08	300,00	650,00	650,00	650,00	650,00
12 546 01 01	Parkplätze/ Parkhäuser									
41610000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW v. Bund	Fahrradboxen	-2.636,94	-2.636,95	-2.636,94	-2.650,00	-2.650,00	-2.650,00	-2.650,00	-2.650,00
41620000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW vom Land	P+R Anlagen, Parkplätze	-28.651,10	-28.651,15	-28.861,00	-29.000,00	-37.500,00	-37.500,00	-37.500,00	-39.200,00
41630000	Ertr. aus d. Auflf. von SoPo aus ZW von Gem. u. GV		0,00	0,00	0,00	0,00	-250,00	-250,00	-250,00	-250,00
41640000	Ertr. aus d. Auflf. von SoPo aus ZW von Zweckverb.	Fahrradboxen	-73,68	-232,60	-232,60	-250,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41680000	Ertr. aus d. Auflf. von SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-9.468,36	-9.468,35	-9.468,35	-9.450,00	-9.450,00	-9.450,00	-9.450,00	-9.450,00
43711000	Erträge a. d. Auflösung v. SoPo für KAG-Beiträge	Parkplätze	-6.412,74	-6.412,75	-6.411,71	-6.400,00	-6.400,00	-6.400,00	-6.400,00	-6.400,00
43712000	Erträge a. d. Auflösung v. SoPo f. Erschl.Beiträge	Parkplätze	-27.918,06	-27.918,09	-27.917,08	-27.900,00	-27.900,00	-27.900,00	-27.900,00	-27.900,00
47110000	Aktivierete Eigenleistungen		0,00	0,00	-1.095,92	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		2.970,20	3.053,64	3.154,70	6.400,00	3.600,00	3.650,00	3.700,00	3.750,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		228,93	235,41	243,34	500,00	300,00	300,00	300,00	300,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		545,59	549,84	567,37	1.250,00	700,00	700,00	700,00	700,00
52910000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		110.602,27	110.605,66	111.364,91	115.800,00	118.900,00	118.900,00	118.900,00	120.900,00
13 551 01 01 Öffentliches Grün										
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41620000	Erträge aus der Auflf. von SoPo aus ZW vom Land		-15.553,68	-19.857,44	-22.079,52	-19.850,00	-22.100,00	-22.100,00	-22.100,00	-22.100,00
41630000	Ertr. aus d. Auflf. von SoPo aus ZW von Gem. u. GV		0,00	0,00	-396,88	0,00	-400,00	-400,00	-400,00	-400,00
41650000	Ertr. Aus d. Auflf. v. SoPo aus ZW v. sonst. öff. B.	Spielholzhütte	-199,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41680000	E. a. d. Auflf. v. SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-1.774,66	-3.042,28	-3.242,26	-3.050,00	-3.250,00	-3.250,00	-3.250,00	-3.250,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		0,00	-4.664,97	-4.350,51	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
45830000	Sonstige nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	Veranschlagung bei Produkt 155730102	0,00	0,00	0,00	-296.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
47110000	Aktivierete Eigenleistung		-13.005,82	-23.046,30	-12.795,42	-4.000,00	-4.000,00	-4.000,00	-4.000,00	-4.000,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		58.742,11	89.556,45	90.968,78	73.200,00	99.450,00	100.450,00	101.450,00	102.450,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigte		4.806,01	6.895,55	7.013,44	5.650,00	7.700,00	7.800,00	7.900,00	8.000,00
50320000	gesetzl. Soz. Vers. tarifl. Beschäftigte		11.517,78	17.265,25	17.590,67	14.200,00	19.400,00	19.600,00	19.800,00	20.000,00
52159670	Instandhaltung sonstige Grünflächen und Aufbauten		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52350000	Erst. f. Aufw. von verb. Untern., Bet. u. Sonderv.*		753.487,15	775.384,04	771.707,05	1.088.000,00	832.000,00	920.000,00	920.000,00	940.000,00
52114800/ 52419600	Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten*		80.336,33	82.213,41	103.051,32	84.000,00	81.200,00	81.200,00	84.000,00	87.500,00
52210500/ 52420500	Unterhaltung Kinderspielfläche*		52.734,30	37.027,43	73.357,30	59.000,00	57.500,00	57.500,00	60.500,00	62.000,00
54160810	Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54413000	Aufwendungen für Schadenfälle		0,00	0,00	1.174,51	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		93.266,63	95.375,58	95.687,11	105.400,00	109.350,00	114.350,00	119.350,00	124.350,00
13 554 01 01 Natur und Landschaft										
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke		-13.731,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
41411200	LZW Soz. St. E-Ost für WUV Dürener Str.		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41420300	Zuweisungen von Gemeinden und GV	Aufwandskonto 52420170	-2.390,71	-4.400,00	-8.764,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44872900	Erst. f. Ausgleichsmaßnahmen allgemein		0,00	-3.506,22	-17.441,39	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00
45610000	Bußgelder		0,00	0,00	0,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00
47110000	Aktivierete Eigenleistungen		-8.906,95	-6.278,16	-3.932,28	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		43.624,04	47.336,82	46.332,84	47.450,00	48.300,00	48.800,00	49.300,00	49.800,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		3.362,76	3.651,17	3.573,40	3.700,00	3.750,00	3.800,00	3.850,00	3.900,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		6.958,63	7.265,15	7.425,73	9.200,00	9.400,00	9.500,00	9.600,00	9.700,00
52114860	Punktuelle Maßnahme auf der Halde		19.616,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52114800/ 52419600	Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten		20.614,32	13.830,49	5.873,77	18.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
52114830/ 52419630	Ausgleichsmaßn. VBPS - Am Loll		13.262,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52114840/ 52419640	Ausgleichsmaßn. Streuobstwiesen		8.023,08	6.937,84	6.722,86	7.000,00	2.000,00	2.000,00	7.000,00	7.000,00
52419650	Ausgleichsmaßnahmen		0,00	3.506,22	19.876,37	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
52114900/ 52419670	Unterhaltung sonstige Grünflächen und Aufbauten		1.400,90	2.237,77	1.596,86	2.000,00	1.550,00	1.550,00	1.550,00	1.550,00
52210170/ 52420170	Unterhaltung Reitwege	Ertragskonto 41420300	5.100,00	4.400,00	8.601,02	9.000,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00
52810000	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen		331,74	376,26	653,97	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00
54313900	Geschäftsaufwand Allgemeine Umweltschutzmaßnahmen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	0,00	842,62	0,00	900,00	900,00	900,00	900,00
15 571 01 01 Wirtschaftsförderung										
44110100	Mieten und Pachten		-32.807,64	-32.492,04	-34.997,82	-37.000,00	-37.000,00	-37.000,00	-37.000,00	-37.000,00
45410000	Erträge aus der Veräußerung v. Grundst. u. Geb.		-203.140,20	0,00	0,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00	-50,00
50110000	Beamten Bezüge		66.263,59	74.103,85	49.886,84	43.850,00	87.400,00	88.250,00	89.150,00	90.050,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		9.506,50	9.913,15	10.235,09	62.450,00	62.300,00	62.900,00	63.550,00	64.200,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		732,54	763,92	791,32	4.850,00	4.850,00	4.900,00	4.950,00	5.000,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		1.916,49	1.968,86	2.039,84	12.150,00	12.150,00	12.250,00	12.350,00	12.500,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäft.		5.414,75	5.313,20	3.354,96	3.550,00	6.200,00	6.200,00	6.200,00	6.200,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		20.688,91	21.519,67	23.942,15	22.150,00	37.250,00	37.200,00	37.250,00	37.250,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		6.115,41	6.120,82	4.318,61	4.400,00	9.500,00	9.500,00	9.500,00	9.500,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		0,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		683,93	711,39	862,91	750,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
52911600	Stadtm Marketing		5.371,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54310000	Geschäftsaufwendungen		0,00	0,00	61,23	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
54990200	Mitgliedsbeiträge		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		2,23	26,71	26,72	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
15 573 01 01 Blaustein-See										
41620000	Erträge aus der Aufl. von SoPo aus ZW vom Land		-20.557,17	-62.599,17	-62.599,15	-62.600,00	-62.600,00	-62.600,00	-62.600,00	-62.600,00
41680000	E.a.d.Aufl.v.SoPo aus ZW v. privaten Untern.		-7.169,91	-7.169,92	-7.191,62	-7.150,00	-7.200,00	-7.200,00	-7.200,00	-7.200,00
42910000	Andere sonstige Transfererträge	2013: Förderung Bau Parkplatz durch Indeland Entwicklungs GmbH, siehe auch Ktro 531150000	0,00	-212.370,36	-22.629,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43110100	Verwaltungsgebühren		0,00	-94,00	-759,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43210100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		0,00	-1.035,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44110100	Mieten und Pachten		-4.368,00	-5.820,00	-9.515,50	-11.000,00	-11.500,00	-11.500,00	-11.500,00	-11.500,00
46150000	Zinserträge von verbundenen Untern., Bet. Und SV		-4.953,98	-7.336,28	0,00	-7.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
44880000	Erstattungen von übrigen Bereichen		0,00	-866,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50110000	Beamten Bezüge		41.828,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		27.539,04	22.324,72	22.997,41	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50120100	Zuführung Altersteilzeit Angest. Entgelt		7.754,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		2.346,72	1.717,83	1.775,17	1.950,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50220100	Zuführung Altersteilzeit Vers.kassen		822,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten AGAnteil		5.743,18	4.466,53	4.618,85	4.850,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50320100	Zuführung Altersteilzeit SV		2.217,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäft		3.417,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		13.059,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung		3.860,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Freiwillige Produkte

Sachkonto	Sachkontobezeichnung	Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
			Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
52410100	Beleuchtung, Strom		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52410200	Heizung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52410300	Wasserversorgung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52416600	Grundbesitzabgaben Blaustein-See		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52419600	Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten		0,00	0,00	25.513,73	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
52840300	Geräte, Ausstattung, Lizenzen unter 410 € netto		0,00	0,00	394,42	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		431,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52917000	Gutachten/ Beratungshonorare an extern. Unterneh.		14.244,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53115000	Aufwendungen f. Zuweisungen an verb. Untern., Bet.	2013: Bau Parkplatz, Erträge siehe Kto 42910000	0,00	212.370,36	22.334,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53180000	Zuw.u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke an übrige Bereiche	Zuschussgewährung gem. Ratsbeschluss vom 11.12.2013 für 2014 und 2015	0,00	0,00	150.000,00	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
55110000	Zinsaufwendungen an das Land		21.813,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57110000	Abschreibungen auf Sachanlagen		36.566,36	84.102,81	84.206,00	84.100,00	84.200,00	84.200,00	84.200,00	84.200,00
15 573 01 03	Indeland									
50120000	Vergütung der tarifl. Beschäftigten		0,00	0,00	0,00	0,00	26.450,00	26.700,00	26.950,00	27.200,00
50220000	Beitr. Versorg.kassen tarifl. Beschäftigten		0,00	0,00	0,00	0,00	2.050,00	2.050,00	2.050,00	2.100,00
50320000	gesetzl. Soz.Vers. tarifl. Beschäftigten		0,00	0,00	0,00	0,00	5.150,00	5.200,00	5.250,00	5.300,00
52350000	Erst. f. Aufw. von verb. Untern., Bet. u. Sonderv.		30.306,70	37.937,40	35.182,62	50.700,00	50.700,00	50.700,00	50.700,00	50.700,00
15 575 01 01	Tourismus und Freizeit									
41410000	Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land f. lfd. Zwecke		0,00	-1.050,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50110000	Beamten Bezüge		10.174,96	7.118,29	7.378,15	8.100,00	8.650,00	8.750,00	8.850,00	8.950,00
50410000	Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäft		831,45	510,38	496,19	650,00	600,00	600,00	600,00	600,00
51210000	Beitr. zu Versorgungskassen f. Vers.empf. Beamte		3.176,84	2.067,14	3.540,99	4.100,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00
51410000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgung und Öffentlichkeitsarbeit		939,04	587,96	638,71	800,00	950,00	950,00	950,00	950,00
52830200	Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		0,00	3.656,35	1.017,45	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
52911500	Verwaltungskostenanteil RZVK		105,20	68,34	127,62	150,00	150,00	150,00	150,00	150,00
54990200	Mitgliedsbeiträge	Eifel Touristik Agentur NRW; Creditreform Aachen	3.069,07	3.073,07	3.076,67	3.100,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
58110000	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0,00	0,00	279,47	0,00	350,00	350,00	350,00	350,00
Summe	Freiwillige Produkte		3.102.435,76	3.215.949,14	3.453.046,86	3.692.350,00	3.555.600,00	3.656.350,00	3.680.800,00	3.747.900,00

Anlage 2

zum Haushaltssicherungskonzept

Personalwirtschaftskonzept

Personalwirtschaftskonzept für den Zeitraum 2016 – 2019

Unter Bezugnahme auf die erstmalig im Rahmen der Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes im Jahre 2009 aufgetretenen Grundsatzfragen werden zu den nachfolgenden Punkten Ausführungen getroffen:

1. *Kann auf eine Aufgabenerfüllung ganz oder teilweise verzichtet werden?*
2. *Sind Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung möglich?*
3. *Kann die Aufgabe durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden, z.B. durch Zusammenlegung und/oder Verlagerung von Arbeitsbereichen oder durch Technikeinsatz oder durch interkommunale Zusammenarbeit?*
4. *Kommt eine Besetzung mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht?*
5. *Wiederbesetzungssperre von mind. 12 Monaten auf allen Ebenen der Verwaltung, soweit nicht die Durchführung pflichtiger Aufgaben in ihrem Kernbestand gefährdet ist.*
6. *Beförderungssperre von mind. 12 Monaten.*
7. *„Intern vor extern“: Im Hinblick auf den Stellenabbau ist - soweit möglich - eine interne vor einer externen Besetzung zu realisieren. Dabei ist auch eine Besetzung mit evtl. Berufsrückkehrern mit Anspruch auf Weiterbeschäftigung zu bedenken.*
8. *Sonstige Personalmaßnahmen: In welchen Bereichen kann der Personalaufwand durch sonstige Maßnahmen gesenkt werden, z.B. Überstundenregelung, Leistungsanreize?*

Im Rahmen der Dokumentationspflicht (§ 5 GemHVO) soll eine Übersicht beigefügt werden, aus der sich die Entwicklung der Anzahl der Stellen laut Stellenplan, der Anzahl der Beschäftigten sowie die Stellenanteile ergeben, jeweils ab dem Haushaltsjahr rückwirkend für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren mit Angabe der „Aus- bzw. Eingliederungen“ bedingten Veränderungen. Die Anzahl der Beschäftigten sowie die Stellenanteile sind fortzuschreiben.

Eschweiler bietet als Mittelzentrum der StädteRegion Aachen eine Vielzahl von Dienstleistungen auch für Nachbarstädte und –gemeinden (z.B. Schule für Lernbehinderte, Schwimmbäder, Kulturveranstaltungen). Die soziale Infrastruktur wird von Schulen, Vereinen und Verbänden städteregionsübergreifend genutzt. Der Entscheidung, öffentliche Einrichtungen zu schließen und vor allem das Dienstleistungsangebot abzubauen, sind vor diesem Hintergrund vielschichtige Überlegungen voranzustellen.

Ziel der Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre war daher die Überprüfung von Sparpotentialen in der Kernverwaltung, um den „Overhead“ für die Leistungserbringung auf niedrigerem Niveau zu halten.

Das Personalkostenbudget beträgt zurzeit ca. 26.521.100 € (Ansatz 2015). Für das Haushaltsjahr 2016 wurden Personalkosten von ca. 28.117.700 € geplant.

Bei einem Gesamtvolumen der Aufwendungen von ca. 151 Mio € (Ansatz 2015) stellt dieser Bereich eines der wesentlichen Handlungsfelder dar. Insbesondere die Tatsache, dass alleine die fast jährlichen Besoldungs- und Tarifierhöhungen sowie die Stufensteigerungen nach den tarifrechtlichen bzw. beamtenrechtlichen Bestimmungen und Vorgaben entsprechend den individuellen Verhältnissen einer Kommune zwangsweise jährliche Steigerungsraten erfordern, zeigt das Spannungsfeld zwischen Haushaltskonsolidierung einerseits und Kostensteigerungen andererseits auf. Für das Jahr 2015 wurde im tariflichen Bereich entsprechend dem Tarifabschluss 2014/2015 kalkuliert. Bei den Haushaltsvoranschlägen 2016 wurde eine fiktive Tarifierhöhung zum 01.03.2016 von + 2,0 % auf Grund des Ablaufs der derzeitigen Laufzeit des Tarifvertrages zum 29.02.2016 eingeplant. Ab 2017 ff. wurden Orientierungsdaten von jeweils + 1,0 % eingerechnet (siehe hierzu Ausführungen und Darstellung der Personalkosten auf Seite 12/13/14).

Für die Beamten wurden bei den Planungen 2015 Besoldungserhöhungen in Höhe der Orientierungsdaten von 1 % eingeplant. Die Besoldungserhöhungen 2013/2014 wurden nach dem Haushaltsaufstellungsverfahren 2015 beschlossen und konnten erst beim Haushaltsaufstellungsverfahren 2016 zusätzlich zu den Besoldungserhöhungen 2015/2016 berücksichtigt werden. Ab 2017 ff. wurden auch hier die Orientierungsdaten von jeweils + 1,0 % eingerechnet. Ein Leistungsentgelt für Beamte wurde auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht einkalkuliert.

Zu den einzelnen eingangs aufgeführten Handlungsfeldern hat die Stadt bereits in der Vergangenheit konsequent hingearbeitet:

1. Kann auf die Aufgabenerfüllung ganz oder teilweise verzichtet werden?

und

2. Sind Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung möglich?

Als Anbieter kommunaler Dienstleistungen kommt der Stadt Eschweiler – wie auch bereits zuvor erwähnt – in dieser Region eine besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grunde wurden und werden die Aufgabenerfüllung im ursprünglichen Umfang wie auch Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung auf dem Prüfstand gestellt. Dazu zählte insbesondere die wirtschaftliche Abwicklung von Vorgängen. Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind zwar gehalten, Gesetze und andere Vorschriften anzuwenden, und trotzdem sind Vorgänge und Arbeitsabläufe regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Dabei stand bzw. steht stets im Vordergrund dieser Überlegungen der einem HSK auch zugrunde liegende Vergleich des Kosten-/Leistungsverhältnisses.

Diese Form des intelligenten Sparens auch vor dem Hintergrund, dass selbst kleinere Beträge zum Sparen beitragen und überprüft wurde, ob mit relativ bescheidenem Aufwand und bescheidenen Mitteln die notwendige Aufgabenerfüllung gesichert würde, war insoweit nicht gezielt greifbar. Es tritt auf jeden Fall für den Bürger und auch für die Verwaltung im Hinblick auf den Arbeitsaufwand ein nachhaltiger Nutzen ein. Eine konkrete Einsparung (z.B. Personalkosten) lässt sich allerdings teilweise nur schwer beziffern. Angestrebte bzw. bereits umgesetzte Einzelmaßnahmen sind z.B.:

- Kooperation in der Wirtschaftsförderung
- Bündelung feuerwehrtechnischer Dienstleistungen
- Kooperation im Bereich „Vermessung“ mit der Stadt Aachen
- Kooperation im Bereich „Beforstung“ mit der Stadt Würselen inkl. Ausbildungsverbund

- Kooperation im Bereich „Interkommunales Industriegebiet Inden/Eschweiler – Am Grachtweg“ mit der Gemeinde Inden
- Durchführung gemeinsamer Schulungen mit anderen Kommunen
- Schließung der Gemeinschaftshauptschule Dürwiß
- Abwicklung von Schulungen innerhalb der StädteRegion Aachen über das Studieninstitut Aachen für alle städteregionsangehörigen Kommunen (z. B. Beamtenrechtseminar).

3. Kann die Aufgabe durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden, z.B. durch Zusammenlegung und/oder Verlagerung von Arbeitsbereichen oder durch Technikeinsatz oder durch interkommunale Zusammenarbeit?

Die Zusammenlegung und/oder Verlagerung von Arbeitsbereichen wie auch der Technikeinsatz in der Stadtverwaltung Eschweiler stehen permanent auf dem Prüfstand. Mit diesem Thema befassen sich die Organisationsdienststellen der Verwaltung nahezu ständig. Ein Ausfluss hieraus ist die Neuorganisation der Dienststelle 51/Jugendamt, welche vor dem Hintergrund gesetzlicher Neuerungen bzw. einer geänderten Bedarfslage erforderlich ist. Aktuell resultiert dies schwerpunktmäßig aus dem Umzug der Bundespolizei zum Stadtgebiet Eschweiler und der damit einhergehenden Zuständigkeit des hiesigen Jugendamtes für die unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge. Ihre Betreuung und Versorgung erfordert ein hohes Engagement des zuständigen Personals, das hierfür durch zusätzliche Mitarbeiter verstärkt werden musste und um einen eigenen Bereitschaftsdienst, der sich nach Ablauf einer Testphase bewährt hat, ergänzt wurde. Des Weiteren wurden die Bereiche „Überwachung ruhender Verkehr“ und „Kommunaler Ordnungsdienst“ zunächst zur Erprobung bis Ende 2015 zu einem gemeinsamen Sachgebiet zusammengelegt. Die damit verbundenen Personalmehrkosten können durch Mehreinnahmen bei Bußgeldern sowie den Wegfall von Aufwendungen für Dritte (Sicherheitsdienst) kompensiert werden. Die jüngste organisatorische Maßnahme besteht in der Besetzung einer Stelle zur Abwicklung der Schulentwicklungsplanung und Fortschreibung der Kindertagesstättenplanung als gemeinsame Schnittstelle der Ämter 40 und 51 mit einer Rückkehrerin aus Eltern-

zeit. Die Ergebnisse aus diesen Planungen führen dazu, die Personalerfordernisse der betroffenen Bereiche für die Zukunft konkreter bestimmen zu können.

Interkommunale Zusammenarbeit

Interkommunale Zusammenarbeit als Instrument der Personalentwicklung

Vor dem Hintergrund einer sich immer weiter verschärfenden finanziellen Situation der Kommunen hat die interkommunale Zusammenarbeit über die Grenzen des eigenen Stadtgebietes hinaus große Bedeutung gewonnen.

Interkommunale Zusammenarbeit wird bereits von vielen Kommunen in verschiedenen Bereichen praktiziert. Ziel ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, es folgen die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung sowie die Verbesserung des Bürgerservices. Dabei versuchen die Kommunen eben aus ihrer verschärften finanziellen Situation heraus bei der Wahl der Organisations- und Rechtsformen das gesamte Spektrum der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen.

So hat sich die Stadt Eschweiler im Rahmen weiterer interkommunaler Kooperationen an folgenden Maßnahmen beteiligt:

- Durchführung von gemeinsamen Brandmeisterlehrgängen zusammen mit den Feuerwehren der Städte Alsdorf, Herzogenrath, Stolberg, Würselen, der Kreise Düren und Heinsberg sowie der Werkfeuerwehr der RWE-Power AG – Kraftwerk Weisweiler – mit dem Ziel, gut geeignete Mitarbeiter für alle Wehren zu erhalten.
- Zusammenarbeit der Jugendämter Stolberg und Eschweiler bei der Suchtvorbereitung und der Unterbringung obdachloser Jugendlicher
- Gemeinsame Qualifikation von Prüfern für die Bachelorausbildung
- Kooperation der Vermessungsämter Aachen und Eschweiler

- Kommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Inden bzgl. des Interkommunalen Industriegebiets „Inden/Eschweiler - Am Grachtweg“
- Gemeinsame Beforstung der Wälder Eschweiler und Würselen

Gemeinsame Ausbildungsborse der Städte Eschweiler und Stolberg

„Ausbildung für alle“ ist und bleibt ein Hauptziel in der beruflichen Bildung. Angesichts hoher Arbeitslosenzahlen – insbesondere auch im Bereich der Jugendlichen – sollte es allen an Bildung und Ausbildung Beteiligten ein Anliegen sein, tatkräftig daran mitzuwirken, dass jeder Jugendliche nach Beendigung seiner Schullaufbahn die Möglichkeit hat, einen Beruf zu erlernen.

Festzustellen ist, dass häufig eine große Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt besteht. Einerseits verlassen viele Jugendliche die Schule, ohne eine Ausbildungsstelle gefunden zu haben. Andererseits kann eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen mangels geeigneter Bewerber nicht besetzt werden. Oftmals ist dies lediglich auf einen Informationsmangel zwischen Schulabgängern und Ausbildungsbetrieben zurückzuführen.

Mit dem Ziel, diesen Informationsmangel zu beseitigen, haben die Städte Eschweiler und Stolberg bereits seit Jahren mit dem Berufskolleg Eschweiler bzw. Stolberg eine Ausbildungsborse durchgeführt, die auf große Resonanz gestoßen ist.

Die Stadt Eschweiler selbst hat an dieser Ausbildungsborse ständig teilgenommen, um auch interessierten Jugendlichen ihre Ausbildungsangebote darzulegen und damit gleichzeitig den Ausbildungsmarkt zu beleben. Die letzte Ausbildungsborse hat am 08.05.2015 im Berufskolleg Stolberg mit großem Erfolg stattgefunden.

Abschluss des Brandmeisterlehrgangs

Seit dem 01.04.2015 läuft an der Feuer- und Rettungswache Eschweiler bereits der zehnte Ausbildungslehrgang für Brandmeister mit insgesamt 23 Teilnehmern, die von den Städten Alsdorf, Eschweiler, Würselen sowie RWE Power gemeldet worden sind.

Hierbei sollte nicht unerwähnt bleiben, dass dieser Grundausbildungslehrgang sowie diverse Sonderlehrgänge auch Externen gegen Bezahlung angeboten werden und so zusätzliche Einnahmen erzielt werden können.

Die Grundausbildung (B-I-Ausbildung) dauert insgesamt 18 Monate und beinhaltet u.a. eine feuerwehrtechnische Grundausbildung, einen Rettungssanitäterlehrgang, den Erwerb des Sport- und des silbernen Rettungsschwimmerabzeichens, den Erwerb des LKW-Führerscheins, Feuerwachen- und Krankenhauspraktika sowie theoretische Unterweisungen in diversen Fächern, u.a. Feuerwehrrecht, Beamtenrecht, Staatsbürgerkunde, Physik, Chemie und Einsatztaktik.

Der Lehrgang wird interkommunal durchgeführt, und zwar in der Weise, dass alle Kommunen der StädteRegion Aachen mit hauptamtlichen Feuerwachen sowie das RWE, die Nato und das Feuerschutztechnische Zentrum des Kreises Düren Teile der Ausbildung in den Feuerwehren vor Ort durchführen und auch eigene Referenten einbringen. So ist gewährleistet, dass es sich um eine Ausbildung auf hohem Niveau handelt, jede Wehr ihre Stärken einbringt und sich die Kosten der Ausbildung in einem vertretbaren Rahmen halten.

Den Abschluss des Lehrgangs bildet eine Prüfung, die vor einem interkommunalen Prüfungsausschuss an der Feuerwache Eschweiler abgelegt wird und die bisher von allen Teilnehmern auch bestanden wurde. Mit Bestehen dieser Prüfung können die Lehrgangsteilnehmer mit einer Festanstellung im Beamtenverhältnis in der jeweiligen Kommune rechnen bzw. Externe gute Übernahmechancen für neue Beschäftigungsverhältnisse erzielen.

Im Rahmen von Feierstunden wurden die erfolgreichen Absolventen in der Feuer- und Rettungswache Eschweiler verabschiedet und einige Teilnehmer erhielten

auch im Rahmen dieser Veranstaltungen ihre Beamtenernennungsurkunden von Vertretern ihrer Anstellungsbehörde interkommunal ausgehändigt.

Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Aachen und Eschweiler zur Durchführung von Vermessungsarbeiten (Liegenschaftsvermessung)

Mit dem Ausscheiden des bisherigen Leiters der Abteilung für Vermessung und Bodenwirtschaft aus dem aktiven Dienst im Januar 2010 stand bei der Stadt Eschweiler kein Beamter des höheren vermessungstechnischen Dienstes mehr zur Verfügung, der für die Aufgabenwahrnehmung nach § 12 Nr. 2 VermKatG NRW zwingend erforderlich ist.

Da aus Gründen der Haushaltskonsolidierung die Stelle des höheren vermessungstechnischen Dienstes bei der Stadt Eschweiler nicht nachbesetzt werden sollte, wurde inzwischen eine entsprechende Vereinbarung mit der Stadt Aachen getroffen, die seit dem 01.02.2010 in Kraft ist. Durch diese Vereinbarung wird die Aufgabenübernahme der verantwortlichen Leitung durch eine Beamtin oder einen Beamten des höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes der Stadt Aachen gesichert und die Durchführung von Vermessungsarbeiten im Sinne des § 12 Nr. 2 VermKatG NRW gewährleistet.

Der Kostenaufwand wird nach erbrachter Leistung entsprechend der in der Vereinbarung getroffenen Regelungen von der Stadt Eschweiler erstattet. Die Neueinstellung eines Mitarbeiters mit der Qualifikation für den höheren vermessungstechnischen Dienst zur Durchführung der Vermessungsarbeiten wäre auf Dauer wesentlich kostenintensiver gewesen.

Gemeinsame Wahrnehmung der forsttechnischen Betriebsleitung/Beforstung der Stadtwälder Würselen und Eschweiler

Bei der Stadt hat bereits seit einiger Zeit die Erkenntnis an Bedeutung gewonnen, dass bestimmte Aufgaben und Probleme gemeinsam mit anderen Kommunen besser bewältigt werden können. Nicht zuletzt spielt dabei eine gemeinsame und

ordnungsgemäße Aufgabenabwicklung eine Rolle, es hat aber auch finanzielle Gründe.

So werden die Stadtwälder Würselen und Eschweiler durch einen qualifizierten Mitarbeiter der Stadt Eschweiler zur dauerhaften Sicherung eines Qualitätsstandards in der Beforstung einerseits und der Reduzierung von Personal- und Sachkosten beider Städte andererseits betreut. Auch nach Ausscheiden der langjährig bei der Stadt Eschweiler beschäftigten Oberförsterin wurde die Kooperation mit Einstellung eines neuen Försters fortgesetzt.

Interkommunale Stellenbörse

Neun Kommunen des ehemaligen Kreises Aachen haben gemeinsam eine interkommunale Stellenbörse eingerichtet, um qualifiziertem Personal die Möglichkeit zu eröffnen, nach Abschluss einer Ausbildung oder Verlust des Arbeitsplatzes in anderen Kommunen der StädteRegion Aachen tätig zu werden. Durch dieses freiwillige Angebot für die Mitarbeiter findet ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Personalstrukturen der einzelnen Kommunen statt.

In Zeiten eines fortschreitenden Personalabbaus wird bei diesem Projekt eine aktive Personalvermittlung in der Region betrieben. Qualifizierte Kräfte (z.B. ehemalige Auszubildende, Rückkehrer aus der Elternzeit, befristet Beschäftigte) können in benachbarte Kommunen vermittelt werden. Damit sollen die Chancen auf eine Anschlussbeschäftigung erhöht werden. In der Region qualifiziertes Personal kann durch kürzere Einarbeitungszeiten flexibel eingesetzt werden. Der Aufwand für Neueinstellungen reduziert sich, indem die Gemeinden auf zeit- und kostenintensive Einstellungsverfahren verzichten und stattdessen für die Mitarbeiter der Region dauerhaft eine wohnortnahe Beschäftigung sichern.

Seit geraumer Zeit nutzt auch die StädteRegion Aachen die sich aus der interkommunalen Stellenbörse ergebenden Vorteile, womit der Einzugsbereich und damit die Erfolgsaussichten noch größer wurden. Die Einwohnerzahl des Kooperationsraumes hat sich damit auf ca. 550.000 erhöht.

Derzeit kooperierende Kommunen (zzgl. StädteRegion Aachen):

Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Simmerath, Stolberg, Roetgen, Würselen

Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

In den vergangenen Jahren hat sich das Aufgabengebiet der Kosten- und Leistungsrechnung nach Art und Umfang dahingehend entwickelt, dass zur Bewältigung der Aufgaben das Sachgebiet im August 2011 um eine weitere Kraft verstärkt werden musste. Die zunächst auf Dauer angelegte Verstärkung konnte jedoch wegen eines Personalabgangs im Bereich Finanzverwaltung, der hinsichtlich reiner Aufgabenerledigung Priorität einzuräumen ist, nicht realisiert werden. Diese Vakanz soll zeitnah, ggf. durch eine Ausbildungskraft mit Ablegung des Bachelor-Abschlusses „Bachelor of Arts“, geschlossen werden.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die aus der KLR erlangten Informationen bei den Mitarbeitern das Kostenbewusstsein fördert und damit einen spürbaren Beitrag zu verbesserter Wirtschaftlichkeit des Handelns von Rat und Verwaltung leisten.

Die KLR bietet noch weitere Nutzungsmöglichkeiten, auch um die tägliche Arbeit der Mitarbeiter nicht nur zu vereinfachen, sondern auch wirtschaftlicher zu gestalten:

- Mit Hilfe der transparenten Darstellung und Auswertung der Rechnungsergebnisse und -größen (z.B. Ermittlung der Kostendeckungsgrade) können Kostenreduzierungen bzw. Entgelterhöhungen differenziert erkannt werden.
- Das betriebswirtschaftliche Gesamtergebnis und auch die Einzelergebnisse je Kostenträger können durch die KLR gesteuert, geplant und kontrolliert werden. Außerdem werden die Erkenntnisse und Plandaten der KLR für die Haushaltsplanung genutzt.

- Die KLR unterstützt und ergänzt die Entgeltkalkulation, das Finanzsystem, ein betriebswirtschaftliches Controlling, Wirtschaftlichkeitsberechnungen usw.

4. Kommt eine Besetzung mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht?

In diesem Zusammenhang ist vorrangig die Bewertung von entsprechend eingerichteten Stellen zu sehen.

Stellenbewertung

Stellenbewertung ist die Zuordnung der auf einer Stelle wahrzunehmenden Tätigkeiten zu Besoldungs- und Entgeltgruppen, je nachdem, ob es sich um beamtenrechtliche oder tarifliche Tätigkeiten handelt. Sie bestimmt damit wesentlich die Bezahlung der Mitarbeiter der Verwaltung; zugleich beeinflusst sie die Einstellung der Mitarbeiter zu ihrer gegenwärtigen oder künftigen Arbeit und die Kosten der Aufgabenerfüllung.

Maßstab der Stellenbewertung und damit Grundlage einer als gerecht empfundenen Differenzierung der Bezahlung sind in der Regel die unterschiedlichen mit der Wahrnehmung einer Arbeit verbundenen Anforderungen. An einen Mitarbeiter, der „schwere“ oder „schwierigere“ Arbeiten verrichtet, werden höhere Anforderungen gestellt.

Objekt der Stellenbewertung ist der Stelleninhalt, die Gesamtheit der einer Stelle übertragenen Tätigkeiten, Befugnisse und Verantwortlichkeiten. Angaben hierüber enthält die Stellenbeschreibung.

Objekt der Bewertung ist nicht der jeweilige Stelleninhaber. Die Einstufung des Stelleninhabers, seine besonderen persönlichen Qualitäten oder Verdienste oder der Wunsch, den Stelleninhaber auf einer Stelle zu halten, sind grundsätzlich unbeachtlich. Wird der Inhalt einer Stelle durch die Aktivitäten des Stelleninhabers in zulässiger Weise verändert, kann das auf die Bewertung Einfluss haben. Die Veränderungen sollten in einer Stellenbeschreibung festgehalten werden.

Unter diesen Gesichtspunkten existiert eine Stellenbewertungskommission, die aus geschulten Verwaltungsmitarbeitern und der Personalvertretung besteht.

Die Bildung und die Arbeitsweise der Bewertungskommission sind geregelt im Rahmen einer zwischen Verwaltung und Personalvertretung abgeschlossenen Dienstvereinbarung, die zuletzt am 16.12.2014 aktualisiert wurde. Dabei wurden die ursprünglichen Grundsätze nicht geändert. Dies bezieht sich auch auf die Bestellung der Mitglieder der Bewertungskommission, die paritätisch von Verwaltungsmitarbeitern und Personalratsmitgliedern besetzt wurde (mit Stimmrecht). Verwaltungsseitig ist hierbei auch das Rechnungsprüfungsamt mit einbezogen worden. Die einzelnen Dezernate sind mit je einem Mitarbeiter, der die sachbezogenen Belange der Dezernate vertritt, berücksichtigt.

Bei alledem scheidet eine Besetzung von Stellen mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe grundsätzlich aus. Gerade im tariflichen Bereich besteht der rechtliche Anspruch auf eine tarifgerechte Eingruppierung. Im Beamtenbereich hingegen kann in einzelnen Fällen eine adäquate Besoldungsanpassung aus beamten- oder haushaltsrechtlichen Gründen nicht immer zeitnah durchgeführt werden. Das Beteiligungsverfahren nach dem Landespersonalvertretungsgesetz ist stets zwingend zu beachten.

Darstellung der Personalkosten

Grundlage für die Ermittlung der Personalkosten des Haushaltsjahres 2016 war der tatsächliche Personalstand der bei der Stadtverwaltung Eschweiler tätigen Mitarbeiter in April/Mai 2015.

Der Personalkostenansatz für das Haushaltsjahr 2016 beträgt	28.117.700 €
Hiervon entfallen auf die Mitarbeiter städt. Bäder (BgA)	<u>744.100 €</u>
so dass für den Bereich der allgemeinen Verwaltung insgesamt	27.373.600 €

zu bewirtschaften sind.

Die Personalkosten beinhalten die derzeit bestehenden gesetzlichen Vorgaben bzw. Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien. Demzufolge wurde - wie bereits

auf Seite 2 erwähnt - für die tariflich Beschäftigten im Jahre 2015 der Tarifabschluss 2014/2015 zum 01.03.2014 in Höhe von 3 % (mindestens 90 €) bzw. zum 01.03.2015 von weiteren 2,4 % berücksichtigt. Die Laufzeit des derzeitigen Tarifvertrages endet zum 29.02.2016. Für das Haushaltsjahr 2016 wurde eine fiktive Tarifierhöhung zum 01.03.2016 von 2,0 % eingeplant, ab 2017 ff. ersatzweise 1 % Tarifierhöhung i. H. d. Orientierungsdaten.

Im Beamtenbereich wurden die Besoldungserhöhungen 2013/2014 (gestaffelt nach Besoldungsgruppen in unterschiedlichen Höhen und zu verschiedenen Zeitpunkten) nach dem Haushaltsaufstellungsverfahren 2015 beschlossen und konnten dadurch erst bei der Kalkulation des Haushalts 2016 berücksichtigt werden. Zusätzlich hierzu wurden bereits die mit dem im Beschlussentwurf befindlichen Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 festgelegten Besoldungserhöhungen von 2,1 % zum 01.06.2015 sowie 2,3 % zum 01.08.2016 für das Jahr 2016 einkalkuliert, sodass die Planwerte 2016 in Folge dessen über den Planwerten 2015 liegen. Da für die Folgejahre keine konkreten Erkenntnisse bzgl. etwaiger Besoldungserhöhungen für Kommunalbeamte vorliegen, wurden hier ebenfalls Besoldungssteigerungen von 1 % gemäß Orientierungsdaten hinzugerechnet.

Bei alledem ist zu berücksichtigen, dass der Personalkostenansatz auch Ausgaben enthält, die die Stadt Eschweiler überhaupt nicht beeinflussen kann, weil sie an bestimmte gesetzliche Vorgaben gebunden ist. Dies bezieht sich insbesondere auf Ausgaben für die Versorgung wie auch für die Gewährung von Beihilfen im Krankenversicherungsbereich. Diese Kosten belaufen sich beispielsweise für den Beamtenbereich im Haushaltsjahr 2016 im Ansatz auf

Beihilfen, Unterstützungen	940.000 €
Beiträge zu Versorgungskassen	2,85 Mio. €
Pensionsfonds	450.000 €

und unterliegen in den Folgejahren entsprechenden Erhöhungen, die zum Teil mit Blick auf die mangelnde Beeinflussungsmöglichkeit durch die Stadt nicht konkretisiert werden können. Ein aktuelles Gutachten der Rheinischen Versorgungskassen aus Juli 2015 zeigt die voraussichtliche Entwicklung der Versorgungsaufwen-

dungen bis zum Jahre 2045 auf. Innerhalb dieses Zeitraums werden sich die Ausgaben in Folge der anspruchsberechtigten Versorgungsempfänger bzw. deren Hinterbliebenen – unabhängig von der Anzahl der aktiven Beamten – verdoppeln.

Zusätzlich werden Personalkosten ausgelöst durch neue gesetzliche Regelungen, z.B. für den Bereich der Amtsvormundschaft, in dem der Betreuungsschlüssel für Vormund- und Pflegschaften auf höchstens 50 Fälle pro Sachbearbeiter festgeschrieben wird, sowie – wie bereits erwähnt – durch die zusätzliche Übertragung der Zuständigkeit für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge auf das städtische Jugendamt, aber auch die allgemeine Zunahme von Flüchtlingen im Bereich der Asylbewerberbetreuung und durch neue Aufgaben nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz. Ebenso erfordern die gesellschaftliche Entwicklung und damit ausgelöste Betreuungserfordernisse für Kinder, Jugendliche und Familien Personalergänzungen. Zu erwähnen sind auch notwendige personelle Verstärkungen für den Bereich „Allgemeiner Sozialer Dienst“, da die Betreuungserfordernisse und damit der Betreuungsaufwand in einem nicht unerheblichen Maße zugenommen haben. Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass die zunehmende Komplexität bei der Aufgabenerledigung insgesamt ein Mehr an Personal bedarf.

5. Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre auf allen Ebenen der Verwaltung, soweit nicht die Durchführung pflichtiger Aufgaben in ihrem Kernbestand gefährdet ist.

Auf Grund der prekären Haushaltslage der Stadt Eschweiler (verstärkt durch die mit dem Tarifabschluss 2012 verbundenen Mehrkosten) wurde in der 448. Sitzung des Verwaltungsvorstandes am 03.04.2012 eine Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre beschlossen. Ab diesem Zeitpunkt wird jede einzelne Stelle bezogen auf ihre Notwendigkeit hin sensibel betrachtet, ggf. verwaltungsinterne Verschiebungen geprüft. Über Ausnahmen von der Einstellungs- und Wiederbesetzungssperre entscheidet der Verwaltungsvorstand.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2013 ein Einsparpotenzial für die Jahre 2014 bis 2016 in Höhe von insgesamt 1.034.700 € ermittelt, das erreicht wird, wenn Stellen in diesen Jahren nach Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers

nicht wiederbesetzt werden. Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2016 wurde das Einsparpotenzial auf 500.000 € festgelegt, das entsprechend auch für die Folgejahre mit einer Erhöhung von 1 % p.a. gemäß Orientierungsdaten kalkuliert wurde. Berücksichtigt wurde bei der Ermittlung des Einsparpotenzials, dass Nachbesetzungen in Teilbereichen zur Erfüllung von Pflichtaufgaben erforderlich sind (u.a. Feuerwehr, Jugendamt), wobei über Umstrukturierungsmaßnahmen, zeitversetzte Wiederbesetzungen bzw. Nachbesetzungen aus dem eigenen Personalbestand (z.B. durch Übernahme von Anwärtern und Auszubildenden) eine Kosteneinsparung insgesamt erzielt werden kann. Dieses Einsparpotenzial wurde aber beeinträchtigt durch zwingend erforderliche Personalmaßnahmen, wie u.a. Aufstockungen im Bereich des Jugendamtes (zusätzliche Stellen für die Unterbringung/Versorgung/Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge im Allgemeinen Sozialen Dienst und auf Grund der Errichtung zusätzlicher Kindertagesstätten in der wirtschaftlichen Jugendhilfe), im Bereich der Feuerwehr (Anhebung der Sollstärke), für die Abwicklung der Fassadensanierung des Rathauses, beim Ordnungsamt die Einstellung von Überwachungskräften zur Kompensation weggefallener Dienstleistungen einer Sicherheitsfirma, Beschäftigung einer Fachkraft zur sachgerechten Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel, Arbeitszeitaufstockung in Folge der Erweiterung der Willi-Fährmann-Schule auf einen Teilstandort in Stolberg sowie Mehrkosten, die auf Besoldungs- und Tariferhöhungen, erhöhtem Bedarf im Bereich „Beamtenversorgung“ und „Beihilfen“, Umsetzung der Vorschrift II der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), Neuregelung des betriebsärztlichen Dienstes etc. zurückzuführen sind.

Es sollte bei alledem auch nicht unbeachtet bleiben, dass gerade der öffentliche Dienst vor immer neue Herausforderungen gestellt wird und auch hierfür die personellen Ressourcen sicherzustellen sind. Als ein Beispiel können hierfür die in der Vergangenheit durchgeführten notwendigen Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der U 3 – Betreuung angeführt werden. Mit der Zuständigkeitsübertragung für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge sowie der Flüchtlingszunahme im Allgemeinen haben sich bereits neue Handlungsfelder ergeben, die personelle Ressourcen fordern, um ihre Umsetzbarkeit zu gewährleisten.

6. Beförderungssperre von mind. 12 Monaten.

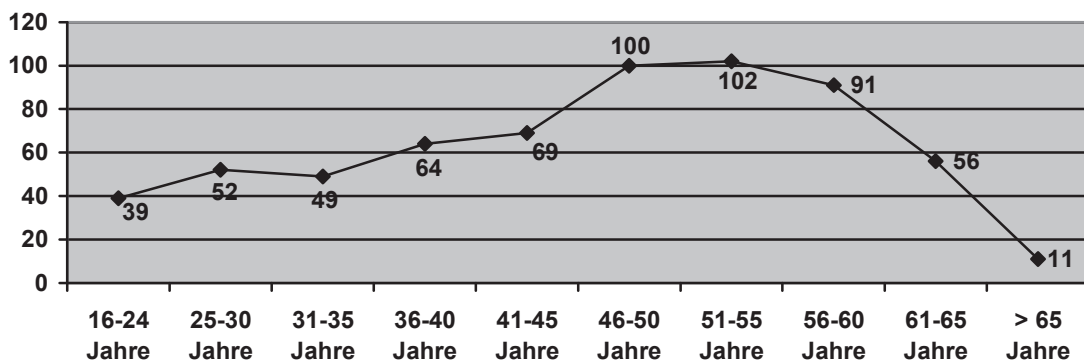
Für die Zeit vom 01.05.2010 bis 30.04.2011 hat es eine Beförderungssperre gegeben. Diese hat sich jedoch faktisch durch die erst am 22.11.2011 erteilte Genehmigung der Haushaltssatzung 2011 bis Anfang/Mitte Dezember 2011 verlängert. Je nach Entwicklung der aktuellen Haushaltslage wird die Verfügung einer neuen Beförderungssperre erneut geprüft. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu den Ziffern 5 und 8 verwiesen.

7. „Intern vor extern“: Im Hinblick auf den Stellenabbau ist - soweit möglich - eine interne vor einer externen Besetzung zu realisieren. Dabei ist auch eine Besetzung mit evtl. Berufsrückkehrern mit Anspruch auf Weiterbeschäftigung zu bedenken.

Personalstand innerhalb der nächsten Jahre

Die nächsten personellen Planungen der Stadt sind auf einen mittelfristigen Zeitraum von 4 Jahren ausgerichtet (2016 – 2019). Die spezifische Altersstruktur bei der Stadt Eschweiler wurde entsprechend berücksichtigt.

Altersstruktur der aktiven städt. Mitarbeiter/-innen
(Durchschnittsalter : 46 Jahre mit geringfügig beschäftigten Rentnern)
Stand: 07/2015



Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den angeführten Mitarbeiterzahlen ein nicht unerheblicher Anteil von geringfügig beschäftigten Rentnern (insbesondere Erwachsenenlotsen/-innen) enthalten ist, der sich in den höheren Jahrgängen und bezüglich des Durchschnittsalters auswirkt. Durch die erfolgte Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 65 auf 67 Jahren ab dem Geburtsjahrgang 1947 ist bereits im Vergleich zu den Vorjahren ein Anstieg des Durchschnittsalters um ein Jahr zu verzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass eine weitere Erhöhung in den künftigen Jahren nicht zu vermeiden sein wird. Demgegenüber wurde die abschlagsfreie Rente mit dem 63. Lebensjahr für besonders langjährig Versicherte bisher von einem Mitarbeiter in Anspruch genommen, drei weitere Mitarbeiter werden zum Ende des Jahres 2015 mit dieser Rentenregelung aus dem Dienst ausscheiden.

Zusätzlich besteht erst seit 2009 bzw. 2010 die Möglichkeit, im Bereich der Beamten die Altersgrenze um bis zu drei Jahren hinauszuschieben bzw. im tariflichen Bereich das Angebot zur hälftigen Arbeitszeitreduzierung zwei Jahre vor Eintritt der Regelaltersgrenze mit Weiterarbeit über die Regelaltersgrenze hinaus bei gleichzeitigem Bezug einer Teilrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (FALTER) in Anspruch zu nehmen.

Bisher sind diese neuen Instrumentarien bei der Stadt Eschweiler noch nicht zum Einsatz gelangt.

In jedem Falle wird aber das Hauptaugenmerk weiterhin auf die Rekrutierung von jungen geeigneten Nachwuchskräften zu legen sein.

Vorab festzustellen ist, dass dabei die unterschiedlichsten Ausbildungsgänge je nach Bedarfslage berücksichtigt werden

Stadtinspektoranwälter (allgemeiner Bereich)

Stadtinspektoranwälter (betriebswirtschaftlicher Bereich)

Brandmeisteranwälter

Verwaltungsfachangestellter

Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste

Fachangestellte für Bäderbetrieb
Fachinformatiker im Bereich der Informations-
und Telekommunikationstechnik
Bauzeichner
Forstwirt
Vermessungstechniker.

Dieses breite Spektrum bietet die Gelegenheit, auf nahezu alle nach zu besetzenden Stellen mit dem entsprechenden Potenzial zu reagieren, wobei selbstverständlich die Möglichkeit der Fort- und Weiterbildung zu späteren Zeitpunkten gegeben ist. Eine kontinuierliche Analyse der Personalstruktur stellt hierbei eine frühzeitige Gegensteuerung bei planmäßigen Personalabgängen durch eine vorgelagerte Ausbildung bzw. bei Fachkräften z.B. aus dem sozialen/technischen Bereich durch eine rechtzeitige Stellenausschreibung sicher.

In der Vergangenheit sind – bis auf berechtigte Ausnahmen – nahezu alle Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis bei der Stadt übernommen worden. Dieses Ergebnis lässt sicherlich auf eine gute Ausbildung bei der Stadt schließen. Übernahmechancen sind für die Ausbildungskräfte mit Blick auf die zuvor aufgezeigte Altersstruktur vorhanden. Hierbei sind ab dem Jahr 2012 durch Ergänzung des Tarifvertrages für Auszubildende des öffentlichen Dienstes – Allgemeiner Teil –, die im Rahmen der letzten Tarifverhandlungen zwischenzeitlich bis 29.02.2016 verlängert worden ist, die geänderten Rahmenbedingungen zu beachten. Es liegt auch im Interesse der Stadt, bei der künftigen Aufgabenerledigung eigenes, geschultes Personal einzusetzen, zumal eine dreijährige Ausbildung Kosten bis zu 50.000 € auslöst und sich diese Kosten wieder amortisieren sollen.

Für das Jahr 2016 ist die Vergabe von zwei Ausbildungsplätzen im gehobenen Verwaltungsdienst und zwei als Verwaltungsfachangestellte/r vorgesehen.

Mittelfristiges Ausscheiden von Führungskräften auf der Dienststellenleiter-ebene

Auf Grund der jetzt vielfältigen Regelungen zur Beendigung von Beamten- bzw. Arbeitsverhältnissen werden bis zum Jahre 2022 nach derzeitigen Erkenntnissen

insgesamt 13 Führungskräfte auf der Dienststellenleiterenebene (einschließlich Stellvertreter) aus dem aktiven Dienst bei der Stadt Eschweiler ausscheiden:

2016	2 Dienststellenleiter
2017	1 Dienststellenleiter
2018	4 Dienststellenleiter
2019	1 Dienststellenleiter 1 stellvertretender Dienststellenleiter
2020	1 Dienststellenleiter 1 stellvertretender Dienststellenleiter
2021	1 Dienststellenleiter
2022	2 Dienststellenleiter

Es handelt sich dabei um gesicherte Werte (Ausscheiden mit Erreichen der Altersgrenze, Vorliegen der Erklärung eines Mitarbeiters, Ende Altersteilzeit Arbeitsphase), wobei möglicherweise auch noch ein vorzeitigeres oder späteres Ausscheiden im Einzelfall nicht auszuschließen ist.

Das Stellenniveau orientiert sich an der Struktur dieser Verwaltung und deren Aufgabenwahrnehmung. Eine jüngst getroffene Entscheidung der Verwaltung gemeinsam mit dem Personalrat im Rahmen der letzten Vierteljahresgespräche zu möglichen Nachfolgeregelungen beim Ausscheiden von Führungskräften führte zu einer Erneuerung im Bereich des Personalmanagements: Durch eine frühzeitige Einarbeitung von Mitarbeitern, die als Nachfolger für Leitungspositionen ausgewählt wurden, vor dem tatsächlichen Austritt der bisherigen Führungskraft sollen Know-How bewahrt und ein gleitender Übergang gewährleistet werden. Diese anstehende Fluktuation im Führungsbereich wird allerdings auch zu weiteren Überlegungen der künftigen Organisationsstruktur führen.

Stellenplanentwicklung

Im Rahmen des Stellenplans 2005 wurden zunächst einmal im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 20 Stellen eingespart. Dabei handelte es sich um Stellen, die einerseits nicht besetzt waren und deren Besetzung andererseits mittelfristig nicht vorgesehen war.

Danach ergeben sich zunächst die nachfolgenden Werte:

	2005	2012	2013	2014	2015	2016
Beamtenbereich	147	148	148	148	138	138
Tariflicher Bereich	387,75	347,05	349,05	351,55	362,50	368,15
Insgesamt	534,75	495,05	497,05	499,55	500,50	506,15¹

¹ Erläuterungen siehe Seiten 22 bis 26

Die abweichenden Werte gegenüber 2005 sind auf die Ausgliederung der Kindergarteneinrichtungen (Bildung der Betreuungseinrichtung für Kinder und Jugendliche -BKJ), aber auch auf zusätzliche Personalerfordernisse in verschiedenen Bereichen u.a. auf der Grundlage der Weisung von Aufsichtsbehörden (z.B. Feuerwehrbedienstete) und strukturelle Notwendigkeiten (Einführung von NkF) zurückzuführen. Weitere Einzelheiten erfolgen an späterer Stelle.

Insbesondere ergibt sich nach kritischer und organisatorischer Prüfung sowie auf Grund der Prioritäten der Aufgabenerfüllung und nach Beschluss des Verwaltungsvorstandes der dargelegte Stellenbedarf. Die ausgewiesenen Personalstände sind insoweit als erforderlich anzusehen.

Hierbei ist zu beachten, dass die Ausweisung von Planstellen im Rahmen des Stellenplanes nicht gleichzeitig etwas zu den entstehenden Personalkosten aussagt. So führen beispielsweise eine Zurückhaltung in der Stellenbesetzung bzw. zeitlich verzögerte Stellenneubesetzungen sicherlich zu Einsparungen im Personalkostenbereich, ohne dass Auswirkungen im Stellenplan ersichtlich werden. Des Weiteren können z. B. durch Kooperationen mit anderen Kommunen Mehreinnahmen erzielt bzw. höhere Ausgaben durch die Einstellung von eigenem Personal vermieden werden.

Weitere stellenplantechnische Besonderheiten ergeben sich aus den getroffenen Vereinbarungen über die Gewährung von Altersteilzeit. Überwiegend wird – wie bereits gesagt - von den Mitarbeitern das so genannte Blockmodell gewählt. Dies hat zur Folge, dass sich Mitarbeiter teilweise über einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren in der Freistellungsphase befinden. Während dieser Zeit müssen sie aber auf entsprechende Planstellen geführt werden.

Die nächsten personellen Planungen der Stadt sind – wie bereits zuvor erwähnt - auf einen mittelfristigen Zeitraum von 4 Jahren (bis 2019) ausgerichtet.

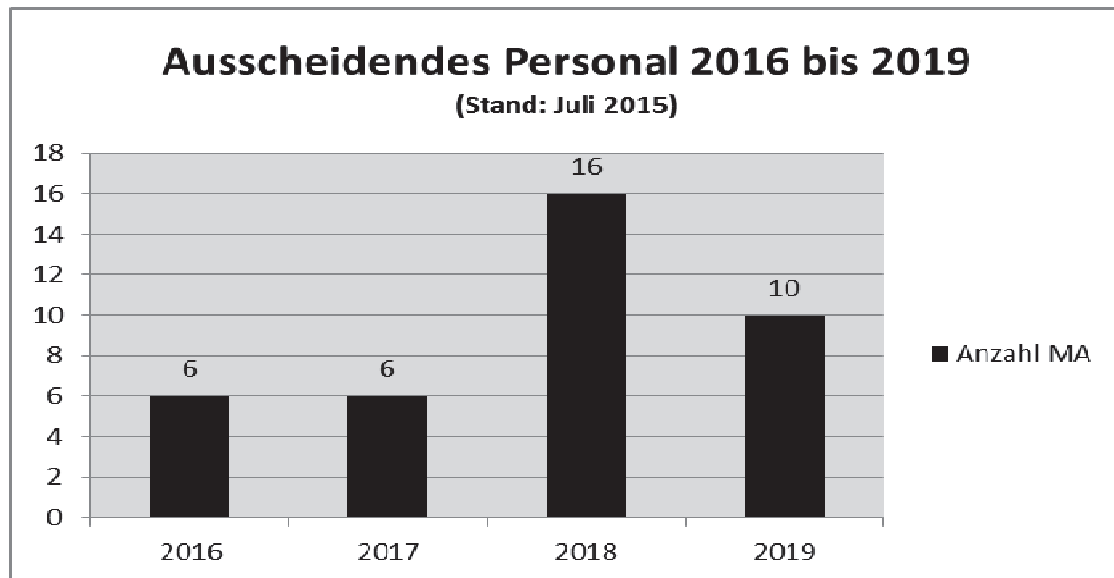
Die Anzahl der aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Mitarbeiter wird in der unten angeführten Grafik dargelegt, wobei die graphische Darstellung nur die Mitarbeiter beinhaltet, deren Ausscheiden als gesichert gelten kann (Ausscheiden mit Erreichen der Altersgrenze, Vorliegen der Erklärung eines Mitarbeiters) bzw. die bekannten Fälle der Inanspruchnahme von Altersteilzeit. Mögliche Nachfolgeregelungen erfolgen in erster Linie im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen, in die in den letzten Jahren verstärkt Ausbildungskräfte nach Beendigung ihrer Ausbildung einbezogen wurden/werden.

Für die Altersteilzeit gilt, dass der Mitarbeiter mit Beendigung der Arbeitsphase nicht mehr zur Verfügung steht, d. h. als Ausscheidungsdatum wird in der Personalplanung für evtl. Stellennachbesetzungen auf das Datum „Ende Arbeitsphase“ gesetzt.

Auf Grund erfolgter Anpassungen der Rechtsnormen im tariflichen Bereich mit einhergehenden finanziellen Einbußen wird das Altersteilzeitmodell kaum noch durch neue Fälle in Anspruch genommen. Von derzeit 21 laufenden Altersteilzeitregelungen befindet sich ausschließlich eine Mitarbeiterin in der Arbeitsphase, die Übrigen haben bereits die Freistellungsphase erreicht.

Im Beamtenbereich wurde in den letzten zwei bis drei Jahren eine Altersteilzeitvereinbarung mit lediglich drei Mitarbeitern neu abgeschlossen, eine Mitarbeiterin wird zum 01.12.2015 mit der Dienstleistungsphase beginnen. Die gesetzlichen

Vorschriften für die Altersteilzeit sind befristet bis 31.12.2015, eine Neuregelung dieser Bestimmungen bleibt abzuwarten.

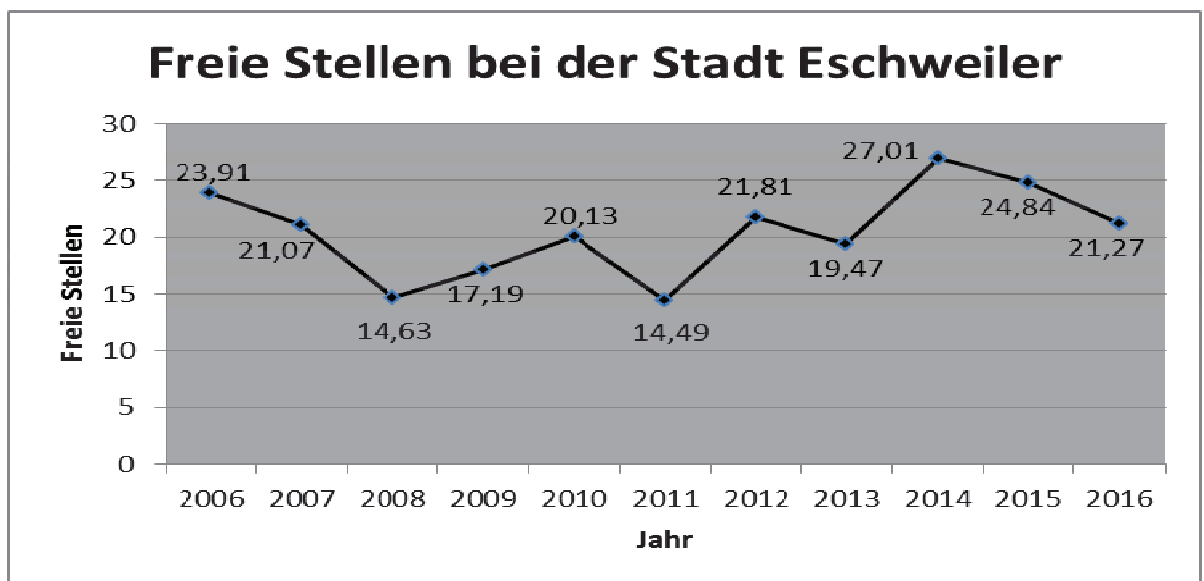
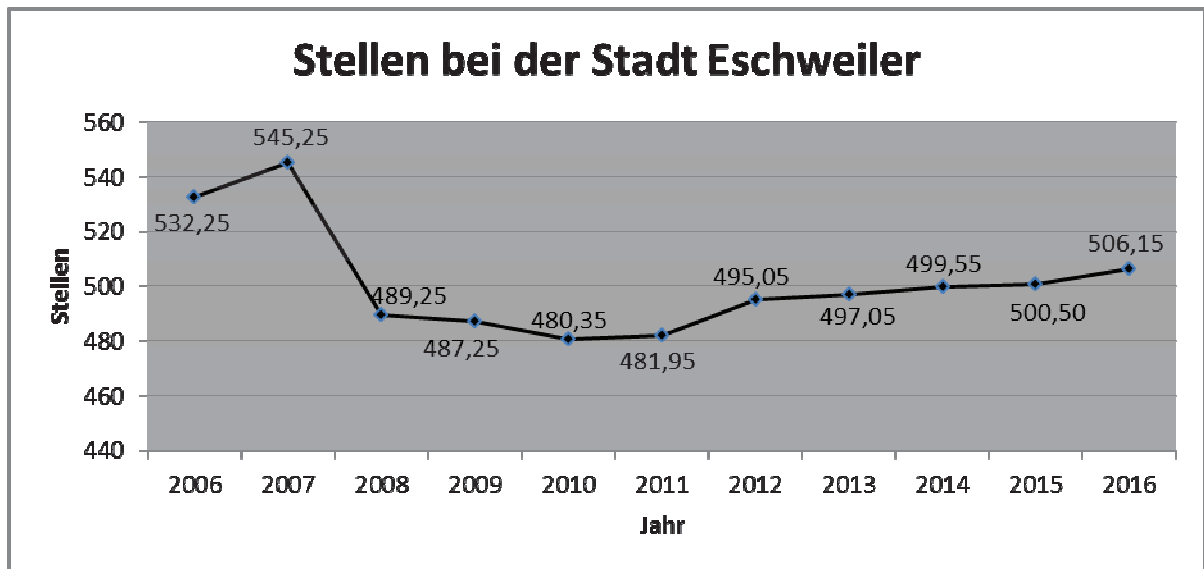


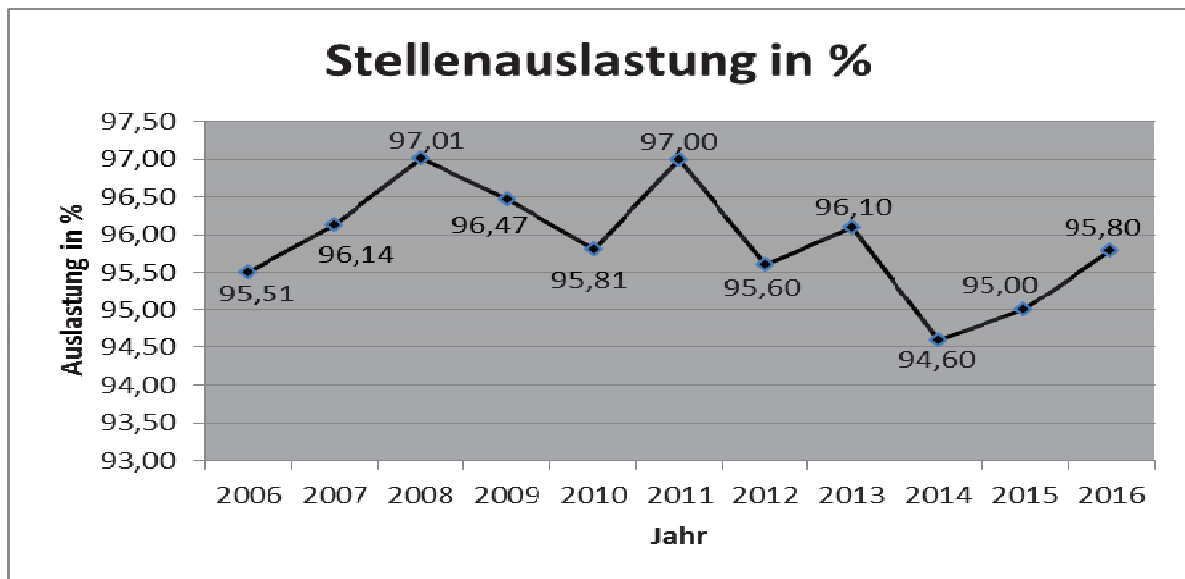
Die Entwicklung der Stellenpläne und damit der angeführten Stellen und ihrer Besetzung konnten aufgrund der getroffenen Aussagen weitestgehend konstant gehalten werden. Hier die Zahlen ab dem Haushaltsjahr 2006:

<u>Haushaltsjahr</u>	<u>Anzahl der Stellen</u>	<u>Freie Stellenanteile</u>	<u>Stellenauslastung</u>
2006	532,25	23,91	95,51 %
2007	545,25	21,07	96,14 %
2008	489,25	14,63	97,01 %
2009	487,25	17,19	96,47 %
2010	480,35	20,13	95,81 %
2011	481,95	14,49	97,00 %
2012	495,05	21,81	95,60 %
2013	497,05	19,47	96,10 %
2014	499,55	27,01	94,60 %
2015	500,50	24,84	95,00 %
2016	506,15	21,27	95,80 %

Der Anstieg der Stellen im tariflichen Bereich ergibt sich aus der Einführung zusätzlicher Planstellen, die wiederum im nahezu gleichen Umfang im Beamtenbereich ersatzlos weggefallen sind, insbesondere durch den endgültigen Wechsel

von Beamten zum Jobcenter, aber auch z.B. wegen des Ersatzes von ausgeschiedenen verbeamteten Mitarbeitern mit tariflich Beschäftigten.





Ab dem Jahr 2006 wurden die bei der Stadt verbleibenden Stellen des ehemaligen Stadtbetriebes im Stellenplan eingegliedert und dort fortgeführt.

An Aus-/Eingliederungen ergaben sich in diesem Zeitrahmen:

31.12.2004 Auflösung des Stadtbetriebes Eschweiler StBE

Im Stellenplan 2005 wurden im Vergleich zum Stellenplan 2004 20 Stellen eingespart. Die Auflösung des StBE und der damit einhergehenden Rückführung von insgesamt 8,5 Stellen in den Stellenplan wurde erst im Stellenplan 2006 verwirklicht.

Die im Stellenplan 2007 ausgewiesene Erhöhung der Stellen ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Übernahme von insgesamt 4 kirchlichen Kindergärten inklusive Personal in städtische Regie, die einen Umfang von 13 Stellen ausmachte.

01.07.2007 Bildung der Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler (BKJ)

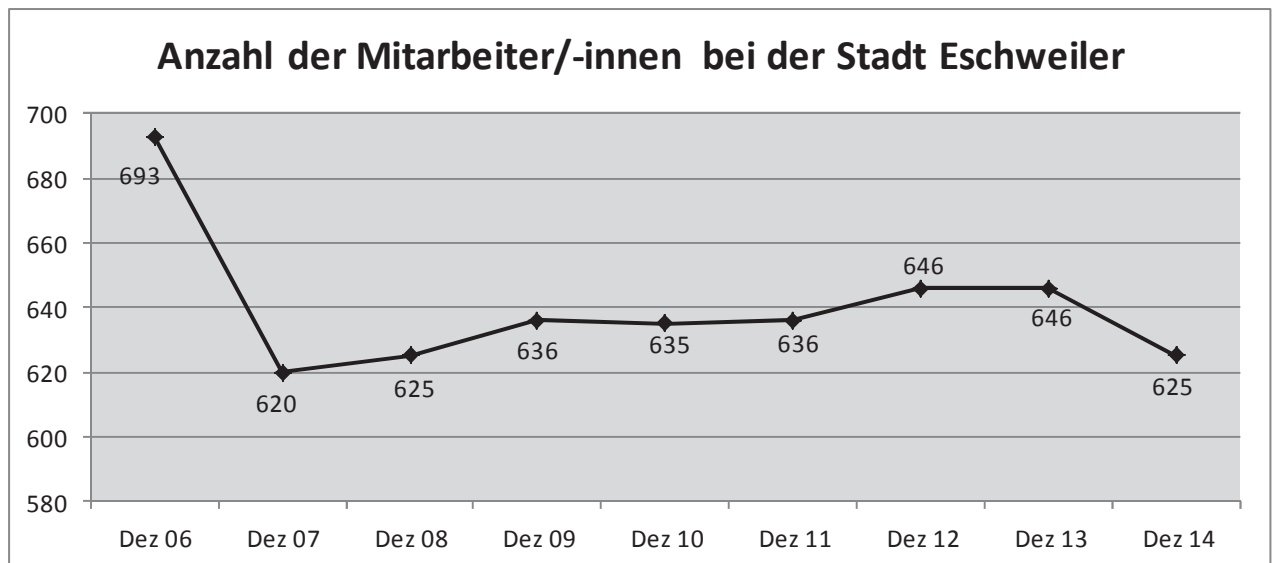
Die mit Datum 01.07.2007 gebildete BKJ wirkte sich stellenplanmäßig erst im Stellenplan 2008 aus. Hierbei wurden insgesamt 57 Stellen ausgegliedert.

01.01.2011 Bildung der gemeinsamen Einrichtung "Jobcenter StädteRegion Aachen"

Die bisher im Bereich der ARGE eingesetzten Mitarbeiter sind überwiegend im Wege einer Abordnung zur StädteRegion Aachen gewechselt und werden dort seit 01.01.2011 in der gemeinsamen Einrichtung "Jobcenter StädteRegion Aachen" eingesetzt. Stellenplanmäßig wurden sie zunächst bei der Stadt Eschweiler geführt.

Seit Ende 2010 sind insgesamt 13 Beamte zum Jobcenter der StädteRegion Aachen gewechselt. Von den bis dahin noch verbliebenen 12 Planstellen wurden im Stellenplan 2015 zwei in den Bereich der Feuerwehr verlagert und entsprechend angepasst. Die übrigen 10 Planstellen fielen ersatzlos weg. Die zu diesem Zeitpunkt noch zur StädteRegion Aachen abgeordneten Mitarbeiter (1 Beamter, 3 tariflich Beschäftigte) wurden bei der Ermittlung der gesamten Planstellen berücksichtigt, sodass für diese Mitarbeiter entsprechende Planstellen zur Verfügung standen. Durch die Rückkehr einer Mitarbeiterin in den Dienst der Stadt Eschweiler und den Wechsel von zwei Mitarbeitern zur StädteRegion Aachen befindet sich aktuell nur noch ein Mitarbeiter in der Abordnung, dem eine entsprechende Planstelle zugeteilt ist.

Die oben aufgeführten Ein-/Ausgliederungen wirkten sich ebenso auf die Anzahl der Mitarbeiter aus, wobei auch hier zu berücksichtigen ist, dass bis einschließlich 2005 die Mitarbeiterzahlen analog dem Stellenplan ohne StBE sind. Im Jahre 2006 sind demnach erstmalig die StBE-Mitarbeiter (9 Mitarbeiter) sowie die aus kirchlichen Kindergärten übernommenen Mitarbeiter (insgesamt 18 Mitarbeiter) enthalten. Ab 2008 werden die Mitarbeiter der BKJ nicht mehr in den Beschäftigtenzahlen ausgewiesen:



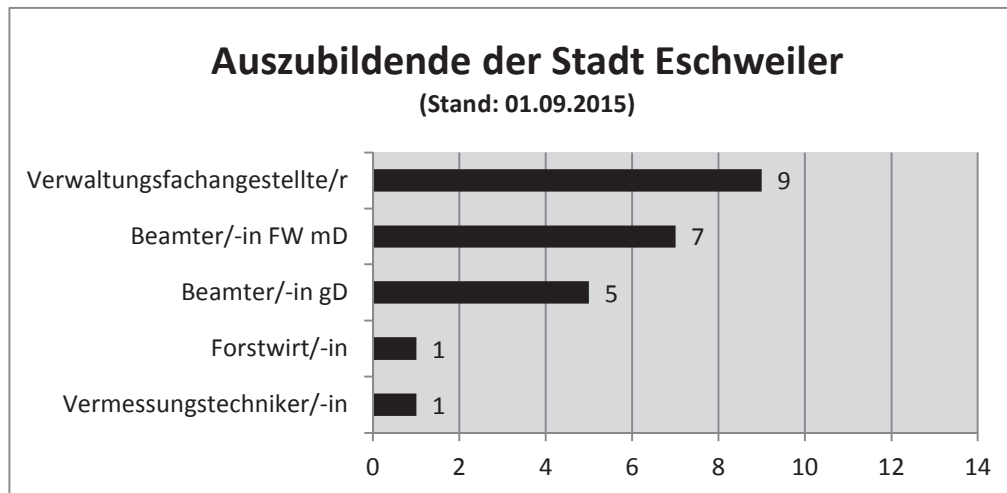
Zum Stand 30.06.2015 sind 633 Mitarbeiter (inkl. Saisonkräfte, Mitarbeiter in Altersteilzeitfreizeitphase, Elternzeit, Beurlaubung, etc.) beschäftigt. Der Anstieg der Mitarbeiterzahl von 12/2011 nach 12/2012 um insgesamt 10 Mitarbeiter ist im Wesentlichen zurückzuführen auf den Ersatz von Mitarbeitern in der Altersteilzeit-Freizeitphase, Elternzeit, Dauerkrankte, etc., da bei der Ermittlung der statistischen Zahlen sowohl der de facto abwesende Mitarbeiter als auch die Ersatzgestaltung berücksichtigt werden. Der Rückgang an Mitarbeitern von 12/2013 nach 12/2014 resultiert insbesondere aus dem Ausscheiden von Mitarbeitern in der Altersteilzeit-Freizeitphase bzw. Zeitrente sowie aus einem regulären Ausscheiden mit zeitversetzter bzw. ohne Nachbesetzung (u.a. Wechsel von 3 Mitarbeitern zum Jobcenter).

Ausbildung im Hause – Fachkräfte von morgen selbst heranziehen

Die Stadt Eschweiler hat ihr Angebot an Ausbildungsplätzen nicht nur im Hinblick auf künftigen Personalbedarf gestaltet, sondern auch dazu, jungen Menschen eine Perspektive zu geben, damit sie über eine Ausbildung im Berufsleben Fuß fassen.

So bildet die Stadt neben den klassischen Verwaltungsberufen – gehobene Beamtenlaufbahn sowie Verwaltungsfachangestellte – ab dem 01.08.2013 der Be-

darfslage entsprechend auch einen Vermessungstechniker und einen Forstwirt aus. Zusätzlich befinden sich zurzeit 7 Brandmeisteranwärter in der Ausbildung. Wie bereits auf Seite 19 erwähnt, ist für 2016 die Einstellung von zwei Beamtenanwärtern im gehobenen Dienst sowie zwei Verwaltungsfachangestellten vorgesehen. Darüber hinaus wird die Einstellung von Brandmeisteranwärtern nach Bedarfslage erfolgen.



Das Engagement für Ausbildung wird dadurch unterstrichen, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die Stadt Eschweiler aufrechterhalten wurde. Der Personalbedarf für die klassischen Verwaltungsberufe wird überdies nahezu ausschließlich aus der eigenen Ausbildungsaktivität rekrutiert. Je nach Bedarfs- und Bewerberlage werden pro Jahr bis zu 7 neue Ausbildungsverhältnisse begründet.

Auf Grund eines erweiterten Bedarfs in der städtischen Feuerwehr (Anhebung der Sollstärke auf insgesamt 61 Feuerwehrkräfte) bzw. erforderlicher Ersatzgestellungen für normale Fluktuation wurden und werden zusätzlich neue Brandmeisteranwärter eingestellt und ausgebildet.

Die Auszubildenden werden während ihrer Ausbildungszeit hausintern betreut und begleitet. Dabei werden praktische Einsätze der Auszubildenden in den verschiedenen Ämtern und Sachgebieten koordiniert, aber auch kombiniert mit den schulischen Phasen. Die fachspezifischen Ausbildungsberufe wie beispielsweise Fachangestellter für Forstbetriebe finden in einem zugeordneten Fachamt statt.

In den einzelnen Ämtern sind verantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betreuung der Auszubildenden benannt. Es stehen vollwertig ausgestattete Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Auszubildenden werden auf Basis ihres Ausbildungsstands in die Sachbearbeitung oder Dienstleistung mit eingebunden.

Den Auszubildenden wird je nach Bedarfslage auch Zeit für eigene Arbeitsgruppen gegeben. Darüber hinaus nehmen die Auszubildenden am städtischen Fortbildungsangebot – etwa EDV-Schulungen – teil.

Zudem werden die Auszubildenden situativ auch noch hausintern weitergeschult, z.B. über die Tätigkeit städt. Dienststellen, anderer ortsnahe Behörden, Vorschriften der Arbeitssicherheit und Unterrichtung zum Thema „Korruption“ oder „Sozialversicherungsrecht“.

Sämtliche Ausbildungsverhältnisse werden ohne eine Übernahmegarantie begründet, wobei ab 2012 die neuen Tarifbedingungen des TVAöD zu beachten sind. Im Bereich der klassischen Verwaltung hat es bisher nur wenige Auszubildende gegeben, die mangels Planstellen oder Eignung nicht übernommen werden konnten.

Im Hinblick auf den demographischen Wandel und die zurückgehende Zahl von Schulabsolventen stehen die öffentlichen Arbeitgeber in einer deutlich schärferen Konkurrenz um qualifizierte Nachwuchskräfte.

Die Kommunen müssen zweifellos ihre Strategie überdenken. Man kann sich nicht mehr von kurzfristigen Blicken auf den Haushalt leiten lassen und damit die Herausforderungen, welche die Zukunft an die Kommunen stellt, ausblenden. Die Investition in den Nachwuchs heute wird sich auszahlen und der Punkt einer Wirtschaftlichkeit rasch erreicht sein.

In Zeiten, in denen es – auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – zunehmend schwieriger wird, qualifizierte Fach- und Führungskräfte zu finden und langfristig zu halten, gewinnt ein Aspekt besonders an Bedeutung: Gutes

Personal aus den eigenen Reihen gezielt zu fördern und ihnen attraktive Perspektiven zu bieten.

In Zukunft wird die Übernahme gut ausgebildeter Nachwuchskräfte weiterhin die Strategie sein, welche die Stadt Eschweiler in diesem Zusammenhang verfolgen muss. Sonst liefe man Gefahr, in den Folgejahren Stellen nicht mehr – oder nur noch mit erheblichen Qualitätseinbußen – besetzen zu können.

Fortbildungsprogramm 2016

Die Fortbildungsmaßnahmen, die unverzichtbar sind, werden entsprechend dem vorhandenen Know-how der Mitarbeiter, den wachsenden oder sich verändernden Anforderungen und den unterschiedlichen Entwicklungsfeldern gestaltet. So vielseitig sind dann auch die Möglichkeiten für die Mitarbeiter: Sie reichen neben dem Fortbildungsprogramm von mehrtägigen Fortbildungsseminaren über In-house-Schulungen bis hin zu längerfristigen Aufstiegsfortbildungen.

Das vorhandene Potential wird somit gepflegt und in die Mitarbeiter investiert, so dass sie fit für neue fachliche Anforderungen oder vorbereitet auf Führungsaufgaben werden.

Für das Jahr 2015 ist eine Fortsetzung der hausinternen Fortbildung in Zusammenarbeit mit der VHS vorgesehen, wobei in Kooperation mit der neuen VHS-Leitung eine grundlegende Überarbeitung des bisherigen Seminarangebots auf Grund der geänderten Bedarfslage angestrebt wird.

Dieses in der Entwicklung noch befindliche Kursangebot wird ggf. um „Spezialistenseminare“ für den weitergehenden Bedarf einzelner Dienststellen oder Mitarbeitergruppen ergänzt.

In Kooperation mit dem Studieninstitut Aachen werden den Mitarbeitern längerfristige Aufstiegsfortbildungen ermöglicht.

Derzeit befinden sich ein Mitarbeiter im Angestelltenlehrgang I und 6 Mitarbeiter im Angestelltenlehrgang II. Anmeldungen für 2015/2016 liegen darüber hinaus

bereits vor. 2 Mitarbeiter haben in 2014 den Minilehrgang absolviert, für 2015 folgen weitere Anmeldungen. In 2014/2015 wurde zwei Führungskräften die Teilnahme am Ausbildereignungslehrgang ermöglicht. Neue Vormerkungen sind ebenfalls vorhanden.

Je nach Bedarfslage werden weitere Aufstiegsfortbildungen in 2016 ermöglicht.

Führungskräftenachwuchs

In den vergangenen Jahren hat eine Qualifizierung von Führungskräften bzw. Mitarbeitern, die auf eine mögliche Übernahme von Führungsaufgaben vorzubereiten sind, im Rahmen von Inhouse-Veranstaltungen stattgefunden. Seit dem Jahr 2006 wurden hier insgesamt 48 Mitarbeiter geschult.

Im Jahr 2015 nahmen zwei Mitarbeiter, die seit Kurzem in Führungspositionen tätig sind, an entsprechenden Seminaren des Rheinischen Studieninstituts Köln teil.

Entsprechend der Bedarfslage wird diese Strategie für die Zukunft weiterverfolgt. Zusätzlich wird - wie bereits auf Seite 20/21 geschildert - eine frühzeitige Einarbeitung des Führungskräftenachwuchses auf die jeweils zu besetzende Position in der Praxis umgesetzt.

Gezielte Fortbildung

Die Wirkung der Fortbildung ist dann am größten, wenn sie in eine systematische Personalentwicklung eingebunden ist. Systematisch bedeutet in diesem Zusammenhang: zielgruppenspezifische Angebote auf der Basis strategischer Ziele verbunden mit einem Bildungscontrolling (Evaluation von Fortbildungsmaßnahmen).

Bislang konzentriert sich die Mehrheit der Kommunen auf den Erfolgsfaktor „zielgruppenspezifische Angebote“. Der Bezug zu den strategischen Zielen der Kommune steht ebenso wie ein ausgefeiltes Bildungscontrolling erst am Anfang. Bei-

de bislang noch vernachlässigten Erfolgsfaktoren können einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit leisten, indem sie der Beliebigkeit auf der Nachfrageseite entgegenwirken. Diese Beliebigkeit verursacht unnötige Kosten, die durch eine gezielte Fortbildung eingespart werden können. So gesehen ist gezielte Fortbildung auch ein Zielfeld intelligenten Sparens. Wo vermieden wird,

- die falschen Zielgruppen fortzubilden,
- praxisuntaugliche und theorieüberlastete Lehrinhalte zu vermitteln,
- unnötige Reisekosten zu verursachen,

nicht vorhandene Transferbedingungen zu übersehen, findet effizientes Sparen bei der Fortbildung statt.

Vor diesem Hintergrund erfolgt eine ständige kritische Überprüfung des bisherigen Fortbildungsangebots mit dem Ergebnis, dass Neuausrichtungen einzelner Maßnahmen oder des kompletten VHS-Mitarbeiterprogramms im Bedarfsfall getroffen werden.

Neben einer Professionalisierung der Angebotsstruktur können Führungskräfte im Rahmen ihrer Personalentwicklungsfunktion maßgeblichen Einfluss auf eine gezielte Fortbildung ausüben, indem sie

- die internen Fortbildungsbedarfe abklären,
- im Rahmen des Mitarbeitergesprächs besprechen, wer aus welchem Grund an welcher Fortbildungsmaßnahme teilnimmt,
- nach Beendigung einer Fortbildungsmaßnahme den betreffenden Mitarbeiter bitten, im Kollegenkreis über die Inhalte zu berichten (Multiplikatoren),
- nach den Konsequenzen zu fragen, die sich daraus für den betreffenden Mitarbeiter und möglicherweise für die Organisationseinheit daraus ergeben,
- die Erfahrungen bei der nächsten Bedarfsermittlung einbringen und an die zentrale Fortbildung weiterleiten.

8. Sonstige Personalmaßnahmen: In welchen Bereichen kann der Personalaufwand durch sonstige Maßnahmen gesenkt werden, z.B. Überstundenregelung, Leistungsanreize?

Arbeitsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Personalkostensenkung

a) Personalkostenreduzierung ohne Kündigung

- Kürzung des Entgelts aufgrund bereits bestehender vertraglicher Regelungen (z.B. Zulagengewährung).
- Anpassung von Arbeitsverträgen an geänderte Rahmenbedingungen.
- Einführung von Arbeitszeitkonten, Überstundenabbau und Mehrarbeit nutzen.

Gerade diese Instrumente sind derzeit stark in der Erörterung, bieten sie doch Möglichkeiten der indirekten Steuerung von Personalkosten.

- Anordnung von (Zwangs-)Urlaub aus dringenden betrieblichen Gründen (z.B. Betriebsferien).
- Beschäftigungssicherung durch flexible Arbeitszeitgestaltung.

Hier hat die Stadt Eschweiler ihren Mitarbeitern zahlreiche Arbeitszeitangebote unterbreitet. Mit Anteil von ca. 40 % Teilzeitbeschäftigung an den Gesamtbeschäftigten ist eine erhebliche Anpassung an das Arbeitszeitbedürfnis vorgenommen worden, wobei im allgemeinen Verwaltungsbereich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten wesentlich höher liegt. So bestehen für die Gesamtverwaltung auch insgesamt ca. 80 Arbeitszeitmodelle.

- Der richtige Umgang mit kranken Mitarbeitern.

Ausfalltage sind immer schwieriger zu überbrücken und werfen erhebliche Probleme in der Ressourcenplanung auf. Durch einen sachgerechten, aber auch fairen Umgang werden Möglichkeiten ausgelotet, dadurch eine Kostenreduzierung zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere das „Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM)“ zu berücksichtigen, welches seit 2010 in enger Abstimmung mit dem Personalrat durchgeführt und von den betroffenen Mitarbeitern inzwischen rege in Anspruch genommen wird. So wurden alleine in 2014 bis jetzt 24 BEM-Gespräche ge-

führt, die zu unterschiedlichsten Maßnahmen (z.B. Wiedereingliederung in das Arbeitsleben, Anpassung oder Wechsel des Arbeitsplatzes etc.) führen. Ziel des BEM ist die Eingliederung langfristeter oder häufig kurzzeiterkrankter Mitarbeiter zurück in das Arbeitsleben durch Unterstützung des Arbeitgebers. Im Rahmen des vertraulichen Gesprächs erhält der Mitarbeiter die Möglichkeit, Änderungswünsche hinsichtlich seines Arbeitsplatzes oder seiner Arbeitsbedingungen zu äußern, sofern diese zu einer Verbesserung seines Gesundheitszustands führen können, um dann gemeinsam mit dem Arbeitgeber nach Lösungen für deren Umsetzung zu suchen.

b) Personalkostenreduzierung durch Personalabbau

- Personalabbau durch betriebsbedingte Kündigung.
Bei allen angestellten Bemühungen wurde dieses Instrument nicht weiter forciert. So müssten nämlich bei den zu erwartenden Kündigungsschutzprozessen erhebliche Unsicherheiten in Kauf genommen werden. Voraussichtlich würden auch Wiedereinstellungsansprüche geltend gemacht.
- Einvernehmliche Beendigung von Arbeitsverhältnissen.
In den Fällen, in denen arbeitnehmerseitig um einen Auflösungsvertrag gebeten wurde, ist dem Wunsch zeitnah entsprochen worden.
- Befristung von Arbeitsverhältnissen als Möglichkeit der Personal- und Kostensteuerung wird zwischenzeitlich im städtischen Bereich im Bedarfsfall angewandt.
- Angebot von Zeitarbeit im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung.
Zunächst einmal besteht ein Vorteil der Arbeitnehmerüberlassung darin, Leiharbeiter wie eigene Arbeiter einsetzen zu können, ohne dass arbeitsvertragliche Beziehungen zwischen Betrieb und Leiharbeitnehmer entstehen. In der Praxis ist die Arbeitnehmerüberlassung sehr fehlerträchtig. So bereitet z.B. die Abgrenzung zu anderen Formen des Personaleinsatzes erhebliche Probleme (Haftungsrisiken des Entleihers pp.). Hierbei ist auch der erhebliche Verwaltungs- und Kostenaufwand zu berücksichtigen (beachte Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008). Von dieser Möglichkeit wurde deshalb auch kein Gebrauch gemacht.

c) Personalkostenreduzierung durch Reduzierung von Krankheitszeiten

- Neuorganisation des betriebsärztlichen Dienstes mit Ausweitung von Vorsorgemaßnahmen;
- Beschaffung von Arbeitsmitteln zur Arbeitserleichterung;
- Durchführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements (in 2014 insgesamt 53 Mitarbeiter angeschrieben, 18 Gespräche geführt; in 2015 bisher 23 Mitarbeiter kontaktiert, 6 Gespräche geführt;)

Weitere Einsparmöglichkeiten, die geprüft wurden:

- Neubesetzung von freiwerdenden Planstellen durch Aufgabeneinschränkungen oder Wegfall in anderen Verwaltungsbereichen und Umsetzung von Mitarbeitern in die freigewordenen Planstellen.
- Keine Verlängerung von Zeitverträgen.
- Reduzierung externer Einstellungen.
- Ausnutzung der „sonstigen“ Fluktuation (z.B. durch Schwangerschaft, Wechsel zu einer anderen Behörde pp.).
- Reduzierung von Überstunden.
- Stundenreduzierung (Umwandlung der Stellen von Vollzeit auf Teilzeit).
- Organisatorische Umverteilung.
- Zeitliche Streckung der Neubesetzung von Planstellen, was nicht selten vorgenommen erfolgte.

Unabhängig von den bisherigen Ausführungen wird die Stadt Eschweiler mögliche Einsparpotentiale prüfen, aber auch die aufgezeigten Anhaltspunkte einer näheren Betrachtung unterziehen. Dazu wird dann auch das Leistungsangebot gegenüber dem Bürger mit einzubeziehen sein.

Anlagen zum Haushaltsplan

Jahresabschlussbilanz 2014		PASSIVA	
AKTIVA			
1. Anlagevermögen	419.817.268,86 €	1. Eigenkapital	52.410.245,48 €
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	143.744,42 €	1.1 Allgemeine Rücklage	55.602.413,15 €
1.2 Sachanlagen	364.150.655,51 €	1.2 Sonderrücklage	- €
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	48.486.765,89 €	1.3 Ausgleichsrücklage	- €
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	88.970.440,43 €	1.4 Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3.192.167,67 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	208.660.525,46 €	2. Sonderposten	113.790.152,51 €
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	174.919,73 €	2.1 für Zuwendungen	86.779.664,76 €
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	36.993,78 €	2.2 für Beiträge	21.031.015,52 €
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.915.511,93 €	2.3 für den Gebührenaussgleich	1.393.739,39 €
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.988.591,65 €	2.4 Sonstige Sonderposten	4.585.732,84 €
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	13.916.906,64 €	3. Rückstellungen	77.281.996,93 €
1.3 Finanzanlagen	55.522.868,93 €	3.1 Pensionsrückstellungen	60.873.020,00 €
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	9.409.687,30 €	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	- €
1.3.2 Beteiligungen	31.738.318,00 €	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	8.384.002,27 €
1.3.3 Sondervermögen	- €	3.4 Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO NRW	8.024.974,66 €
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	12.134.245,67 €	4. Verbindlichkeiten	179.902.484,86 €
1.3.5 Ausleihungen	2.240.617,96 €	4.1 Anleihen	- €
2. Umlaufvermögen	9.858.877,36 €	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	77.377.467,08 €
2.1 Vorräte	1.192.906,51 €	4.2.1 von verbundenen Unternehmen	- €
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1.192.906,51 €	4.2.2 von Beteiligungen	- €
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	- €	4.2.3 von Sondervermögen	- €
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.540.753,02 €	4.2.4 vom öffentlichen Bereich	64.822.443,78 €
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	5.212.009,55 €	4.2.5 vom privaten Kreditmarkt	12.555.023,30 €
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	244.637,94 €	4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	85.964.000,00 €
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	84.105,53 €	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	497.475,73 €
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	- €	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.204.483,97 €
2.4 Liquide Mittel	3.125.217,83 €	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.551.004,21 €
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	4.521.950,06 €	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	7.308.053,87 €
	434.198.096,28 €	5. Passive Rechnungsabgrenzung	10.813.216,50 €
			434.198.096,28 €

STELLENPLAN 2016

- A: Beamte
- B: Tariflich Beschäftigte

STELLENÜBERSICHT

- A: Aufteilung nach der Gliederung
- B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit

Stellenplan 2016 Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen / Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2016		Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2015	Erläuterungen
		insgesamt	davon ausgesondert			
Wahlbeamte						
Bürgermeister	B 6	1	-	1	1	
Beigeordneter	B 3	1	-	1	1	
Beigeordneter	B 2	1	-	1	1	
Höherer Dienst						
Leit. Rechtsdirektor	A 16	1	-	1	1	
Städt. Verwaltungsdirektor	A 15	2	-	2	2	
Städt. Volkshochschuldirektor	A 15	1	1	1	-	
Städt. Baudirektor	A 15	1	-	1	1	
Städt. Rechtsdirektor	A 15	1	-	1	1	
Städt. Oberverwaltungsrat	A 14	2	-	2	1	
Städt. Obervermessungsrat	A 14	1	-	1	-	
Städt. Volkshochschuloberrat	A 14	-	-	1	-	
Städt. Obersozialrat	A 14	2	-	2	2	
Städt. Oberrechtsrat	A 14	1	-	1	-	
Städt. Verwaltungsrat	A 13	1	-	1	1	
Übertrag:		16	1	17	12	

Stellenplan 2016 Teil A: Beamte

Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2016		Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2015	Erläuterungen
		insgesamt	davon aus- gesondert			
Übertrag:		16	1	17	12	
Gehobener Dienst						
Stadtoberamtsrat	A 13	4	-	5	2	
Brandoberamtsrat	A 13	1	1	1	1	
Stadtsamtsrat	A 12	7	-	7	6	
Stadtbrandamtsrat	A 12	-	-	-	-	
Stadtamtmann u. a.	A 11	18	-	20	16	
Stadtbrandamtmann	A 11	1	1	1	1	
Stadtoberinspektor	A 10	15	-	17	12	
Stadtbrandoberinspektor	A 10	3	3	1	2	
Stadtinspektor	A 9	9	-	8	7	
Stadtbrandinspektor	A 9	3	3	2	3	
Mittlerer Dienst						
Stadtsamtsinspektor	A 9	4	-	6	4	
Hauptbrandmeister	A 9	14	14	8	10	
Stadthauptsekretär	A 8	2	1	1	2	
Oberbrandmeister	A 8	24	24	27	24	
Stadtobersekretär	A 7	2	-	1	1	
Brandmeister	A 7	15	15	16	11	
Oberfeuerwehrmann	A 6	-	-	-	-	
Stadtsekretär	A 6	-	-	-	-	
Insgesamt:		138	63	138	114	

Stellenplan 2016 Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sonder tarif	Zahl der Stellen 2016		Zahl der Stellen 2015		Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2015	Erläuterungen
	Tariflich Beschäftigte		Tariflich Beschäftigte			
EG 15	4		4		4	
14	2		2		2	
13	5,8		6		5,8	
12	17,15		16,95		17,05	
11 / S 17	27,05		26,4		27,05	
10 / S 15	14,5		14		14,27	
9 / S 11 / S12 / S 14	83,45		77,8		79,31	
8 / S 8	45,15		43		42,26	
7	2		2		2	
6	56		58,1		55,46	
5 / S 4	34,85		36,05		33,72	
4	8		8		8	
3	9,2		9,2		11,2	
2	59		59		51,19	
Insgesamt:	368,15		362,5		353,31	

Bemerkung:

Außerdem: Aushilfen (Urlaub und Krankheit von Raumpflegerinnen pp.), einige geringfügige Beschäftigte.

Stellenübersicht 2016

Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung

- Beamte -

Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte				höherer Dienst				gehobener Dienst				mittlerer Dienst			Gesamt	
		B 6	B 3	B 2	A 16	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8		A 7
01 111 01 02	Verwaltungsführung	1	1	1	-	0,4	-	-	-	0,7	-	-	-	-	-	-	-	4,1
01 111 01 04	Beschäftigtenvertretung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	0,5
01 111 05 01	Rechnungsprüfung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
01 111 06 01	Zentrale Servicedienste	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	-	-	-	-	-	-	0,8
01 111 06 02	Zentrale Beschaffungen/Vergaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	0,5	-	-	-	1,5
01 111 07 01	Öffentlichkeitsarbeit	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3	-	-	-	-	-	-	-	0,3
01 111 08 01	Personaldienste	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	2	-	1	-	-	5
01 111 09 01	Finanzmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	2	-	-	-	3
01 111 09 03	Zahlungsabwicklung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	0,5
01 111 09 05	Vollstreckung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	0,5
01 111 09 06	Steuern und sonstige Abgaben	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	3	-	-	-	-	5
01 111 10 01	Organisationsangelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1,2
01 111 10 02	EDV-Dienste und Datentechnik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
01 111 11 01	Rechts- und Versicherungsang.	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	2
01 111 12 01	Infrastr./kfm. Gebäudemanagement	-	-	-	-	-	-	0,4	-	-	-	-	1	-	-	1	-	2,4
01 111 12 02	Grundst.- und Gebäudeverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	-	1	-	-	-	-	1,8
01 111 12 03	Technisches Gebäudemanagement	-	-	-	-	-	-	-	0,6	-	-	1	-	-	-	-	-	1,6
02 122 01 01	Allg. Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-	-	-	-	1	-	0,5	-	2	-	-	-	1	4,5
02 122 07 01	Verkehrsang. u. Parkraumbewirt.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	3
02 122 10 01	Einwohnerangelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	1	-	-	-	-	1,5
02 126 15 01	Brandschutz/Brandbekämpfung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	2	2	7	13	36
02 127 17 01	Kranken- und Rettungsdienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	7	12	26
03 242 01 01	Fördermaßnahmen für Schüler	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	2
03 243 01 01	Sonstige schulische Aufgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1
04 271 01 01	VHS	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Übertrag:		1	1	1	-	0,4	4	3	1	4,8	3,5	9	12	6,5	17	26	17	107,2

Stellenübersicht 2016
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
- Beamte -

Produkt	Bezeichnung	Wahlbeamte				höherer Dienst				gehobener Dienst						mittlerer Dienst			Gesamt
		B 6	B 3	B 2	A 16	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 9	A 8	A 7	
Übertrag:		1	1	1	-	0,4	4	3	1	4,8	3,5	9	12	6,5	17	26	17	107,2	
05 311 01 02	Hilfe bei Einkommst. u. Unterst.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	2	
05 313 01 01	Integration v. Menschen m. Zuwand.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	1	-	2,5	-	-	-	4	
05 341 01 01	Unterhaltungsvorschussleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	1	-	-	1,2	
06 361 01 01	Förd. v. Kind. in Tageseinr. u.-pflege	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	0,8	1	-	-	-	-	2,3	
06 362 01 01	Kinder- und Jugendarbeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	0,5	-	-	-	-	0,7	
06 363 01 01	Hilfe f. jun. Menschen u. in Familien	-	-	-	-	-	-	1,5	-	-	0,8	2	1,5	1	-	-	-	6,8	
08 421 01 01	Förderung des Sports	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	
09 511 01 01	Räumliche Planung u. Entwicklung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	1	-	-	-	1,5	
09 511 02 01	Vermessung u. Erfassung v. Geo.	-	-	-	-	-	-	0,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	
10 521 01 02	Grundstücksordng- u. wertermittlung	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	
10 521 04 01	Maßnahmen der Bauaufsicht	-	-	-	-	-	0,8	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2,8	
10 522 01 03	Hilfen bei Wohnproblemen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	0,5	-	-	-	1	
11 537 01 01	Abfallwirtschaft	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	
11 538 02 01	Entwässerung und Abwasserbeseitig.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	0,2	
12 541 01 01	Gemeindestraßen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	2,3	1	0,5	-	-	-	4,3	
15 571 01 01	Wirtschaftsförderung	-	-	-	-	-	0,6	-	-	0,2	-	0,8	-	-	-	-	-	1,6	
15 575 01 01	Tourismus und Freizeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	0,2	
Summe:		1	1	1	-	1	5	6	1	5	7	19	18	12	18	26	17	138	

Stellenübersicht 2016
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
 - Tariflich Beschäftigte -

Produkt	Bezeichnung	15	14	13	12	11 S 17	10 S 15	9 S 11 S 12 S 14	8 S 8	7	6	5	4	3	2	Gesamt
01 111 01 01	Politische Gremien	-	-	-	0,8	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	2,8
01 111 01 02	Verwaltungsführung	0,3	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	5,3
01 111 01 03	Gleichstellung von Frau und Mann	-	-	-	-	-	0,5	-	0,1	-	-	-	-	-	-	0,6
01 111 01 04	Beschäftigtenvertretung	-	-	-	1	-	-	-	2,7	-	-	-	-	-	-	3,7
01 111 05 01	Rechnungsprüfung	-	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3
01 111 06 01	Zentrale Servicedienste	-	-	-	-	-	-	0,8	0,8	-	3 ^{e)}	2,2	-	-	-	6,8
01 111 06 02	Zentrale Beschaffungen/Vergaben	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	0,5	-	-	-	-	1
01 111 08 01	Personaldienste	-	-	-	-	1	1	3,9 ^{f)}	2,8	-	-	0,45	-	-	-	9,15
01 111 08 02	Betriebliche Gesundheitsberatung	-	-	-	-	-	-	0,1	0,2	-	-	-	-	-	-	0,3
01 111 09 01	Finanzmanagement	1	-	-	-	-	1	0,5	1	-	-	1	-	-	-	4,5
01 111 09 03	Zahlungsabwicklung	-	-	-	-	0,5	-	-	2	-	6	0,8	-	-	-	9,3
01 111 09 05	Vollstreckung	-	-	-	-	0,5	-	-	2,5	-	4	-	-	-	-	7
01 111 09 06	Steuern und sonstige Abgaben	-	-	-	1	-	-	3,5	-	-	0,5	2,5	-	-	-	7,5
01 111 10 01	Organisationsangelegenheiten	0,7	-	0,2	-	-	-	0,2	2,2	-	-	-	-	-	-	3,5
01 111 10 02	EDV-Dienste und Datentechnik	-	-	0,8	-	2	-	1	2	-	-	1	-	-	-	6,8
01 111 11 01	Rechts- und Versicherungsang.	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	2
01 111 12 01	Infrastr./kfm. Gebäudemanagement	-	-	-	-	-	-	1,5	2	1 ^{g)}	11	1	-	2	51,3	69,8
01 111 12 02	Grundst.- und Gebäudeverwaltung	-	-	-	1	-	-	1	0,65	-	0,85	-	-	-	-	3,5
01 111 12 03	Technisches Gebäudemanagement	-	-	-	1	6,15	1	1	0,5	1	3,35	-	-	2	-	16
02 121 14 01	Wahlen	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2
02 122 01 01	Allg. Sicherheit und Ordnung	-	-	-	-	-	-	1,5	1	-	2	1,5	-	-	-	5
02 122 02 01	Gewerbeangelegenheiten	-	-	-	-	-	-	2	-	-	1	-	-	-	-	3
02 122 07 01	Verkehrsang. u. Parkraumbewirt.	-	-	-	-	-	-	-	1,8	-	2 ^{h)}	2,5	-	-	-	6,3
02 122 10 01	Einwohnerangelegenheiten	-	-	-	-	-	-	-	8	-	-	2,5	-	-	-	10,5
02 122 10 02	Personenstandswesen	-	-	-	-	-	1	2 ⁱ⁾	1	-	-	-	-	-	-	4
Übertrag:		2	1	3	6	10,15	4,5	27	31,75	2	34,2	15,45	0	4	51,3	192,35

Stellenübersicht 2016
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
 - Tariflich Beschäftigte -

Produkt	Bezeichnung	15	14	13	12	11 S 17	10 S 15	9 S 11 S 12 S 14	8 S 8	7	6	5	4	3	2	Gesamt
Übertrag:		2	1	3	6	10,15	4,5	27	31,75	2	34,2	15,45	0	4	51,3	192,35
02 127 17 01	Kranken- und Rettungsdienst	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	2	-	-	-	3
03 211 01 01	Grundschulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,1	-	-	4,7	9,8
03 212 01 01	Hauptschulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1
03 215 01 01	Realschule	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1,5	-	-	-	-	2,5
03 217 01 01	Gymnasium	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1,3	0,2	-	0,7	-	3,2
03 218 01 01	Gesamtschule	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,5	-	-	-	-	1,5
03 221 01 01	Schule für Lernbehinderte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	-	-	-	0,8
03 242 01 01	Fördermaßnahmen für Schüler	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1
03 243 01 01	Sonstige schulische Aufgaben	-	-	-	-	-	-	-	1	-	0,5	0,3	-	-	0,5	2,3
04 263 01 01	Musikschule	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	0,45	-	-	-	0,85
04 271 01 01	VHS	1	1	0,8	-	-	-	1	1	-	-	0,6	-	1,5	-	6,9
04 272 01 01	Bibliothek	-	-	-	-	-	1	1	-	-	2	1	-	-	-	5
04 281 01 01	Kulturveranstaltungen u. -förderun.	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	2
05 311 01 02	Hilfe bei Einkommsd. u. Unterstütz.	-	-	-	-	-	-	4,6	0,3	-	0,8	-	-	-	-	5,7
05 311 01 02 JC	Hilfe bei Einkommsd. u. Unterstütz.	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1
05 313 01 01	Integration v. Menschen m. Zuwand.	-	-	0,8	-	-	0,5	1,8	2,9	-	0,05	1	-	0,5	-	7,55
05 341 01 01	Unterhaltsvorschussleistungen	-	-	-	-	-	-	2,65	-	-	-	-	-	-	-	2,65
05 351 01 01	Sonstige soziale Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-	1,95 ^{j)}	-	-	-	-	-	0,5	-	2,45
05 351 01 02	Unterstützende Seniorenarbeit	-	-	-	-	-	-	0,75	-	-	-	-	-	-	2	3,75
06 361 01 01	Förd. v. Kind. in Tagesein. u. -pflege	-	-	-	-	0,5	-	1,5	0,5	-	2,7 ^{k)}	-	-	-	-	5,2
06 362 01 01	Kinder- und Jugendförderung	-	-	-	-	0,5	0,5	3,3	1	-	0,8 ^{l)}	-	-	-	-	6,1
06 363 01 01	Hilfe f. jun. Menschen u. ihre Fam.	-	-	-	-	1	5	20,7	-	-	-	1,2	-	-	-	27,9
08 421 01 01	Förderung des Sports	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	0,5
08 424 01 01	Sportstätten	-	-	-	-	-	0,1	-	-	-	1	-	-	-	-	1,1
Summe:		3	2	4,6	6	12,15	11,6	72,25	38,45	2	49,25	28,1	1	7,2	58,5	296,1

Stellenübersicht 2016
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung
 - Tariflich Beschäftigte -

Produkt	Bezeichnung	15	14	13	12	11 S 17	10 S 15	9 S 11 S 12 S 14	8 S 8	7	6	5	4	3	2	Gesamt
Übertrag:		3	2	4,6	6	12,15	11,6	72,25	38,45	2	49,25	28,1	1	7,2	58,5	296,1
08 424 01 02	Öffentliche Bäder	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	6	7	-	-	15
09 511 01 01	Räumliche Planung und Entwickl.g.	0,5	-	1	2,5	1,2	-	-	1,7 ^{m)}	-	-	0,5	-	-	-	7,4
09 511 02 01	Vermess. u. Erf. v. Geobasisdaten	-	-	-	0,7	0,8	1,5	-	-	-	1	-	-	-	-	4
10 521 01 01	Grundstücksbezog. Basisinform.	-	-	-	-	0,2	0,5	1 ⁿ⁾	-	-	-	1	-	-	-	2,7
10 521 01 02	Grundstücksordn. u. -werfermittl.	-	-	-	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3
10 521 04 01	Maßnahmen der Bauaufsicht	-	-	-	2	5,5	-	-	1	-	0,5	-	-	-	-	9
10 522 01 01	Subjektbez. Förder. v. Wohnraum	-	-	-	-	-	-	2 ^{p)}	1	-	-	0,5 ^{o)}	-	-	-	3,5
10 522 01 02	Wohnraumsicherung u. -versorg.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,45	-	-	-	-	0,45
10 522 01 03	Hilfen bei Wohnproblemen	-	-	0,2	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	2	-	2,4
10 523 01 01	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	-	-	-	-	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,2
11 537 01 01	Abfallwirtschaft	-	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	2
11 538 02 01	Entwässerung u. Abwasserbeseit.	-	-	-	0,2	2	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	2,7
12 541 01 01	Gemeindestraßen	0,5	-	-	1,85	3	-	3	0,5	-	0,65	0,5	-	-	-	10
12 541 01 03	Verkehrsanlagen	-	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1
12 542 01 01	Kreisstraße	-	-	-	0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,9
12 545 01 01	Straßenreinigung u. Winterdienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	0,5
12 546 01 01	Parkplätze / Parkhäuser	-	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1
13 551 01 01	Öffentliches Grün	-	-	-	-	-	0,9	0,5	0,5	-	-	-	-	-	-	1,9
13 553 01 01	Friedhöfe	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	2
13 554 01 01	Natur und Landschaft	-	-	-	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,7
13 555 01 01	Wald, Forstwirtschaft	-	-	-	-	1	-	-	-	-	3	-	-	-	-	4
14 561 01 01	Umweltschutz	-	-	-	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3
15 571 01 01	Wirtschaftsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	-	-	-	-	0,4
15 573 01 03	Indeland	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5
Übertrag:		4	2	5,8	17,15	27,05	14,5	82,45	44,15	2	56,25	36,6	8	9,2	59	368,15

Stellenübersicht 2016
Teil B: Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit
 – Beamte zur Probe –

Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe	Zahl der Beamten zur Probe 2016	Zahl der Beamten zur Probe 2015	Zahl der Beamten zur Probe am 30.06.2015	Erläuterungen
Räte zur Probe	A 13	-	-	-	
Inspektoren zur Probe	A 9	4	5	4	
Sekretäre zur Probe	A 6	-	-	-	
Brandmeister zur Probe	A 7	13	13	8	
Insgesamt:		17	18	12	

Stellenübersicht 2016
Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit
 – Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte –

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2016	beschäftigt am 01.10.2015	Erläuterungen
Inspektorenanwärter	Unterhaltszuschuss	7	5	
Brandmeisteranwärter	Unterhaltszuschuss	6	7	
Azubi Verwaltungsfachangestellte	Ausbildungsvergütung	11	9	
Azubi Forstwirt	Ausbildungsvergütung	1	1	
Azubi Vermessungstechniker	Ausbildungsvergütung	1	1	
Insgesamt:		26	23	

Anmerkungen:

- a) 1 Stelle „kw“ – A 10 Die Stelle wird nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers wegfallen.
- b) 1 Stelle „ku“ – A 11 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach A 9 g.D. zurückgeführt werden.
- c) 1 Stelle „ku“ – A 8 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach A 7 zurückgeführt werden.
- d) 1 Stelle „ku“ – A 11 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach A 10 zurückgeführt werden.
- e) 1 Stelle „ku“ – EG 6 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers nach EG 3 zurückgeführt werden.
- f) 1 Stelle „ku“ – EG 9 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 8 zurückgeführt werden.
- g) 1 Stelle „ku“ – EG 7 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers nach EG 6 zurückgeführt werden.
- h) 1 Stelle „ku“ – EG 6 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers nach EG 5 zurückgeführt werden.
- i) 1 Stelle „ku“ – EG 9 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 8 zurückgeführt werden.
- j) 1 Stelle „ku“ – EG 9 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 8 zurückgeführt werden.
- k) 1 Stelle „ku“ – EG 6 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 5 zurückgeführt werden.
- l) 1 Stelle „ku“ – EG 6 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 5 zurückgeführt werden.
- m) 1 Stelle „ku“ – EG 8 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 6 zurückgeführt werden.
- n) 1 Stelle „ku“ – EG 9 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 8 zurückgeführt werden.
- o) 1 Stelle „ku“ – EG 5 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 3 zurückgeführt werden.
- p) 1 Stelle „ku“ – EG 9 Die Stelle soll nach dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nach EG 8 zurückgeführt werden.

**Übersicht
über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten**

Art der Verbindlichkeit	Stand am Ende des Vorvorjahres 31.12.2014 TEUR 1	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2016 TEUR 2	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2016 TEUR 3
1. Anleihen			
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	77.377	80.929	76.605
2.1 von verbundenen Unternehmen			
2.2 von Beteiligungen			
2.3 von Sondervermögen			
2.4 vom öffentlichen Bereich	64.822	69.206	65.797
2.4.1 vom Bund			
2.4.2 vom Land			
2.4.3 von Gemeinden (GV)			
2.4.4 von Zweckverbänden			
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	64.822	69.206	65.797
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen			
2.5 vom privaten Kreditmarkt	12.555	11.723	10.808
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	12.555	11.723	10.808
2.5.2 von übrigen Kreditgebern			
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	85.964	78.100	77.606
3.1 vom öffentlichen Bereich			
3.2 vom privaten Kreditmarkt	85.964	78.100	77.606
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	498	503	505
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.204	6.000	6.000
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.551	3.850	3.850
7. Sonstige Verbindlichkeiten	7.308	6.900	6.900
8. Summe aller Verbindlichkeiten	179.902	176.282	171.466
Nachrichtlich anzugeben:			
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:	28.500	28.000	27.000

Zu Ziffer 5, 6, 7:

Die eingetragenen Werte zum voraussichtlichen Stand zu Beginn und Ende 2016 sind hochgerechnet bzw. geschätzt.

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungs- ermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres 2016	Voraussichtlich fällige Auszahlungen			
	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR	2019 TEUR
1	2	3	4	5
Aus Vorjahren:	4.876	1.072	0	0
Aus Planung 2016:*	0	3.408	0	0
Summe	4.876	4.480	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> In der Finanzplanung vorge- sehene Kreditaufnahmen	8.248	5.457	5.537	6.369

* Einzeldarstellung siehe Teilfinanzpläne und Investitionsübersicht

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Nr.	Fraktion, Gruppe, einzelnes Ratsmitglied	Im Haushaltsplan enthalten		Ergebnis aus Jahresabschluss 2014 €	Erläuterungen
		2016 €	2015 €		
1	2	3	4	5	6
1	SPD-Fraktion	4.884,03	4.884,03	4.614,70	
2	CDU-Fraktion	2.532,46	2.532,46	2.457,09	
3	FDP-Fraktion	361,78	361,78	511,51	
4	B 90/Die GRÜNEN	361,78	361,78	436,14	
5	UWG-Fraktion	361,78	361,78	342,13	
6	LINKE-Fraktion	361,78	361,78	209,03	Die LINKE-Fraktion besteht seit der Kommunalwahl 2014.
7	Einzelvertreter RM Lennartz	960,00	960,00	560,00	RM Lennartz ist seit der Kommunalwahl 2014 als Einzelvertreter im Rat vertreten.

Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: SPD				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EUR	Vorjahr 2015 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	41.026,58	42.134,00	-1.107,42	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 94.111,74 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3: Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	18.119,32	18.119,32	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	6.927,66	6.927,66	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				zu Ziff. 5.3: Aufgrund der Erneuerung der Telefonanlage stehen aktuell keine Werte zur Verfügung.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	423,27	423,27	0,00	Zu Ziff. 6: Die SPD-Fraktion verfügt über 2 PC's.
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	1.453,50	1.453,50	0,00	Zu Ziff. 7: Durch den zusätzlichen PC verdoppeln sich auch die Produktkosten der regio iT .
7.1 Serverbetrieb	245,80	245,80	0,00	
7.2 Client Service	217,62	217,62	0,00	
7.3 Email-Service	216,68	216,68	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	210,20	210,20	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	208,96	208,96	0,00	
7.6 Spam-Filter	4,66	4,66	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	19,32	19,32	0,00	
7.8 WAN-Kosten	148,04	148,04	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	182,22	182,22	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Einzelvertreter: Ratsmitglied Lennartz				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EUR	Vorjahr 2015 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	0,00	0,00	0,00	
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	0,00	0,00	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	0,00	0,00	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	0,00	0,00	0,00	
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges	0,00	0,00		
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	0,00	0,00	0,00	
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	0,00	0,00	0,00	
7.1 Serverbetrieb	0,00	0,00	0,00	
7.2 Client Service	0,00	0,00	0,00	
7.3 Email-Service	0,00	0,00	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	0,00	0,00	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	0,00	0,00	0,00	
7.6 Spam-Filter	0,00	0,00	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	0,00	0,00	0,00	
7.8 WAN-Kosten	0,00	0,00	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: CDU				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EUR	Vorjahr 2015 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	20.780,39	18.195,00	2.585,39	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 101.783,84 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3:
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	14.954,33	14.954,33	0,00	Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	2.289,55	2.289,55	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				zu Ziff. 5.3: Aufgrund der Erneuerung der Telefonanlage stehen aktuell keine Werte zur Verfügung.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	202,50	202,50	0,00	
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	726,75	726,75	0,00	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	104,48	104,48	0,00	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: FDP				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EUR	Vorjahr 2015 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	9.279,95	6.774,00	2.505,95	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 101.783,84 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3:
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	6.300,22	6.300,22	0,00	Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	828,42	828,42	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				zu Ziff. 5.3: Aufgrund der Erneuerung der Telefonanlage stehen aktuell keine Werte zur Verfügung.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	202,50	202,50	0,00	
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	726,75	726,75	0,00	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	104,48	104,48	0,00	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: Bündnis 90 / Die Grünen				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EUR	Vorjahr 2015 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	11.019,13	5.303,00	5.716,13	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 101.783,84 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3: Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	5.990,17	5.990,17	0,00	
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	1.876,10	1.876,10	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				zu Ziff. 5.3: Aufgrund der Erneuerung der Telefonanlage stehen aktuell keine Werte zur Verfügung.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	202,50	202,50	0,00	
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	726,75	726,75	0,00	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	104,48	104,48	0,00	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

**Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen**

Fraktion: UWG				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EUR	Vorjahr 2015 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	12.005,71	5.386,00	6.619,71	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 101.783,84 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3:
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	8.505,29	8.505,29	0,00	Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für			0,00	
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Im Mietwert sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				zu Ziff. 5.3: Aufgrund der Erneuerung der Telefonanlage stehen aktuell keine Werte zur Verfügung.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges			0,00	
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	202,50	202,50	0,00	
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	726,75	726,75	0,00	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	104,48	104,48	0,00	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

Zuwendungen an Fraktionen
Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: LINKE				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	Haushaltsjahr 2016 EUR	Vorjahr 2015 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)	0,00	0,00	0,00	
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)	7.672,08	6.850,08	822,00	Zu Ziff. 1.2: Auf die beim Produkt 01 1110101, Politische Gremien, Kto-Nr. 50120000, Vergütung der tariflich Beschäftigten, ausgewiesenen Personalausgaben entfallen 101.783,84 € auf die Fraktionsangestellten.
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0,00	0,00	0,00	
3. Bereitstellung von Räumen				Zu Ziff. 3:
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	4.499,45	4.499,45	0,00	Mietwerte einschl. Neben- und Reinigungskosten.
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen	0,00	0,00	0,00	
4. Bereitstellung einer Büroausstattung				
4.1 Büromöbel und -maschinen	0,00	0,00	0,00	
4.2 sonstiges Büromaterial	0,00	0,00	0,00	
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	zu Ziff. 5.1: Ab 2014 findet ein neu ermittelter Mietwert Anwendung. In diesem sind auch die Neben- und Reinigungskosten enthalten, sodass hier keine Kosten mehr anfallen.
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	0,00	0,00	0,00	
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				zu Ziff. 5.3: Aufgrund der Erneuerung der Telefonanlage stehen aktuell keine Werte zur Verfügung.
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage	0,00	0,00	0,00	
6. Sonstiges				
6.1 ADV-Leasingraten (PC)	202,50	202,50	0,00	
7. Produktkosten regio iT (Gesamt)	726,75	726,75	0,00	
7.1 Serverbetrieb	122,90	122,90	0,00	
7.2 Client Service	108,81	108,81	0,00	
7.3 Email-Service	108,34	108,34	0,00	
7.4 Netzwerkdienste	105,10	105,10	0,00	
7.5 Internet-Nutzung	104,48	104,48	0,00	
7.6 Spam-Filter	2,33	2,33	0,00	
7.7 TESTA-Zugang	9,66	9,66	0,00	
7.8 WAN-Kosten	74,02	74,02	0,00	
7.9 Novell-Maintenance	91,11	91,11	0,00	

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
1 Gebäude und bauliche Anlagen		
1.01	Abwasserkanäle	60
1.02	Bahnhofsanlagen (ehemalige)	50
1.03	Baracken, Behelfsbauten	25
1.04	Buswartehäuschen	25
1.05	Feuerwehrgerätehäuser (massiv)	50
1.06	Freibäder (bauliche Anlagen)	40
1.07	Garagen (massiv)	40
1.08	Gartenhäuser - Gartenhaus - Holzhaus	20
1.09	Gemeindezentren, Bürgerhäuser, Saalbauten, Vereins-, Jugendheime - Rathaus - Volkshochschule	60
1.10	Grabkammer	100
1.11	Grillhütte	30
1.12	Hallenbäder	50
1.13	Heime, Personal- und Schwestern-, Alten-, Kinder-	60
1.14	Industriegebäude, Werkstätten (mit und ohne Sozialtrakt)	50
1.15	Jugendverkehrsgarten	30
1.16	Kassenhäuschen auf Sportanlagen Fertigarage	25
1.17	Kindergärten, Kindertagesstätten	60
1.18	Leichenhallen, Trauerhallen	80
1.19	Rettungswachen (massiv)	50
1.20	Schießstand	50
1.21	Schulgebäude (massiv)	60
1.22	Sportanlagen (nur Sozialgebäude u.a. Funktionsgebäude)	60
1.23	Verwaltungsgebäude (massiv)	60
1.24	Wohnhäuser (auch Mehrfamilienhäuser)	80
2 Straßen, Wege, Plätze (Grundstückseinrichtungen)		
2.01	Brücken (Holzkonstruktion)	25
2.02	Brücken (Mauerwerk, Stahlbetonkonstruktion, Verbundsystem)	70
2.03	Brücken (Stahlkonstruktion)	80
2.04	Straßen- und Stadtmobiliar	10
2.05	Spielplätze, Bolzplätze	15
2.06	Sportplätze (Rasen- und Hartplätze)	25
2.07	Sportplätze (Kunstrasenplätze)	20
2.08	Straßen (Anlieger-, Hauptverkehrsstraßen) Wege, Plätze, Parkflächen	35
3 Technische Anlagen (Betriebsanlagen)		
3.01	Alarmgeber, Alarmanlagen - Pausensignalanlage - Videoüberwachungsanlage	15
3.02	Baucontainer, Bürocontainer, Transportcontainer - Abrollbehälter (Einsatzleitung) - Abrollbehälter (Mulde) - Abrollbehälter (Schlauch)	10
3.03	Beleuchtungsanlagen - Lichtanlage	20
3.04	Beschallungsanlagen - Bassbox (Lautsprecher) - Combibox M100CD (Musikanlage) - Equalizer (Verstärker) - HiFi-Anlage (Musikanlage) - Lautsprecher - Mischpult (Verstärker) - Musikanlage - Stereoanlage (Musikanlage)	8

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	- Verstärker	
3.05	Bühne, Bühnenelemente	12
3.06	Heiß- und Kaltluftanlagen, Abzugsvorrichtungen, Ventilatoren, Klimaanlage - Brennofen - Elektroheizgebläse - Emaillofen - Steuerungsgerät für Luftheizung	10
3.07	Lichtsignalanlagen (Straßenverkehr)	25
3.08	Litfaßsäule, Werbetafeln	12
3.09	Wegweisersysteme, Anzeigetafeln	8
3.10	Mess- und Prüfgeräte - Dosimeter, Personendosimeter - Dosisleistungsmessgerät - Dosisleistungswarner - Gasmessgerät - Kontaminationsnachweisgerät - Mehrgasmessgerät - Multimeter - Ozillograph	10
3.11	Notstromaggregate, Stromgeneratoren, -umformer, Gleichrichter - Stromaggregat - Stromerzeuger	15
3.12	Stromverteileranlagen - Verteilerkasten 220 Volt/ Ex-Schutz	10
3.13	Telekommunikationseinrichtungen, Betriebsfunkanlagen, Antennenmasten	10
3.14	Straßenbeleuchtung	25
4	Maschinen und Geräte	
4.01	Arbeitsgerüst	11
4.02	Atemschutzgerät, Maskendichtprüfgerät - Atemluftkompressor - Atemschutzgerät - Prüfgerät für Anzugdichte - Prüfgerät für Atemschutzgerät und Maske	8
4.03	Bohrhammer, Bohrmaschine und ähnliche Maschinen - Beregnerwagen - Bohnermaschine - Bohrhammer - Bohrmaschine - Digitalzähler - Dosisleistungswarner - Egge - Einscheibemaschine - Elektroeisensäge - Elektrowerkzeug (evtl. inkl. Aufbewahrungskasten) - Extraktionsmaschine - Heißdrahtschneidemaschine - Hochdruckreiniger - Hochleistungslüfter - Hydraulikaggregat - Hydraulikwagenheber - Kettensäge (evtl. inkl. Blechbehälter) - Kompressor - Lüftungsgerät - Markierwagen - Matrizenabzugsgerät - Motorsäge - Nebelfluidmaschine - Nebelmaschine	8

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Pumpe (Tauchpumpe) - Rasenmäher - Reinigungsmaschine - Reinigungs- und Trockengerät - Rettungsgerät - Rettungssäge - Saugmaschine - Scheuersaugmaschine - Schneidgerät - Schneidgerät (Ersatzmesser-) - Schutzgasschweißgerät - Schwimmbeckenreiniger - Späneabsaugung - Spreizer - Standbohrmaschine - Tischkreissäge - Trennschleifer - Trennschneider - Überdrucklüfter - Walze 	
4.04	Elektrische Geräte (Schulausstattung) <ul style="list-style-type: none"> - Balistisches Pendel - Braunsch'sches Rohr - Cobra Interface - Drehspindelinstrument - Elektronrohre - Fadenstrahlrohr - Funktionsgenerator - Geräteblock - Gerät zur Überprüfung einer Wasseranomalie - Hochspannungsgerät - Koordinatenschreiber (XY-Schreiber) - Luftkissenfahrbahn (inkl. Zubehör) - Luftpumpenteller - Mikrowellensystem - Motor (Experimentier-) - Netzgerät - Neurosimulator - Oszilloskop (zum messen von Stromspannung) - Parabolspiegel - Resonanzgerät - Sauerstoffelektrode - Stirlingmotor nach Prof. Wilke - Testameter - Trafo - Transfrequenzgenerator - Vergrößerungsgerät - Wasserentsalzungsgerät - Wasserwellengerät - Wechselstromwandler - Wellenmaschine - Windkanal - Zählgerät 	10
4.05	Elektrische Geräte (Feuerwehr, Rettungsdienst) <ul style="list-style-type: none"> - Hobelbank (elektrisch angetrieben, mit Hobelrad) - Nachtsichtgerät 	10
4.06	medizinisch-technische Geräte <ul style="list-style-type: none"> - Absaugpumpe 	8

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Accuvac Rescue (Dosierbehälter) - Beatmungsgerät - Beatmungsgerät (Sauerstoffmodul) - Dosierautomat, -gerät - Dosimeter (Personen-) - EKG/ Defibrilator (wird immer einzeln abgeschrieben) - Fahrtrage - Perfusor - Pulsoxymeter - Rettungsstuhl - Vakuumschienenset 	
4.07	Rohre, Schläuche und Wasserspritzen <ul style="list-style-type: none"> - Ansaugrohr (Ölbeständig) - Druckschlauch - Hohlstrahlrohr - S-Druckschlauch - Schaumrohr (Kombi-) - Schaumstrahlrohr - Schlauch (Formstabil) - Schlauchüberführung - Wasserwerfer - Wasserwerfer (inklusive Stativ) 	12
4.08	Sonnenschutzanlage	6
4.09	Spielgeräte (Wippe, Rutsche, Schaukel, Klettergeräte usw.) <ul style="list-style-type: none"> - Balancierbalken - Holzhaus zum Klettern - Klettergerüst - Kletterwand (außerhalb) - Kriech- und Kletterraupe - Rutsche - Rutschkombination - Sandkasten - Schiff (Holz) - Spielanlage (Multifunktional) - Spiellandschaft - Trampolin - Turn- und Bewegungsanlage - Vogelnechtschaukel 	10
4.10	Werkzeuge <ul style="list-style-type: none"> - Ablaufrinne (Gefahrgut) - Abziehmatte - Brechwerkzeug - Brechwerkzeugtasche - Büffelwinde - Destillationsanlagen - Dichtmanschette - Dietrichtasche - Dreibock - Druckbegrenzer - Druckbegrenzungsventil - Einreißhacken - Ex-Pem Koffer - Ex-OX Meter (AC - 2575) - Faltbehälter - Fass (Edelstahl) - First Responder Koffer - Fließbecher Spritzpistole - Formhölzer 	9

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Greifzug - Gullydichtkissen - Handwerkkasten - Handwerkzeug - Hebekissen - Hebesatz - Kabeltrommel 220 Volt - Kabeltrommel 400 Volt - Kaminkehrgerät - Kombigerät Abrichte-Dicke - Kontrolldruckmesser (Komplett mit T-Stück und Übergangsstück) - Leckdichtkissen - Leiter - Multiwarn - Ölsperre - Pumpenrohransatz - Rettungsplattform - Rettungszylinder - Sackkarre (Transportwagen) - Schornsteinfegerwerkzeugsatz - Türöffnungssatz - Übergangsstücke Tank und Kesselw. - Umlenkrolle - Universalfräskopf - Wassersauger - Werkzeugausstattung - Werkzeugkasten - Winde - Zählrohr 	
4.11	Zahlautomaten <ul style="list-style-type: none"> - Bankkasse - Banknotenprüfer - Ein- und Ausgangsautomat (evtl. inkl. Drehkreuz) - Kassenautomat - Nachzahlautomat - Parkscheinautomat 	8
4.12	Zeitanlage	8
5	Büro- und Geschäftsausstattung	
5.01	Bücher, Literatur <ul style="list-style-type: none"> - Handbuch der gefährlichen Güter 	2
5.02	Bürodrehstuhl	5
5.03	Büromöbel <ul style="list-style-type: none"> - Besprechungstisch - Materialwagen - Musikrollcontainer - Papiertrockenwagen - Papierwagen - Projektionswand - Regal - Regalschrank - Regalwand - Regal (Papiertrocken-) - Regal (mit Schubkästen) - Schrank - Schrankkombination - Schrankwand - Schrank (Akten-) - Schrank (Fächer-) 	20

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Schrank (Hängeregister-) - Schrank (Hoch-) - Schrank (Metall-) - Schrank (Papier-) - Schrank (Plakatkarten-) - Schrank (Roll-) - Schrank (Rollkasten-) - Schrank (Schließfach-) - Schrank (Unter-) - Schreibtisch - Sitzecke mit Tisch - Trennwand - Tresor - Vitrinenschrank - Vitrinenschrank mit Unterregal - Vitrinenschrank mit Unterschrank - Winkelkombination (Schreibtisch, Schrank und Aufsatzregal) 	
5.04	Büromöbel Rettungsdienst	10
5.05	Computer und Zubehör <ul style="list-style-type: none"> - Computer - Drucker - Laptop - Matrizendrucker - Monitor - Notebook - Scanner - Server 	3
5.06	Elektrogeräte <ul style="list-style-type: none"> - Unfallsauslesegerät inkl. Betriebssystem zum Auslesen von Verkehrsunfällen - Batterieladegerät - Beamer - Dekupiermaschine - Epidiaskop - Fernsehgeräte - Filmprojektor - Kamera, Digitalkamera - Kopierer - Mikroskop - Papiertrockenvorrichtung (-gebläse) - Präzisionswaage - Touchscreen - Trockenpresse - Videokamera - Videorecorder 	7
5.07	Feuerwehr Allgemeine Ausstattung <ul style="list-style-type: none"> - Abrollbehälter - Handsprechfunkgerät - Lifepac 12 (Simulations- und Testgerät) - Moderatorenkoffer - Rettungszelt - Rettungsplattform - Schutzanzug - Sprungpolster - Übungspuppe - Ulmer Koffer-Baby - Wasserbehälter - Wasserrettungsanzug 	10
5.08	Geschäftsausstattung Kindergarten	20

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Bällebad - Bauwagen - Heuboden (Holzspielanlage zum Klettern und Spielen) - Kinderbezug (Holz) (Holzspielanlage zum Klettern und Spielen) - Kuschelecke - Podest (Brücken-) - Podest (Eisenbahn-) - Rollenrutschbahn - Spracherziehungsmaterialien 	
5.09	Geschäftsausstattung Schule <ul style="list-style-type: none"> - Aktivboxen - Atellierwagen - Bücherturm - Eigentumskiste - Experimenteschrank - Geräteschrank - Großbaustein (Leder) - Kantenmodelle (Satz) - Leinwand - Medienwagen - Schrank (Chemie-) - Schrank (Physik-) - Verkleidungsecke 	20
5.10	Geschäftsausstattung Sportstätten <ul style="list-style-type: none"> - Barren - Basketballkorb - Bauelemente - Deckenlaufschiene - Fußballtor - Gliederschleppnetz - Hochsprungständer - Kletterwand (innerhalb) - Kletterwand (Aufhängesystem) - Kletterwand (Mattensatz) - Schleppmatte - Sprungkasten - Tischtennisplatte - Turnbock - Turnwagen - Viertelkreismatte - Weichbodenmatte 	15
5.11	Hochkreuz	22
5.12	Küchengeräte und Haushaltsgeräte <ul style="list-style-type: none"> - Backofen - Bierbarbuffet - Bierdruckanlage - Einbauherd - Anbauküche (nur wenn elektr. Geräte inbegriffen sind) - Gefrierschrank - Geschirrspüler - Herd (Gas-) - Herd (elektrisch) - Herd mit Kochplatten - Herdschrank - Kaffeeautomat - Kakaowärmeschrank - Kippbratpfanne (elektrisch) - Kochfeld 	10

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Kondenstrockner - Kühlmaschine - Kühlschrank - Kühltheke - Kühlzelle - Mikrowelle - Salamander - Spülmaschine - Standspüler - Trockner - Umlufttherd - Wäschetrockner - Warmhalter - Warmwasserspeicher - Waschmaschine - Zapfanlage 	
5.13	Musikinstrumente <ul style="list-style-type: none"> - Akkordeon - E-Gitarre - Keyboard - Klavier - Klavinova - Orgel - Schlagwerkbox - Schlagzeug - Xylophon 	20
5.14	Fahrradständer Papierkorb Schaukasten	10
5.15	Schulausstattung Allgemein/ Biologie/ Chemie/ Physik <ul style="list-style-type: none"> - Analysebox - Baukasten für Schülerversuche - Ebene mit Rollkörper - Experimentierbox - Foliensammlung - Materialbox - Modelle - Skelett - Versuchssatz 	20
5.16	Softwareausstattung	5
5.17	Sonstige Möbel <ul style="list-style-type: none"> - Aquarium - Arbeitsplatte - Bank (für Außenbereich) - Billardtisch - Bühnenaufgang - Anbauküche (nur, wenn keine elektr. Küchengeräte inbegriffen sind) - Flaschenwagen - Garderobe - Garderobenbank - Gardine - Küchenschrank - Küchenzeile - Kunstgegenstände (z.B. Bilder) - Laufstall - Materialkiste - Multi-Klapp-Türwand - Ölfassregal 	20

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	<ul style="list-style-type: none"> - Raumteiler - Schrank (Buffet-) - Schrank (Eigentums-) - Schrank (Garderoben-) - Schrank (Gymnastik-Geräte-) - Schrank (Instrumenten-) - Schrank (Kleider-) - Schrank (Panzer-) - Schrank (Personal-) - Schrank (Schubladen- fahrbar) - Schrank (Schuhstiefel-) - Schrank (Spind-) - Schrank (Sportgeräte-) - Schrank (Stahl) - Schrank (Trocken-) - Schrank (Werkzeug-) - Schwerlastregal - Sofaecke - Spiegel - Spindregal - Spülschrank - Spültisch (Edelstahl) - Theke - Tisch (Bistro-) - Tischwagen - Trainerbank - Traverse - Vorhang - Wanne (Edelstahl) - Waschtisanlage (Sideboard inkl. Hochbadewanne) - Werkbank - Werkzeugwagen - Werkzeugwand 	
5.18	Spielzeugausstattung <ul style="list-style-type: none"> - Bücherauto - Großbausteine - Grundpackung (Banfer Steine) - Grundpackung (Lego Soft) - Holzfigur - Holzschiff - Kasperletheater - Kaufladen - Lernspiele - Puppenecke - Puppenhaus mit Einrichtung - Spiegelgestell (Holz) - Spielhaus - Spiellandschaft - Spielteppich - Wasserbahnen - Wesco Bausatz 	5
5.19	Fahrbare Tafel	20
6	Fahrzeuge	
6.01	Anhänger, Auflieger <ul style="list-style-type: none"> - Lichtmastanhänger - Traktoranhänger 	10
6.02	Fahrräder, Mofas	8
6.03	Feuerwehrfahrzeuge, Feuerlöschfahrzeuge, Kraftfahrdrehleiter, Löschboot	15

NKF - Nutzungsdauertabelle für Vermögensgegenstände der Stadt Eschweiler

Nr.	Vermögensgegenstand	Festlegung für Eschweiler
	- Drehleiter - Drehleiter (mit Korb) - Einsatzleitfahrzeug - Einsatzlöschwagen - Einsatzwagen - Gerätewagen-Gefahrgut - GW Messfahrzeug - Löschfahrzeug - Tanklöschfahrzeug - Wechselladerfahrzeug	
6.04	Hubwagen, Gerätewagen - Elektrostapler	6
6.05	Kleintransporter, Mannschaftstransportfahrzeuge	6
6.06	Krankentransportwagen, -fahrzeuge, Notarzteinsatzwagen, Rettungstransportwagen - Krankentransportwagen - Rettungswagen (RTW)	6
6.07	Lastkraftwagen	8
6.08	Personenkraftwagen, Wohnwagen	8
6.09	Rettungsboot	8
6.10	Traktoren	12

Mehrheitsbeteiligungen

An den nachstehend aufgeführten Unternehmen ist die Stadt Eschweiler zu mehr als 50 % beteiligt:

- ✓ Betreuungseinrichtung für Kinder & Jugendliche der Stadt Eschweiler, AöR - BKJ
- ✓ Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG
- ✓ Strukturförderung Eschweiler Verwaltungs-GmbH
- ✓ Städt. Wasserwerk Eschweiler GmbH, Stolberg
- ✓ Gewerbe-Technologie-Center GmbH
- ✓ Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH

Zur Übersicht über die Wirtschaftslage sind die zum Zeitpunkt der Aufstellung aktuell hier vorliegenden Jahresabschlüsse der Unternehmen als Anlage beigefügt.

Bilanz zum 31. Dezember 2014
Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler, Anstalt öffentlichen Rechts - BKJ,
Eschweiler

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
	€	€	€	€
AKTIVA			PASSIVA	
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
1. Grundstücke und Bauten	8.649.444,11	5.951.210,63		500.000,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	310.534,13	227.367,99		82.001,55
3. Anlagen im Bau	0,00	905.970,96		421.972,27
II. Wertpapiere	8.959.979,24	7.004.357,56		295.197,39
- Wertpapiere des Anlagevermögens	17.217,90	13.739,63		200.096,55
	8.977.196,14	7.098.297,21		1.270.165,21
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	56.957,74	56.378,91		632.809,00
2. Forderungen gegen den Träger	384.465,00	326.992,00		745.096,88
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	384.465,00	326.992,00		1.377.895,88
3. Sonstige Vermögensgegenstände	670,75	21.336,37		6.176.618,19
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00		4.059.766,72
II. Guthaben bei Kreditinstituten	442.063,49	404.677,28		
	1.413.740,06	578.347,80		
	1.855.833,55	983.025,08		
	3.890,78	0,00		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr			204.115,21	
(V)			128.366,82	
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren			5.194.330,20	
(V)			3.450.118,01	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr			165.398,35	
(V)			191.829,66	
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger				
- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr			67.480,23	
(V)			85.091,18	
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
- davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr			121.358,00	
(V)			120.867,45	
- davon aus Steuern			72.769,85	
(V)			65.698,85	
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit			25.334,09	
(V)			29.067,28	
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
			6.530.854,77	4.457.554,01
			488.176,16	0,00
			10.639.920,47	8.081.322,29

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

**Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler,
Anstalt öffentlichen Rechts - BKJ,
Eschweiler**

	€	€	2014 €	2013 €
1. Umsatzerlöse			5.066.174,76	5.016.203,62
2. Sonstige betriebliche Erträge			2.051.207,01	1.155.895,96
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		./, 294.587,64		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		./, 391.941,98	./, 686.529,62	./, 668.734,76
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		./, 4.152.696,06		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		./, 987.168,64	./, 5.139.864,70	./, 4.590.105,38
– davon für Altersversorgung (Vj.)	249.472,07 249.053,59			
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen			./, 298.771,91	./, 185.545,93
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			./, 571.926,58	./, 367.080,90
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			58.962,83	15.442,58
– davon von dem Träger (Vj.)	57.503,00 13.993,00			
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			./, 212.936,40	./, 175.864,64
– davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen (Vj.)	47.474,14) 55.568,22)			
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			266.315,39	200.210,55
10. Sonstige Steuern			./, 124,00	./, 124,00
11. Jahresüberschuss			266.191,39	200.086,55

Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler, Anstalt öffentlichen Rechts - BKJ, Eschweiler

Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2014

1. Darstellung des Geschäftsverlauf

Gegenstand der Tätigkeit der BKJ in 2014 war, wie auch in den Vorjahren, die Organisation, Verwaltung und der Betrieb des Kindergartenwesens der Stadt Eschweiler auf Grundlage der Satzung und der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.

Insgesamt werden von der BKJ 11 Kindergärten und -tagesstätten auf dem Eschweiler Stadtgebiet vorgehalten.

In 2014 nahm das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit 1,6 % wieder etwas stärker zu. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1 %. Die Arbeitslosenzahl ging auf 2,9 Mio. leicht zurück und die Zahl der Erwerbstätigen stieg auf 42,6 Mio. an. Der Preisanstieg schwächte sich auf 0,9 % ab. Damit entwickelte sich die deutsche Wirtschaft im Verhältnis zu den meisten anderen europäischen Ländern vergleichsweise gut.

Gemäß dem statistischen Bundesamt konnte der deutsche Staatssektor (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) in 2014 einen positiven Finanzierungssaldo von 14,4 Mrd. € erzielen. Die Einnahmen des Staates stiegen dabei mit 3,6 % stärker als die Ausgaben mit 2,6 %.

Die Tätigkeit der BKJ war in 2014, wie auch in den Vorjahren weiter stark geprägt durch das zum 1. August 2008 in Nordrhein-Westfalen (NRW) in Kraft getretene Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz (KiBiz)) und den dort formulierten Anforderungen zur Neugestaltung der Struktur und der Finanzierung der Kindertagesstätten und dem hierzu ergangenen ersten und zweiten Änderungsgesetz.

Am 1. August 2014 trat mit dem "Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze" die zweite Änderung des KiBiz in Kraft. Die zweite Stufe der Revision des KiBiz zielt vor allem ab auf mehr Bildungschancen und mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Schwerpunkte der Gesetzesrevisioñ sind im Einzelnen:

- die Stärkung des Bildungsauftrages

Danach sollen die Stärken der Kinder der Ausgangspunkt ihrer alltagsintegrierten, ganzheitlichen Förderung sein. Die gemeinsame Bildung und Erziehung aller

Kinder soll mit individueller Förderung und Hilfe verbunden werden, damit die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder bestmöglich gefördert wird.

- Stärkung der Sprachbildung

Künftig soll die Sprachförderung landesweit alltagsintegriert und kontinuierlich von Beginn an erfolgen. Die Neuausrichtung soll eine entwicklungsbegleitende Beobachtung und Erfassung der Sprachentwicklung umfassen. Kitas, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf in ihrer Sprachentwicklung betreuen, sollen für Personal zur Sprachförderung hierfür zusätzliche Mittel erhalten.

- Stärkung der Bildungschancen

Kitas, die in ihrem sozialen Umfeld viele Kinder besonders intensiv bei ihrer Entwicklung unterstützen müssen, sollen mit zusätzlichem Personal gestärkt werden. Zur Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit und für bessere Bildungschancen sollen diese danach für mindestens fünf Jahre für pädagogisches Personal einen jährlichen Festbetrag von mindestens 25 T€ erhalten.

- Stärkung des Angebots

Zur Entlastung des Personals zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen sollen jährlich rund 55 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Bei der BKJ hat sich die Bedarfslage in den einzelnen Einrichtungen seit dem zum 1. August 2013 in Kraft getretenen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab einem Jahr erwartungsgemäß deutlich verändert. Die Nachfrage nach Betreuung von U3-Kindern ist deutlich gestiegen, wobei im Stadtgebiet Eschweiler aber nach wie vor noch ein hoher Bedarf an Plätzen für Kinder über 3 Jahre festzustellen ist. In der Konsequenz mussten in erster Linie die Konzeptionen sowie der Personalbestand in qualitativer und quantitativer Hinsicht angepasst werden. In sämtlichen BKJ-Einrichtungen wurde der gesamte Kindergartenbetrieb einer neuerlichen Überprüfung hierzu unterzogen und befindet sich auch weiterhin im Umbruch.

Daneben mussten die baulichen Maßnahmen weiter vorangetrieben werden. Zur Umsetzung der Anforderungen des KiBiz hat die BKJ hierzu in 2014 weiterhin verstärkt Baumaßnahmen in dem bestehenden Bestand der Kindertagesstätten in Eschweiler durchgeführt und auch für die Zukunft geplant. Die bereits begonnene Gebäudesanierung und die Schaffung eines kleinen Anbaus zur Entzerrung des Raumprogramms zur Aufnahme von Kindern ab einem Jahr an der Kindertageseinrichtung Johanna-Neuman-Straße konnte zum Ende der Sommerferien 2014 termingerecht abgeschlossen werden. Des Weiteren wurde im Februar 2014 bei der Kindertageseinrichtung Alte Rodung der neue Anbau in Betrieb genommen, so dass die bereits im Vorjahr neu eröffnete fünfte Gruppe mit 10 U3-Kindern dorthin verlagert werden konnte. Anschließend wurde die umfangreiche Sanierung des

Bestandsgebäudes planmäßig fortgesetzt und ebenfalls planmäßig nach den Sommerferien 2014 abgeschlossen.

Im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung und der regelmäßig durchzuführenden Belegungsüberprüfungen wurde bereits im Frühjahr 2014 erkennbar, dass ab dem neuen Kindergartenjahr in verschiedenen Ortsteilen sich ein überdurchschnittlich hoher Bedarf an Plätzen für über dreijährige Kinder abzeichnete. Im Zusammenwirken zwischen der Stadt Eschweiler und der BKJ wurde daher in der Sitzung des Verwaltungsrates der BKJ am 8. April 2014 der Beschluss gefasst, in den vorhandenen Kindergärten der BKJ noch vier zusätzliche Gruppen für Ü3-Kinder einzurichten. Das eigentlich aufgrund der abgängigen Bausubstanz zur Aufgabe des Kitabetriebes vorgesehen Gebäude Weierstraße wurde deshalb im Zeitraum von Mai bis September 2014 brandschutztechnisch aufgerüstet und mit einem neuen Dach versehen. Hier wurde dann am 1. September 2014 der Betrieb mit einer Gruppe für 20 Ü3-Kinder aufgenommen.

Im Rahmen einer weiteren Maßnahme wurde im Ortsteil Weisweiler, aufgrund des ebenfalls dort festgestellten hohen Bedarfs an Ü3-Plätzen, bei der Kindertagesstätte Auf dem Driesch ein Verbindungsflur zwischen der benachbarten Grundschule und dem BKJ-Kitagebäude dem bisher zwei-gruppigen Kindergarten zugeteilt und für die Aufnahme einer dritten Gruppe für 16 Ü3-Kinder hergerichtet. Die Betreuung der dritten Gruppe erfolgte dort ab dem 22. Oktober 2014. Die Kosten der Maßnahme wurden von der BKJ getragen. Im weiteren Verfahren ist der Hinzukauf der zusätzlich genutzten Fläche durch die BKJ vorgesehen.

Als dritte Maßnahme wurde in Nachbarschaft des vier-gruppigen Familienzentrums Jahnstraße auf einem freien Grundstück der Stadt Eschweiler durch diese eine zwei-gruppige Containerkindergartenanlage zur Aufnahme von 40 Kindern errichtet, darunter 4 U3-Kindern. Das am 22. Oktober 2014 in Betrieb gegangene Gebäude wurde seitens der BKJ von der Stadt angemietet, wobei die Herrichtung des großflächigen Außengeländes durch die BKJ finanziert wurde.

In der Dezembersitzung des Verwaltungsrates ist schließlich noch die Beschlussfassung erfolgt, im Rahmen eines zweiten Bauabschnitts eine Dacherneuerung und Sanierung der Hofentwässerung am Kitagebäude Alte Rodung vorzunehmen, da sich nach Fertigstellung des 1. Bauabschnittes im Sommer 2014, bedingt durch häufige Starkregenfälle, ein entsprechender Handlungsbedarf ergeben hatte.

Zu Beginn des neuen Kindergartenjahres zum 1. August 2014 konnte damit das Angebot an U3- und Ü3-Plätzen, deutlich verbessert werden. So im Rahmen von Gruppenumwandlungen z.B. neue U3-Plätze in den Kindertagesstätten:

- Jahnstraße mit zwei Gruppen mit je 4 U3-Plätzen
- Hastenrather Weg mit drei Gruppen mit je 4 U3-Plätzen und
- Johanna-Neuman-Straße mit einer Gruppe mit 10 U3-Plätzen.

Die Organisationsstrukturen, Prozesse und Abläufe in der Verwaltung und in den Kindertagesstätten wurden in 2014 weiter an die gestellten Anforderungen angepasst und optimiert. Durch die Geschäftsordnung und die Satzung der BKJ wird der Rahmen für die Geschäftstätigkeit abgesteckt. Hiernach wesentliche Entscheidungen bedürfen in der Regel der Zustimmung des Verwaltungsrates. Die Betriebssteuerung erfolgt auf der Gesamtbetriebsebene anhand von monatlichen Soll-/Ist-Vergleichen auf Grundlage des Wirtschaftsplans und den tatsächlichen Istzahlen sowie zudem anhand quartalsmäßiger statistischer Auswertungen mit Erlös- und Kostenauswertungen sowie Belegungs- und Personalzahlen. Daneben werden die Liquidität und die Kredite anhand von Konten und Kreditstatistiken laufend überwacht.

Der durchschnittliche Personalstand in 2014 stellte sich gegenüber dem Vorjahr, insbesondere aufgrund des höheren Betreuungsaufwands für U3-Kinder aber auch wegen der insgesamt größeren Anzahl der betreuten Kinder, von 146 auf 159 Mitarbeiter erhöht dar.

Die in den Vorjahren vorgenommenen Anstrengungen und Maßnahmen zur fachlichen Weiterqualifizierung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden auch in 2014 fortgeführt.

Alle Kindertagesstätten der BKJ erfreuten sich in 2014, wie auch in den Vorjahren, eines sehr hohen Zuspruchs. Im Durchschnitt hat die BKJ in 2014 in ihren 11 Kindertagesstätten 662 (Vorjahr: 615) Kinder betreut, davon 145 auf U3-Plätzen (Vorjahr 89). Die Kindertagesstätten der BKJ waren damit in 2014 wieder fast durchgängig vollständig ausgelastet.

Unsere Tätigkeit und die Erreichung der gesteckten Arbeitsziele sind für 2014 als positiv zu bewerten. Statt des zunächst für 2014 angestrebten ausgeglichenen Ergebnisses konnte wieder ein Jahresüberschuss und damit auch aus finanzwirtschaftlicher Sicht ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellte sich in 2014 wie folgt dar.

Die BKJ beendete das Wirtschaftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 266 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss von 200 T€).

Dem Jahresergebnis 2014 liegt ein Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) von 420 T€ (Vorjahr: 360 T€) und ein Finanzergebnis von -154 T€ (Vorjahr: -160 T€) zugrunde. Das Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) für 2014 belief sich auf 719 T€ (Vorjahr: 546 T€). In das Finanzergebnis

sind in 2014 die Zinsen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 47 T€ (Vorjahr: 56 T€) eingeflossen.

Die Umsatzerlöse der BKJ von 5.066 T€ (Vorjahr: 5.016 T€) resultieren mit 4.588 T€ (Vorjahr: 4.459 T€) insbesondere aus den erhaltenen Kindpauschalen, aus gesonderten Zuweisungen des Landes in Höhe von 330 T€ (Vorjahr: 418 T€) sowie aus Erlösen aus der Abgabe der Verpflegung in Höhe von 148 T€ (Vorjahr: 139 T€).

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden insbesondere in Höhe 1.866 T€ (Vorjahr: 974 T€) Erträge aus Zuweisungen der Stadt Eschweiler zur Fehlbetragsabdeckung ausgewiesen. Ohne diese Zuweisungen wäre das Jahresergebnis der BKJ mit -1.600 T€ (Vorjahr: -774 T€) entsprechend schlechter ausgefallen. Dieses verdeutlicht, dass die BKJ auch in den Folgejahren weiter auf die Unterstützung der Stadt Eschweiler angewiesen sein wird.

Daneben werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen insbesondere Erträge in Höhe von rd. 46 T€ aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse ausgewiesen.

Größter Aufwandsposten der BKJ war im Wirtschaftsjahr 2014 mit 5.140 T€ (Vorjahr: 4.590 T€) der Personalaufwand. Von den durchschnittlich im Wirtschaftsjahr 2014 von der BKJ beschäftigten 159 (Vorjahr: 146) Mitarbeitern waren 4 (Vorjahr: 4) in der Verwaltung und 155 (Vorjahr: 142) im Bereich der Kinderbetreuung tätig. Mit dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst 2014 mit einer Laufzeit vom 1. März 2014 bis zum 29. Februar 2016 wurden Tarifierhöhungen in zwei Stufen vereinbart. Hiernach wurde zunächst zum 1. März 2014 eine Tarifierhöhung von 3,0 %, mindestens aber um 90 €, vorgenommen. In 2015 erfolgte dann in der zweiten Stufe zum 1. März 2015 eine Tarifierhöhung um 2,4 %. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 bestanden mit 6 (Vorjahr: 7) Mitarbeitern Altersteilzeitvereinbarungen, davon waren alle 6 Mitarbeiter bereits in der Freistellungsphase.

Zum 31.12.2014 weist die BKJ bei einem Eigenkapital von 1.270 T€ (Vorjahr: 1.004 T€) eine Bilanzsumme von 10.837 T€ (Vorjahr: 8.081 T€) aus. Die Eigenkapitalquote liegt damit bei 11,8 % (Vorjahr: 12,4 %). Das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital von 7.504 T€ (Vorjahr: 5.806 T€) haben insgesamt einen Anteil an der Bilanzsumme von 81,0 % (Vorjahr: 84,2 %). Das Anlagevermögen von 8.977 T€ (Vorjahr: 7.098 T€) wird durch das Eigenkapital und das langfristige Fremdkapital abgedeckt. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt 97,8 % (Vorjahr: 95,9 %).

Die Investitionen beliefen sich in 2014 auf rd. 2.178 T€ (Vorjahr: 2.554 T€) und entfielen im Wesentlichen mit 2.023 T€ auf Grundstücke und Bauten, mit 152 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung und mit 3 T€ auf Finanzanlagen. Die Zugänge bei den Grundstücken und Bauten entfallen vor Allem auf die Baumaß-

nahmen an den Kindertagesstätten Alte Rodung, Johanna-Neuman-Straße, Jahnstraße und Hastenrather Weg, die alle in 2014 abgeschlossen wurden.

Die übrigen Gebäude wurden in 2014 im notwendigen Rahmen angemessen instandgehalten.

Die Liquiditätslage der BKJ war in 2014 jederzeit gesichert. Der Bestand der liquiden Mittel belief sich zum 31. Dezember 2014 auf insgesamt 1.414 T€ gegenüber 578 T€ zum Vorjahresstichtag und erhöhte sich damit um 836 T€. Die liquiden Mittel wurden in 2014 teilweise als Fest- und Tagesgeld sowie auf einem Geldmarktkonto angelegt. In 2014 wurden zur anteiligen Gegenfinanzierung der Pensionsverpflichtungen weitere KVR-Fondsanteile in Höhe von 3 T€ erworben, die unter den Wertpapieren des Anlagevermögens bilanziert werden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben überwiegend langfristigen Charakter. Im Zusammenhang mit den Investitionen wurden in 2014 weitere langfristige Darlehen über insgesamt 2.250 T€ in Anspruch genommen. Sonstige Finanzinstrumente, Termingeschäfte, Optionen oder Derivate werden von der BKJ nicht eingesetzt. Die Guthaben bei Kreditinstituten, die Entwicklung der Fondsanteile und die Kreditverbindlichkeiten werden laufend überwacht.

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Aufgabenstellung der BKJ wird auch in den nächsten Jahren weiter durch den laufenden Betrieb der 11 Kindertagesstätten im Eschweiler Stadtgebiet geprägt sein. Durch die Fortschreibung des KiBiz in der 2. Revision ab dem 1. August 2014 wurde die Bedeutung der Punkte pädagogische Konzeption, Partizipation, Inklusion, Elternarbeit, Qualität, Bildungsgrundsätze, Fortbildung und Supervision für den laufenden Betrieb nochmals besonders herausgestellt. In der sachgerechten Umsetzung dieser Punkte sind aus unserer Sicht auch Chancen zu sehen den hohen Anspruch zu unseren Kindertagesstätten weiter aufrechtzuerhalten und die Qualität unserer Betreuungsleistungen weiter zu verbessern.

Weitere mögliche Chancen sind u.a. in der Verbesserung von Serviceleistungen, einer Verlängerung von Öffnungszeiten, der Kinderbetreuung in Notsituationen, in einer verbesserten Integration von Behinderten und der Sicherung einer Notversorgung zu sehen.

Auch nach der Zeit nach dem 1. August 2013 und dem zu diesem Zeitpunkt zugesagten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab einem Jahr, gilt es für die BKJ im Rahmen der rechtlichen Vorgaben danach weiter, ein am quantitativen wie am qualitativen Bedarf ausgerichtetes Angebot zu generieren. Dieses soll insbesondere auch durch die bereits durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen gewährleistet werden. Durch Investitionen in die vorhandenen Gebäude wird neben den durch das KiBiz gestellten Anforderungen angestrebt, die

bestehende Bausubstanz zu erhalten und darüber hinaus im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Attraktivität der Räumlichkeiten zu erhöhen. Insbesondere kommt dabei auch dem behindertengerechten Ausbau ein hoher Stellenwert zu.

Auch in den Jahren 2015 ff. gilt es dabei gleichzeitig die Kosten, insbesondere im Personalbereich trotz des erhöhten Aufwands für die Betreuung von Kinder unter drei Jahren, im moderaten Rahmen zu halten.

Durch die Kündigung der Tarifregeln für den Sozial- und Erziehungsdienst durch die Gewerkschaften zum 31. Dezember 2014 und die geforderten Höhergruppierungen der Mitarbeiter sind aber gerade im Personalbereich nicht unerhebliche Kostenrisiken (Mehraufwand bis zu 10 %) zu konstatieren. Die Kündigung betrifft dabei die Eingruppierungsregeln. Nicht gekündigt ist hingegen die Gehaltstabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst, diese ist an den TVöD angekoppelt, und frühestens Ende Februar 2016 kündbar. Die Forderungen der Gewerkschaften beziehen sich auf die Eingruppierung, mit Auswirkungen auf die Bezahlung. Seit dem 23. Juni 2015 liegt zwar eine einvernehmliche Einigungsempfehlung der Schlichter vor, der die Schlichtungskommission aus Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern zugestimmt hatten, jedoch sind die Gewerkschaften trotz des einvernehmlichen Schlichterspruchs nach einer Befragung ihrer Mitglieder nicht zu einem entsprechenden Tarifabschluss bereit. Das Ergebnis der weiteren Verhandlungen und dessen Auswirkungen bleiben hier abzuwarten.

Unklar und mit Kostenrisiken verbunden bleibt auch die voraussichtlich zunehmende Anzahl von zu betreuenden Flüchtlingskindern und die damit verbundenen notwendigen Förderungs- und Integrationsanstrengungen, gleichwohl heißen wir die Flüchtlingskinder als Bereicherung ganz herzlich willkommen.

Weitere Kostenrisiken bestehen aufgrund des fortgeschrittenen durchschnittlichen Alters der Bausubstanz der Bestandsbauten in den nur schwer zu prognostizierenden zukünftigen Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen.

Mittel- bis langfristig können sich zudem weitere Risiken aus der demographischen Entwicklung aufgrund der rückläufigen Geburtenzahlen ergeben. Die regionale Entwicklung hierzu wird regelmäßig von der BKJ verfolgt, um ggf. zeitgerecht entsprechende Anpassungsmaßnahmen einleiten zu können. Risiken können im Weiteren auch aus Änderungen der gesetzlichen Vorgaben zu den Rahmenbedingungen für Kindergärten und -tagesstätten entstehen. Der Vorstand sieht derzeit jedoch keine bestandsgefährdenden Risiken und auch keine sonstigen nicht kalkulierbaren Risiken für die BKJ und geht insoweit von dem weiteren Betrieb der Kindertagesstätten in den nächsten Jahren aus. Mögliche Risiken werden trotzdem regelmäßig durch die BKJ erfasst, beobachtet und analysiert.

Die BKJ strebt an, den eingeschlagenen Weg der Kostenoptimierung ohne spürbare Leistungseinschnitte wie in den Vorjahren im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben weiter zu gehen.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Wirtschaftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

5. Voraussichtliche Entwicklung

Der von uns aufgestellte Wirtschaftsplan bis 2020 sieht für die BKJ ausgeglichene Jahresergebnisse für die in dem Zeitraum 2015-2020 endenden Wirtschaftsjahre vor. Dabei wurde die Gewährung von Zuweisungen der Stadt Eschweiler zur Fehlbetragsabdeckung berücksichtigt. Die in der Budgetierung berücksichtigten Zuweisungen der Stadt Eschweiler bewegen sich in dem Zeitraum 2015-2020 p.a. in einer Spannbreite zwischen 960 T€ und 1.059 T€. Bei den Personalkosten wurde hierbei zunächst von einer jährlichen Steigerung um 1 % ausgegangen.

Die Prognose basiert auf den bisherigen Budgetierungen und bekannten Ereignissen sowie den vorliegenden Erfahrungswerten. Unerwartete einmalige Aufwendungen und/oder Erträge sind in dem Prognosezeitraum nicht berücksichtigt. Die Anforderungen des KiBiz unter Berücksichtigung der Revisionen werden weiter umgesetzt werden. Die Prozessabläufe und Kostenstrukturen sollen dabei kontinuierlich und unter Berücksichtigung der sich ändernden Anforderungen und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ständig weiter verbessert und fortentwickelt werden. Vorrangig bleibt hier aber, wie auch in der Vergangenheit, immer die optimale Betreuung der anvertrauten Kinder.

Ich weise daraufhin, dass bei den o.a. zukunftsbezogenen Aussagen die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

Eschweiler, den 31. August 2015

gez. Vera Joußen
Vorstand der BKJ - Betreuungseinrichtungen für
Kinder und Jugendliche der Stadt Eschweiler - AÖR

Anlage 1.1

**Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler
mbH & Co. KG
Eschweiler**

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA		PASSIVA	
	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten		873,00	1.317,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.789.117,56		13.027.949,56
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	94.012,00		101.466,00
		12.883.129,56	13.129.415,56
		12.884.002,56	13.131.362,56
B. UNLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	21.892,16		23.262,08
2. Zur Weiterveräußerung bestimmter Grundbesitz	11.559.449,45		11.728.957,77
		11.581.341,61	11.752.219,85
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00		1.374,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00		11.258,62
3. Sonstige Vermögensgegenstände	112.987,32		107.323,46
		112.987,32	119.956,08
III. Guthaben bei Kreditinstituten			
		26.038,26	346.141,91
		11.722.367,19	12.218.317,84
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
- davon Disagio:		60.334,71	68.761,21
EUR 46.970,00 (i.V. EUR 68.515,00)			
		24.666.704,46	25.418.441,61
A. EIGENKAPITAL			
I. Kapitalanteil beschränkt haftender Gesellschafter			
1. Festkapital	3.800.000,00		3.800.000,00
2. Rücklagen	1.361.876,11		1.361.876,11
3. Verlustvortrag	-340.425,32		-285.789,67
4. Jahresfehlbetrag	-33.411,07		-54.635,65
		4.788.039,72	4.821.450,79
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Steuerrückstellungen	11.997,64		32.568,64
2. Sonstige Rückstellungen	111.504,65		113.053,25
		123.502,29	145.621,89
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.640.159,65		20.325.261,96
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	63.289,48		121.603,66
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	46.775,67		2.298,55
4. Sonstige Verbindlichkeiten	4.493,65		2.204,76
- davon aus Steuern:			
EUR 843,27 (i.V. EUR 353,22)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
EUR 50,38 (i.V. EUR 49,01)			
		19.754.718,45	20.451.368,93
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
		444,00	0,00
		24.666.704,46	25.418.441,61

**Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler
mbH & Co. KG
Eschweiler**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
1. Umsatzerlöse	169.951,98	544.760,97
2. Verminderung des Bestands des zur Weiterveräußerung bestimmten Grundbesitzes	-169.508,32	-351.771,82
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.949.263,72	2.003.695,30
5. Materialaufwand		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00	-61.726,22
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-11.587,19	-11.261,04
b) Soziale Abgaben	-2.987,63	-2.883,79
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-247.360,00	-249.292,00
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.159.941,02	-1.271.406,27
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	388,75	951,74
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-547.236,52	-615.547,11
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-19.016,23	-14.480,24
18. Steuern vom Ertrag	-341,21	-26.623,85
19. Sonstige Steuern	-14.053,63	-13.531,56
20. Jahresfehlbetrag	-33.411,07	-54.635,65

Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG Eschweiler

Lagebericht zum Geschäftsjahr 2014

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Entsprechend der Gesamtkonzeption der Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG wurden auf der Grundlage des verabschiedeten Wirtschaftsplanes im Geschäftsjahr 2014 die Entwicklung der durch die Gesellschaft erworbenen bzw. als Festkapital übernommenen Grundstücke fortgesetzt und weitere Vermarktungen sowie die Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungsbestand vorgenommen.

Die Modernisierungsmaßnahmen im zweiten und dritten Abschnitt im Wohnungsbestand Eschweiler-Ost wurden insgesamt im März 2010 abgeschlossen. Nach Abschluss der Sanierungsmaßnahme ist festzustellen, dass einerseits eine konstant hohe Vermietungsquote erreicht wird und andererseits die Vandalismusschäden deutlich verringert sind.

Im Bereich des Mietwohnungsbestandes geht eine sehr hohe Vermietungsquote mit einer hohen Zahl an Mietrückständen und –ausfällen einher, die regelmäßig Abschreibungen auf Mietforderungen bedingen. Gemeinsam mit der Wohnungsverwalterin wird hierzu ein konsequentes Forderungsmanagement betrieben.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag plangemäß neben der Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes in der Vermarktung erschlossener und der Entwicklung neuer Baugebiete. Das Betriebsergebnis ist insgesamt durch die vorbezeichneten Aktivitäten (Investitionsmaßnahmen im Wohnungsbestand sowie Erschließungsmaßnahmen) geprägt.

Die Vermarktung einzelner Baugebiete erfolgt weiterhin regelmäßig, die prognostizierten Grundstücksvermarktungen werden realisiert bzw. teilweise übertroffen.

Insbesondere für das gemeinsam mit einem Kooperationspartner entwickelte Baugebiet Ackerstraße mit dessen Vermarktung im Herbst 2015 begonnen wurde, liegen bereits mehrere Kaufverträge und eine Vielzahl von Reservierungen vor, sodass ein Großteil der Grundstücksveräußerungen bereits im Jahr 2016 erfolgreich durchgeführt sein wird.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft sowie die Erreichung dieses Zweckes wurden auch im Berichtsjahr wiederum erfüllt.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Analyse der Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat im Geschäftsjahr 2014 nur geringfügige Veränderungen erfahren. Der Rückgang der Bilanzsumme resultiert auf der Vermögensseite vor allem aus der Verminderung des Anlagevermögens aufgrund planmäßig vorgenommener Abschreibungen, der Veräußerung von Grundbesitz des Umlaufvermögens und der Minderung der liquiden Mittel. Die Kapitalstruktur weist im Wesentlichen Rückgänge bei den Bankdarlehen im Langfristbereich aus und die Reduzierung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

	2014 <u>TEUR</u>	2013 <u>TEUR</u>	Veränderung <u>TEUR</u>
Anlagevermögen	12.884	13.131	-247
Umlaufvermögen und RAP	11.783	12.287	-504
Aktiva	24.667	25.418	-751
Eigenkapital	4.788	4.821	-33
Langfristiges Fremdkapital	17.925	19.498	-1.573
Kurzfristiges Fremdkapital	1.954	1.099	855
Passiva	24.667	25.418	-751

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft hat sich trotz eines Jahresfehlbetrages im Berichtsjahr von TEUR 34 durch den Rückgang der Bilanzsumme auf 19,4 % gegenüber dem Niveau des Vorjahres (19,0%) erhöht. Der Anteil des langfristig verfügbaren Fremdkapitals liegt mit 72,7 % auf Grund einer noch nicht erfolgten Vertragsverlängerung eines Darlehensunter Vorjahresniveau (i.V. 76,7 %). Betrachtet man das insgesamt langfristig zur Verfügung stehende Kapital (Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital) so ergibt sich mit TEUR 22.713 eine Quote von 92,1 %, die um TEUR 1.606 unter dem Vorjahreswert (i.V. TEUR 24.319, 95,7 %) liegt.

II. Analyse der Finanzlage

Die Veränderung in der Bilanzstruktur spiegelt sich wie folgt in der Kapitalflussrechnung wider:

	2014 <u>TEUR</u>	2013 <u>TEUR</u>
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	365	347
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	0	378
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	<u>-683</u>	<u>-697</u>
Veränderung der liquiden Mittel	<u><u>-318</u></u>	<u><u>28</u></u>

Der positive Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit reichte für den Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit nicht aus. Folglich sind die liquiden Mittel um TEUR 318 auf TEUR 28 (Vorjahresbestand = TEUR 346) gesunken.

III. Analyse der Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag ab.

	2014 <u>TEUR</u>	2013 <u>TEUR</u>	Veränderung <u>TEUR</u>
Gesamtleistung	1.949	2.197	-248
Rohergebnis	1.949	2.135	-186
Betriebsergebnis	513	587	-74
Finanzergebnis	-547	-615	68
Ertragsteuern	0	-27	27
Jahresergebnis	-34	-55	21

Die Gesamtleistung ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 248 gesunken. Die Umsatzerlöse minderten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 375 auf TEUR 170. Demzufolge reduzierte sich auch die Bestandsminderung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 182.

Berücksichtigt man den im Vorjahr angefallenen Materialaufwand in Höhe von TEUR 6, dem in diesem HJahr kein Aufwand gegenüber steht, so liegt das Rohergebnis (TEUR 1.949) um TEUR 186 (-8,7%) unter dem Vorjahr (TEUR 2.135).

Unter Berücksichtigung von um TEUR 111 niedrigeren Sonstigen betrieblichen Aufwendungen, schließt das Betriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 74 schlechter ab.

Das weiterhin negative Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 68 als Folge planmäßiger Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verbessert.

Als Ergebnis ist ein Jahresfehlbetrag i.H.v. TEUR 34 zu verzeichnen.

C. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Wie in den Vorjahren wird die weitere Entwicklung der Gesellschaft im Wesentlichen maßgeblich davon geprägt sein,

- a) die Vermietungsquote auf hohem Niveau zu erhalten und weiter auszubauen, sowie
- b) die Strukturierung und Entwicklung des erworbenen und zur Veräußerung bestimmten Grundbesitzes kurz- bzw. mittelfristig bis zur Vermarktung voranzutreiben und
- c) eine wirtschaftliche und sozialverträgliche Bewirtschaftung, Modernisierung und Teilvermarktung bebauten Immobilienbestandes der Gesellschaft fortzuführen.

Die aktuelle Wirtschaftslage wirkt sich weiterhin auf die Nachfrage nach Einzelbaugrundstücken sowie nach vermarktungsfähigen Flächen oder dem Erwerb von Geschosswohnungsbau durch Investoren aus, wobei jedoch eine verstärkte Nachfrage gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen ist. Dieses Nachfrageverhalten hat Einfluss auf die Liquidität der Gesellschaft, wobei jedoch der Abschluss der umfangreichen Wohnungsmodernisierungsmaßnahmen mit entsprechend hoher Belegungsquote dem positiv gegenüber steht.

In Abhängigkeit der Zielerreichung stehen die Ergebniserwartungen für die Jahre 2015 ff.

D. Sonstige Angaben

I. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

II. Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungstromschwankungen

Auf Grund des besonderen Geschäftsfeldes der Gesellschaft und der bestehenden Überwachungsstrukturen bestehen keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Gesellschaft aus den benannten Risikobereichen.

E. Wesentliche Aussagen

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Eschweiler, den

gez.: Hermann Gödde
(Geschäftsführer)

gez.: Dieter Kamp
(Geschäftsführer)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

**Strukturförderung Eschweiler
Verwaltungs GmbH
Eschweiler**

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00		43,85
b) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>7.764,38</u>	7.764,38	7.764,70
2. Personalaufwand			
a) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		48,65	0,00
3. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	53,51		0,00
ab) verschiedene betriebliche Kosten	<u>7.797,03</u>	7.850,54	7.625,92
4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		121,23	445,28
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>0,00</u>	<u>628,60</u>
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		13,58-	0,69-
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	73,00-		25,72
8. sonstige Steuern	<u>-0,02-</u>	73,02-	0,00
9. Jahresüberschuss		<u>59,44</u>	<u>26,41-</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		7.460.703,46	7.761.116,43
2. Sonstige betriebliche Erträge		73.401,89	140.229,16
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.760.585,37		-3.055.510,99
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-631.038,54</u>		<u>-587.940,82</u>
		-3.391.623,91	-3.643.451,81
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-1.216,92		-1.216,92
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-4.533,24</u>		<u>-4.696,88</u>
		-5.750,16	-5.913,80
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-918.967,00	-906.741,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.312.385,75	-2.121.267,77
7. Erträge aus Beteiligungen		171.167,57	186.923,17
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		134.463,00	269.013,66
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	46,82
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen		-1.075.704,00	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>-487.464,92</u>	<u>-498.313,05</u>
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-352.159,82	1.181.641,81
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-236.291,91	-357.282,63
14. Sonstige Steuern		<u>-1.484,63</u>	<u>-1.846,91</u>
15. Jahresfehlbetrag/-überschuss		<u><u>-589.936,36</u></u>	<u><u>822.512,27</u></u>

Lagebericht der Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH für das Geschäftsjahr 2014

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell, Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH

Die Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH (nachfolgend StWE) versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen der Stadt Eschweiler, mit Wasser und Wärme.

Der mit der Stadt Eschweiler bestehende Wasserkonzessionsvertrag trat zum 1. Mai 2000 in Kraft und kann erstmals zum 30. April 2020 gekündigt werden. Durch diesen Konzessionsvertrag wird die Versorgungstätigkeit der mehrheitlich im Besitz der Stadt Eschweiler befindlichen Gesellschaft langfristig abgesichert.

Die Beteiligung an der Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (nachfolgend VWA) mit Sitz in Aldenhoven beträgt im Jahr 2014 unverändert 24,14 %. Die Beteiligung an enwor - energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath (nachfolgend enwor), beträgt im Jahr 2014 ebenfalls unverändert 1,52 %. Die Beteiligung an der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH (nachfolgend GREEN) mit Sitz in Stolberg wurde im Geschäftsjahr um nominal 93.000,00 Euro erhöht; die Beteiligungshöhe liegt sodann bei 15% (Vorjahr: 3%).

Seit dem 1. Januar 2005 ist die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg (nachfolgend EWV), die auch die Betriebsführung der Gesellschaft seit dem 1. Januar 1994 wahrnimmt, neben der Stadt Eschweiler an der Gesellschaft beteiligt. Die Stadt Eschweiler hält 751 T€ bzw. 75,1 % und die EWV 249 T€ bzw. 24,9 % der Geschäftsanteile der Gesellschaft.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen – Entwicklungen in der Wasserwirtschaft

Bundesweit ist sowohl im Kundenbereich Haushalte und Kleingewerbe als auch bei den Industriekunden eine historische niedrigere Abgabeentwicklung zu verzeichnen. So lag z.B. der Haushaltswasserverbrauch pro Kopf in Deutschland 2012 mit 127 Liter so niedrig wie noch nie (Quelle: BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.)). Der durchschnittliche Trinkwasserverbrauch für jeden Einwohner am Tag im Einzugsgebiet des

Städtischen Wasserwerks Eschweiler beträgt 146 Liter. Von steigenden Wasserverbräuchen in der Zukunft ist nicht auszugehen.

2.2. Geschäftsverlauf

a. Umsatz und Absatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Insgesamt betragen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2014 7,46 Mio. € und lagen um rd. 0,3 Mio. € unter den Vorjahreserlösen. Neben der geringfügigen Erlössteigerung von 0,01 Mio. € in der Wasserversorgungssparte bei nahezu gleichbleibenden Wasserverkäufen sank der Erlös in der Wärmeversorgungssparte witterungsbedingt um 0,3 Mio. €

Rund 20,3 % der gesamten Umsatzerlöse entfielen auf die Wärmebelieferung der städtischen Heizungsanlagen in Eschweiler. Die Wärmeverkaufserlöse des Geschäftsjahres 2014 liegen mit 1,52 Mio. € um 16,8 % unter dem Vorjahresniveau (1,82 Mio. €).

Im Ergebnis stieg jedoch der Rohgewinn im Wärmebereich um 4,4 % auf 0,03 Mio. €.

Rund 77,7 % der gesamten Umsatzerlöse entfielen auf den Trinkwasserverkauf. Die Wasserverkaufserlöse des Geschäftsjahres 2014 liegen mit 5,80 Mio. € auf dem Vorjahresniveau (5,79 Mio. €). Die restlichen Umsatzerlöse resultierten aus aufgelösten Ertragszuschüssen (58 T€), dem Installationsgeschäft (21 T€) sowie aus dem Geschäftsfeld Photovoltaik (66 T€).

Die Wasserabgabe betrug im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 2,17 Mio. m³ und lag auf Vorjahresniveau (2,17 Mio. m³).

Die Trinkwasserbezugskosten steigen um 2,0 % auf 1,8 Mio. €. Die Trinkwasserverluste nahmen im Geschäftsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr von 7,02 % auf 8,80 % zu.

Im Ergebnis nahm der Rohgewinn im Trinkwasserbereich um 0,7 % auf 3,97 Mio. € zu.

b. Jahresergebnis

Die Konzessionsabgabe für die Wassersparte in Höhe von 607 T€ (Vorjahr 616 T€) wurde in voller Höhe erwirtschaftet.

Die Beteiligungsergebnisse betragen in 2014 insgesamt 171 T€ und sanken somit um 16 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Die Erträge aus den RWE-Aktien lagen bei 134 T€ und fielen somit um 135 T€ (Vorjahr 269 T€). Grund hierfür war die Reduzierung der Dividende je Aktie von 2,00 Euro auf 1,00 Euro.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 1.076 T€ (Vorjahr 0 T€) erfasst. Das Jahresergebnis ist im Wesentlichen durch diese außerplanmäßige Abschreibung des RWE-Aktienbestands geprägt. Die Entwicklung der RWE Aktie zeigt eine dauernde Wertminderung auf, sodass die im Bestand befindlichen 134.463 Aktien von 35,00 Euro zum Bilanzstichtag 31.12.2013 auf 27,00 Euro zum Bilanzstichtag 31.12.2014 bzw. im Geschäftsjahr um 8,00 Euro abgewertet wurden.

Es wurde ein Ergebnis vor Steuern von -352 T€ (Vorjahr 1.182 T€) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2014 ergibt sich nach Abzug der Steuern ein Jahresfehlbetrag von 590 T€. Das Jahresergebnis liegt damit um 1.413 T€ unter dem Vorjahresniveau (Vorjahresergebnis +823 T€).

c. Investitionen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von 0,85 Mio. € betreffen im Wesentlichen Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen in Höhe von 0,20 Mio. €, Erneuerungen des Leitungsnetzes in Höhe von 0,13 Mio. €, Hausanschlüsse in Höhe von 0,11 Mio. € sowie Anlagen im Bau in Höhe von 0,35 Mio. €.

d. Finanzierung

Die kurzfristige bankenseitige Kreditlinie wurde im Berichtsjahr auf 3,75 Mio. € erhöht. Im Berichtsjahr erfolgte keine Aufnahme langfristiger Darlehen. Es wurde lediglich planmäßig in Höhe von 710 T€ getilgt.

e. Personalbereich

Außer dem nebenamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft kein eigenes Personal.

2.3. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013	
	TEuro	%	TEuro	%
Aktiva				
Anlagevermögen	16.265	87,6	17.399	87,7
Umlaufvermögen	2.303	12,4	2.449	12,3
	<u>18.568</u>	<u>100,0</u>	<u>19.848</u>	<u>100,0</u>
Passiva				
Eigenkapital	2.837	15,3	4.028	20,3
Sonderposten für Investitionszuschüsse	932	5,0	992	5,0
Rückstellungen	249	1,3	157	0,8
Verbindlichkeiten	14.550	78,4	14.671	73,9
	<u>18.568</u>	<u>100,0</u>	<u>19.848</u>	<u>100,0</u>

Die Bilanzsumme nahm fast ausschließlich aufgrund der vorgenommenen Abwertung der Aktien in Höhe von 1.076 T€ auf 18.568 T€ ab.

Die Bilanz zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 87,6 % (Vorjahr 87,7%). Die Sachanlagenquote liegt bei 60,4 % (Vorjahr 57,3 %). Zugängen in Höhe von 848 T€ stehen Abschreibungen in Höhe von 915 T€ gegenüber.

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch Eigenkapital – unter Einbeziehung weiterer Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter – beträgt 21,5% (Vorjahr: 27,1%).

Das Umlaufvermögen nahm um 146 T€ ab. Dies ist im Wesentlichen durch die Abnahme der Forderungen aus LuL in Höhe von 137 T€ bedingt.

Das Eigenkapital nahm zum einen aufgrund der Gewinnausschüttung in Höhe von 600 T€ und zum anderen aufgrund des Jahresfehlbetrages in Höhe von 590 T€ um insgesamt 1.190 T€ ab.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 70% ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Eigenkapitalquote – bezogen auf das Gesamtkapital – in Höhe von 18,8% (Vorjahr: 23,8%).

Das Fremdkapital beträgt demnach 81,2% (Vorjahr: 76,2%). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen im Kurzfristbereich um 958 T€ zu und im langfristigen Bereich um 750 T€ ab.

2.4. Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEUR	2014	2013
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.153	1.378
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 861	- 847
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 1.277	- 1.099
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-985	-568

Die Liquidität der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund der bestehenden Kreditlinien bei den Kreditinstituten zu jeder Zeit gesichert. Zur Finanzierung der Investitionstätigkeit wurde im Berichtsjahr 2014 kein neues Darlehen aufgenommen. Die Investitionen wurden auf Grund der günstigeren Zinssätze über die kurzfristige Tagesgeldkreditlinie finanziert.

2.5. Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2014		2013	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	7.461	99,0	7.761	98,2
Sonstige betriebliche Erträge	73	1,0	140	1,8
Gesamtleistung	7.534	100,0	7.901	100,0
Materialaufwand	-3.392	-45,0	-3.643	-46,1
Rohergebnis	4.142	55,0	4.258	53,9
Andere betriebliche Aufwendungen	-3.237	-43,0	-3.034	-38,4
Betriebsergebnis	904	12,0	1.224	15,5
Finanzergebnis	-1.258	-16,7	-42	0,5
Steueraufwand	-237	-3,1	-359	4,5
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-590	-7,8	823	10,5

Die Umsatzerlöse setzen sich aus den Bereichen Trinkwasser iHv 5.799 T€, Wärme iHv 1.516 T€, Photovoltaikanlagen iHv 66 T€ und sonstigen Umsatzerlösen iHv 80 T€ zusammen.

Die Umsatzerlöse aus dem Trinkwasserverkauf stiegen gegenüber dem Vorjahr um 10 T€ bzw. 0,2 % auf 5.799 T€. Bei unveränderten Wasserverkaufspreisen stieg die Trinkwasserverkaufsmenge gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % auf 2.172 Mio. m³. Die Wasserversorgungsanschlüsse blieben auch - wie der Wasserkundenbestand - auf einem konstanten

Niveau. Mit größeren Zuwächsen in der Anschlussanzahl ist in der Zukunft nicht zu rechnen.

In der Wärmesparte sanken die Umsatzerlöse bei wärmebedingt abnehmenden Verkaufsmengen gegenüber dem Vorjahr um 307 T€ bzw. 16,8 % auf 1.516 T€. Mit 76 Wärmeversorgungsanlagen reduzierte sich der Anlagenbestand um zwei Anlagen.

Die Aufwendungen für den Wasserbezug stiegen um 36 T€ auf 1.825 T€.

Die Bezugskosten der Wärmesparte in Höhe von 927 T€ fielen um 332 T€. Grund hierfür sind witterungsbedingte Effekte bzw. fallende Gasbezugspreise.

Die Erträge aus den Beteiligungen und Wertpapieren betragen in 2014 insgesamt 306 T€ und sind im Vergleich zum Vorjahr um 150 T€ gefallen. Für das im Jahr 2005 von der Stadt Eschweiler erworbene RWE-Aktienpaket erhielt die Gesellschaft in 2014 Dividende in Höhe von 1,00 Euro je Aktie, in Summe sodann 134 T€ (Vorjahr 269 T€). Der Kauf des RWE-Aktienpaketes wurde weitgehend fremdfinanziert. Per Saldo lagen die Dividendenerträge über den Zinsaufwendungen der zu diesem Zweck aufgenommenen Darlehen.

Die Bilanz der Gesellschaft weist in der Position „Wertpapiere des Anlagevermögens“ 134.463 Stückaktien der RWE AG aus. Im Geschäftsjahr 2014 wurde aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 1.076 T€ vorgenommen, wobei ein Kursziel von 27,00 EUR je Aktie zugrunde gelegt wurde.

Unter Abzug der Ertragssteuern in Höhe von 236 T€ zeigt sich im Geschäftsjahr ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 590 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 823 T€).

Ohne die Abschreibung auf den Aktienbestand würde sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 486 T€ aufzeigen.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht wesentlich verändert.

2.6. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren steht die Kundenzufriedenheit bezüglich der Qualität des zu liefernden Trinkwassers und der hiermit verbundenen Umweltbelange an oberster Stelle.

3. Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft gehabt hätten.

4. Prognose-, Chancen und Risikobericht

4.1. Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Risiken, die einer kontinuierlichen Geschäftsentwicklung entgegenstehen, sind nicht erkennbar.

Beschaffungsmarktrisiken

Da die Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH keine eigene Wassergewinnung und -aufbereitung betreibt, wurde zum 1. Januar 2004 ein langfristiger Wasserbezugsvertrag mit der enwor abgeschlossen. Dieser Vertrag beinhaltet eine Preisgleitklausel, die auch an den Lieferpreis des Vorlieferanten der enwor, der Wassergewinnung und -aufbereitung Nordeifel GmbH, anknüpft.

Beteiligungen

Die STWE beteiligte sich im Geschäftsjahr an der Kapitalerhöhung der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH und erwarb nominal 93.000,00 Euro bzw. 15% der ausgegebenen Anteile. Hiermit wird eine der Marktlage - bezüglich der Investitionen in Erneuerbare-Energien-Projekte - entsprechende Rendite erwartet. Daneben tragen wir hiermit zu den erforderlichen Umweltbelangen bei, beispielsweise durch die hiermit verbundene Minderung der Emissionswerte.

Betriebsrisiken

Generell schützt die StWE sich gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der StWE und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht.

Das finanzielle Gleichgewicht war aufgrund der bankenseitig vorliegenden Kreditlinien im Berichtsjahr gewährleistet. Der Wirtschaftsplan zeigt für die Jahre 2015 ff. ebenfalls ein finanzielles Gleichgewicht auf.

Die Gesellschaft hält im Finanzanlagevermögen unter der Position „Wertpapiere des Anlagevermögens“ 134.463 Stückaktien der RWE AG, Essen, die mit dem Anschaffungspreis von 5,40 Mio. € zu Buche stehen. Um das Risiko, welches über die oben genannte Abwertung der RWE-Aktien hinausgeht, zu beziffern, wurde die Differenz zwischen dem historischen Kurstief von aktuell rund 21 € je Aktie und der oben erwähnten bilanzierten Bewertung (27 € je Aktie) im Risikoatlas erfasst (rd. 0,8 Mio. €).

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

4.2 Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Die mittelfristige Planungsrechnung weist für das Geschäftsjahr 2015 einen positiven Jahresüberschuss zwischen 400 T€ und 500 T€ aus. Für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 wird mit einem leicht steigenden Jahresüberschuss gerechnet.

Die Wasserumsatzerlöse stagnieren dabei auf dem Niveau des Berichtsjahres 2014. Einen mittelfristigen Beitrag zur Ergebnissteigerung wird durch die Beteiligung an der GREEN erwartet, welche zum Bilanzstichtag 15% beträgt. Daneben laufen Zinsbindungen für langfristige Kredite aus, bei denen sich aufgrund des aktuellen Zinsniveaus ab dem Berichtsjahr 2015 Zinsersparnisse aufzeigen werden.

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn sich die Aussagen zu Grunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen. Anhaltspunkte für wesentliche Abweichungen liegen zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht vor.

Investitionen/Finanzierung

Im Geschäftsjahr 2015 sind Investitionen von ca. 0,8 Mio. € geplant.

Dabei entfallen im Wesentlichen ca. 0,5 Mio. € auf das Leitungsnetz und die Transportleitungen und 0,2 Mio. € für Hausanschlüsse.

Im Bereich der Wärmeversorgung und der Photovoltaikanlagen sind im Geschäftsjahr 2015 keine Investitionen geplant.

Aus dem jeweiligen Finanzplan für die Jahre 2015 bis 2017 zeigen sich höhere Kapitalausstattungen als ein entsprechender Kapitalbedarf auf, sodass in der Zukunft das finanzielle Gleichgewicht gewahrt bleibt. Eventuell finanzielle Volatilitäten werden über die kurzfristige Bankenkreditlinie gesichert. Auf Grund der gegenwärtigen gewonnenen Erkenntnisse über die Bankenpartner wird von einer Aufrechterhaltung der Kreditlinie ausgegangen.

5. Stellungnahme zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung (§ 108 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GO NRW)

Aufgabe der StWE ist die Sicherstellung der Versorgung mit Wasser im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die StWE Verantwortung als Auftraggeber in der Region. Die StWE hat sich im Geschäftsjahr 2014 erfolgreich den Aufgaben gestellt. Die öffentliche Zwecksetzung und die Zweckerreichung sind damit erfüllt.

Eschweiler, den 23. April 2015

Die Geschäftsführung

**Gründerzentrum GeTeCe Eschweiler
- Gewerbe-Technologie-Center Eschweiler GmbH -**

Bilanz zum 31. Dezember 2014

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR
AKTIVA				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.883,00			2,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	2.883,00	2.207,00	2.205,00
II. Sachanlagen				
1. Bauten auf fremden Grundstücken	3,00			3,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.100,00	11.103,00	13.511,00	13.514,00
		13.886,00	15.721,00	
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.689,52			19.690,42
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.489,38	10.178,90	1.762,75	21.453,17
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				
		112.207,03	84.690,45	
		122.385,93	106.143,62	
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		2.014,08	2.421,94	
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG		16.526,02	29.644,81	
		154.912,03	153.931,37	
PASSIVA				
A. EIGENKAPITAL				
I. Gezeichnetes Kapital	25.850,00			25.850,00
II. Verlustvortrag	-55.494,81			-82.384,62
III. Jahresüberschuss	13.118,79			26.849,81
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-16.526,02			-29.644,81
		16.526,02	16.526,02	29.644,81
		0,00	0,00	0,00
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Sonstige Rückstellungen		15.500,00	13.960,00	
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.589,00			14.732,71
2. Verbindlichkeiten gegenüber einem Gesellschafter	107.113,31			120.159,79
3. Sonstige Verbindlichkeiten	8.624,93			4.211,88
- davon aus Steuern				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit				
EUR 656,39 (i.V. EUR 435,27)				
EUR 301,43 (i.V. EUR 305,76)				
		137.327,24	139.104,38	
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
		2.084,79	846,99	
		154.912,03	153.931,37	

**Gründerzentrum GeTeCe Eschweiler
- Gewerbe-Technologie-Center Eschweiler GmbH -**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		231.586,97		236.522,38
4. Sonstige betriebliche Erträge		16.710,63		13.987,84
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-51.629,69		-48.817,79	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-11.146,24		-10.846,67	
- davon für Altersversorgung: EUR 0,00 (i.V. EUR 0,00)				
		<u>-62.775,93</u>		<u>-59.664,46</u>
7. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen		-4.435,66		-3.070,17
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-168.051,45		-161.033,05
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		84,23		146,56
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>13.118,79</u>		<u>26.889,10</u>
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00		0,71
20. Jahresüberschuss		<u><u>13.118,79</u></u>		<u><u>26.889,81</u></u>

LAGEBERICHT

zum Geschäftsjahr 2014

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Unternehmen, die in der Stadt Eschweiler Sitz oder Betriebsstätte haben bzw. zu nehmen beabsichtigen, insbesondere das Ermöglichen von Existenzgründungen sowie die Förderung von Innovation und Technologietransfer durch das Betreiben eines Technologie-Centers. Dazu gehört auch das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen und/oder an ihnen beteiligen. Die Gesellschaft bietet interessierten Unternehmen im GeTeCe preis- und anforderungsgerechte Betriebsräume sowie Service-Einrichtungen mietweise an. Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Beziehungen innerhalb des GeTeCe und darüber hinaus fördern.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Marktsituation ist in den letzten Jahren durch eine konstante Nachfrage nach vergleichsweise kleinen Büroeinheiten durch Existenzgründer bzw. Jungunternehmen gekennzeichnet.

Bundesweit ist die Anzahl von Existenzgründungen seit 2005 rückläufig, rund 78,5% der Existenzgründungen erfolgt in Form eines Einzelunternehmens.

Durch ein flexibles Raumangebot, kurze Vertragslaufzeiten und umfangreiche Serviceangebote wie Sekretariatsleistungen, das Vorhalten von Konferenz- und Besprechungsräumen kann die Nachfrage entsprechend bedient werden.

2. Geschäftsverlauf

Entsprechend des Gesellschaftszweckes waren im Geschäftsjahr 2014 die Räumlichkeiten im Gewerbe-Technologie-Center, Gartenstraße, Eschweiler, insbesondere an Existenzgründer und junge Unternehmen zu vermieten, die ansässigen Unternehmen durch Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen sowie Serviceleistungen zu unterstützen und Wirtschaftsförderungs- und Strukturleistungen für Eschweiler zu erbringen.

Die wirtschaftliche Situation der Gewerbe-Technologie-Center Eschweiler GmbH ist nach wie vor maßgeblich von dem zuvor genannten Gesellschaftszweck sowie der vertraglichen Beziehung zur Stadt Eschweiler als Hauptgesellschafter geprägt.

Die Vermietungsquote betrug zum Stichtag 31. Dezember 2014 rd. 85 %.

Im Geschäftsjahr 2014 haben drei Firmen das Mietverhältnis beendet, wovon zwei Auslagerungen erfolgt sind. Ein Unternehmen hat die Geschäftstätigkeit eingestellt. Ein Unternehmen hat neue Mieträume angemietet. Drei ansässige Unternehmen haben sich innerhalb des Hauses vergrößert, ein Unternehmen hat die Mietfläche verkleinert.

Die Nutzungsintensivität im Hause verursacht weiterhin ständig entsprechende Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung und die Vorhaltung entsprechender Infrastruktureinrichtungen.

Die Vermarktung einer freien Mietfläche wird weiterhin einen wesentlichen Geschäftsumfang ausmachen. Insgesamt wird daher wie in der Vergangenheit ein erhöhter Akquisitions- und Vermarktungsaufwand zu betreiben sein bzw. ein entsprechender Aufwand für die Herrichtung der Räumlichkeiten nach Nutzerwechsel.

Eine annähernde Vollauslastung wird weiterhin seitens der Geschäftsleitung angestrebt.

Wie in den vergangenen Jahren bezogen sich sowohl Anfragen als auch erfolgte Neuansiedlungen insbesondere auf vergleichsweise kleine Mieteinheiten mit niedrigen Staffelmieten. 2015 steht aufgrund einer erfolgreichen Auslagerung die Vermarktung einer größeren Büro- und Halleneinheit mit rd. 485 m² an.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 konnte ein positives Ergebnis erzielt werden.

	<u>2014</u> <u>TEUR</u>	<u>2013</u> <u>TEUR</u>	<u>Veränderung</u> <u>TEUR</u>
Gesamtleistung	231	236	-5
Rohergebnis	244	248	-4
Betriebsergebnis	9	24	-15
Finanzergebnis	0	0	0
Neutrales Ergebnis	4	2	2
Jahresergebnis	13	26	-13

b) Finanzlage

Die Veränderung in der Bilanzstruktur spiegelt sich wie folgt in der Kapitalflussrechnung wider:

	<u>2014</u> <u>EUR</u>
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	39
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-2
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-10
Veränderung der liquiden Mittel	27

Dabei spiegelt der positive Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit den Mittelzufluss aus der Vermietungssituation wider, während der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit im Wesentlichen aus den Zugängen im Bereich der Immateriellen Vermögensgegenstände resultiert. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich aus der Tilgung der Gesellschafterdarlehen.

Eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr gegeben und ist auch weiterhin vorhanden.

c) Vermögenslage

Die Bilanzstruktur hat sich im Geschäftsjahr 2014 nur unwesentlich verändert. Das Gesamtvermögen und -kapital ist per Saldo gegenüber dem Vorjahr um TEUR 15 angestiegen. Innerhalb des Gesamtvermögens ist ein Anstieg des Umlaufvermögens, insbesondere der liquiden Mittel zu verzeichnen. Auf der Passivseite konnte das langfristige Fremdkapital aufgrund Tilgung weiter zurückgeführt werden. Auch das negative Eigenkapital verminderte sich im Berichtsjahr bedingt durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss weiter. Die Eigenkapitalquote bleibt jedoch weiterhin negativ.

	<u>2014</u> <u>TEUR</u>	<u>2013</u> <u>TEUR</u>	<u>Veränderung</u> <u>TEUR</u>
Anlagevermögen	14	16	-2
Umlaufvermögen	125	108	17
Aktiva	139	124	15
Eigenkapital	-16	-30	14
Langfristiges Fremdkapital	92	102	-10
Kurzfristiges Fremdkapital	63	52	11
Passiva	139	124	15

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere interne Unternehmenssteuerung u.a. die Kennzahlen Cash-Flow, Working Capital und Umsatzrentabilität heran.

Der Cash-Flow wird näher unter dem Punkt „Finanzlage“ erläutert.

Die Kennzahl der Gesamtkapitalrentabilität als Verhältnis aus Ergebnis vor Ertragsteuern und vor Zinsaufwand im Verhältnis zum durchschnittlichen Eigenkapital ist weiterhin negativ.

Kennzahlen	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
Working Capital in TEUR					
= kurzfr. Umlaufvermögen - kurzfr. Fremdkapital	60	54	38	31	29
Umsatzrentabilität (in %)					
= $\frac{\text{Ergebnis vor Ertragsteuernund vor Zinsaufwand}}{\text{Umsatzerlöse}}$	5,6	11,0	6,7	8,2	1,3

Das Working Capital spiegelt die im 5-Jahres-Verlauf verbesserte wirtschaftliche Gesamtlage der Gesellschaft. Dahingegen indiziert die Umsatzrentabilität sowohl den rückläufigen Jahresüberschuss als auch die leicht gesunkenen Umsatzerlöse im Berichtsjahr. Unsere wirtschaftliche Lage kann insgesamt als zufriedenstellend bezeichnet werden.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

IV. Prognosebericht

Um die positive Entwicklung des GeTeCe zu unterstützen, werden wir weiterhin in Zukunft die Kundenakquise forcieren.

Darüber hinaus sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens positiv.

In unserer Finanz- und Liquiditätsplanung sowohl für 2015 als auch in der mittelfristigen Planung der Gewinn- und Verlustrechnung bis 2017 gehen wir von jeweils einem positiven Ergebnis aus.

Demnach werden wir auch zukünftig immer in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Aufgrund des besonderen Geschäftsfeldes der Gesellschaft bestehen keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Gesellschaft aus Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen.

Im Bereich der finanzwirtschaftlichen Risiken lässt sich festhalten, dass die Liquiditätslage zum Bilanzstichtag zufriedenstellen ist; es sind keine Engpässe zu erwarten.

Branchenspezifische Risiken:

Veränderungen der Rahmenbedingungen für Gewerbetreibende und Existenzgründer können zu einem Einbruch der Nachfrage nach Mieträumlichkeiten führen. Ebenso können im reinen Vermietungssektor Angebote nicht- oder minder genutzter Flächen bei privaten Gewerbeimmobilien zu einer deutlich veränderten Angebots- und damit Konkurrenzsituation führen.

Ertragsorientierte Risiken:

Wettbewerbsrisiken haben sich in den letzten Jahren verstärkt durch das Angebot kostengünstiger gewerblicher Mietangebote im Bereich frei werdender privater Gewerbeimmobilien ergeben. Diesen Risiken wird durch ein ergänzendes Serviceangebot, im Verbund mit Partnern im Bereich der Wirtschaftsförderung, begegnet.

Chancenbericht

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft wird im Wesentlichen wie in den Vorjahren maßgeblich davon geprägt sein,

- die Vermietungsquote auf hohem Niveau zu erhalten und weiter auszubauen sowie
- Nutzer für die Durchführung von Einzelveranstaltungen im Hause zu gewinnen,
- die Unternehmen im Hause durch Kooperationsmaßnahmen zu vernetzen und zu fördern sowie regelmäßige Informationsveranstaltungen für die Nutzer im Hause fortzuführen,
- weitere Akquisitionen und kontinuierliche Maßnahmen zur zusätzlichen Steigerung des Bekanntheitsgrades des Hauses durchzuführen.

In Abhängigkeit von diesen Zielsetzungen und von den Vorgaben des Gesellschaftszweckes steht die Ergebniserwartung für die Folgejahre.

3. Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung ergaben sich aus dem äußerst bedingt beeinflussbaren Nachfragemarkt bezüglich Existenzgründungen bzw. gewerblicher Mietflächen. Dem wird jedoch durch ein flexibles und kostengünstiges Angebot verbunden mit einem umfangreichen Servicepaket begegnet. Das Miet- und Betreuungsangebot der Gesellschaft ist entsprechend attraktiv, so dass auch bei einer gesamt wirtschaftlich oder regional rückläufigen Gesamtnachfrage ein entsprechendes Nachfragepotential für das Gewerbe-Technologie-Center vorhanden sein wird.

Eschweiler, den 22. Juli 2015

Dietmar Röhrig
(Geschäftsführer)

WBE Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH, Eschweiler
 Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013
 Bilanz

	31.12.2013		Vorjahr		31.12.2013		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A K T I V A								
A. ANLAGEVERMÖGEN								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		66.375,00	165,00					
II. Sachanlagen								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.413.946,79			1.405.214,79				
2. Technische Anlagen und Maschinen	625.967,00			690.033,00				
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.294.533,00			1.210.251,00				
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	64.364,13	3.398.812,92	3.305.498,79	0,00				
		3.465.387,92	3.305.663,79					
B. UMLAUFVERMÖGEN								
I. Vorräte								
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	140.119,45			149.908,58				
2. unfertige Leistungen	168.864,06	308.963,51	169.810,46					
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände								
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.122,59			4.029,53				
2. Forderungen gegen Gesellschafter davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 464.951,32 (Vorjahr: EUR 379.810,88)	-464.951,32			379.810,88				
3. sonstige Vermögensgegenstände	27.184,12	417.258,03	52.051,54					
III. Kassenbestand		966,82	757,22					
		807.190,36	756.368,21					
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN								
		6.169,02	11.259,51					
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG								
		4.382.047,09	4.247.402,17					
		8.640.794,39	8.321.193,68					
P A S S I V A								
A. EIGENKAPITAL								
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00			250.000,00				
II. Bilanzverlust	-4.612.047,09			-4.697.402,17				
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00		-4.247.402,17				
B. RÜCKSTELLUNGEN								
1. Steuerrückstellungen	10.264,00			21.100,00				
2. sonstige Rückstellungen	400.159,14			397.115,18				
C. VERBINDLICHKEITEN								
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.081.327,12			3.391.375,83				
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	725.079,53			315.297,94				
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 227.514,95)	3.231.889,00			4.029.771,95				
4. sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 158.806,37 (Vorjahr: EUR 135.990,51)	182.682,70			160.351,28				
		8.210.377,35	7.896.997,00					
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN								
		1.993,50	5.981,50					
		8.640.794,39	8.321.193,68					

WBE Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH, Eschweiler
 Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2013
 Gewinn- und Verlustrechnung

	2013		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		7.660.580,43		6.259.235,10
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen		-966,40		-41.908,00
3. sonstige betriebliche Erträge		810.416,64		1.099.667,80
4. Materialaufwand		8.470.030,67		7.314.994,90
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	139.174,79			
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.832.033,45	3.071.208,24	152.837,53	1.938.022,64
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	2.775.112,13		2.395.423,05	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	802.673,49	3.577.785,62	702.043,47	3.097.466,52
6. Abschreibungen				
- auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		463.118,82		-408.163,91
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.119.066,13	8.231.178,81	726.871,98
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			238.851,86	1.144.469,85
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			3.720,89	6.138,07
davon an Gesellschaften EUR 228.832,00 (Vorjahr: EUR 269.400,00)				
davon aus Abzinsung EUR 5.447,00 (Vorjahr: EUR 8.026,00)				
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-102.122,10	760.812,59
12. sonstige Steuern			664,82	21.406,83
13. Jahresfehlbetrag/-überschuss			11.858,00	12.239,00
14. Verlustvortrag			-114.644,92	727.166,76
15. Bilanzverlust			-4.497.402,17	-5.224.568,93
			-4.612.047,09	-4.497.402,17

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

der

WBE Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH, Eschweiler

Grundlagen des Unternehmens

Die Stadt Eschweiler hat die vormalig als nicht wirtschaftliche Einrichtung geführten Stadtbetrieb erfüllten Aufgabenbereiche Entwässerung, Abfallbeseitigung, Bestattungswesen, Straßenreinigung und Baubetriebshof einschließlich der Straßenunterhaltung und Grünflächenpflege auf die in 2001 gegründete WBE übertragen und zu diesem Zweck mit ihr einen Leistungsvertrag bzw. hinsichtlich der Entwässerung einen Betriebsführungsvertrag abgeschlossen. Aufgrund des Gesellschaftszweckes, der nachhaltigen Erfüllung des öffentlichen Zweckes für die Stadt Eschweiler, und aufgrund der bestehenden Leistungsverträge ist die WBE weitgehend unabhängig von einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und von einer Branchenentwicklung.

Im Rahmen der Rekommunalisierung der WBE hat die Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG, Kempen, mit notariellem Anteilskauf- und Übertragungsvertrag vom 28.12.2012 ihren Geschäftsanteil an der WBE im Nennwert von 122.500 € an die Stadt Eschweiler zum 1.1.2013 übertragen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 ist die Stadt Eschweiler alleinige Gesellschafterin der WBE.

Damit ein reibungsloser Übergang derjenigen Aufgabengebiete, die bis zum 31.12.2012 der private Partner erledigte, nicht gefährdet wurde, vereinbarten die WBE und die Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages für das Geschäftsjahr 2013 eine Fortsetzung der bisherigen Aufgabenerledigung (insbesondere der Bereiche Finanzbuchhaltung, Personalwesen sowie EDV-Konzeptionen).

1. Wirtschaftsbericht

Wie bereits im vergangenen Geschäftsjahr spielte die Erhöhung der Produktivität auch im Geschäftsjahr 2013 eine maßgebliche Rolle.

Zur generellen Kostensenkung wurden Umstrukturierungsprozesse, wie z. B. die Neuordnung des Winterdienstes, eingeleitet.

1.1 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatz- und Auftragsentwicklung ist nach wie vor hauptsächlich durch langfristige Leistungsverträge mit der Stadt Eschweiler geprägt und zeichnet sich hierdurch in den einzelnen Aufgabenfeldern durch eine konjunkturunabhängige Marktsituation aus.

Eine Anpassung der Entgelte aufgrund der öffentlichen Preisindizes in Verbindung mit den Leistungsverträgen mit der Stadt Eschweiler konnte wie im Vorjahr auch im Berichtszeitraum mit Ausnahme der Straßenreinigung bei sämtlichen Fachbereichen realisiert werden.

Die geplanten Umsatzzahlen im Bereich der Entwässerungsprojekte sind im Geschäftsjahr 2013 wieder deutlich unterschritten worden, da die Stadt Eschweiler aus haushaltswirtschaftlichen Gründen weniger Baumaßnahmen durchgeführt hat.

Konkret sah die Planung für 2013 hier Gesamtumsätze in Höhe von 3.268 T€ vor. Tatsächlich sind jedoch 2.135 T€ realisiert worden, ein Minderumsatz von 1.133 T€.

Aufgrund des relativ milden Winters 2013/2014 erhöhten sich die Personal- und Fahrzeugkosten für den Winterdienst nur in einem geringen Umfang.

1.2 Investitionen

Insgesamt wurden im Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 630 T€ getätigt.

Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um bauliche Verbesserungen im Gebäude- und Betriebshofbereich, Beschaffung von Fahrzeugen sowie von IT und Software.

Die letztgenannten Investitionen dienten dem Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen, die seit dem 1.1.2014 bereits genutzt werden.

1.3 Finanzierungsmaßnahmen

Die WBE nahm zum Ende des Berichtsjahres einen Kredit in Höhe von 600 T€ zur Beschaffung diverser Investitionsgüter (Kleinkehrmaschine, LKW etc.) auf, der zu hundert Prozent seitens der Stadt Eschweiler verbürgt wurde.

Neben den bereits seit Gründung der WBE mit der Raiffeisenbank Eschweiler eG unterhaltenen Geschäftsbeziehungen eröffnete die Gesellschaft im Berichtsjahr noch zusätzlich bei der Sparkasse Aachen und der Stadtsparkasse Düsseldorf jeweils ein Geschäftskonto.

Beide Geschäftsbeziehungen umfassen auch einen Kontokorrentkredit von jeweils 300 T€, wobei entsprechende Ausfallbürgschaften der Stadt Eschweiler günstige Zinssätze garantieren.

1.4 Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 deutlich angestiegen.

Dies erklärt sich im Wesentlichen durch Personalneueinstellungen im Rahmen des Mitarbeiteraufbaus für die neuen Verwaltungsstrukturen, durch Wegfall von Fremdleistungen und gleichzeitige Einstellung von eigenem Personal sowie durch Tarifsteigerungen gemäß dem TVöD.

Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer belief sich im Jahresdurchschnitt auf 81 Mitarbeiter, davon vier Auszubildende. Im Vorjahr betrug die Anzahl der Mitarbeiter 72, davon drei Auszubildende.

1.5 Umweltschutz

Die Fortschreibung der Zertifizierung nach der Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde auch im Dezember 2013 wieder erfolgreich - ohne Einschränkung - durchgeführt.

2. Darstellung der Lage

2.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage der WBE zum 31.12.2013 spiegelt sich neben dem Anlage- und Umlaufvermögen in einem bilanziellen Ausgleichsposten zum negativen Eigenkapital in Höhe von 4.362 T€ wider.

Das Anlagevermögen ist um 160 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Investitionen in Höhe von 630 T€ stehen reguläre Abschreibungen von 463 T€ gegenüber.

Die Forderungen der WBE gegenüber der Gesellschafterin Stadt Eschweiler betragen zum 31.12.2013 465 T€.

Der bisher aufgelaufene Bilanzverlust in Höhe von 4.497 T€ steigt aufgrund des Jahresverlustes 2013 in Höhe von 115 T€ auf 4.612 T€.

2.2 Finanzlage

Bestehende Darlehen wurden planmäßig getilgt.

Die benötigte Liquidität wurde hauptsächlich durch Kontokorrentkredite sowie durch einen kurzfristigen Liquiditätskredit der Stadt Eschweiler gedeckt.

Der Gesamtbestand an Darlehen von Banken beläuft sich am 31.12.2013 auf 3.209 T€. Die Gesellschafterdarlehen der Stadt Eschweiler zur Sicherung der laufenden Liquidität bestehen am Bilanzstichtag in einer Höhe von 3.231 T€.

Der Cash-Flow für das Jahr 2013 errechnet sich wie folgt:

	2013 T€	2012 T€
Aus der Laufenden Geschäftstätigkeit	- 68	+ 100
Aus der Investitionstätigkeit	- 622	- 837
Aus der Finanzierungstätigkeit	<u>+ 300</u>	<u>+ 292</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	- 390	- 445
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>- 482</u>	<u>- 37</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>- 872</u>	<u>- 482</u>

2.3 Ertragslage

Die Ertragslage hat sich, abgesehen von Sondereffekten (s. u.), gegenüber der Ergebnisplanung von -187 T€ insgesamt negativ entwickelt. Insbesondere fielen die Kanalbaumaßnahmen deutlich geringer aus als geplant, was in diesem Bereich zu einer entsprechenden Verringerung der Umsätze und Erträge (Ingenieurleistungen sowie Managementpauschale) gegenüber der Planung geführt hat (vgl. Gliederungsziffer 1.1).

Unabhängig davon wird permanent an der Optimierung der Arbeits- und Verfahrensabläufe gearbeitet. Darüber hinaus wird die Strukturierung der einzelnen Aufgabenbereiche einer generellen Überprüfung unterzogen, die u. a. auch eine wirtschaftliche Komponente mit dem Ziel einer Kostenreduzierung zum Inhalt hat.

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 haben sich die Umsatzerlöse insgesamt um 1.402 T€ deutlich erhöht auf 7.661 T€, die Umsätze aus Kanalbaumaßnahmen allein stiegen um 972 T€ auf 2.135 T€. Das Rohergebnis wuchs im Berichtsjahr mit 5.399 T€ gegenüber dem Vorjahr trotzdem nur um 22 T€, was nur zum Teil auf die Steigerung des Materialaufwands gegenüber dem Vorjahr um 1.133 T€ zurückzuführen ist.

In den Rohergebnissen beider Jahre ist nämlich jeweils ein sonstiger betrieblicher Ertrag aus Zins- bzw. Darlehensverzichten enthalten, und zwar in 2012 in Höhe von 1.000 T€ (von der ehemaligen Gesellschafterin Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG) sowie in 2013 in Höhe von 800 T€ (von der Gesellschafterin Stadt Eschweiler).

Der Aufwand für Löhne und Gehälter sowie für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung belief sich im Berichtsjahr auf 3.578 T€. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Erhöhung um 480 T€ (s. Gliederungsziffer 1.4).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 392 T€. Hauptursache hierfür sind erhöhte Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Veränderung in der Gesellschafterstruktur zum Beginn des Berichtsjahres.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stellt sich mit -102 T€ um 863 T€ schlechter als im Vorjahr (+761 T€) dar. Nach Steuern ergibt sich für 2013 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -115 T€, das Jahresergebnis 2012 war mit 727 T€ noch positiv gewesen.

2.4 Bilanzielle Überschuldung

Die bilanzielle Überschuldung in Höhe von 4.362 T€ zum 31.12.2013 wird durch folgende Maßnahmen beseitigt:

- Die Gesellschafterin Stadt Eschweiler hat für die der WBE gewährten Darlehen, die zum Stichtag mit insgesamt 3.231 T€ valutieren, den Rangrücktritt erklärt.
- Der danach verbleibende Kapitalfehlbetrag ist durch harte Patronatserklärungen mit Höchstbeträgen von 1.000 T€ und 1.600 T€ der Gesellschafterin Stadt Eschweiler abgedeckt.

Der Jahresabschluss ist aufgrund dessen und der nach Neufassung der Leistungsentgelte langfristig positiven Ergebniserwartungen unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt worden.

2.5 Risikomanagement

In Zusammenarbeit mit einem externen Berater wurde das Risikomanagement zum Anfang des Geschäftsjahres 2005 aufgebaut. In der Risikoklasse 1 (akuter Handlungsbedarf) wurden Risiken zugeordnet, die eine mögliche Schadenshöhe größer als 50 T€ beinhalteten sowie deren Eintrittswahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren vorliegen könnte.

Im Rahmen des Risikomanagements wurde die Risikosituation Anfang 2009 nochmals überprüft. Ein wesentliches Risiko liegt im Bereich der Sanierungsprojekte für Entwässerung, wobei mit einem Rückgang bzw. einer Nichtbeauftragung von Projekten seitens der Stadt ggf. ein korrelierender Instandhaltungsaufwand für die WBE verbunden wäre. Eine erneute Überprüfung ist für 2015 vorgesehen.

Ebenfalls ist der Leistungskatalog alter Bereiche zu überprüfen. Die Abgrenzung von Sonderleistungen und den beauftragten Leistungen im Rahmen des Pauschalentgeltes erfordern eine eindeutige Definition und Festlegung der vertraglich vereinbarten Leistungsinhalte. Hierzu wurden bereits diverse Gespräche zwischen der WBE und der Stadt Eschweiler geführt. Im Geschäftsjahr 2015 soll die Angelegenheit abgeschlossen werden.

3. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die langfristigen Leistungsverträge zwischen der WBE und der Stadt Eschweiler sind hinsichtlich ihrer Umsatz- und Auftragsituation auch für die Zukunft der WBE als sicher einzustufen.

Die Unternehmensplanung zeigt auf Basis dieser Leistungsverträge und bereits vorliegender bzw. zu erwartender Beauftragungen durch die Stadt Eschweiler sowie der Fortsetzung der Optimierung der Arbeits- und Verfahrensabläufe mittel- bzw. langfristig ein aus eigener Kraft erwirtschaftetes positives Ergebnis. Der Wirtschaftsplan 2013, der die Geschäftsjahre bis einschließlich 2018 umfasst, prognostiziert lediglich im letzten Jahr der Mittelfristplanung ein positives Ergebnis.

In diesem Zusammenhang muss auch berücksichtigt werden, dass die Wirtschaftsjahre 2013 und 2014 als Folge des Rekommunalisierungsprozesses in wesentlichen Aufgabenbereichen im Fokus einer Neustrukturierung zu betrachten sind. Für diese Entwicklung stehen beispielhaft der Aufbau einer eigenen IT- und Softwarelandschaft sowie die Einrichtung einer eigenen Finanzbuchhaltung und einer eigenen Personalverwaltung.

Nach den Untersuchungsergebnissen im Zusammenhang mit der SÜwVO Abw (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser) und den sich daraus ergebenden notwendigen Sanierungsmaßnahmen seitens der Stadt Eschweiler ist ab 2015 von einem Auftragsvolumen von ca. 3.500 T€ pro Jahr auszugehen. Hierdurch errechnet sich auch eine höhere Management-Pauschale, die letztlich zu einem Mehrertrag führen wird.

Weitere Umsatzsteigerungen ließen sich durch neue Dienstleistungen in Kooperation mit Nachbarkommunen generieren. Ein entsprechendes Konzept soll im Geschäftsjahr 2015 erarbeitet werden.

Letztlich wird mit der Anpassung der Leistungsverzeichnisse bzw. der Optimierung der Leistungsentgelte zukünftig eine Stabilisierung der Ertragslage erreicht werden.

4. Fortführungsprognose

Im laufenden Geschäftsjahr 2014 wurde zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Höchstbetrag von 1.000 T€ aus der ersten Patronatserklärung in zwei Teilbeträgen in Anspruch genommen. ergänzend erhielt die WBE eine weitere Kapitaleinlage in Höhe von 100 T€.

Nach einer aktuellen Prognose für die Ertragslage errechnete sich ein operativer Verlust zum 31.12.2014 in Höhe von ca. 1.500 T€.

Unter Berücksichtigung des im Geschäftsjahr 2014 seitens der Stadt Eschweiler erneut erfolgten Darlehensverzichts in Höhe von 1.000 T€ sowie der geleisteten Kapitaleinlagen von insgesamt 1.100 T€ ist von keiner weiteren Verschlechterung der Lage der Gesellschaft im Jahresabschluss 2014 auszugehen.

Wie bereits unter Ziffer 2.4 erwähnt, hat die Gesellschafterin Stadt Eschweiler im November 2014 zur Sicherung der Fortführung der WBE eine weitere Patronatserklärung über 1.600 T€ erteilt.

Zur weiteren Stabilisierung der WBE muss der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag mittelfristig abgebaut werden. Dies soll auch durch weitere Verzichtserklärungen in den kommenden Jahren sukzessive bis zum vollständigen Abbau der gewährten Gesellschafterdarlehen durch die Stadt Eschweiler erfolgen. Über die gesamte Summe der Darlehensforderungen von 3.231 T€ zuzüglich aller damit in Zusammenhang stehender Zinsforderungen hat im Übrigen die Stadt Eschweiler den Rangrücktritt erklärt.

Zur Vermeidung künftiger operativer Verluste sollen in Abstimmung mit der Stadt Eschweiler im Geschäftsjahr 2015 sämtliche Leistungsentgelte deutlich angehoben werden.

Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit kann durch die vorgenannten Sicherungsmaßnahmen der Gesellschafterin Stadt Eschweiler sowie durch die Anpassung der Leistungsentgelte ausgeschlossen werden.

Eine tatsächliche Überschuldung der Gesellschaft liegt nicht vor.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Eschweiler, im November 2014

WBE Wirtschaftsbetriebe Eschweiler GmbH

(Knollmann)
Geschäftsführer